

Diesmal mit Register '85 Teil 2

Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 274, 22. 9. 86 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

GROSSDEMONSTRATION am 11. Oktober im Hunsrück



Dazu in dieser Ausgabe:
„Wie die NATO vom Hunsrück aus Krieg führen will".
Seite 7

GROSSDEMONSTRATION gegen ATOMANLAGEN und den POLIZEISTAAT am 4.10. in München

Auftakt: Königsplatz 12⁰⁰



Ausführlicher hierzu auf Seite 8

Hygienischer Rassismus für anständige Deutsche

„Den Anstand wahren!" Johannes Rau grüßt seine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Neujahr 1986. Kompliment an die SPD-Baracke: Das war treffsicher, das ging ins Schwarze. Weiß man doch seit uralten Zeiten, daß die mit dem hellsten Heiligenschein die finstersten Scheinheiligen sind. Jetzt wissen wir's wieder: Bruder Johannes hält seinen lieben Wählerinnen und Wählern die Asylsuchenden vom Leib. Weil ihm die DDR einen Gefallen tut. Und wir haben es ganz SPD-offiziell, daß der Pharisäer aus Nordrhein-Westfalen, wohlanständig, glattrasiert, rosa und satt, „Bruder" ist, der Fremde jedoch, hungrig, gejagt, hilfesuchend und rechtlos ein Eindringling, Störenfried, Feind.

Rau kommt an. Im Kampf um die deutsche Meisterschaft in der Biedermannliga hat die Nummer 2 Punkte gemacht. Die „Flüchtlingsschleuse" Berlin ist dicht, das Loch in der Mauer durch eine echte grenzüberschreitende Leistung gestopft. Wer hätte gedacht, daß das Schandmal einmal so nützlich gegen die Überfremdung werden könnte? Egon Bahr hat nach den SPD/SED-Vereinbarungen über atomwaffenfreie, chemiewaffenfreie und auch ansonsten total friedfertige Zonen den diplomatischen Supererfolg erzielt: die kanakenfreie Zone in Mitteleuropa. Die neueste Ostpolitik erkennt die Oder/Neiße-Grenze unter der Bedingung an, daß dort Tamilen zurückgeschickt werden.

Bonns versammelte Schmeißfliegen geraten sich in die Haare, wem das Verdienst zukomme. Aber Anstands-Raurau beteiligt sich nicht an solch kleinlichem Hickhack. „Versöhnen statt spalten". Alle sollen sich freuen, statt zu streiten. Versöhnung mit der Rasse, Versöhnung mit der Nation, Versöhnung mit der Vergangenheit. Verhöhnung alles sonstigen. Rau wandelt an der Spitze aller Anstandsbrüder durch saubere Fußgängerzonen — die konkrete Utopie der neuen Heimat. Da sage noch ein Grüner, die SPD wolle die Bundestagswahl gar nicht gewinnen.

„Wahlhilfe" der SED für die SPD! Die FAZ ist sauer, denn es wurmt sie immer, von rechts überholt zu werden. Aber die FR ist happy, weil sie so liberal ist: *„Nicht Getöse, sondern zähes, stilles Handeln bringt den Erfolg"*, lobt sie. Liberal, jawohl, deutschliberal. Da wird selbst Strauß blaß: Er besteht auf einer Grundgesetzänderung, weil doch nur *„jemand den Boden der Bundesrepublik zu betreten und das Wort Asyl zu stammeln braucht"*, um die großzügigen Sozialleistungen gerade dieser Regierung abzuzocken, so der christlich-soziale Vordermann in der BILD-Zeitung.

Angeber! Nichts dahinter!, gibt es ihm Hamburgs SPD-Pawelczyk zurück, der den Abschieberekord für sich reklamiert. Während Hamburg nur 3,3% der Asylbewerber aufnimmt, liege Bayern bei 17,4%. Hamburg schiebt zehnmal so viel ab wie Bayern! Wozu das Grundgesetz ändern, wenn man es doch nur hansestadtmäßig anzuwenden braucht? Was Bonn heute in der Asylpolitik beschließe, sei *„die Fortsetzung einer Politik, die Hamburg schon seit langem verfolgt und der der Bund sich längst hätte anschließen sollen"*. (Das Protokoll vermerkt Beifall aller Anständigen von FR bis „Nationalzeitung").

In Westberlin ist man besonders gewissenhaft. Innensenator Kewenig fährt in den Libanon, um persönlich zu erkunden, ob er zweitausend Palästinenser und Libanesen gewissenlos dorthin abschieben kann. Bestimmt hat er ein Empfehlungsschreiben von Lummer dabei und vielleicht läßt sich nebenbei noch das eine oder andere BND-Geschäft (Waffen, Nutzfahrzeuge etc.) knüpfen. Wie es weitergeht, wissen wir auch schon: Bruno Heck reist in den Iran, um sich davon zu überzeugen, wie angenehm der Golfkrieg sein kann, wenn die Sonne scheint.

Wahlkampfknüller, die man so eben mitnimmt, weil man sie „auf keinen Fall im Wahlkampf" haben will. Davor bewahren uns der Anstand und die so dringend notwendige Wiederherstellung der Moral in der Politik. Die SPD hat das Kunststück geschafft. Deutschland den Deutschen und man muß es nicht einmal laut sagen, weil die DDR ein bißchen mithilft. Es lebe die sozialdemokratische Hygiene und für die Verfolgten anderer Kontinente machen wir bei Gelegenheit ein riesiges Live Band Aid Konzert mit einer tollen Geldsammlung.

Es ist wahr: Dieser Westen kann die Probleme der Dritten Welt nicht lösen. Er ist das Problem. Wann löst die Dritte Welt dieses Problem?

Südafrika

Kapitalflucht im Volkskrieg

Der Goldpreis erreichte im September einen neuen Rekordstand in diesem Jahrzehnt. Bisher rettete sich das Apartheid-Regime in Gefolge solcher Entwicklungen immer wieder aus ökonomischen Krisen. Die anhaltende Revolte, Streiks und Konsumentenboykotte verhindern eine solche Entwicklung, und die südafrikanische Wirtschaft bekommt zunehmend den Charakter einer Kriegswirtschaft.

Schon die mehr als verhaltenen Sanktionsbeschlüsse der imperialistischen Staaten bewirken dazu, daß das Vertrauen in weitere Investitionen in diesen Staat und seine Wirtschaft mehr und mehr abnimmt. Kapitalflucht bestimmt die Situation. Bis Ende Juni flüchteten mehr als 2,5 Mrd. Rand (ca. 1 Mrd. DM) aus dieser Region, sicheren Schutz suchend auf europäischen und US-amerikanischen Anlagemärkten. Die Sturmvögel einer demokratischen Revolution kreisen über dem Zentrum des weißen Rassismus.

In dieser Gefahrenlage sucht das Apartheid-Regime seinen Gegner zu schwächen. Doch die südafrikanische Befreiungsbewegung sprengte das Gefühl der Ohnmacht gegen den rassistischen Staat. Auch die Versuche, den ANC in einen kommunistischen und einen nicht-kommunistischen Flügel zu differenzieren, mit dem einen das Gespräch zu suchen und den anderen zu isolieren, scheiterten. Auf dem Treffen der nicht-paktgebundenen Staaten wies O. Tambo diese Versuche entschieden zurück. Die Entwicklung des subjektiven Faktors der Revolution beschreibt **J. Slovo in einen Interview unter dem Motto: „Das Volk verliert die Ohnmacht"** auf Seite 21

PLO vor verschlossener Tür

Im Nahen Osten wird wieder verhandelt. Über vier Jahre waren die ägyptisch-israelischen Gespräche unterbrochen gewesen; Anfang September fand ein neues Gipfeltreffen statt. Die Ergebnisse sind mager. Trotzdem zeigen sich die Israelis optimistisch. Schließlich beharren die arabischen Staaten nicht mehr auf einer Teilnahme der PLO an Friedensverhandlungen. Die Zeit scheint reif, die amerikanisch-israelische Lösung im Nahen Osten voranzubringen.

Unmittelbar vor dem Treffen Peres-Mubarak haben drei palästinensische Organisationen, die Fatah, die DPLF und die Palästinensische Kommunistische Partei, in einem gemeinsamen Kommunique das jordanisch-palästinensische Abkommen vom 11.2.85 aufgekündigt, um damit die Voraussetzung für die Überwindung der Spaltung der PLO zu schaffen.

Im November 1985 erläuterte der israelische Kriegsminister Rabin in den USA die veränderte strategische Situation im Nahen Osten, die den USA (!) neue Möglichkeiten bei der „Friedensförderung" eröffnen würde:

— Der israelisch-ägyptische Friedensvertrag schalte Ägypten als potentiellen Gegner aus.

— Der iranisch-irakische Krieg binde den Irak so stark, daß das Land keine feindseligen Aktionen gegen Israel unternehmen könne, sondern gezwungen sei, bei den „gemäßigten" arabischen Staaten Hilfe zu suchen. Daher könne Bagdad Ägypten nicht länger boykottieren; die zu beobachtenden Annäherungen zwischen Jordanien, Ägypten und dem Irak hätten fast den Charakter einer neuen Achse. Syrien sei dadurch stärker isoliert worden.

— Die verringerte Weltabhängigkeit vom Öl des Nahen Ostens erlaube den „Welt"mächten eine „Unbekümmertheit" gegenüber der Ölzufuhr aus dieser Region, die vor zehn Jahren undenkbar gewesen sei.

— Und schließlich: Diese günstige Entwicklung sei verbunden mit einer Reduzierung des sowjetischen Einflusses im Nahen Osten.

Allerdings versäumte „man" bei der Ausweisung der PLO aus dem Liba-

Fortsetzung auf Seite 22

Aus dem Inhalt

Neue Nachrüstungsrunde für die Polizei

Konsequenzen aus Brokdorf, Wackersdorf, Kleve und Hamburg

Der deutsche Bulle ist dumm, wenig flexibel und kaum lernfähig. Zu — sinngemäß — diesem Ergebnis kam Ende Juni eine Arbeitstagung der Polizeiführungsakademie. Aktuelles Thema der zentralen Kaderveranstaltung: Die Polizeieinsätze von Wackersdorf, Brokdorf und auf dem Hamburger Heiligengeistfeld. Die anwesenden Experten zeichneten die Konsequenzen vor, die in nächster Zeit auf Demonstranten zukommen werden: Mehr Technik, Spezialisierung der Polizeieinheiten, wechselnde Einsatzkonzepte, systematische Durchleuchtung der militanten Gruppen und eine Verbesserung der Beweislage bei Festnahmen.



Polizei-Führungsakademie

VS - Nur für den Dienstgebrauch
Z1/FB - 1521/0/34/86 - VS - NfD
04.07.1986

Arbeitstagung

vom 26. bis 27. Juni 1986
bei der Polizei-Führungsakademie in Münster

Polizeieinsätze an der WAA Wackersdorf
sowie am 7.6.1986 am KKW Brokdorf
und am 8.6.1986 in Hamburg

Eine illustre Männerrunde versammelte sich am 26./27. Juni im westfälischen Hiltrup bei Münster. Leitende Exekutivbeamte der Bereitschaftspolizeien, Polizeiführer aus Präsidien und regionalen Direktionen, BGS-Obere, Staatsschützer und Schreibtischstrategen aus den Innenministerien stimmten Klagegesänge über die Sicherheitslage in der Republik an.

Das als „VS — Nur für den Dienstgebrauch" gekennzeichnete Protokoll, das vergangene Woche vom bayerischen Anti-Atom-Magazin „RadiAktiv" veröffentlicht wurde, spiegelt die Stimmungen im Apparat wider: Nach den Großeinsätzen in Süd- und Norddeutschland muß es im Apparat zwischen den „Kommißköppen" und den „Analytikern" kräftig gerumst haben. „Offene Gespräche" mit „gutgemeinten Beiträgen aus eigener Erfahrung" umschreibt der Kieler Schutzpolizeidirektor Heinz Hintz die internen Kritiken. Daß die massiven Einschränkungen des Demonstrationsrechtes zu viel böses Blut gekostet haben, mögen nicht einmal die Hardliner der Sicherheitspolitik bestreiten. Doch unvermutet sahen sich die Polizeioberen von zwei Seiten kritisiert: erwartungsgemäß die „ideologisch einseitigen" Vorwürfe, aber diesmal auch Stimmen, die der Polizei Unfähigkeit bei „der Bewältigung derartiger Lagen" attestieren, wie PFA-Chef Konrad Peitz in seiner Begrüßung feststellte. Doch von Selbstkritik keine Spur. Nicht einmal die unentwegte Klage der Polizeigewerkschaft GdP, die Polizei werde bei der Niederhaltung von Protesten gegen
ner Begrüßung feststellte. Doch von Selbstkritik keine Spur. Nicht einmal die unentwegte Klage der Polizeigewerkschaft GdP, die Polizei werde bei der Niederhaltung von Protesten gegen
politische Fehlentscheidungen mißbraucht, schimmerte auf. Im Gegenteil: Selbst im internen Kreise beschwor man lediglich die angebliche Unterlegenheit der Polizeitruppen gegenüber den „Chaoten", die, so der tiefe Griff in die Propagandakiste, „auch Behinderte und Kinder" einsehen, „um die besondere Brutalität des Polizeieinsatzes belegen zu können". Beruhigender Aspekt: Der Polizeiapparat ist geistig unbeweglich — stramme Haltung ersetzt weitgehend Analysen und flexible Konzepte.

Ministerialrat Lenhard aus dem bayerischen Staatsministerium des Inneren stimmte die Expertenrunde ein: Bundesweit gut organisierte Chaoten nutzten die Anti-Atom-Bewegung für ihre Angriffe auf den Staat. „Besonders bedrückend" wirke sich die latente Sympathie der „stillen Demonstranten" mit den Gewalttätern aus, die aus der „Kulisse" den „Chaoten Steine zureichen" und ihnen ein Abtauchen in der Menge ermöglichen. Straffe Führung, CB-Funknetze, Motorradmelder und zielgenaue Zwillenschüsse auf 150 Meter stellten den logistischen Hintergrund für die stundenlangen Angriffe auf den WAA-Bauzaun dar. Olympiareife Leistung der Militanten: *„Die Chaoten können die z.T. sehr großen Steinbrocken bis zu 60 m werfen"*, wohingegen auf Polizeiseite *„eine der Ausrüstung der Störer gleichwertige Waffe"* derzeit nicht vorhanden sei. Fazit: Die „Sicherheitslage" sei „erschreckend beängstigend".

Die festgestellte Rüstungslücke ist zwischenzeitlich mit Gummigeschossen Schweizer Bauart gestopft worden; und auch die restlichen Forderungen des Münchner Sicherheitsfetischisten, um „zu einer normalen Entwicklung zurückzukommen", sind mittlerweile im Freistaat in die Praxis umgesetzt:
— Aufstellung neuer Einsatzhundertschaften,
— weitere Hochdruckwasserwerfer,
im Freistaat in die Praxis umgesetzt:
— Aufstellung neuer Einsatzhundertschaften,
— weitere Hochdruckwasserwerfer,
— Demonstrationsverbote rund um das WAA-Baugelände,
— Rodung eines 65 Meter tiefen Waldstreifens vor dem Zaun und
— Auswertung der Videoaufzeichnungen und Abgleichung der Bilder mit Erkenntnissen aus anderen Bundesländern mit dem Ziel einer „Verunsicherung dieses Personenkreises". Eine öffentliche Kostprobe war die jüngste xy-ungelöst-Sendung von Eduard Zimmermann, die bundesweit Fahndungsbilder aus Wackersdorf ausstrahlte. *„Man wird alle greifen müssen, die ins Chaotenbild passen"*, lautete die vorgetragene bayerische Generallinie.

Die Verbesserung der Strafverfolgung, wenn auch in differnzierter Form, lag auch dem Vertreter des nordrhein-westfälischen Innenministeriums, dem leitenden Polizeidirektor Manfred Quentin, am Herzen: Den rund 2.000 Autonomen und ihrer „organisierten Gewaltkriminalität" müsse mit einer konsequenten Strafverfolgung entgegengetreten werden. Nicht die Schaffung neuer Massendelikte, so wie in den Vorstellungen der CDU/CSU zum Demonstrationsstrafrecht formuliert, sei der angemessene Weg, sondern es müsse am „Prinzip der individuellen Zuordnung eines strafwürdigen Verhaltens zu einer bestimmten Person" festgehalten werden. Trotz jahrelanger Schulung der Beamten für ihre Zeugenauftritte vor Gericht werden zum Leidwesen der Ermittlungsbehörden noch immer nicht ausreichend rechtskräftige Urteile gefällt. Die gezielte Strafverfolgung müsse deshalb in den vorderen Polizeilinien beginnen, empfahl der Experte aus Düsseldorf: *„Feststellungen werden auf einen Täter und seinen Tatbeitrag konzentriert"*; eine Kette von Maßnahmen soll dann bereits vor Ort die polizeilichen Konstruktionen prozeßfest klopfen. *„Die polizeilichen Tatzeugen werden unter Ausschöpfung und Beachtung aller gesetzlichen Möglichkeiten auf ihr Auftreten in der Hauptverhandlung vorbereitet"*, empfahl Quentin die in Nordrhein-Westfalen fortentwickelte Form der Zeugenbetreuung.

Doch ohne Festnahmen keine Prozesse: Den Sondereinsatzkommandos fällt nach übereinstimmender Meinung der Anwesenden die Aufgabe zu, als schnelle Eingreiftruppen Demonstrationsansammlungen zu zerschlagen und gleichzeitig hohe Festnahmeziffern zu erzielen. Offensichtlich traut die bundesdeutsche Polizeispitze nur diesen Kadereinheiten eine Befehlsumsetzung unter Benutzung des eigenen Gehirns zu.

Die gleichzeitigen Großdemonstrationen von Wackersdorf und Brokdorf hätten das gesamte Kräftepotential gefordert, stellte Schleswig-Holsteins Schutzpolizeidirektor Heinz Hintz fest. „Wir konnten auch feststellen, daß — vielleicht erstmals in unserer Bundesrepublik — Reserven nicht mehr vorhanden gewesen sind." Das Rezept des Kieler Polizeiführers: „Luftverlastung" von Polizeitruppen an die jeweiligen Einsatzorte — also schnelle Luftlandeeinheiten, die — wie in Kleve — „schlagartig" Menschenansammlungen aufmischen und zum nächsten Brennpunkt fliegen. In Zeiten angespannter Personalhaushalte heißt die Parole: Spezialisierung der vorhandenen Kräfte.

Bereits im Vorfeld von Großdemonstrationen sollen in Zukunft die „Anreisekontrollen" wieder verschärft werden, um von vornherein die militante Spreu vom friedlichen Weizen zu trennen. Der bayerische Vertreter plä-
strationen sollen in Zukunft die „Anreisekontrollen" wieder verschärft werden, um von vornherein die militante Spreu vom friedlichen Weizen zu trennen. Der bayerische Vertreter plä-
dierte für noch weitergehende Maßnahmen: Bei der Novellierung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) will das Innenministerium darauf hinwirken, „Störer" zukünftig präventiv „über die jetzt vorgesehene Zeit hinaus auf Richterbeschluß" festsetzen zu können.

Allen Redebeiträgen gemeinsam war die versteckte Klage über mangelhafte Kenntnisse der militanten Gruppen. Staatsschutzdezernate und Verfassungsschutzämter sollen die „Ausforschung der Störerstrukturen" verstärkt betreiben, hieß es aus München. Der Düsseldorfer Fachmann nannte es etwas differenzierter „Analyse der Szene- und Gruppenzugehörigkeit". Eine Welle von Anwerbegesprächen und Einschleusungen von Spitzeln steht ins Haus.

hg.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

SPD-Atomausstieg: Der große Beschiß

Die taz war live dabei und begeistert: „Nach Nürnberg ist die SPD vielleicht nicht von Tiefgrün aber von Grünlich wählbar" — so ihre Message.

Während ein Jakob Sonnenschein von der „glänzenden Rede" des ehemaligen Atomministers und heutigen Radfahrers Volker Hauff einfach nur schwärmt, ging taz-Stratege Klaus Hartung gleich einen Schritt weiter: Wer nach diesem kompletten Sieg der SPD-Linken „immer noch den ‚Ausstiegswillen' der SPD bezweifelt, wird ziemlich weit links von der Wirklichkeit liegen" (taz, 28.8.86). Ein hoffnungsloser Sektierer und Idiot, wer immer noch der SPD mißtraut ...?

Die FAZ jedenfalls kommentierte den neuen SPD-Atomenergiebeschluß weitaus gelassener: „Der scheinbar so präzis datierte Aussteigefahrplan steht unter einem Konsensvorbehalt, der den energiepolitischen Führungsanspruch zur Leerformel degradiert", heißt es dort. Damit könne Rau „die Wähler noch über ein Jahrzehnt hinweg in der aus dem Atomstrom gespeisten Bequemlichkeit ihre Ruhe haben lassen, während er mit der Heilslehre von der ungefährlichen Energiezukunft hausieren geht" (FAZ, 25. und 28.8.86). Ebenso der sozialdemokratische WAA-Fanatiker Hermann Rappe, der einem verdutzten taz-Reporter unmittelbar nach dem Ausstiegsbeschluß erklärte: „Ich fühle mich überhaupt nicht in der Minderheit. Nein, ich sehe mich in der Mitte und zwar prägend für den Kurs der Partei." (taz, 28.8.) Was also ist passiert?

SPD-Linke: Versöhnen statt streiten

Der Nürnberger SPD-Parteitag hat sich die grundlegenden Aussagen des sogenannten „Hauff-Berichts" über den Ausstieg aus der Atomenergie zu eigen gemacht. Demnach will man mit Hurra und stolzgeschwellter Brust bis spätestens 1997 alle AKWs abschalten — sofern die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, sprich: CDU
eigen gemacht. Demnach will man mit Hurra und stolzgeschwellter Brust bis spätestens 1997 alle AKWs abschalten — sofern die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, sprich: CDU
und RWE, mitspielen. Das doppelbödige Papier der Hauff-Kommission wurde vor Nürnberg nicht nur vom KB (vgl. AK 273), sondern auch von den Jusos scharf kritisiert. Laut Juso-Erklärung bleibt es „deutlich hinter den Voten der SPD-Basis zurück, die den Ausstieg bis 1991 (Bremen) oder in zwei Legislaturperioden (Schleswig-Holstein) fordert". Darüberhinaus sei es „mehr als peinlich, daß sich die Hauff-Kommission um jedes deutliche Wort zum Hochtemperaturreaktor drückt" usw. usf.

In Nürnberg war dann — freilich vier Monate nach dem Super-Gau — der Auftritt der gesamten SPD-Linken mehr als peinlich: — Zwar wurde in über 20 Anträgen an den SPD-Parteitag gefordert, den Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop abzuschalten und diese Reaktorlinie fallen zu lassen. In der mehrstündigen Energiedebatte jedoch wurde dieses Lieblingskind von Rau nicht ein einziges Mal erwähnt. — Zwar gab es einen „Initiativantrag 18", in dem nicht nur ein sofortiger AKW-Baustopp und die Einbeziehung kritischer Wissenschaftler bei Reaktorsicherheitsüberprüfungen, sowie insbesondere auch die Streichung des „breiten Konsens" als Ausstiegsvorbedingung gefordert wurde. Bei Annahme dieses Antrags wäre eine fiktive SPD-Regierung wenigstens formal auf einen Zehn-Jahresausstieg verpflichtet worden. Doch selbst hier beugte sich die SPD-Linke den Rappe und Co.: Sie alle, Schröder, Traube, Catenhusen u.a., brachten es fertig, diesen Antrag in ihren Wortbeiträgen auch nicht mit einer Silbe zu erwähnen. Der Vorsitzende der Antragskommission und profilierte Ausstiegsexperte H.U. Klose hatte keine Schwierigkeiten, alle drei genannten Punkte — ohne Abstimmung! — unter den Tisch fallen zu lassen. Nicht versehentlich, sondern bewußt; nicht im Widerstreit, sondern kampflos wurde Hermann Rappe und seinesgleichen ein faktisches Vetorecht darüber eingeräumt, ob es nun zum Ausstieg kommt oder nicht. — Mit 99%iger Zustimmung wurde der Antrag E 14 des SPD-Ortsverein Rosenheim-Nord abgebügelt, sich überall für die Forderung nach einem „Volksentscheid in Sachen Kernenergie" kompromißlos einzusetzen. (Mit ebensogroßer Mehrheit wurde dafür aber ein SPD-Antrag aus Heidelberg angenommen, der neue Trainigsprogramme für AKW-Bedienungsmannschaften an Simulatoren fordert, damit in „Störfallsituationen das Risiko von Fehlreaktionen ausgeschlossen ist". Das ist doch immerhin konsequent.)

Mit viel Elan in die Sackgasse

Mit viel Elan in die Sackgasse

Nach der letzten Spiegel-Umfrage von Ende Juni sind 88% der Bevölkerung für den kurzfristigen (20%) oder mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie. Für die Spezialdemokraten bedeuten solche Mehrheiten eine geradezu „klassische" Bewährungsprobe.

Fortsetzung nächste Seite



Aussteiger

Fortsetzung von vorheriger Seite

Der Titel des Hauff-Berichts: „Von der Empörung zur Reform" (genauer: Reformankündigung) ist Programm: Anstatt — gestützt auf Bevölkerungsmehrheiten — den Konflikt mit den Stromkonzernen aufzunehmen, wird an die Stimmung in der Bevölkerung lediglich angeknüpft, um sie in die üblichen ausgetrampelten Sackgassen zu lotsen:

1. Orientierung auf Wahlen: Ohne SPD-Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat läuft gar nichts, behaupten die Sozialdemokraten. Diese Stoßrichtung ist nicht nur bekanntermaßen falsch, sondern zudem total widersprüchlich. Denn dreimal täglich betont diese Partei, daß ihr die Absage an die Grünen noch wichtiger ist, als der Ausstieg aus der Atomenergie. Die Absage an das potentielle Ausstiegsbündnis mit Grünen, Teilen des DGB sowie der Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung ist wichtiger als *jedes* Programm. Damit trägt die SPD ihren Teil dazu bei, daß die Regierungsparteien an der Macht bleiben und Kalkar, Wackersdorf und Hanau ausgebaut werden.

2. Versöhnung von Großkapital und Arbeit: Kooperation und Kungelei („Konsens") mit den Stromkonzernen statt Massenmobilisierung und politische Konfrontation. Diese Politik setzt auf Zeitgewinn, um der Atomindustrie das Überwintern zu erleichtern. In der Sache läuft die Nürnberger „Frontbegradigung nach Links" (K. Hartung, taz) darauf hinaus, das Atomprogramm vorläufig nicht auszubauen, das bestehende Programm geringfügig abzuspecken und auf Sofortmaßnahmen für den Ausstieg zu verzichten.

das bestehende Programm geringfügig abzuspecken und auf Sofortmaßnahmen für den Ausstieg zu verzichten.

Der Status quo soll im wesentlichen erhalten bleiben und durch Sonderinvestitionen in die „Nukleare Sicherheitsforschung" und die „Entsorgungsvorsorge" politisch abgesichert werden. Der Rest ist Wahlkampf-Klimbim.

ms, Bonn

> Der Energiebeschluß wiederum besteht nur aus Taktik. Auf ihn kann sich jeder — vom arbeitsplatzbesorgten Betriebsrat bis zum dezidierten Gegner der Kernenergie — berufen. Das kann Wählerstimmen bringen, ist aber keine kalkulierbare Energiepolitik. Der scheinbar so präzis datierte Aussteigefahrplan steht unter einem Konsensvorbehalt, der den energiepolitischen Führungsanspruch zur Leerformel degradiert: die Atomkraftwerke werden abgeschaltet, wenn Gewerkschaften, Betriebsräte, Arbeitnehmer, Energiewirtschaft, Unternehmen, Kommunen, Wissenschaft und Bürgerinitiativen davon überzeugt werden können, daß es gut ist, sie abzuschaffen.
>
> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.8.86

Initiativantrag 1 in der Fassung der Antrags-Kommission Energiepolitik

I.

1. Der Parteitag nimmt den Zwischenbericht der Kommission „Übergang zu einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft" beim Parteivorstand zustimmend zur Kenntnis und macht sich die grundlegenden Aussagen zu eigen, die im Sofortprogramm für die nächsten zwei Jahre und im politischen und zeitlichen Rahmen für die Durchsetzung einer Energiepolitik ohne Atomkraft enthalten sind; insbesondere

— Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel der Stillegung aller Atomkraftwerke; Untersagung der Erteilung von Bau- und Betriebsgenehmigungen für weitere Atomkraftwerke sowie Ablehnung der Wiederaufarbeitung, Verzicht auf die wirtschaftliche Nutzung von Plutonium und Unterbindung des Exports von Kernkraftwerken aus der Bundesrepublik.

— Abschaltung der ersten Atomkraftwerke in den nächsten beiden Jahren. Dazu wollen wir auch im Rahmen des geltenden Atomrechts Klarheit darüber schaffen, welche Atomkraftwerke aus Sicherheitsgründen abgeschaltet werden müssen und auf welche wir verzichten können. Deshalb ist mit der erneuten Sicherheitsüberprüfung umgehend zu beginnen.

— Für bestehende Atomkraftwerke wird der Nachweis einer Entsorgungs-

— Für bestehende Atomkraftwerke wird der Nachweis einer Entsorgungsvorsorge gesetzlich vorgeschrieben, die ohne Aufschluß der Brennelemente einen sicheren Abschluß von der Biosphäre gewährleistet (direkte Endlagerung). Dazu ist neben dem Salzstock in Gorleben mindestens ein weiterer Endlagerstandort auszuwählen und auf seine Eignung eingehend zu untersuchen.

— Neugestaltung des Energiewirtschaftsgesetzes mit dem Ziel der ressourcenschonenden und umweltverträglichen Stromerzeugung und zur Verbesserung des Wirkungsgrades des Gesamtenergiesystems.

— Verstärkte Förderung des Energie- und Stromeinsparens und der rationellen Energie- und Stromnutzung.

— Förderung regenerativer Energiequellen.

— Fortsetzung der Kohlevorrangpolitik; Verlängerung des Jahrhundertvertrages, um umweltfreundliche Kohletechnologien einzusetzen und heimischen Energieträgern eine sichere Zukunft zu garantieren.

— Förderung der industriepolitischen Chancen der Umstrukturierung des Energiesystems zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Bei einem Umstieg im Laufe der nächsten zehn Jahre würden allein im Bereich des Kraftwerkbaus, des Energieanlagenbaus, der Energieeinspartechniken und des Bergbaus mehrere 10.000 Arbeitsplätze zusätzlich gesichert. Hierbei sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den von der Umstrukturierung betroffenen Arbeitnehmern geeignete Arbeitsplätze anbieten zu können, die ihren beruflichen Qualifikationen Rechnung tragen. Die sozialen Folgen der Umstrukturierung dürfen den Arbeitnehmern nicht angelastet werden.

(...)

II.
1. Die Neuorientierung der Energiepoli-

II.

1. Die Neuorientierung der Energiepolitik ohne Atomkraft ist eine historische Zäsur. Zum ersten Mal in der Geschichte stehen wir vor dem Problem, eine hoch entwickelte Technologie wegen ihrer nicht zu beherrschenden Gefahren und Risiken in einem geordneten Rückgang aufzugeben. Auch nach jahrzehntelangem Betrieb von Atomkraftwerken ist es nicht gelungen, die räumlich und zeitlich unbegrenzten Gefahren und Risiken für Leben und Umwelt durch radioaktive Strahlenbelastung abzuschätzen und auszuschließen. Im Bewußtsein unserer Verantwortung auch für die kommenden Generationen hält der Parteitag es auf Dauer nicht für verantwortbar, die Menschen den atomaren Gefahren und Risiken, auch denen der zivilen Nutzung der Atomkraft, auszusetzen. Dies gilt um so mehr, als es heute schon andere Energietechniken gibt, die langfristig, ressourcenschonend und umweltverträglich eingesetzt werden können.

Wir werden von uns aus alles tun, damit innerhalb des Zeitraumes von zehn Jahren eine Energieversorgung ohne Atomkraft für die Bundesrepublik Deutschland verwirklicht wird. Wenn die Akteure in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenwirken, werden wir weniger als ein Jahrzehnt benötigen, um in einem geordneten Rückgang das letzte Atomkraftwerk abzuschalten.

Zur Erreichung dieses Zieles brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens und Gesetzgebungsmehrheiten. Um sie herbeizuführen, suchen wir das Gespräch mit den unmittelbar Betroffenen: den Gewerkschaften, den Betriebsräten, den Arbeitnehmern, der Energiewirtschaft, den Unternehmen, den Kommunen, der Wissenschaft, den Bürgerinitiativen und allen Bürgerinnen und Bürgern. (...)

Das heimliche Motto des Katholikentages:

„Schutz des ungeborenen Lebens"

„Dein Reich komme", so das offizielle Motto des 89. Deutschen Katholikentages vom 10.-14.9. in Aachen. Inoffiziell allerdings wurde der „Schutz des ungeborenen Lebens" zu einem der Hauptthemen. Von der Auftakt- bis zur Abschlußveranstaltung zog sich der Feldzug gegen Abtreibung und abtreibende Frauen = „Mörderinnen" durch den gesamten Katholikentag.

Unermüdlich äußerten sich die Katholikenführer wie Kardinal Höffner, der Abtreibung als *„eine der brutalsten Formen der Herrschaft des Menschen über den Menschen."*, und die „Massenabtreibung" in der Bundesrepublik nicht nur als *„Skandal, sondern auch (als) eine tödliche Bedrohung des deutschen Volkes"* bezeichnete (zit. nach Weser Kurier, 13.9.).

Oder der Mainzer Bischof Karl Lehmann, der mahnte: *„Es kann keine Selbstbehauptung des Menschen geben, die über Leichen geht, nur um eigene Interessen durchzusetzen.."* (FR, 12.9.)

Die Vizepräsidentin des Zentralkomitees der Katholiken, Rita Waschbüsch, fragte sich, ob angesichts der Zahl von insgesamt 200.000 Schwangerschaftsabbrüchen jährlich nicht längst alle Dämme für den rechtlichen Schutz des Lebens durchbrochen seien. Daß es Kräfte gebe, denen diese Zahl immer noch nicht reiche, sei ein Zeichen für eine tiefe seelische Störung. *„Das ist eine absurde Todessehnsucht."* (FR, 12.9.)

Doch auch weltliche Herren (und wenige Damen), Politiker wie Kohl, Rau, Geißler und auch Joschka Fischer, ließen die Gelegenheit nicht ungenutzt, sich zum Thema 218 zu äußern — keiner von ihnen für die Interessen von Frauen nach selbstbestimmter Entscheidungsfreiheit.

Eine der zentralen Großveranstaltungen des Katholikentages fand als „Kundgebung für das Leben des ungeborenen Kindes — Das Licht der Welt erblicken" statt, auf der u.a. Veronika Carstens, Frau des ehemaligen Bundespräsidenten, als Anwältin des ungeborenen Lebens auftrat. Sie empfahl allen „Müttern und Vätern", die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung zögen, den US-Film „Der stumme Schrei" anzusehen. Das Gefühl der Liebe und Mitleid werde dann *„gegenüber dem hilflosen kleinen Wesen aufkeimen, das da friedlich leben möchte und nun wehrlos unter Qualen steben soll.."* (FR, 12.9.)

Diese Kundgebung konnte allerdings nicht ungestört verlaufen. Es gab Pfeifkonzerte, die nicht ausschließlich von Frauengruppen veranstaltet wurden. Schon im Vorfeld hatte es eine Kontroverse um das Thema der Veranstaltung gegeben. Auf Vorschlag des Bundes der deutschen Katholischen Jugend (BdKJ) hatte die Katholikentagskommission festgelegt, daß das Thema „Leben" nicht reduziert werden sollte auf den Schutz des ungeborenen Lebens, sondern auch der des geborenen thematisiert werden sollte. Das hätte auch Stellungnahmen zur Umwelt-, Sozial- und Dritte-Welt-Politik eingeschlossen.

Die Katholikentagskommission hat allerdings nur beratende Funktion. Entscheidungen trifft das Zentralkomitee des Katholikentages (ZdK). Der BdKJ erfuhr dessen Entscheidung erst beim Lesen des Programms und drückte seine Verwunderung über die Mißachtung des Kommissionsvorschlages aus. Antwort vom Präsidenten des ZdK, Hans Maier (gleichzeitig Bayerns Kultusminister, CSU): Das ZdK sei für die Ausgestaltung der Großkundgebung allein verantwortlich. (FR, 12.9.)

Derselbe Maier erklärte den §218 auf der Abschlußkundgebung des Katholikentages zum Wahlkampfthema. Der „Prüfstein", an dem Katholiken die Parteien messen sollen, heiße „Leben". „Unser Volk" könne nur bestehen, wenn „Lebensschutz zur Aufgabe aller wird". Daß in unserem Land Jahr für Jahr 200.000 ungeborene Kinder getötet werden, sei ein Abschied von der Menschlichkeit. (FR, 15.9.) In diesem Sinne bot der Parteitagsbeschluß der Grünen für die ersatzlose Streichung des §218 einen hervorragenden Anlaß, auf sie einzudreschen. Nachdem schon Kardinal Höffner vor dem Katholikentag die Grünen als für Katholiken unwählbar erklärte, setzte Hans Maier noch einen drauf: Es gäbe keine Gesprächsebene mit den Grünen, da sie durch ihren Parteitagsbeschluß nicht mehr auf dem Boden der Verfassung stünden. Damit waren die Grünen von offiziellen Veranstaltungen ausgeschlossen; lediglich die „Kirche von unten" lud die Grünen zur Diskussion ein.

Die Grünen schienen hart getroffen: Sie reagierten beleidigt und biederten sich an, wo sie nur konnten. Eine Gruppe von Christen bei den Grünen jammerte, daß sie doch den Hannoveraner 218-Beschluß auch nicht richtig fänden. Und Joschka Fischer, der sich — selbst Katholik — nach einem grünen Kardinal vorstellen kann, untermauerte die Ernsthaftigkeit seines Wunsches mit der Distanzierung vom 218-Beschluß seiner Partei. Dieser Beschluß habe „Gefühle verletzt". Die Gefühle Tausender Frauen, die mit dem Problem einer ungewollten Schwangerschaft konfrontiert sind, scheinen diesen Herren (inzwischen?) nicht mehr zu interessieren.

Und wo waren die grünen Frauen?



Frauenprotest während des Katholikentages

Hatten sich schon die Aachener Grünen geweigert, den Aufruf von Frauengruppen zur geplanten Protestaktion

Hatten sich schon die Aachener Grünen geweigert, den Aufruf von Frauengruppen zur geplanten Protestaktion gegen die Katholen-Hetze bezüglich der Abtreibung zu unterschreiben, weil er im Widerspruch stehe zu ihrer Position des Lebensschutzes, so ließen sich auf dieser Demo Grüne überhaupt nicht blicken.

Was war passiert? Hatten die Frauen Druck gekriegt, die Auseinandersetzung mit Höffner und Maier nicht noch anzuheizen? Immerhin stehen unter dem Demo-Aufruf auch zwei bekanntere grünen Frauen (Regina Michalik und Christa Merkel), und immerhin hatte die Frauenreferentin der Grünen, Rita Werkmeister, Briefe durch die ganze BRD an alle 218-Adressen geschickt, frau möge doch bundesweit zur Gegenaktion während des Katholikentages mobilisieren; sie kündigte auch das Interesse der grünen Frauen an, aus der Defensive herauszukommen. Die Demo in Aachen, als gute Gelgenheit dazu, ist jedenfalls nicht genutzt worden.

Umso erfreulicher das Stattfinden der Protestaktion, übrigens der einzigen anläßlich des Katholikentages. Ca. 1.500 Frauen und auch Männer waren gekommen, nicht eben „die Massen", aber das Thema 218 ist ja schon lange kein Mobilisierungshit mehr. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten kam auch ein ganz beachtlicher Unterstützerkreis zusammen. Unter der Hauptforderung „Ersatzlose Streichung des §218" stehen neben diversen Aachener Frauengruppen auch der Juso-Bundesvorstand, FI 6. Oktober, 218-Koordination, EMMA, Bundesvorsitzende der Pro Familia, DKP, GIM u.a. unter dem Aufruf.

Erfreulich und immer wieder erfrischend auch das Engagement, mit dem Alice Schwarzer nicht müde wird, gegen den §218 anzutreten. Als Hauptrednerin der Demo griff sie unter permanentem Halleluja-Gesang von „Lebensschützern" die katholische Kirche mit ihrer Doppelmoral massiv an: Höffner stünde in einer Front mit Hitler. Höffner bezeichnete Frauen, die abgetrieben haben, als Mörderinnen. Auch im Dritten Reich habe auf Schwangerschaftsabbruch die Todesstrafe gestanden.

Dabei würden katholische Frauen genauso häufig abtreiben wie andere, und das heißt, jede zweite katholische Frau treibt irgendwann ab.

Aber sie griff auch der Reihe nach alle Parteien an und fragte, was denn bitteschön CDU — CSU — SPD — FDP — Grüne gegen Abtreibung getan hätten. Wenn jemand etwas gegen Abtreibung getan hätte, dann doch wohl die Frauenbewegung, indem sie sich mit Sexualität und Verhütung ausein-

hätten. Wenn jemand etwas gegen Abtreibung getan hätte, dann doch wohl die Frauenbewegung, indem sie sich mit Sexualität und Verhütung ausein-

andergesetzt und Aufklärung betrieben hätte. Und dann stellte sie ihren, bereits in den letzten beiden EMMAs angekündigten, Vorschlag einer Verfassungsklage gegen die Indikationsregelung vor. Sie forderte die Parteien auf, eine Verfassungsklage gegen den §218 einzureichen, um feststellen zu lassen, daß dieser Paragraph unvereinbar sei mit der „Würde des Menschen" und dem „Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit", die immerhin im Grundgesetz festgeschrieben sind.

Alice Schwarzer forderte alle Frauen auf, die Parteien an ihrem Verhalten gegenüber dem §218 zu messen. Einer Partei, die die Verfassungsklage nicht einreichen will, sollten wir keine Stimme geben.

Mit diesem EMMA-Vorschlag einer Verfassungsklage wollen wir uns in einem der nächsten AKs ausführlicher beschäftigen.

b., KB/-Gruppe Bremen

Nachtrag zum Artikel „Arbeiterjugend, Krise und Gewerkschaften" (AK 273)

Die Fotos stellte uns der BWK zur Verfügung, aus einer Reihe „Arbeitsbedingungen von Jugendlichen".

Den Artikel haben wir leicht ergänzt und mit weiterem Material zusammen als „strandgut" Nr. 6 herausgegeben. Für 1 DM erhältlich über die Verlagsadresse. Neben weiteren Artikeln zur DGB-Jugend enthält es auch einiges, worin wir Ansatzpunkte für eine betroffenenorientiertere Arbeiterjugendpolitik sehen.

Lehrlinge im KB



argus

„Die 'Freie Flüchtlingsstadt Bremen' — Diese Utopie ist heute machbar"

Interview mit Günther Kahrs

Günther Kahrs ist Sprecher der Bremer Initiative „Ein Mensch — Eine Stimme", Mitglied im Bremer Flüchtlingsrat und Landesvorstandssprecher der Grünen in Bremen.

AK: Ihr habt in Bremen die „Freie Flüchtlingsstadt" ausgerufen. Wie kam es zu dieser Initiative, wer steckt dahinter, was für ein Ziel verfolgt ihr damit?

Günther: Im Juni/Juli, als die neuerliche Hetzkampagne gegen Flüchtlinge und Einwanderer begann und die Medien tagtäglich davon voll waren und in Bremen die Überfälle auf Einwanderer und Flüchtlinge zum Alltag gehörten und die Haßschraube von allen Parteien weiter angezogen worden ist, haben wir uns überlegt, daß es in diesem Augenblick nicht mehr darauf ankommt dagegenzuhalten, indem man Erklärungen für das Grundrecht auf Asyl macht. Das Grundrecht auf Asyl ist nicht verteidigungswürdig in der Form wie es existiert. Es ist ausgehöhlt und existiert nur noch auf dem Papier und nicht in der Praxis. Durch die Veränderung des Asylverfahrensgesetzes ist das ursprüngliche Asylrecht abgeschafft.

Wir sagen mit unserer Kampagne, wir machen keine papiernen Resolutionen für ein papiernes Recht, wir verteidigen nicht, sondern wir gehen in die Offensive. Die politische Situation in Bremen ermöglichte es uns, einen Schritt vorwärts zu gehen. Seit mehreren Jahren ist in der Einwanderer- und Flüchtlingsbewegung die Akzeptanz der eigenen Unterdrückung zu beobachten. D.h.: Man stellt Forderungen, die man für „realistisch" hält. Beim Wahlrecht wird nicht das volle Recht für Einwanderer und Flüchtlinge gefordert, sondern nur das kommunale, weil die SPD uns dieses vorgesagt hat. Gerade weil in diesem Bereich viele Pädagogen arbeiten, überwog lange Zeit eine Linie zur Integration der Eingewanderten. Integration aber führt politisch zur Resignation. Wir wollen nicht Integration, sondern Gleichberechtigung. Da setzt die „Freie Flüchtlingsstadt" an.

AK: Was bedeutet die „Freie Flüchtlingsstadt"?

Günther: Wir knüpfen am Modell freier Flüchtlingsstädte in den USA an. Ein Flüchtling der herkommt soll Schutz finden auch vor der Verfolgung durch Behörden. Er soll hier leben können, ohne daß er seine Kultur aufgeben muß.

AK: Wer ist „wir" bei dieser Kampagne?

Günther: Die Idee ist in der vor einem halben Jahr in Bremen gegründeten Initiative „Ein Mensch — Eine Stimme" entstanden. Sie knüpft an der südafrikanischen Bürgerrechtsbewegung „One man — one vote" an. In der Bundesrepublik leben 4 1/2 Millionen Menschen, die dem Wahlverbot unterliegen. Für sie gelten die Bürgerrechte nicht, und wir sind der Meinung, daß wir für diese Leute in der Bundesrepublik eine Bürgerrechtsbewegung brauchen. Ursprünglich wollten wir die Kampagne „Wir gehen fremd" starten. In diese Planung fiel die Hetzkampagne gegen die sogenannte Asylantenschwemme. Uns griff eine Gegenbewegung zur Verteidigung des schlechten Asylrechts zu kurz. Wir haben uns überlegt, wie wir in die Offensive kommen können. In der Situation haben wir die „Freie Flüchtlingsstadt" ausgerufen. Da sind über 40 Gruppen dabei, amnesty international, katholische und evangelische Kirchengruppen, das Bremer Initiativenspektrum, der Dachverband der Ausländer-Kulturvereine, in dem 30 Einwanderer- und Flüchtlingsgruppen Mitglied sind.

AK: Wie setzt sich eure Kampagne in Aktivitäten um?

Günther: Die Kampagne ist nicht urplötzlich in wenigen Wochen entstanden. Bereits vor drei Jahren hatten wir uns in Bremen zusammengetan, um gegen die bundesweit auftauchenden Wertmarken zu protestieren. Den Flüchtlingen wurde kein Bargeld mehr gegeben, sondern Essensmarken und Umtauschscheine. Wir haben die Parole ausgegeben „Bargeld statt Essenmarken". Da der Senat nicht handelte, haben wir in der ganzen Stadt Umtauschstellen eingerichtet. Dort konnten die Flüchtlinge ihre Wertmarken gegen Geld eintauschen. Das fand in der Bremer Bevökerung große positive Resonanz. Von Kirchenkanzeln wurde diese Aktion gepredigt, Sozialdemokraten haben sich aktiv am Umtausch beteiligt, staatliche Stellen wie das Überseemuseum machten mit. Der Senat mußte unter dem öffentlichen Druck schließlich die Entscheidung fällen, die Wertmarken abzuschaffen. Bremen hat als erstes Bundesland 1983 wieder Bargeld eingeführt.

»In Bremen ist die multikulturelle Gesellschaft eine Realität«

Im letzten Jahr haben wir die Kampagne gegen die Verschiebungen gemacht. Bremen hat keine eigenen Sammellager für Flüchtlinge, aber es schob sie in andere Sammellager ab. Wir haben erreicht, daß zur Zeit keine Asylbewerber aus Bremen in solche Sammelager abgeschoben werden. Des weiteren haben wir erreicht, daß eine Beratungsstelle für Flüchtlinge eingerichtet worden ist, die über ABM finanziert wird und beim Jugendamt angegliedert ist. Und wir konnten die seit drei Jahren erhobene Forderung nach hundertprozentiger Auszahlung der Sozialhilfe durchsetzen, die gekürzt worden war. Auf diesen Kampagnen und kleinen Erfolgen bauen wir mit der „Freien Flüchtlingsstadt Bremen" auf. Das hat uns jetzt zur Offensive ermutigt. Wir wollen jetzt die Kontakte herstellen zwischen Einwanderern und Flüchtlingen und den Bremern. Was wir konkret machen? Das fängt ganz einfach an. Die Leute sollen mit den Flüchtlingen klönen können. Gespräche und Einladungen werden in den Stadtteilen organisiert, eine Zusammenarbeit von unten. Wir organisieren Unterstützung bei Behördengängen, da es immer wieder Sachbearbeiter gibt, die nicht einmal die wenigen zustehenden Ansprüche erfüllen wollen. Die wollen wir unter Druck setzen. Wir kümmern uns um deutschen Sprachunterricht, die Materialorganisierung etwa von Fahrrädern für die Stadt, die sich ein Flüchtling von der Sozialhilfe nicht kaufen kann. Wir schützen vor Abschiebungen, verstecken Leute.

AK: Euer Konzept wird sehr offensiv vorgestellt. Haltet ihr das für realistisch angesichts von in der letzten Zeit veröffentlichten Umfragen, daß eine große Mehrheit der Bevölkerung eine schärfere Asylpraxis will. Glaubt ihr, daßman diese mitproduzierte Stimmung umdrehen kann?

Günther: Ich sehe das in der augenblicklichen Situation so: wenn wir uns hinstellen und sagen, wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl, dann verteidigen wir den status quo, das heißt wir verteidigen den Rassismus hier. Das verändert nichts. Es wird kein Boden bereitet für mehr Akzeptanz von Einwanderern und Flüchtlingen und wir werden mit einem reinen Abwehrkampf nicht verhindern, daß der Rassismus noch weiter zunimmt. In Städten wie in Bremen ist es möglich, aus diesem Abwehrkampf rauszukommen. Es fehlt nach wie vor an Aufklärung über die Gründe für die Flucht. Es geht ja nicht nur bei der Hetzkampagne um Einwanderer und Flüchtlinge, sondern darum, insgesamt demokratische Rechte in der Bundesrepublik abzubauen, es geht den Initiatoren um eine völkische nationale Politik. CDU und CSU preschen vor, die SPD befindet sich im Schlepptau. Wir wollen die Leute, die zu Hause sitzen und denen das stinkt — und das sind 20 bis 30 Prozent hier in Bremen — die nicht wissen was sie machen sollen, mobilisieren. Schaffen wir es, die Leute für die Veränderung der Alltagssituation zu aktivieren, wären wir damit die politische Mehrheit. Wir wollen praktisch das Denken und Handeln der Menschen verändern. Es gibt eine Stimmung gegen die Hetze. Unsere Kampagne macht Spaß, bringt Freude und hat viele aktiviert. Wir haben eine kaum für möglich gehalten Resonanz bekommen. Die Presse in Bremen greift diese Gegenbewegung auf. Wir sagen: Grenzen auf, nicht nur die Grenzen der Bundesrepublik, sondern auch die Grenzen im Lande zwischen den verschiedenen Kulturen. Wir grenzen auch nicht aus, sondern wollen die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gruppen. Darüber steigen auch viele Altlinke wieder ein.

AK: Auffällig ist, daß ihr in euren Aufrufen die Bürger zu aktiver Selbsthilfe aufruft und das auch organisiert, daß ihr aber keine Forderungen an den Staat stellt, immerhin ein reicher Staat. Die Regierungen verantworten ja Gesetze, verschärftes Asylrecht, Abschiebungen, Behördenschikanen, sie könnten Soforthilfe leisten und finanzielle Mittel bereitstellen. Warum verzichtet ihr darauf?

Günther: Da wir nicht die Regierung stellen, haben wir die „Freie Flüchtlingsstadt" von unten ausgerufen. Wir erwarten natürlich vom Senat, daß er nachzieht. Wir wollen sie aber zunächst praktisch mit allen beteiligten Gruppen organisieren. Wir wollen dem apartheidspolitischen Ansatz von unten den Boden entziehen.

Wir wollen erreichen, daß die verantwortlichen Politiker als diejenigen dastehen, die den Rassimus machen, die Pogrome machen. Sie sind verantwortlich für die Neonaziüberfälle auf Ausländer. Wenn Schlepper Leute aus anderen Ländern reinholen, sind nicht die Schlepper die Kriminellen, sondern die Politik, die Leute zwingt tausende von Mark zum Schutz ihres Lebens aufzubringen, um hier reinzukommen. Auf der einen Seite wird die Mauer in Berlin kritisiert, und hier wird eine Mauer um die BRD gebaut. Wenn immer behauptet wird, wir müssen auf die Stimmung im Volk Rücksicht nehmen, die Leute wollen keine Fremden, dann wollen wir zeigen, die Leute wollen Einwanderer und Flüchtlinge.

AK: Du bist auch Mitglied der Grünen, die in Bremen als Opposition im Parlament sitzen. Warum steht im Antrag der Grünen zur Flüchtlingspolitik in Bremen außer vielen richtigen Sätzen auf der Handlungsebene nicht mehr drin, als daß die Bürgerschaft an den Senat appelliert, daß der an die Bürger appellieren soll, sich gegenüber Flüchtlingen nicht ausländerfeindlich zu verhalten?

Günther: Die grünen Parlamentarier sind durch ihre Tätigkeit im Apparat befangen. Auch bei ihnen ist diese Hetzkampagne auf Resonanz gestoßen. Zurückhaltung, Verteidigung des status quo ist angesagt. Rücksichtnahme auf die sogenannten normalen Bürger, die man gerne im Januar an die Urnen bringen will und nicht verschrecken möchte. Daher kommt so ein Antrag, der nur appelliert. Wenn die grüne Politik in dieser Frage sich auf Appelle gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien reduziert, haben die Grünen die Funktion verloren, Sprachrohr für Bewegungen zu sein. Beson-

Fortsetzung nächste Seite

Aufruf:

Freie Flüchtlingsstadt Bremen

Mitten ins Sommerloch platzte die neueste Hetzkampagne gegen Flüchtlinge, „die Asylantenspringflut bedroht die deutsche Rasse". Der Bundestagswahlkampf wird völkisch/national geführt. Menschen, die keine Lobby haben und die nicht wählen können, werden zu Objekten des Wahlkampfes gemacht. Er werden Überfremdungsängste und Rassenhaß geschürt, Überfälle und Brandanschläge nehmen als Folge dieser Hetze zu, auch in Bremen.

So wird zum Beispiel in Huchting von einer Jugendgruppe zur Jagd auf Einwanderer und Flüchtlinge geblasen, nach den Kurden sind die Tamilen dran, das letzte Opfer liegt schwerverwundet im Krankenhaus. Einem Flüchtling wurde Säure ins Gesicht geschüttet, andere bedrohte man mit Messern in der Straßenbahn ...

Verantwortlich dafür sind die Regierungen in Bund und Ländern, die eine Pogromstimmung gegen Ausländer entfachen, um von Themen wie Atomkraft, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und der Einschränkung demokratischer Rechte abzulenken; Zelte werden errichtet, Flüchtlinge werden bewußt in kleine Gemeinden gestopft, um die Stimmung anzuheizen und eine Konfrontation zwischen Inländern und Ausländern zu provozieren. Bewußt legen es die Politiker darauf an, mit einer lügnerischen Zahlendiskussion das Grundrecht auf Asyl zur Farce werden zu lassen. Dabei schaffen von weltweit ca.15 Millionen Flüchtlingen lediglich 5% den Hürdenlauf in die reichen Industrieländer; bei uns machen sie ca. 0,15% der Gesamtbevölkerung aus.

In dieser Situation reicht ein Ja zum Grundrecht auf Asyl nicht aus — es geht um ein klares Nein gegen das geltende Asylverfahrensgesetz und die Praxis, von Ausländer- und Grenzbehörden, die die Flucht in die BRD und Asyl in der BRD praktisch verhindern. Statt dessen erschöpfen sich die Vorschläge der Parteien in Beschleunigungsempfehlungen; es geht ihnen darum, in kürzester Zeit Flüchtlinge abzuurteilen und abzuschieben.

Wir fordern ein Asylverfahrensrecht und eine Praxis, die das Grundrecht anwendet und nicht vernichtet. Wer hat die Stirn zu behaupten, daß Flucht vor Krieg, Hunger und vor Völkermord keine Flucht aus politischen Gründen sei?! Asyl ist eines der Grundrechte, das als Konsequenz aus der Zeit des Faschismus Eingang in die Verfassung gefunden hat. Wir werden dafür eintreten, daß das Grundrecht auf Asyl seinen Namen wieder verdient.

Doch die bisherigen Anstrengungen aller im Flüchtlingsbereich tätigen Gruppen reichen nicht aus. Die praktische Solidarität aller demokratisch gesinnten Menschen ist notwendig.

„Auch ich will einen Flüchtling schützen" ist deshalb unser Aufruf an Alle, sich bereit zu erklären, einen Flüchtling vor Zwangsumverteilung, Lagerleben oder Abschiebung ins Heimatland zu bewahren, notfalls einen Flüchtling bei sich aufzunehmen oder Aktionen im Sinne dieses Aufrufes in jeder Hinsicht zu unterstützen.

„Auch ich will einen Flüchtling schützen" ist unser Aufruf an Alle, die mit uns kämpfen wollen, daß das Grundrecht „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" ein Grundrecht bleibt.

„Auch ich will einen Flüchtling schützen" ist unser Aufruf an Alle, die mit uns anklagen, daß in diesem Land jeden Tag Menschenrechte der Flüchtlinge verletzt werden.

„Auch ich will einen Flüchtling schützen"
Ich möchte aktiv mithelfen, die Situation der Flüchtlinge zu verbessern:
- ○ durch Gespräche, Einladungen usw. die soziale Isolation durchbrechen
- ○ einen Flüchtling bei Behördengängen zu unterstützen
- ○ Deutschunterricht erteilen, um den Flüchtlingen die Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu vermitteln
- ○ Geldspenden
- ○ Sachspenden (Fahrrad, Kinderwagen, Radio etc.)
- ○ schützen vor Zwangsumsiedlung, Lagerleben
- ○ schützen vor Abschiebung

Flüchtlingsrat c/o Katholisches Bildungswerk
Bildungswerk der Evangelischen Kirche
Dachverband der Ausländer-Kulturvereine Bremen (DAB)
Unterstützerkreis für Angehörige der Yezidischen Religionsgemeinschaft
Initiative „Ein Mensch — Eine Stimme"
Dritte Welt Haus
amnesty international, Asyl-Arbeitskreis
Tamilen-Solidaritäts-Gruppe
Zionsgemeinde Neustadt
AG Einwanderer und Flüchtlinge c/o Die Grünen

Hamburg als Vorbild für Bonn
SPD-Asylpolitik konkret

Was man kaum besser beschreiben könnte, ließ Hamburgs zweiter Bürgermeister und neuer Innensenator, Alfons Pawelczyk, in eigener Sache erklären. Die SPD ist die bessere Abschiebepartei in dieser Republik. In aller Bescheidenheit verweist Pawelczyk darauf, daß bereits in seiner ersten Amtszeit als Innensenator, in den Jahren 1981/82, die Weichen gestellt wurden. Wir drucken einen Auszug aus dieser bundesweit bislang wenig beachteten Stellungnahme der Hamburger Innenbehörde vom 28. August 1986 ab.

„Der Präses der Hamburger Innenbehörde Bügermeister Alfons Pawelczyk hat die asylpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung zum Anlaß genommen, die hamburgische Position zur Asyl- und Ausländerproblematik darzulegen.

Er bezeichnete die von der Bundesregierung beschlossenen administrativen Maßnahmen zur
— Erschwerung der Einreise von Wirtschaftsflüchtlingen,
— Beschleunigung der Asylverfahren,
— Durchsetzung der Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber als eine Fortsetzung der Politik, die Hamburg schon seit langem verfolgt und der der Bund sich längst hätte anschließen sollen. Die Beschleunigung des Asylverfahrens und die Durchsetzung der Ausreisepflicht sind seit langem ein erklärtes Ziel der hamburgischen Politik. Es ist mit Konsequenz unter erheblichen Anstrengungen verfolgt worden, auch dann, wenn dies unbequem war und in der Öffenlichkeit nicht ungeteilte Zustimmung fand.

Hamburg hat
— als ersten Bundesland schon 1982 dafür gesorgt, daß eine Außenstelle des Zirndorfer Bundesamtes hier vor Ort seine Tätigkeit aufnehmen konnte,
— die Ausländerbehörde und die Verwaltungsgerichte personell aufgestockt; weitere Verstärkungen sind ins Auge gefaßt,
— zur Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen eine effiziente Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern der Ausländerbehörde und der Polizei eingerichtet,
— in erheblichem Umfange Haushaltsmittel für die notwendigen Abschiebungen bereitgestellt,
— die Qualifikation der Mitarbeiter in der Ausländerbehörde erhöht.

Diese Maßnahmen haben dazu geführt, daß der Direktzugang der Asylbewerber nach Hamburg trotz der Attraktivität der Metropole von 11,5% im Jahre 1981 von 4,9% im Jahre 1985 zurückgegangen ist. Allein die Einreise von Wirtschaftsflüchtlingen aus Ghana ist in diesem Zeitraum bei annähernd gleichbleibenden Zahlen für das Bundesgebiet von 1.376 auf 235 zurückgegangen. Die Asylprozesse werden in Hamburg wesentlich schneller als in den anderen Bundesländern abgeschlossen.

Andere Bundesländer haben die Bestimmungen des Asylverfahrensgesetzes offensichtlich nicht mit der gleichen Konsequenz vollzogen. Während Hamburg mit einem quotenmäßigen Anteil an der Aufnahme von Asylbewerbern von 3,3%im Jahre 1985 976 abgelehnte Asylbewerber abgeschoben hat, liegen die vergleichbaren Zahlen von Bayern (Aufnahmequote: 17,4%) bei nur 100 und von Baden-Württemberg (Aufnahmequote: 15,2%) bei nur 124 Abschiebungen.

Bürgermeister Pawelczyk: ‚Die Beschlüsse der Bundesregierung kommen viel zu spät. Die Bundesregierung hat es bisher an effektiven Maßnahmen fehlen lassen. Ich halte es für skandalös, daß die Unionsparteien in der Öffenlichkeit den Eindruck erweckt haben, die Asylproblematik könne allein durch gesetzgeberische Maßnahmen — bis hin zur Verfassungsänderung — gelöst werden, dies aber werde von der SPD und der FDP verhindert. Die Bundesregierung hat die Diskussion zu lange treiben lassen und dadurch Schaden gestiftet.'

Die Vorschläge der Koalitionsparteien zu Änderung des Asylverfahrensgesetzes bezeichnete Bürgermeister Pawelczyk als Augenwischerei. Im wesentlichen soll nur gesetzlich geregelt werden, was bereits Ergebnis der Rechtsprechung ist. Die Verlängerung des Arbeitsverbots über die schon jetzt festgelegten zwei Jahre hinaus macht deutlich, daß die Koalition selbst nicht an den Beschleunigungseffekt ihrer Maßnahme glaubt. (...)"



argus

Fortsetzung von vorheriger Seite

ders bei Bewegungen, die selbst sprachlos sind, Einwanderer und Flüchtlinge haben keine Grundrechte und parlamentarische Redemöglichkeit. Ich arbeite deshalb bei den Grünen mit, weil ich den Einwanderern und Flüchtlingen eine Plattform bieten möchte, das was sie hier politisch wollen, auch parlamentarisch formulieren zu können. Wenn das über die Grünen im Parlament nicht mehr gewährleistet ist, dann werden wir versuchen, das auf anderen Wegen zu propagieren.

»Den status quo verteidigen heißt den Rassismus verteidigen«

Parlamentarisch versuchte die SPD sich aus der Debatte rauszuwinden. Die große Asyldebatte in der Bürgerschaft fiel in den Hafenschlick eines ausgewalzten Palavers um die Ölverseuchung im Hafen. Mit unseren Aktionen versuchen wir durchaus einen solchen Druck zu machen, daß sie handeln müssen. Die Kirchen, die diese Kampagne mittragen, haben beispielsweise eine wichtige Funktion, den Senat unter Zugzwang zu setzen. Wie schaffst du politische Mehrheiten, das ist die Frage, wie kannst du, wenn du meinst der Staat ist Scheiße, anfangen das zu verändern. Auf der einen Seite sind die Grünen im Parlament und müssen versuchen über ihre Arbeit gegenzusteuern. Auf der anderen Seite brauchen wir die Veränderung der Mehrheit in der Bevölkerung. Wir haben daher nicht begonnen, einen Antrag für die Grünen zu formulieren, sondern die Kampagne von unten zu organisieren, die Basis für ein Einbringen unserer Forderungen im Parlament zu schaffen. Wir erheben nicht nur Forderungen, sondern organisieren das ganz praktisch. Nimm zum Beispiel die Abschiebungen. So lange die Gesetze so sind, müssen wir die Abschiebungen praktisch verhindern, müssen die Gesetze umgehen, dagegen verstoßen, um Menschenleben zu schützen. Darüber kommt die politische Brisanz in die Auseinandersetzung. Dieser sich liberal gebende Senat, der nichts gegen unsere soziale Arbeit mit Flüchtlingen einzuwenden hat, so lange wir ihm die Arbeit abnehmen, steht sichtbar auf der anderen Seite. Wir problematisieren die Abschiebung von Flüchtlingen in Länder, in denen die Diktatur herrscht. Die Bremer Lürssen-Werft schickt Schnellboote in die Türkei, Daimler-Benz, einer der größten Arbeitgeber Bremens, profitiert vom Iran-Irak-Krieg. Die paar Flüchtlinge, die hierherkommen, könnte der Senat unter Spesen abbuchen. Wir zeigen, daß unser hiesiger Wohlstand auf der Ausbeutung anderer Länder beruht. Alle diese Fragen werden in unserer Kampagne aufgeworfen, auf die Ursachen der Flüchtlingsnot hingewiesen.

AK: Ist das beschriebene Problem der Grünen nicht vielleicht auch ein Reflex auf Umfrageergebnisse, nach denen mehr als 40 Prozent ihrer Wähler einer schärferen Asylpraxis zuneigen? Erklärt sich daraus der Streit bei den Bremer Grünen um die „Freie Flüchtlingsstadt"?

Günther: Die latente Ausländerfeindlichkeit spiegelt sich auch in den Grünen wider. Nicht nur bei den Wählern, sondern auch bei Mitgliedern und Parlamentariern. Wir in der Flüchtlingspolitik aktiven Grünen arbeiten an einer offensiven und eigenständigen Einwanderer- und Flüchtlingspolitik für die Grünen, die über den Rahmen moralischer Entrüstung hinausgeht und konsequent und radikal Partei ergreift. Nach außen müssen wir meiner Meinung nach mit der gleichen beschriebenen Offensive unser eigenes Wählerpotential konfrontieren. Dazu müßten die Grünen die gesellschaftliche Dynamik aufgreifen, die über die Einwanderer- und Flüchtlingsfrage für Veränderung entstehen kann, inklusive der Problematisierung aller damit verknüpften Fragen internationaler Zusammenhänge. Daß es hier in Bremen in den Grünen zum Konflikt um die „Freie Flüchtlingsstadt" gekommen ist, ist Ausdruck ihrer derzeitigen Situation. Die Grünen sind nach der Rotationsdebatte in die Tolerierungsdebatte, dann in die Koalitionsdebatte reingekommen, haben Schritte hin zum Wahlverein gemacht, der um Wählerstimmen buhlt. Wichtiger als die Inhalte ist der werbemäßig gute Wahlkampf geworden, der dem herrschenden Block nur noch undeutlich gegenübersteht. Weil wir als Grüne gesellschaftlich keine Hoffnung, keine Alternative mehr ausdrücken, sind wir dazu gekommen, uns anzupassen. In dieser Frage bedeutet Anpassung aber, eine letzendlich rechte Politik mitzumachen. Eine Politik, die von Zimmermann inszeniert, von den Sozialdemokraten nur abgeschwächt und von den Grünen mitgemacht wird.

»Wir wollen offensiv werden. Wir wollen zeigen: Es gibt genügend Menschen, die mit Einwanderern und Flüchtlingen zusammenleben wollen«

AK: Was waren denn die Gegenargumente gegen eure Kampagne?

Günther: Auf zwei Mitgliederversammlungen wurde darüber diskutiert. Auf der Landesversammlung wurde unsere Initiative bei zwei Gegenstimmen zwar unterstützt, aber die Beiträge in der Diskussion waren fast alle dagegen, allerdings mochte niemand die Gegnerschaft offen nach außen vertreten. Gegner waren auch die Bremer Tolerierungsleute um Ralf Fücks, die Gefahren für ihren Tolerierungsantrag auf dem Nürnberger Parteitag sahen.

»Einige Grüne sorgen sich darum, daß die Bürger verschreckt werden könnten«

Sie sahen unsere Initiative als zu weitgehend an, die Bürger könnten verschreckt werden und man würde darüber neuen Rassismus erzeugen. Bei der Abstimmung wurde allerdings opportunistisch anders gestimmt. In den Grünen gibt es zwei Fragen, wo man nicht gerne offen dagegen ist: das ist die Frauenfrage und die Einwandererund Flüchtlingsfrage. Sexismus und Rassismus hängen zusammen, da gibt es kein klares links und rechts, und grüne Männer halten sich da lieber zurück, weil man sich als links Empfindender nicht gern in die Nesseln setzt. Im konkreten Bremer Fall bin ich persönlich im Vorfeld der Mitgliederversammlung teilweise unter Druck gesetzt worden, die Kampagne nicht so offensiv zu vertreten, um die Grünen in der Öffentlichkeit nicht in Konflikte zu bringen. Auf der Versammlung wurde der Vorschlag gemacht, das Motto der Kampagne zu streichen, obwohl diese Kampagne der Initiativen schon lief. Diese Grünen wollten die Kampagne reduzieren auf die Ebene „Auch ich will einen Flüchtling schützen", die Kampagne damit runterschrauben. Als klar war, daß das nicht ging, sollte das eine zur Utopie, das andere zum heute Machbaren umgedeutet werden. Wir dagegen halten diese Utopie für heute notwendig und auch machbar und wollen damit sofort anfangen.

Ich halte dieses Schielen auf vermeintliche Macht zu Lasten der Inhalte für eine falsche politische Einschätzung, wir vergeben uns die Chance, gesellschaftsverändernd zu wirken. Es ist ein gesellschaftliches Vakuum entstanden, in das Initiativen, Grüne und andere Kräfte hineinstoßen müssen, um so andere, neue Mehrheiten zu schaffen. In diesem Augenblick den Leuten diese Hoffnung und den Schwung zu nehmen und sie zu reduzieren auf Tolerierung oder Koalition, das vergibt diese Möglichkeit. Das ist nur noch aus der Logik des parlamentarischen Betriebes gedacht. Unseres Erachtens läßt sich mit der Flüchtlingspolitik auch sinnvoll Wahlkampfpolitik machen. Wir sehen in der multikulturellen Stadt Bremen die Möglichkeit für gut an, ein positives Signal für die gesamte Bundesrepublik zu setzen.

Demnächst erscheint
eine 28seitige Broschüre über die „Freie Flüchtlingsstadt Bremen" (Anfang Oktober). Sie kann bezogen werden bei:
AG Einwanderer und Flüchtlinge, c/o Die Grünen, Am Dobben 92, 2800 Bremen 1

Sanctuary-Movement — Ein Beispiel für Europa

Als am 24.3.1982 Pastor John Fife von der ‚Southside Presbyterian Church' in Phoenix (USA) auf einer Pressekonferenz die „Underground Railroad" der Öffentlichkeit vorstellte, reagierte die amerikanische Bundesadministration noch nicht, um einen Konflikt mit den über 100 Kirchengemeinden quer durch alle Konfessionen zu vermeiden. Zwei Jahre später waren bereits 250 Kirchengemeinden mit der Arbeit in dieser, nach den Gesetzbüchern nahezu aller Staaten der Welt „illegalen" Schlepperorganisation befaßt.

Die ‚Underground Railroad' organisiert die Flucht von vor dem schmutzigen Krieg der USA in Mittelamerika, hauptsächlich aus El Salvador und Guatemala Geflüchteten in sichere Zuflüchte in den USA. Die Menschen werden auf illegalen Wegen von der Grenze Mexikos abgeholt und zumeist in Kirchengemeinden untergebracht. Auch ein Prozeß gegen zwölf Mitglieder des Sanctuary-Movement, darunter zwei Pastoren und zwei Priester, der im Januar 1985 eröffnet wurde, konnte die Bewegung nur vorübergehend einschüchtern.

Eine neue Qualität erreichte diese Bewegung, als sich die kalifornische Universitätsstadt Berkeley Anfang des Jahres 1985 zur Asylzone erklärte. Die Resolution des Stadtrates beinhaltet, daß städtische Organe inclusive der Polizei nicht mehr mit der Einwanderungsbehörde zusammenarbeiten, illegale Flüchtlinge nicht mehr an die Bundesbehörde melden. Auch Krankenhausbehandlung ohne Angst vor Verfolgung gehört so zum Alltag der ‚Illegalen' in den Asylzonen. Mittlerweile haben sich 13 Städte dem Beispiel Berkeleys angeschlossen, darunter New York, Seattle, San Francisco, Los Angeles und Santa Fé. Die vorerst letzte Aktion der Bewegung besteht in der Einrichtung eines Flüchtlingslagers für ‚Illegale' auf dem Gelände einer Ranch südlich der texanischen Stadt Harlington nahe der Grenze zu Mexiko, das sich um die Anerkennung durch die UNO bemüht. Die Bundesregierung plant derweil, die Grenze zu Mexiko durch Befestigungsanlagen „flüchtlingsicher" zu machen. Nach offiziellen Schätzungen halten sich in den USA derzeit etwa 500.000 ‚Illegale' auf.

Mittlerweile hat dieser Ansatz auch in Europa Nachahmer gefunden: In Dänemark bieten nach Regieungsschätzungen etwa 200 Personen Flüchtlingen illegal Unterschlupf. Bekannt wurde dies, als Kirsten Lund-Christensen und ihr Mann zwei Monate lang eine abgewiesene iranische Asylbewerberin versteckt hielten. Durch eine breite Öffentlichkeit konnte auch nach der Entdeckung die Abschiebung verhindert werden, den beiden Helfern wurde aber ein Prozeß wegen „illegaler Beherbergung einer von den Behörden gesuchten Person" angehängt, der sie bis zu sechs Monate ins Gefängnis bringen kann.

Auch in der Schweiz ist eine ähnliche Bewegung gegen die Abschiebungen entstanden. Unter Berufung auf eidgenössische Gesetze, wonach jeder Schweizer Bürger zur Asylgewährung befugt sei, werden behördlich abgelehnte Asylbewerber dem Zugriff der Behörden entzogen.

Der bisher bekannteste Fall einer vergleichbaren Aktion in der BRD, war die Beherbergung der philippinischen Seefahrerfamilie Alviola in der Hamburger St Stephanuskirche im Jahr 1984. Dieser Versuch, das repressive Ausländergesetz der BRD zu unterlaufen, fand damals durch einen von Innensenator Rolf Lange befehligten Polizeieinsatz sein Ende.

AG Ausländer

Lichtblicke — Stellungnahmen gegen die Flüchtlingshetze

Lange hat es gedauert, bis sich Verbände und gesellschaftliche Einrichtungen öffentlich aufgerafft haben, der grenzenlosen Asylantenhetze etwas entgegenzusetzen. Mittlerweile gibt es Stimmen aus Kirchen, Wohlfahrtverbänden, Gewerkschaften und sogar aus den sozialdemokratischen Fraktionen im Europaparlament, die explizit Stellung nehmen gegen die Entwicklung der Asylpolitik. Wir dokumentieren einige dieser Gegenstellungnahmen.

Die wichtigste ist die der Evangelischen Kirche (EKD), die ausdrücklich zum gegenläufigen Handeln auffordert. Zu Unrecht beruft sich SPD-Kanzlerkandidat, Bruder Johannes Rau, in seiner Asylpolitik auf die Kirchen (Interview in BILD, 5.9.86). Zumindest kann er sich nicht auf die EKD berufen. Die geht in ihren Konsequenzen für die Flüchtlinge erheblich über die derzeitige SPD-Politik hinaus.

Amnesty international, die Arbeiterwohlfahrt, katholische Flüchtlingshilfswerke und Juristenorganisationen wie der Republikanische Anwaltsverein haben in Erklärungen der Flüchtlingshetze, der Manipulation mit Zahlen, der Behauptung vom ,,Mißbrauch'' des Asylrechts widersprochen und stattdessen die Verpflichtung der Bundesrepublik zum Schutz von Flüchtlingen betont. Mit der Gründung eines Verbandes ,,Pro Asyl'' von bekannten Einzelpersonen aus der EKD, der katholischen Bischofskonferenz, dem Deutschen Roten Kreuz, terres des hommes, amnesty, der UNO-Flüchtlingshilfe, der Arbeiterwohlfahrt und der Gesellschaft für bedrohte Völker soll laut eigenem Selbstverständnis praktisch das grundgesetzlich garantierte Asylrecht durchgesetzt werden. ,,Pro Asyl'' will am 3. Oktober, dem UNO ,,Tag des Flüchtlings'', erstmals an die Öffentlichkeit treten.

EKD-Erklärung gegen Flüchtlingshetze

Ausführlich hat sich jetzt auch die Evangelische Kirche zu Wort gemeldet. In ihrer Untersuchung ,,Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land'' wird eindeutig Partei für die Flüchtlinge und gegen die derzeitige Hetzkam-

In ihrer Untersuchung ,,Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land'' wird eindeutig Partei für die Flüchtlinge und gegen die derzeitige Hetzkam-

pagne ergriffen. Die EKD verneint entschieden, daß es eine ,,Asylantenschwemme'' gebe. ,,*Die Bundesrepublik ist ein wohlhabendes Land. Das Gefälle zu der Armut und Unsicherheit in den meisten Herkunftsländern der Flüchtlinge ist riesig. Viele hierzulande meinen, ihren Wohlstand gegenüber den Ausländern aus den Elendsregionen verteidigen zu müssen. Das entspricht jedoch nicht der biblischen Orientierung. Der Glaube an den Schöpfer und Vater im Himmel macht frei zur Aufnahme des Fremden und bereit zum Teilen*'', wird an die Christen im Lande appelliert.

Die EKD-Erklärung weist auf den Mangel bisheriger Definition von Flüchtlingen hin. ,,*Die wirklichen Ursachen der heutigen Flüchtlingsströme, von denen uns nur der kleinste Teil erreicht*'', würden nicht in materiellen Anreizen in der BRD oder anderswo liegen, sondern ,,*in der bedrängenden Situation im Herkunftsland. Dazu gehört allerdings bei vielen Flüchtlingen auch eine kaum vorstellbare wirtschaftliche Not*''. Verwiesen wird darauf, ,,*daß die Flüchtlinge und Asylsuchenden in der Regel den Wunsch haben, sobald wie möglich in ihre Heimatländer zurückzukehren*''. Mit den bisherigen Kriterien könne der derzeitige Flüchtlingsstrom nicht erfaßt werden, da ganz neue Katergorien von Flüchtlingen entstanden seien: ,,*Menschen zum Beispiel, die durch eine Kombination von Naturkatastrophen und internen Konflikten zur Flucht gezwungen wurden, Flüchtlinge aus Bürgerkriegen, Schutzsuchende aus Kriegs- und Krisenregionen, bei denen sich politische und wirtschaftliche Faktoren zur Existenzbedrohung verbinden.*'' Verwiesen wird auch auf den historischen Kolonialismus der westeuropäischen Länder und seine ,,mitverursachten Folgeerscheinungen'' als Fluchtgründe sowie auf die aktuellen Folgen der heutigen Politik: ,,*Ungleiche Handelsbeziehungen und wachsende Verschuldung der armen Länder, Waffenexport, internationale Konfrontationspolitik, Wettrüsten unter Einbeziehung und auf dem Rücken der Dritten Welt.*''

Die derzeitige laufende Einschränkung des Asylrechts und die Ankündigung weiterer Restriktionen wird kritisiert, ebenso wie die Tatsache, daß die Bundesrepublik bis heute nicht die UNO-Konvention zur Folter aus dem Jahre 1984 unterzeichnet hat, womit die Forderung verbunden wird, den Schutz vor Folter als Asylgrund anzuerkennen. Mehrfach wird in der EKD-Erklärung darauf hingewiesen, daß auch die Kirche sich der herrschenden Meinung anschließe, die BRD könne nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen. Allerdings wird darauf verwiesen, daß in nichts erkennbar sei, ,,*daß unsere Gesellschaft, was die Aufnahme von Schutzsuchenden betrifft, an der Grenze des Möglichen angelangt ist*''. Auch der Schutz vor dem sogenannten Mißbrauch des Asylrechts wird mehrfach bemüht, doch anders als noch in der ersten EKD-Erklärung vom Ende Juli wird dieser ,,Mißbrauch'' als Ausnahme und bewußt unter falschen Zahlenangaben produzierte Größe gering eingeschätzt.

Die politisch Verantwortlichen müssen in Erwartung auch weiterhin hoher Flüchtlingszahlen ,,*in der Öffentlichkeit für eine positive Grundstimmung*'' bei der Aufnahme von Flüchtlingen arbeiten, ,,*um Spannungen zu mindern und mögliche Konflikte abzubauen*''. Neben Forderungen an den Staat, die Situation für Flüchtlinge zu erleichtern, wird mit dem Appell an die christliche Nächstenliebe die Aufforderung an die Kirchengemeinden verbunden, praktische Flüchtlingsarbeit zu leisten. Unter anderem heißt es da: ,,*Kirchengemeinden stellen Räume zur Verfügung: zur Beratung von Flüchtlingen, für Sprachunterricht oder Kindergruppen, als Kleiderkammern, als Treffpunkte für Veranstaltungen oder Feste untereinander oder zusammen mit der einheimischen Bevölkerung.*''

Angesichts innerkirchlicher Diskussionen um illegalen Schutz von Flüchtlingen vor staatlichen Übergriffen versucht die EKD-Stellungnahme eine Position des Sowohl-als-auch. Kirchen seien keine ,,rechtsfreien Räume'', sie müßten sich Gesetzen und Anordnungen des modernen Rechtsstaats BRD unterordnen. Handeln Kirchenvertreter dennoch ,,aus Gewissensgründen'' gegen solche Gesetze, so dürfen sie sich dabei nicht auf das Widerstandsrecht im Grundgesetz berufen. In einem solchen Fall ,,*handelt es sich nicht um Widerstand, sondern um demonstrative, zeichenhafte Handlungen, die bis zu Rechtsverstößen gehen können.*'' Solche ,,zeichenhafte Handlung'' sei zwar nicht rechtmäßig, sie sei aber ,,*Anfrage an das geltende Recht und ermahnt den Staat, sie als Gewissenäußerungen ernstzunehmen*''. Derlei Anfragen müßten sich eigentlich in der nächsten Zeit häufen.

(Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land, EKD-Texte 16, Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Straße 12, 3000 Hannover 21).

Eine katholische Stimme

Wesentlich schwerer tat sich da bislang die katholische Kirche. Von ihr liegt außer Höffners Appellen an die Menschlichkeit keine Stellungnahme vor. Allein ihr Ausländerbeauftragter, der Limburger Bischof Franz Kamphaus, hat sich öffentlich gegen die derzeitige Hetzkampagne gewandt. In seinem Offenen Brief weist er darauf hin,

der Limburger Bischof Franz Kamphaus, hat sich öffentlich gegen die derzeitige Hetzkampagne gewandt. In seinem Offenen Brief weist er darauf hin,

daß steigende Flüchtlingszahlen zeigen würden, ,,daß in der Welt vieles in Unordnung ist''. Das würden wir sicher anders ausdrücken. Er ermahnt, daß unter den Flüchtlingen ,,*die wenigsten, die über die deutsche Grenze drängen, ihre Heimat aus Übermut verlassen*'', sondern aus Ländern kämen, in denen ,,Krieg, Terror und Hunger'' herrschten. Die Probleme dieser Länder seien von uns ,,mitverursacht''. ,,*Unser Schicksal ist mit dem der Menschen in diesen Regionen eng verknüpft. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, wir könnten unsere eigene soziale, kulturelle und politische Identität auf Dauer dadurch wahren, daß wir uns die Flüchtlinge vom Leibe halten und unsere Grenzen abschotten. Für Christen sei die Flüchtlingsnot eine ,,Herausforderung des Glaubens''.* Kamphaus erinnert an die ,,*Millionen von Heimatvertriebenen in einer sehr viel schwierigeren Situation aufgenommen wurden*''. Im Gegensatz dazu stünden heutige Reaktionen in einem der ,,reichsten Länder der Erde''. Übersehen werde, ,,*daß ärmere Länder wesentlich höhere Flüchtlingszahlen verkraften müssen*''. Unter Berufung auf die Genfer UNO-Konvention fordert Kamphaus, Flüchtlinge nicht in Länder zurückzuschicken, in denen Kriege herrschen oder Diktaturen bestehen.

(Offener Brief, auszugsweise dokumentiert in FR, 28.8.86).

„Erklärung von Frankfurt gegen Ausländerfeindlichkeit, für Gerechtigkeit und Menschlichkeit"

... so heißt eine erstaunliche Stellungnahme der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament. Erstaunlich deshalb, weil sie gegen die Regierungspraxis einiger dieser Parteien, insbesondere der bundesdeutschen Sozialdemokratie, steht.

,,*Wir beobachten tief besorgt in einigen europäischen Ländern die Zunahme fremdenfeindlicher Einstellungen und Gewaltakte ... Oft werden sie sogar von staatlicher Stelle begünstigt, weil einige Politiker sich Zustimmung aus der Wählerschaft erhoffen*'', heißt es da mit Sicherheit auf Leute wie Kohl und Strauß gemünzt, zweifellos aber auch auf Rau anwendbar.

Unter Verweis auf den ,,historischen Auftrag der Staaten Europas'', zur Menschenwürde beizutragen und der ,,*Intoleranz in rassischen, religiösen, kulturellen, nationalen, sozialen und politischen Unterschieden*'' entgegenzuarbeiten, wird offensiv betont: ,,*Wir sehen in diesen Unterschieden einen Reichtum der Menschheit, der dazu geeignet ist, auf zahlreichen Gebieten dem gegenseitigen Nutzen zu dienen und zu neuen Fortschritten zu führen, weil alle Völker voneinander lernen können.*'' Durch die alte ,,Gastarbeiter''politik in der EG haben ,,die Arbeitnehmer aus anderen Mitgliedsstaaten oder Drittländern für die Entwicklung der Mitgliedsstaaten'' einen ,,positiven Beitrag'' geleistet. Ihnen stünden Rechte zu: ,,*Dazu zählen wir vor allem das aktive und passive Wahlrecht, zunächst für EG-Bürger, im kommunalen Bereich und bei der Wahl zum Europäischen Parlament*''.

Verfolgten Menschen ,,*nach Kräften zu helfen, ist ein Gebot der Menschlichkeit. Sie zu schikanieren, ist eine Schande und schadet unserem Ansehen in aller Welt ... Aus der Fluchtwelle politisches Kapital für Wahlkämpfe zu schlagen, ist verantwortungslos. Das Asylrecht darf nicht angetastet werden. Es ist das Markenzeichen demokratischer Staaten gegenüber den Verfolgten in aller Welt ... Vor allem den Hungerflüchtlingen, die von vielen Satten als Wirtschaftsflüchtlinge verunglimpft werden, kann und muß das Motiv ihrer Flucht genommen werden: der Hunger, der sie aus ihrer Heimat vertreibt, ist in den meisten Fällen eine Folge von Kolonialismus und Ausbeutung, von unterlassenen Reformen und unzureichender Entwicklungspolitik. Dieser Hunger kann in den Herkunftsländern gestillt werden, wenn wir unsere Politik und Wirtschaften neuorientieren. Die Menschen der Dritten Welt brauchen Brot statt Waffen, sie benötigen das für sie richtige technologische Know-how, sie benötigen angemessene Preise für ihre Waren. Sie haben Anspruch auf Gerechtigkeit.*'' *(Quelle: FR, 6.9.86).*

DGB: „Auch Asylanten sind unsere Kumpel"

DGB: „Auch Asylanten sind unsere Kumpel"

... so ergiff die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ilse Brusis demonstrativ Partei, als sie öffentlich eine Bilanz der DGB-Jugendkampagne ,,Mach meinen Kumpel nicht an — gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus'' vorlegte (DGB-Nachrichtendienst, 3.9.86). ,,*Statt durch Äußerungen über eine Änderung des Asylrechts solche Tendenzen zur Ausländerfeindlichkeit zu unterstützen, sollte deutlich gemacht werden, daß die Menschen in der Bundesrepublik stolz darauf sein können, daß es gelungen sei, nach den schrecklichen Erfahrungen in der Zeit der Naziherrschaft eine Gesellschaftsordnung aufzubauen, in der gequälte, verfolgte und notleidende Menschen aus aller Welt Zuflucht suchen und finden können ... Als absurd bezeichnete sie die Vorstellung, die Bundesrepublik Deutschland sei nicht in der Lage, diese Menschen aufzunehmen und ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Ein Land, in dem es möglich sei, Millionen- und Milliardenvermögen im privaten Bereich Einzelner anzuhäufen, müsse in der Lage sein, nicht nur die Massenarbeitslosigkeit in der eigenen Bevölkerung zu überwinden, sondern auch Asylsuchenden Hilfe zu gewähren.*''

In typisch sozialdemokratischer Inkonsequenz wird dann allerdings die Bundesregierung kritisiert, von Maßnahmen nur zu ,,schwätzen''. Sie sollte ,,*auch Verhandlungen mit der DDR, deren Verhalten in dieser Angelegenheit ebenfalls zu verurteilen ist*'', aufnehmen. (DGB-Nachrichtendienst, 18.8.86).

Immerhin wies sie auf einer Pressekonferenz darauf hin, daß auch bei den organisierten Gewerkschaftern Vorbehalte gegen Flüchtlinge wegen der Arbeitsplatzsorgen bestünden. Mehr von solchen gegen die Ausländerfeindlichkeit gerichteten Aktivitäten aus dem DGB sind dringend erforderlich.

Dokument

Verteidigt die Flüchtlinge

Aufruf der Aktionseinheit für uneingeschränktes Asylrecht

120 Vertreter aus fast 50 Gruppen und Initiativen trafen sich am 13. September in Frankfurt zu einer bundesweiten Beratung der Flüchtlingsgruppen. Herausgekommen ist der nachstehende Aufruf ,,Verteidigt die Flüchtlinge'' sowie erste gemeinsame Aktivitäten:

— Ein bundesweiter Aktionstag am **25. September** aus Anlaß des Treffens der Länderministerpräsidenten mit Kohl zur Verschärfung der Asylpraxis.
— Bundesweite Aktionen am **3. Oktober**, dem von der UNO ausgerufenen **Tag des Flüchtlings.**
— Sowie regionale Demonstrationen am **18. Oktober** (diese Festlegung war allerdings umstritten).

Bis zum nächsten Treffen im Hamburg am 22./23. November ist die Kontaktadresse:
Aktionseinheit für uneingeschränktes Asylrecht c/o K. Grommek, Anna-Bosch-Straße 12, 7400 Tübingen

Verteidigt die Flüchtlinge!

Ein Gespenst geht um in Deutschland, das Gespenst des ,,Asylantentums''. Im Vorfeld des Wahlkampfs zur Bundestagswahl haben die Unionsparteien einen Feldzug gegen die Flüchtlinge gestartet, die in der Bundesrepublik Schutz vor politischer Verfolgung in Ihren Heimatländern suchen. Diese Flüchtlinge werden zum Volksfeind Nr. 1 gemacht.

Die Front derjenigen, die das Asylrecht abschaffen oder dramatisch beschneiden wollen, erstreckt sich bereits von CDU/CSU über behördliche Instanzen und die FDP bis in die SPD hinein.

Eine noch nie dagewesene Hetzwelle gegen die Flüchtlinge ist im Gange, die sich Methoden aus der dunklen Vergangenheit bedient und an die Hetze der Nazis gegen die Juden erinnert. Fabrizierte und aufgebauschte Zahlen werden von offizieller Seite verbreitet, um die deutsche Bevölkerung gegen eine angebliche ,,Überfremdung'' aufzubringen. Dadurch wird eine gesellschaftliche Atmosphäre geschaffen, die rechtsradikale Gruppierungen geradezu ermutigt, zu gewalttätigen Überfällen auf Flüchtlinge und Ausländer überzugehen. Das Regierungslager und all diejenigen Kräfte, die sich an der Hetze beteiligen, tragen die volle Verantwortung für diese Gewalttaten.

Die Stoßrichtung für diesen Feldzug der Regierenden gegen die Flüchtlinge wird von den Unionsparteien vergegeben. Dazu gehören: Die Beschlüsse der Bundesregierung vom 25.8.86, die die Grenzen der BRD vor Flüchtlingen sperren sollen; die Verschärfung der Abschreckungsmaßnahmen gegen die Flüchtlinge; die Zurückweisung von Tausenden von Asylsuchenden schon an den Grenzen; konkrete Vorbereitungen von Massenabschiebungen und Ausweisungen (in Baden-Württemberg wird eine ,,zentrale Abschiebestelle'' aufgebaut, die diese barbarischen Maßnahmen durchführen soll); ein neuer Anlauf, den Artikel 16 aus dem Grundgesetz auszuhebeln,

von Tausenden von Asylsuchenden schon an den Grenzen; konkrete Vorbereitungen von Massenabschiebungen und Ausweisungen (in Baden-Württemberg wird eine ,,zentrale Abschiebestelle'' aufgebaut, die diese barbarischen Maßnahmen durchführen soll); ein neuer Anlauf, den Artikel 16 aus dem Grundgesetz auszuhebeln,

und auch die ,,Rechtsweggarantie'' für Flüchtlinge außer Kraft zu setzen.

Diese Politik der Bundesregierung ist Bestandteil ihrer generellen diskriminierenden Haltung gegenüber der Einwanderbevölkerung und den nicht-deutschen Minderheiten in der BRD.

Kein Flüchtling verläßt freiwillig seine Heimat! Gegenwärtig befinden sich weltweit etwa 15 Millionen Menschen auf der Flucht, da ihnen in ihren Heimatländern aus rassischen, religiösen und politischen Gründen Gefängnis, Folter oder Todesstrafe drohen, oder weil sie vor den Schrecken von Bürgerkrieg oder Hungerkatastrophen fliehen. Obwohl die Bundesrepublik durch die Politik (z.B. durch Waffenlieferungen für den Irak-Iran-Krieg) oft an den Ursachen, die die Flucht auslösen, mitschuldig ist, nimmt sie im Vergleich zu anderen, oft viel ärmeren Ländern, relativ sehr wenige Flüchtlinge auf.

Das Ziel der konzentrierten Hetze ist nicht nur, die Durchführung der gegen die Flüchtlinge gerichteten barbarischen Maßnahmen zu ermöglichen, sondern durch eine aufgeputschte nationalistische Tümelei und geschürten Fremdenhaß in der deutschen Bevölkerung von wahren Problemen und Bedrohungen abzulenken: Die drohende atomare Katastrophe (Atomraketen, Tschernobyl, Cattenom); Massenarbeitslosigkeit; die Verschärfung des Streikrechts (§116) und der Angriff auf demokratische Rechte insgesamt. **Die entfachte Hysterie ist auf den Wahlkampf zugeschnitten: sie soll den Widerstand in der Bevölkerung gegen die Wende-Politik und ihre Folgen schwächen und einen Wahlsieg des Regierungslagers erleichtern.**

Wir warnen: Der Angriff auf das Asylrecht droht zum Auftakt zu einer weiteren, breit angelegten Demontage von Grund- und Menschenrechten in der Bundesrepublik zu werden. Die Aushöhlung bzw. Abschaffung des Grundrechts auf Asyl bringt alle Grundrechte in Gefahr.

Für das uneingeschränkte Asylrecht einzutreten ist daher nicht nur ein Akt der Menschlichkeit und der Solidariät gegenüber den Flüchtlingen, sondern liegt zugleich im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger und der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik.

— Wir rufen alle demokratisch-gesinnten Bürger und Bürgerinnen auf, für das uneingeschränkte Asylrecht einzutreten, und zwar für **alle** Flüchtlinge, ohne jede Diskriminierung. Es steht den bundesdeutschen Behörden nicht an, Flüchtlinge aus der Dritten Welt nach ihren Fluchtgründen zu diskriminieren.
— Wir verlangen die Gleichstellung aller Flüchtlinge und der Einwandererbevölkerung mit den Emigranten aus der DDR und mit anderen ,,deutschstämmigen Übersiedlern''.
— Wir fordern die Abschaffung aller Abschreckungsmaßnahmen gegen die Flüchtlinge, wie Zwangseinweisung in Sammellager, Stadtarrest, Arbeits- und Studienverbot usw., und eine ungehinderte Einreise für alle Flüchtlinge; das heißt Aufhebung aller Barrieren, die die Grenzen vor Flüchtlingen sperren (Visumzwang, Auflagen an Fluggesellschaften u.a.).
— Wir fordern die sofortige Einstellung aller Abschiebungen und Auslieferungen von Ausländern.
— Wir rufen die Öffentlichkeit auf, die Flüchtlinge vor dem Zugriff der staatlichen Organe zu schützen.

Bundesweite Aktionseinheit für ein uneingeschränktes Asylrecht

Otfried Nassauer:

Die Bombe im Aufzug

Die US-Airbase Hahn:
Wie die NATO vom Hunsrück aus Krieg führen will

Am 11. Oktober demonstriert die Friedensbewegung an der Cruise-Missile-Basis in Hasselbach/Hunsrück. Unterdessen sind die Militärs nicht untätig: Läßt sich doch in dieser waffenstarrenden Region immer noch ein Fleckchen unbebaute Erde finden, wo ein weiteres Stück Kriegsarsenal plaziert werden kann. Nur ein paar Kilometer vom Demo-Ort entfernt haben vor wenigen Wochen ,,Probebohrungen'' begonnen — hier, auf dem Hunsrücker Goßberg, will die NATO einen Bunker bauen, wo die Flugbahnen und Angriffsziele für Cruise Missiles und Bomberverbände berechnet und gespeichert werden. Zwei Monate vorher hatte Minister Wörner einer Abordnung Hunsrücker Gemeinderäte noch vorgelogen, er wisse nichts von dem 20-Millionen-Mark-Projekt. Auch mit der Stationierung der Patriot-Raketen mochten die Militärs nicht warten, bis die Friedensfreunde wieder in ihre Züge und Busse geklettert sind. Am 1. September begann bei Nacht und Nebel der Einzug dieses Raketentyps in die Hunsrücker Stellungen Dichtelbach und Grenderich. Und — da fügt sich doch wieder eins ans andere — vier Tage später wurde bekannt, daß in den USA erstmals ein Test der ,,Patriot'' als Anti-Raketen-Rakete geklappt hat; sie zerstörte eine ,,Lance''-Rakete in 8.000 Meter Höhe und die FAZ freute sich: ,,Erfolgreicher SDI-Test'' ...

Das Herzstück der Militärregion Hunsrück, die US-Air-Base Hahn, und ihre konventionelle wie atomare Bedeutung für die Kriegskonzepte der NATO analysiert der nachstehende Beitrag von Otfried Nassauer (GAL Hamburg). Der hier leicht gekürzte Artikel erscheint in wenigen Wochen als Teil des Buches ,,Militär-Heimat Hunsrück'' und wurde vom Autor freundlicherweise vorab zur Verfügung gestellt.

Red.

Der Flugplatz Hahn, ,,Hahn Air Base'' wie die US-Amerikaner ihn nennen, ist die größte Militäranlage im Hunsrück, das Rückgrat der US-Militärpräsenz. Am 30. September 1985 lag die Zahl der hier dienen US-Soldaten bei 5.699. Bis 1991 soll sie weiter bis auf 6.863 steigen (1). Zusammen mit Angehörigen und zivilem US-Personal leben u.a. in den US-Wohnsiedlungen in Lautzenhausen (Housing Area) Rhaunen und Kastellaun dann ca. 12.000 US-amerikanische Menschen. Hahn Air Baise erstreckt sich auf einer Länge von mehr als fünf Kilometern entlang der Hunsrückhöhenstraße östlich des Dorfes Lautzenhausen. Das Gelände umfaßt mehr als 590 Hektar. Es soll um weitere 54.000 qm, die in Lautzenhausen enteignet werden, vergrößert werden.

Hier ist das 50. Taktische Kampfgeschwader der US-Luftwaffe stationiert, ergänzt durch eine 150 Mann starke Heeres-Luftverteidigungsbatterie zur Objektluftabwehr am Flugplatz und durch ei-

luftabwehr am Flugplatz und durch ei-

ne Abteilung der 66. Gruppe des Militärischen Geheimdienstes. Hahn ist zugleich die Hauptversorgungsbasis für das 38. Taktische Flugkörpergeschwader der US-Luftwaffe, eine harmlose Bezeichnung, hinter der sich die Cruise Missile Einheit in Hasselbach, ca. 15 km entfernt, verbirgt. Neben im Kriegsfall in Hahn eventuell zu erwartenden Verstärkungstruppen aus den USA werden hier auch im Spannungsfall ein aus Reservisten der Bundeswehr zusammengestelltes Jägerbataillon und in Hasselbach ein Sicherungszug als Schutz gegen Sabotage und gegnerische Luftlandeangriffe zum Einsatz kommen. Diese Einheiten werden dem Flugplatz Hahn dann aufgrund des ,,Abkommens zur Unterstützung durch den Gastgeberstaat in Krise und Krieg'' (Wartime Host nation Support/WHNS) unterstellt.

In drei Staffeln (10., 496. und 313.) werden 72 F-16 Kampfflugzeuge ‚Fighting Falcon' geflogen. Sie werden durch über 1.700 Mann starke Unterstützungseinheiten auf dem Flugplatz gewartet, repariert und betrieben. Ersatzteillager, Munitionsdepots, Treibstoffvorräte — alles ist vorort vorhanden, bzw. in näherer Umgebung. (2)

Die Einheiten der Hahn Air Base sind wie alle US-Einheiten in Europa, die zum Einsatz im Rahmen der NATO eingeplant sind, zwei unterschiedlichen höheren Befehlshabern unterstellt: Einerseits sind sie in die nationale Befehlskette der USA eingegliedert, in diesem Kontext sind sie der 17. US-Luftflotte mit Hauptquartier in Sembach unterstellt, die ihrerseits ihre Befehle vom Hauptquartier der US-Luftwaffe Europa in Ramstein erhält. Diese Befehlskette ist der Normalfall. Andererseits kann die Einheit zu Übungszwecken und im Kriegsfall der NATO unterstellt werden. Dann soll sie sowohl die 2. Alliierte Taktische Luftflotte in Norddeutschland als auch die 4. Alliierte Taktische Luftflotte in Süddeutschland unterstützen. Beide Befehlsketten laufen in der Person des NATO-Oberbefehlshabers Rogers zusammen. Er ist gleichzeitig Kommandeur aller US-Truppen in Europa.

Aufgabe des Geschwaders ist es, ,,die Fähigkeit bereitzuhalten, gegnerische Kräfte und Einrichtungen zu zerstören durch den Einsatz von allen Waffenarten, die in Unterstützung der taktischen Luftkriegsführungsaufgaben (CounterAir, Intercept, Interdiction,Close Air Support) zur Verfügung stehen.'' (3)

Das sind Fakten, Daten, die dem normal informierten Menschen genausowenig sagen, wie die offizielle Beschreibung des Wappens der Einheit. Auf blauem Grund seien dort neben einem mythischen Greifvogel ein ,,Blitz'' und eine ,,Wolke'' zu sehen, die ,,die Kraft des 50. Taktischen Jagdgeschwaders'' verkörpern sollen. Der Wahlspruch der Einheit ,,Beherrscher der Lüfte'' (Master of the Sky) bezeichnet unsere Luftüberlegenheit'' (4). Doch wie der Betrachter des Wappens bei genauerem Hinsehen die Wolke sehr schnell als Atompilz identifizie-

pens bei genauerem Hinsehen die Wolke sehr schnell als Atompilz identifizie-

ren und zu verstehen beginnt, was sich hinter den nebulösen Worten ,,alle zur Verfügung stehenden Waffenarten'' verbirgt, so bedarf es auch nur relativ geringer Mühe, die anderen Fakten zum Sprechen zu bringen.

Die ‚konventionellen' Aufgaben der Hahn Air Base

Die F-16-Kampfflugzeuge haben zwei Aufgaben, zwei Rollen, die sie im Gefecht wahrnehmen können. Das Motto der Einheit, ,,Beherrscher der Lüfte'' und der Verweis auf die Aufgabe der Luftüberlegenheit zielt zunächst auf die untergeordnete Rolle. F-16-Flugzeuge können, bewaffnet z.B. mit Sidewinder-Raketen und ihren Bordwaffen als Jagdflugzeuge in der Luftverteidigung eingesetzt werden (5). Sie sind schnell und wendig und haben sowohl gute Tiefflugeigenschaften als auch die Fähigkeit, in großen Höhen zu operieren. In dieser Aufgabenstellung sollen sie eindringende gegnerische Flugzeuge abfangen und abschießen (6). Doch ist dies die deutlich nachgeordnete Aufgabe.

Bedeutsamer ist ihre Rolle als Jagdbomber. Bewaffnet mit modernsten konventionellen Bomben und Abstandsflugkörpern oder gar (s.u.) atomaren Waffen, sollen die F-16 in das Gefecht der Bodentruppen unterstützend eingreifen (Close Air Support) und vor allem Ziele jenseits des Frontverlaufs bzw. der Grenzen der Bundesrepublik angreifen und zerstören. Mit einem Einsatzradius von 900 bis 1.000 km und bei der zusätzlichen Möglichkeit der Luftbetankung können die Flugzeuge gegen Ziele in der DDR, der CSSR, in Polen, aber auch in der westlichen UdSSR eingesetzt werden (7). Dort sollen wichtige Nachschubeinrichtungen, wichtige Verkehrsknotenpunkte und -engpässe, Befehlszentralen der Warschauer Vertragsorganisationen (WVO) größere Verstärkungseinheiten und viele andere bedeutsame militärische Ziele angegriffen werden. Je nachdem, ob es sich um Ziele handelt, die das Gefecht an der Front kurzfristig oder erst langfristig beeinflussen können, wird von Gefechtsfeldabriegelung oder von Abriegelung in der Tiefe des gegnerischen Hinterlandes gesprochen (8). Solche Angriffe, vorgetragen mit modernster, z.T. selbstzielsuchender Munition, sind ein Kernelement der Art und Weise der Kriegsführung, wie sie in der Konzeption des ‚Eweiterten Gefechtsfeldes' im Rahmen der AirLand-Battle-Doktrin gefordert wird (9). Sie sind essentiell für das übergeordnete Ziel einer siegorientierten Gefechts- und Kriegführung, und ihre Durchführung und Koordination wurde durch US-Army und US-Airforce mittlerweile in einem ,,Gemeinsamen Operationskonzept für den Angriff auf die 2. Staffeln'' ausgearbeitet (10).

Im NATO-Kontext decken sich diese Vorstellungen mit der am 9.11.1984 vereinbarten langfristigen Planungsrichtlinie FOFA (Follow on Forces Attack/Angriff auf die nachfolgenden Staffeln). Ihr Ziel ist eine möglichst weitgehende Isolation der gegnerischen Verbände an der Front, um diese dort leichter schlagen zu können und so Gelgenheiten für eigene Offensiven zu schaffen bzw. solche besser durchführen zu können. ,,Es ist wichtig zu betonen, daß der Angriff in die Tiefe nicht nur ein Mittel für die Verteidigung ist. Wenn überhaupt, so ist er sogar noch entscheidender für die Offensive. Er ist unbedingt erforderlich, um zu gewinnen, weil er die Gelegenheit schafft, die Initiative zu erobern und zu erhalten.'' Die Aufgabe soll gemeinsam mit der weiterreichenden Raketenartillerie der US-Army und den sogenannten Special Forces realisiert werden.

Angesichts der Tatsache, daß auch die WVO-Staaten über starke Luftstreitkräfte und über Raketen verfügen, die eine solche Operationsführung verhindern könnten, muß auf einen weiteren wichtigen Aspekt der Bekämpfung von Zielen im gegnerischen Hinterland aufmerksam gemacht werden, dem — insbesondere in der Anfangsphase eines möglichen Krieges — auch auf dem Flugplatz Hahn allerhöchste Aufmerksamkeit beigemessen

auch auf dem Flugplatz Hahn allerhöchste Aufmerksamkeit beigemessen

werden dürfte: Der Bekämpfung der gegnerischen Luftstreitkräfte am Boden und der Zerstörung konventioneller und nuklearer Raketenbasen der WVO vor Abschuß der dort stationierten Raketen.

Es ist sicher eine der wichtigsten Aufgaben der F-16 in Hahn, gegnerische Flugplätze so frühzeitig wie möglich auszuschalten, soweit dies nicht von anderen Flugzeugen mit größerer Zuladung an Bomben und Munition wahrgenommen werden kann (F-111, Tornado oder strategische Bomber). Nur wenn die eigenen Luftstreitkräfte eine teilweise oder deutliche Luftüberlegenheit erreichen und zugleich die eigenen Flugbasen funktionstüchtig sind, kann die Aufgabe des ‚Erweiterten Gefechtsfeldes' erfolgversprechend angegangen werden. Ein frühzeitiges, möglicherweise präventives Ausschalten gegnerischer Luftwaffenstützpunkte und die Ausschaltung der Luftabwehr der WVO-Staaten haben deshalb hohe Priorität. Immer bedeutsamer wird für US- und NATO-Offiziere in diesem Kontext auch die Ausschaltung gegnerischer Raketenstellungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

Angesichts der Tatsache, daß modernste konventionelle Munitionen in ihrer Zerstörungswirkung immer näher an die ‚Fähigkeiten' nuklearer Waffen kleiner Sprengkraft heranreichen (12), wird deutlich, daß den ‚konventonellen' Aufgaben der Air Base Hahn ein wachsendes Gewicht zukommt.

Hahn — Eine der wichtigsten Atomwaffenbasen in Europa

Die Zensur des US-Kongresses hat geschlafen. Was ansonsten immer mit größter Sorgfalt geheimgehalten wurde, kam in der öffentlich gemachten Anhörung eines Unterausschusses zur Bewilligung militärischer Bauten im Rechnungsjahr 1987 zutag: Die US-Luftwaffe unterhält (in Zusammenarbeit mit den Luftwaffen einiger anderer Staaten) in Europa 20 Flugplätze mit nuklearen Sofortbereitschaftsstellungen (Quick Reaction Alert Sites) (13). Auf solchen Basen stehen jederzeit (zumeist zwei) Kampfflugzeuge, beladen mit Nuklearwaffen, mit vorgewärmter Elektronik in ihren Schutzbauten, um binnen weniger Minuten starten zu können. Ein weißer Strich am Standort des Jagdbombers zeigt den Bereich an, der nicht einmal von Soldaten des Flugplatzes ohne Sondergenehmigung und auch dann nur in Begleitung betreten werden darf. Hahn Air Base, so deutet die irrtümlich freigegebene Liste an, ist in der Bundesrepublik nach Ramstein der wichtigste nukleare US-Luftwaffenstützpunkt. In Europa nimmt Hahn Platz drei ein.

Eigentlich schien schon immer alles auf eine nukleare Aufgabe der F-16 auf der Air-Base hinzudeuten (14). Die Flugzeuge sind ,,dual capable'', d.h. sie können konventionelle und nukleare Munition transportieren. Der kritische Atomwaffenexperte William Arkin aus Washington geht z.B. davon aus, daß in Hahn ca. 150 Nuklearwaffen ständig auf dem Flugplatz stationiert sind. Er berichtet, daß dort nukleare Kommunikationseinrichtungen existieren (15). (...) Der letzte Beweis, daß Hahn Nuklearwaffenstandort ist, blieb trotzdem dem schlafenden US-Zensor vorbehalten: In Hahn sollen (wie auch in Ramstein, Büchel, Memmingen und Nörvenich) 53 ,,Nuklearwaffengrüfte'' (Weapons Storage Vaults) gebaut werden. In den Flugzeugschutzbauten sollen Bunker für je eine (möglicherweise zwei) Bomben geschaffen werden. Selbst eine größere Explosion konventioneller Art auf dem Deckel der Gruft ließ die Nuklearwaffe bei einer Vorführung in New Mexiko unbeschädigt. Quasi im Aufzugsverfahren kann die Bombe im Bedarfsfall nach oben befördert und ohne großen Transport am Flugzeug montiert werden (16).

Heute sind zwecks größerer Sicherheit Nuklearwaffen meist etwas abseits des Flugplatzes stationiert, um sie vor Angriffen zu sichern. Jedoch hat auch dies aus militärischer Sicht Nachteile, wie die Begründung des Pentagon für vier Versuchsanlagen in Ramstein zeigt: ,,Ein System solcher ‚Grüfte' auf verschiedenen Basen in Europa wird zusammen mit einem zentralen Überwachungs- und Kontrollzentrum das neue System ausmachen. Taktische (Nuklear-)Waffen sind in Lageriglus einige Meilen von den Flugzeugschutzbauten entfernt. Von den Iglus werden die Waffen per Konvoi mit umfangreichen Sicherheitskräften zu den Schutzbauten gebracht.'' (17) Dies bedeute hohen Aufwand, Gefährdung durch Sabotage, Terroristen und Unfälle. Von daher seien die ca. 200.000 Dollar pro Nuklearwaffengruft gut angelegt.

In Hahn soll der Bau solcher Anlagen im Rechnungsjahr 1988 beginnen.

In Hahn soll der Bau solcher Anlagen im Rechnungsjahr 1988 beginnen.

Für zunächst 34 Minibunker sollen 7.239 Mio. Dollar beantragt werden. (18)

Doch weiteres ist auffällig: Der Bericht verrät auch; daß zwei weitere Grüfte für den Hunsrück benötigt werden. Deren Standort wird mit Wünschheim (14) angegeben; gemeint ist natürlich die Cruise-Missile-Basis Hasselbach. Auch dort existiert nämlich eine ‚Sofortbereitschaftsstellung' der nuklearen Cruise, wenn die Anlage fertig ist. Aus Kongreßunterlagen des Jahres 1984 ist zu ersehen, daß die Cruise, z.B. wenn die Zeit zur Ausfahrt nicht mehr reicht, in einem Quick-Reaktion-Alert-Annex zum sofortigen Abschuß bereitstehen sollen. Ein Iglu für die Sprengköpfe ist ebenfalls vorgesehen. (20)

Nimmt man die beiden nur ca. 15 km voneinander entfernten großen Nuklear-Einrichtungen Hahn und Hasselbach zusammen, so fragt sich: Gibt es in Europa einen noch größeren, zusammenhängenden Komplex für die US-amerikanische Nuklearkriegsführung? Schon die hier vorhandenen Nuklearwaffen dürften ausreichen, um große Teile Europas atomar zu verseuchen. Durch diese Atomwaffenkonzentration aber wird der Hunsrück zugleich zu einem Ziel allererster Priorität für Nuklearwaffen der UdSSR.

Bei der US-AirForce will man auf diesen Fall vorbereit sein. Entsprechend der großen Bedeutung der Air Base Hahn wurde für das Rechnungsjahr 1987 der Ausbau und die Erweiterung der Landebahn um über 27.000 qm, sowie neuer Belag für die existierenden ca. 24.000 qm Landebahn gefordert. Nur so könne sichergestellt werden, daß der Flugplatz nicht durch einen einzigen Angriff schon lahmgelegt werde. (21) Mit einer anderen Maßnahme kam die Air Force jedoch gegen den schlafenden Zensoren zu spät: Sie wechselte das Einheitswappen an allen öffentlichen Hinweisschildern: Nicht mehr der Greif mit Atompilz weist heute den Weg zur Air Base, sondern gekreuzte Flaggen der USA und der BRD (22) — Symbol pathologisch morbider Untergangsverbundenheit?

Anmerkungen:

1) US-Congress, House, Subcomittee on Military Construction Appropriations, 99th Cong., 2nd Sess., Military Construction Appropriations FY 1987, Part 3, Washington, GPO, 1986, S. 965
2) zu den Sachangaben vgl.: a) 50th TFW/PAO (hrsg.): At home in the Hunsrück — An unofficial Guide to Hahn AB, Germany, Idar-Oberstein, o.J., S. 3-8; b) diess. (hrsg.): Thirty Years in the Hunsrück, Idar-Oberstein, 1981, S. 3ff; c) Forschungsinstitut f. Friedenspolitik e.V.: Ausdruck des Standortarchives, Starnberg, 1986.
3) a.a.O. (2a), S. 3
4) ebd. S. 6
5) Mechtersheimer, Alfred/Barth, Peter: Militarisierungsatlas der Bundesrepublik, Neuwied, 1986, S. 344
6) dafür steht im Englischen ‚Intercept'
7) vgl.: Arkin, William R./Cochran, Thomas B./Hoenig, Milton M.: Nuclear Weapons Data Book, Vol. I, Cambridge, 1984, S. 216f
8) Department of the Air force/Departement of the Army: Joint Service Agreement for the Joint Attack of the Second Echelon (J-SAK), Washington, 28.11.1984, S. 2 u. 4
9) Vgl.: Department of the Army: Field Manual 100-5 Operations, Washington, 20.8.1982 und entsprechende Passagen von Department of the Air Force: Air Force Manual 1-1, Washington, 16.3.1984; als Einführung und Dokumentation in die Gesamtproblematik vgl.: Die GRÜNEN im Bundestag (hrsg.): Angriff als Verteidigung, AirLand Battle, AirLand Battle 2000, Rogers Plan, Bonn/Hamburg, 1984
10) HQ US-Readiness Command/HQ US-Army TRADOC/HQ Us-AirForce Tactical Command: General Operating Procedures for Joint Attack of Second Echelon (J-SAK), o.O., 31.12.84; diess.:Joint Operational Concept, Joint Attack of the Second Echelon (J-SAK), TAC-Pam 50-26/TRADOC-Pam 525-16/US REDCOM-Pam 515-4, o.O. 13.12.1982
11) US-Army TRADOC: Air Land Battle and Corps Operations 86, Fort Monroe, 25.3.1981, S. 3
12) Dieser Vergleich ist nicht unserer Phantasie entsprungen — er hat höhere Weihen: vgl.: Wörner, Manfred/Würzbach, Peter-Kurt (hrsg.): Studie einer Expertengruppe, Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 21.5.1982
13) Jane's Defense Weekly, 19.7.1986, S. 43
14) vgl. zum Folgenden: Arkin, William R.u.a.: a.a.O. (7) S. 41ff, 65ff, 63ff, S. 216ff sowie: Arkin, William R./Fieldhouse, Richard: Nuclear Battlefields, Cambridge, 1985, S. 103 ff, S. 239
15) Arkin, William R./Cochran, Thomas B., Hoening, Milton M.: Ressource Paper on the US-Nuclear Arsenal, in: Bulletin of the Atomic Scientists, Aug./Sept. 1986, S. 6s
16) a.a.O. (13) und: Der Spiegel: Nr. 30, 44 Jg. 21.7.1986 (Panorama)
17) a.a.O. (1) S. 1190
18) ebd. S. 965. Es ist allerdings unklar, ob nicht versucht wird, die Kosten aus dem nationalen US-Haushalt ins NATO-Infrastrukturprogramm zu verlagern — dann würden sie im nächsten Rechnungsjahr an dieser Stelle nicht mehr auftauchen, vgl. dazu Der Spiegel, a.a.O.
19) a.a.O. (13)
20) US-Congress, House, Military Installations and Facilities Subcommittee, 98th Cong., 1st. Sess. Hearings held in March and April, Washington, GPO, 1983, S. 610
21) a.a.O. (1) S. 967ff.
22) Staunende In-Augenschein-Nahme



Das Buch zur Demo

Das Buch ,,Militär-Heimat Hunsrück — Beiträge zu einer regionalen Rüstungsanalyse'', dem dieser Artikel über die Air Base Hahn als Vorabdruck entnommen wurde, erscheint Ende September/Anfang Oktober. Die Autoren kommen aus der Hunsrücker Friedensbewegung, sind Mitarbeiter der Grünen, der Friedensliste und des Starnberger Forschungsinstituts für Friedenspolitik. Der Band befaßt sich u.a. mit der Stationierung der Cruise Missiles, Nuklearwaffentransporten und Unfällen, Evakuierungsplänen der USA, Stationierung neuer chemischer Waffen und den Hunsrücker Dörfern, die vom Militär ausradiert wurden. Das Buch erscheint im Jungjohann-Verlag und kostet DM 9.80. Es kann bestellt und bezogen werden über:

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung
Bornheimer Straße 20, 53 Bonn
Die Grünen
Colmantstr. 36, 53 Bonn
Die Friedensliste
Baumschulallee, 53 Bonn
ibf-Versand, Uhdestr. 2
8130 Starnberg.

Erklärung des KB zur Demo am 4.10. in München

Nun wird also auf jeden Fall am 4.10., eine Woche vor der Landtagswahl, in München eine Demonstration stattfinden. Allerdings: Das Konzept einer breiten, von allen Strömungen des Widerstands getragenen Anti-WAA- und Anti-Kriminalisierungs-Demo ist leider gescheitert. Es ist dem Zusammentreffen zweier Faktoren zum Opfer gefallen:

— den Intrigen und Störkampagnen der SPD, des Bund Naturschutz und der rechten Teile der Grünen,

— der momentanen Stimmung im WAA-Widerstand. Als Folge der CS-Gas- und Gummigeschoß-Politik der bayerischen Regierung einerseits und der ideologischen Offensive der grün-sozialdemokratischen Gewaltfreien-Mafia (Offene Briefe etc.) andererseits herrscht derzeit im Widerstand — und zwar in allen politischen Strömungen — eine gewisse resignative Ratlosigkeit.

In solch einer Situation wäre eine breite, von allen Teilen des Widerstands getragene Demonstration in München ungeheuer wichtig gewesen — sozusagen zum „Durchatmen" und Kräfte sammeln. Gerade nach Tschernobyl wäre eine gemeinsame Herbstaktion mit den vielen neugegründeten Initiativen und der Friedensbewegung sogar ein Schritt nach vorne gewesen. Es hätten auch alle diejenigen teilnehmen können, denen das Demonstrationsrisiko aufgrund der brutalen Polizeieinsätze am Bauzaun inzwischen zu groß geworden ist.

Stattdessen führten Ratlosigkeit und Angst vor Polizei-Provokationen zum genauen Gegenteil: das Unterstützerspektrum für die Demo wurde immer schmaler. Die Oberpfälzer BIs und viele andere, die ihre Unterstützung für die Demo entweder zurückzogen oder gar nicht erst geben wollten, trugen erheblich zu **dem** bei, was sie eigentlich mit ihrer Entscheidung verhindern wollten: zur Schwächung und Spaltung der Bewegung. Denn nur Geschlossenheit und Entschiedenheit, mit denen eine solche Aktion durchgesetzt wird, entscheiden darüber, ob Provokationen der Gegenseite aufgehen oder nicht, das zeigen alle bisherigen Erfahrungen.

Nun zeigen die bisherigen Beschlüsse der Oberpfälzer BIs aber, daß die Unsicherheit in diesen Fragen sehr groß ist. Im übrigen ist es ja nicht von der Hand zu weisen, daß Befürchtungen bezüglich eines unkalkulierbaren, unter Umständen überraschenden und rücksichtslosen Vorgehens der Polizei am 4.10. durchaus ihre Berechtigung haben. Wir halten aber die Schlußfolgerung, deshalb eine eigentlich für gut und richtig befundene Demonstration **nicht** zu unterstützen, für politisch falsch und schädlich. Besser wäre es gewesen, sich auf diese Eventualitäten politisch und organisatorisch einzustellen.

Wir müssen aber konstatieren, daß diese Argumente für die Oberpfälzer BIs und viele andere offensichtlich keine ausreichende Überzeugungskraft hatten. Und das bedeutet in der Tat einen Rückschritt gegenüber dem vergangenen halben Jahr, in dessen Verlauf besonders der Mut und die Entschlossenheit der WAA-Gegner in der Oberpfalz wesentlich für die Verhinderung aller Spaltungsversuche waren.

Daß diese Entschlossenheit zur Zeit einer großen Unsicherheit und Zurückhaltung gewichen ist, können wir zwar kritisieren, es kann uns aber nicht egal sein. Wir sind deshalb im Kreis der Demo-Befürworter dafür eingetreten, dem Vorschlag der Oberpfälzer BIs (vorgetragen von Erna Wellnhöfer in München am 13.8.) entgegenzukommen und mit ihnen gemeinsam eine Demonstration zwei Wochen später als geplant vorzubereiten. Dann hätte sich auch herausgestellt, daß für SPD und den Bund Naturschutz-Vorstand die Landtagswahl nur ein Vorwand gegen die Demo gewesen ist und daß sie prinzipiell keine weiteren gemeinsamen Aktivitäten des gesamten WAA-Widerstands wollen.

Gegen unseren Vorschlag wurde eingewandt, ein solches Vorgehen bedeute eine Niederlage der außer- und antiparlamentarischen Teile des Widerstandes. Wir stimmen diesem Argument zwar zu, wir meinen aber, daß sich diese Niederlage bereits heute in der mangelnden Unterstützung der eher bürgerlichen Spektren der Bewegung ausdrückt und nicht damit vom Tisch zu wischen ist, daß man auf Teufel komm raus am alten Konzept festhält, so nach dem Motto „Augen zu und durch". Wir befürchten, daß nach einer u.U. geringen Beteiligung am 4.10. oder nach nun wirklich zu erwartenden Polizeiprovokationen speziell die linken, außerparlamentarischen Teile des Widerstandes für die allgemein mißliche, von uns gar nicht zu verantwortende Lage der Bewegung angegriffen werden. D.h. daß wir den rechten Strömungen in SPD, Bund Naturschutz und Grünen unnötig Munition liefern. Im übrigen befürchten wir eine ungeheure organisatorische und finanzielle Belastung, die auf den verhältnismäßig kleinen Kreis der Aktivisten zukommen dürfte.

Diese Diskussionen sind nun aber gelaufen und die Durchfüßhrung der Demo beschlossene Sache. Nun kommt es darauf an, mit allen Kräften das Beste aus der Aktion zu machen. Je mehr BIs für die Unterstützung,je mehr Menschen für die Mobilisierung gewonnen werden können, desto besser. Dafür werden wir unser Möglichstes tun.

Kommunistischer Bund (KB) / Gruppe Nürnberg, 1.9.86



Demonstration am 4. Oktober in München gegen Repression und Kriminalisierung

Mobilisierung und Vorbereitung für die umstrittene Demo am 4. Oktober — eine Woche vor den bayerischen Landtagswahlen — laufen auf vollen Touren. Diejenigen Gruppen und Initiativen, die jetzt unter dem Aufruf stehen, wissen genau, worum es geht und unternehmen großenteils besondere Anstrengungen, die — nach wie vor — fehlende Breite des Unterstützerspektrums einigermaßen wett zu machen.

Flugblätter und Plakate gehen inzwischen in die vierte Auflage und manch einer ist überrascht über das vorhandene Interesse. In der Oberpfalz wird von Nürnberger und anderen „auswärtigen" WAA-Gegnern plakatiert. Das Infobüro Altenschwand, das sich angesichts der fehlenden Unterstützung durch die Oberpfälzer BIs vom Aufrufflugblatt hatte streichen lassen, organisiert nun Busse für München. Prognosen über Teilnehmerzahlen wagt allerdings derzeit keiner aufzustellen.

Derweil gehen die Obstruktionsmanöver aus SPD- und Bund Naturschutz-Kreisen weiter. Wir berichteten im letzten Arbeiterkampf. So hat z.B. „die Stadt Nürnberg in Zusammenarbeit mit dem Bund Naturschutz", wie es offiziell heißt, eine „Umweltrally" angesetzt — eine Fahrradtour durch Nürnberg, an der gar nichts auszusetzen wäre, wenn sie nicht ausgerechnet am 4. Oktober stattfinden würde. Die Münchener SPD hat öffentlich ihren Mitgliedern abgeraten, an der Demo teilzunehmen, sich dabei aber nicht einmal die Mühe gemacht, wenigstens eine anständige Spaltungsalternative anzubieten. Sie rät einfach den „den Münchener Bürgern, besser mit dem Stimmzettel gegen die WAA-Planung der CSU vorzugehen." (SZ, 12.9.)

In der Oberpfalz ist zwar von den meisten BIs beschlossen worden, keine Gegenveranstaltungen durchzuführen, von verschiedenen Seiten wird aber dennoch kräftig gegenmobilisiert. So werden über die örtliche Presse Lügen verbreitet wie, die Veranstalter hätten einfach Oberpfälzer BIs unter den Aufruf gesetzt, obwohl diese gegen die Demo gestimmt hätten. Inwieweit solche Geschichten realen Einfluß haben, ist zur Zeit schwer zu beurteilen.

Das jüngste Spaltungsmanöver kommt aus grünen Kreisen. An rund 800 bayerische BI-Adressen wurde kürlich ein „Aufruf zum Tag der bayerischen Brügerinitiativen" verschickt, Motto: „Handeln statt Hoffen!". Die Initiatoren, Helmut Wilhelm (BBU-Vorstand, früher CSU, jetzt Grüner Kandidat) und Ulrike Windsberger (Grüner Landesvorstand), formulieren dort — allerdings ohne ihre Parteizugehörigkeit offenzulegen: *„Am Samstag, den 4.10.86, wollen wir, daß nach Möglichkeit alle BI's, Verbände, Gruppierungen etc. in Bayern auf ihr jeweiliges Anliegen durch Aktionen, Demonstrationen, Pressemitteilungen, Flugblätter und Infostände hinweisen. Der 4. Oktober wurde unter anderem deshalb ausgewählt, weil wir*

a.) auf die vorhandene Stärke der BIs landesweit verweisen wollen,

b.) durch landesweite Pressemitteilungen alle Landes bürger/innen Kenntnis davon erhalten sollen,

c.) rechtzeitig vor der Landtagswahl ein „Zeichen" gesetzt werden soll."

Angehängt ist ein Abschnitt in der Art eines Werbecoupons:

„1. Nein, wir werden aus folgenden Gründen nicht teilnehmen...

2. Ja wir werden..."

Dieser ziemlich plumpe Versuch ohne die München-Demo überhaupt zu erwähnen, jetzt zu irgendwelchen BI-Aktivitäten seitens der Grünen zu trommeln, ist mit Sicherheit vom grünen Landesvorstand abgesegnet worden. Mit ihm soll offenbar nicht nur von der München-Demo wegmobilisiert werden.

Die erste Reaktion auf diesen Aufruf kam vom Vorstand der Schwandorfer BI. Am 18.9. wurde einstimmig die Empörung über diesen Aufruf zum Ausdruck gebracht und damit unterstrichen, daß die Schwandorfer es ernst meinten, daß ihrer Meinung nach keine Gegenaktionen gegen die Münchener Demo zu unternehmen seien.

Insgesamt muß aber konstatiert werden, daß alle Erwartungen, das Festhalten an der Demo werde automatisch zu einer Verbreiterung des Unterstützer-Spektrums führen, zu optimistisch waren. Auch „die Österreicher", auf die von einigen schwere Hoffnungen gesetzt worden waren, weil sie noch vor Wochen angekündigt hatten, sie kämen mit 10.000 Leuten nach München, äußern sich inzwischen differenziert zum 4.10., z.B. hat die rechte Salzburger Anti-WAA-BI ihre Unterstützung zurückgezogen. Insgesamt wächst zwar der Unterstützerkreis ständig, bei genauerem Hinsehen wird aber deutlich, daß sich die „Einbrüche" in grünes und bürgerliches Spektrum doch an einigen Fingern abzählen lassen.

M., KB/Gruppe Nürnberg

Dokument Radi-Aktiv angeklagt

Die bayerische Staatsregierung versucht nun auch noch, das künftige Erscheinen der RADI-AKTIV zu verhindern. Die presserechtlich verantwortlichen Redakteure werden mit immer neuen Anklageschriften überzogen, die nur eines deutlich machen: Zu dem Versuch, mittels Polizeieinsätzen und Kriminalisierung den Widerstand gegen die WAA in die Knie zu zwingen, gehört nach dem Verständnis der WAA-Befürworter auch ein Angriff auf die Zeitschrift der Anti-WAA-Bewegung. Ziel des kommenden Prozesses soll wohl sein, durch hohe Prozeßkosten und durch harte Verurteilungen der Redakteure das weitere Erscheinen der RADI-AKTIV unmöglich, zumindest aber zu einem unkalkulierbaren Risiko zu machen!

Es zeichnet sich dabei ein Prozeß ab, der in seiner politischen Brisanz kennzeichnend ist für die Kriminalisierung des WAA-Widerstands: nicht nur die Pressefreiheit wird durch staatsanwaltschaftliche Konstruktionen angegriffen. Vielmehr soll jede(r), die/der in Sachen Atompolitik/WAA eine der bayerischen Staatsregierung nicht genehme politische Meinung vertritt (sei es nun über Demonstrationen, Kulturfestivals oder Karikaturen), von einem öffentlichen Beharren auf dieser politischen Haltung abgeschreckt werden.

Die Anklagen sprechen für sich:

Die erste, den Redakteuren zugeschickte Anklage wirft ihnen die Aufforderung zu strafbaren Handlungen vor, und zwar zu Sachbeschädigung und Brandstiftung einerseits, zur Verletzung von Dienstgeheimnissen andererseits.

Für die Konstruktion des ersten Vorwurfs war die Staatsanwaltschaft gezwungen, drei Textstellen im RADI-AKTIV Nr. 7 heranzuziehen: Auf Seite 73 die sog. Schwarze Liste, in der Firmen aufgeführt sind, die am Bau der WAA beteiligt sind, und die Dokumentation eines Bekennerschreibens zu einem Anschlag auf die Firma Hochtief sowie folgender Satz aus einem Artikel auf S. 62, der vor Erscheinen schon einmal unbeanstandet in der taz vom 11.3.1986 veröffentlicht war: „Sämtlichen Firmen, die glauben, sich mit der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedenen Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihr Gewinn."

Aus der Kombination dieser Textstellen (denn jede für sich genommen reicht selbstverständlich nicht — das hat wohl auch der Staatsanwalt so gesehen) wird nun der Vorwurf konstruiert, die RADI-AKTIV rufe zu Brandanschlägen auf das Eigentum der am Bau der WAA beteiligten Firmen auf.

Der zweite Vorwurf in dieser Anklageschrift bezieht sich auf einen Aufruf in der RADI-AKTIV, der Zeitung Informationen über Polizeieinsätze und -strategien — auch geheime — zuzusenden. Mit diesem Aufruf versuchte die RADI-AKTIV, der — einer kritischen Berichterstattung zugrunde liegenden — Informationspflicht über polizeiliche Verstöße gerecht zu werden. Nichts hat die Notwendigkeit einer solchen Berichterstattung deutlicher gemacht, als die vielen Veröffentlichungen in den letzten Monaten über polizeiliche und geheimdienstliche Gewaltakte: angefangen bei dem Verfassungsschutz-Bombenanschlag in Celle, über die Aktivitäten des V-Mannes Scheffer in München, bis hin zu der grundgesetzwidrigen Amtshilfe der Bundeswehr bei den Polizeieinsätzen in Wackersdorf. Strafrechtlich verfolgt werden sollte wohl hier das staatliche Vorgehen — nicht aber diejenigen, die diese Praktiken veröffentlichen!

Die zweite Anklageschrift betrifft das Titelbild der RADI-AKTIV Nr. 6, auf dem das bayerische Wappen in künstlerisch umgestalteter und satirisch verfremdeter Form abgebildet ist. Mit dieser politischen Karikatur versuchte die RADI-AKTIV ihrer Meinung von den Polizeieinsätzen in Wackersdorf und der Gefahr radioaktiver Verseuchung nicht nur der Oberpfalz Ausdruck zu verleihen. Denn die Polizeieinsätze stehen nun einmal für die Entschlossenheit der bayerischen Staatsregierung, die WAA um jeden Preis durchzusetzen.

Die Polizeieinsätze in Wackersdorf, das ignorante Verhalten der bayerischen Staatsregierung gegen den Willen der Oberpfälzer Bevölkerung haben zu einem tiefen Einbruch im Bewußtsein dieser Menschen geführt.

Betrachtet man daher das verfremdete Wappen vor diesem Hintergrund, vor dem Hintergrund von Erfahrungen, die inzwischen in der Oberpfalz als polizeistaatliche bezeichnet werden, dann kann die Karikatur nur als Kundgabe einer politischen Meinung verstanden werden. Die Karikatur kennzeichnet symbolhaft die politische Stimmung in der Oberpfalz.

Nun sollte man eigentlich davon ausgehen können, daß auch den bayerischen Ermittlungsbehörden und Gerichten bekannt ist, daß politische Karikaturen — und seien sie noch so bissig (wie die Hunde), polemisch und überzeichnet — unter die Kunstfreiheit fallen. Gleichwohl wundert es uns nicht, daß bayerische Behörden diese Rechtsprechung schlichtweg ignorieren. Daß im Freistaat Bayern das Demonstrationsrecht nicht besonders geschätzt wird, wurde über zahlreiche kVerbote lund entsprechende Polizeieinsätze bewiesen. Nachdem aber nun sogar reine Kulturveranstaltungen wie das Anti-WAA-Festival nicht einmal vor Verbotsversuchen und skandalösen Polizeikontrollen geschützt sind, dann muß in der Logik dieser Behörden auch ein Angriff auf die Presse- und Kunstfreiheit gestartet werden können, erhoffen sie sich doch dadurch, den Gegnern dieser Atompolitik endgültig einen Maulkorb zu verpassen.

Das soll aber nicht gelingen!



Titelblatt der inkriminierten „Radi-Aktiv" vom Mai 1986. Bestellungen der Zeitung bei: NIGA c/o Anita Aschenbrenner Keßlerplatz 15 8500 Nürnberg

Tschernobyl-Bilanz:

Tausend oder Millionen Tote?

In AK 271 hatten wir versucht, eine Abschätzung der Folgen und Opfer durch den Super-GAU in Tschernobyl zu geben (1). Wir wollen hier eine Übersicht über Studien geben, die kritische Wissenschaftler vorgelegt haben.

Dieter Teufel

Der Heidelberger Biologe und Mitarbeiter des IFEU-Instituts, Dieter Teufel untersucht in seiner Studie die Folgen für die BRD auf sechs verschiedenen Belastungspfaden und auf der Basis der gemessenen Strahlenwerte. (2)

Danach sei die Belastung durch radioaktive Strahlung in der **Atmosphäre** „relativ klein" gewesen. Teufel kritisiert, daß demgegenüber gerade die anderen (kritischen) Belastungspfade vielfach in den Hintergrund gedrängt worden seien.

Bei der **Atmung** hätten Anfang Mai Kleinkinder 20 bis 200 Millirem und Erwachsene 10 bis 80 Millirem abbekommen, was langfristig zu 150 bis 500 Schilddrüsentumoren in der BRD führen werde. Teufel zufolge hätte Anfang Mai eine Warnung vor körperlicher Belastung (die zu höherer Atmung führt) gegeben werden müssen, 30 bis 100 Tumore hätten so vielleicht verhindert werden können.

Bei der radioaktiven Belastung des **Bodens** komme es über die Vegetation zu einer Reihe von Folgebelastungen. Die Bodenbelastungen schwankten regional und nach Wetterlage, von 10.000 im Norden bis hin zu 300.000 Becquerel pro Quadratmeter im Süden der BRD. Schnell abklingende Werte bei Messungen waren vielfach allzu einfachen und fehlerhaften Meßgeräten zu „verdanken", die radioaktive Stoffe nicht mehr erfassen können, wenn die Strahler mehr als 2 Millimeter in den Boden eingedrungen sind. Die Strahlen-Belastung über den Boden ist allerdings mit 1 - 2 Millirem Ganzkörperbelastung sehr gering.

Die daraus entstehende Belastung der **Lebensmittel** ist aber von entscheidender Bedeutung und im Zentrum der Diskussion bzw. Maßnahmen gewesen. 14 Tage Milch mit dem höchstzulässi-

Die daraus entstehende Belastung der **Lebensmittel** ist aber von entscheidender Bedeutung und im Zentrum der Diskussion bzw. Maßnahmen gewesen. 14 Tage Milch mit dem höchstzulässi-

gen Wert der Strahlenschutzkommission hätte für jedes ein- bis zweitausendste Kind langfristig Tumor bedeutet. Auch so rechnet Teufel langfristig mit 800 bis 1.600 Tumoren durch Milch. Weit über die Hälfte davon hätte bei hessischen Grenzwerten vermieden werden können. Ähnlich grob fahrlässig werde mit der Cäsium-Belastung umgegangen, wo der 600 Bcq-Grenzwert der EG gelte. Bereits ein Kilogramm derart verseuchter Nahrung bedeute 1,8 Millirem Belastung bei Erwachsenen und bei Kindern sogar das Fünffache. Die Strahlenschutzkommission sei hier *„vorsichtig geschätzt für 800 - 1.700 Tumore verantwortlich. (...) Insgesamt schätzen wir aufgrund dieser Belastung im Mittel der nächsten 50 Jahre ein individuelles Risiko für den mittleren Bundesdurchschnitt durch Verzehr dieser Produkte von 1 zu 1.800 und 1 zu 7.000. D.h. in den nächsten 70 Jahren erwarten wir, daß ungefähr jeder 2.000ste bis 7.000ste einen Tumor bekommt durch Tschernobyl. Man sieht daraus, daß es individuell kein gravierendes Risiko ist. Es ist durchaus vergleichbar und kleiner als andere Risiken, mit denen wir umgehen. Aber dadurch, daß insgesamt die gesamte Bevölkerung bestrahlt wurde, ergeben sich absolut relativ hohe Zahlen, wir schätzen vorsichtig 15.000 bis 60.000 zusätzliche Tumore in den nächsten 70 Jahren in der Bundesrepublik. (...) Wiederum bei Kindern ein dreifach so hohes Risiko und allein in Bayern 5.000 bis 20.000 Tumore langfristig."* (3) Teufel macht eine Reihe konkreter Vorschläge, zudem bestehe die Möglichkeit, zusätzliche Radioaktivitätsbelastungen durch kerntechnische Anlagen in der BRD zu vermeiden, bzw. bei anderen krebserzeugenden Schadstoffen, Pestiziden, Chemikalien oder Schwermetallen, die Belastungen zu reduzieren.

Heinz Helmers

In der Zeitung „Wechselwirkung" unternimmt der Oldenburger Kernphysiker den „*Versuch einer Bilanz*". (4) Die angewendete Rechenmethode ist der von Dieter Teufel ähnlich und braucht hier im einzelnen nicht wiederholt zu werden. Es wird von den veröffentlichten radioaktiven Werten der verschiedenen Isotope ausgegangen. Diese werden dann mit dem Fall out durch Atombombenversuche verglichen. So sei in Norddeutschland durch den Reaktorunfall in Tschernobyl genauso viel Cäsium 137 wie durch alle Atombombenversuche bis 1977 heruntergegangen. Der Bericht geht auf die Belastung durch das kurzlebige radioaktive Jod (131) ein und nennt entsprechende Möglichkeiten, mit denen diese Belastung in der Zeit Anfang Mai hätten vermieden werden können: Abtragung von 1 - 2 cm Boden, Weidetiere nicht auf die Weide zu treiben. Die Cäsium-Belastung allerdings folgte und folgt jetzt erst. Hier sei die Boden- und ebenso die Milchbelastung rund vier Mal so hoch wie nach den Atomwaffenversuchen. Die Studie errechnet dann auf der Basis der üblichen Umrechnungsfaktoren (sog. Dosisfaktoren) die Folgen aus. Auf eine Betrachtung der zusätzlichen Lasten in den Folgejahren wird wegen der Unsicherheit verzichtet, obwohl dies die Strahlenschutzkommission schon besser wissen will (die Belastung in den kommenden Jahren soll unter 10% von 1986 liegen). Zum Risiko für die Gesundheit wird dann folgendermaßen argumentiert: *„Wieviel Einwohner der Bundesrepublik werden infolge der Tschernobyl-Belastungen im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte an Krebs erkranken? Wie hoch wird die Zahl der genetischen Schäden sein? Kein Mensch vermag das heute halbwegs exakt zu sagen."* Die Internationale Strahlenschutzkommission (ICRP) gebe 125 Krebstote unter 1 Million Menschen an, die eine Ganzkörperdosis von einem rem abbekommen habe, der BEIR-Report der National Academy of Science der USA von 1980 rechnet mit 158 Todesopfern, der UNSCEAR-Report der UNO von 1977 rechne mit 75 bis 175 Todesfällen. In der Schlußfolgerung heißt es dann: *„An den Folgen des Reaktorunfalls in Tschernobyl werden im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte in der Bundesrepublik mit großer Wahrscheinlichkeit einige Tausend Menschen sterben. Vielleicht aber auch 10 mal weniger oder 10 mal mehr".*

Jens Scheer

aber auch 10 mal weniger oder 10 mal mehr".

Jens Scheer

Zu qualitativ höheren Abschätzungen kommt Jens Scheer bei seinen Betrachtungen. (5) Würde man ein Jahr lang Milch mit 50 Becquerel Cäsium 137 pro Liter verabreichen (als Mittelwert von 200 Bcq-Milch im Süden und 10 Bcq im Norden), so ergäbe das rund 180.000 Krebsopfer in der BRD. Nehme man 4 Becquerel Strontium pro Liter an, so komme man auf 100.000 Krebsopfer pro Jahr. Rechne man nach den Erfahrungen des Atombomben-Fall-outs hoch, wie sich die Radioaktivität dann in Boden und Nahrung verteile, so komme man für die BRD schließlich auf 450.000 Krebstote. Insgesamt rechnet Scheer mit 500.000 Krebstoten durch die Belastung der kommenden 10 Jahre und noch einmal so viel wegen der „indirekten Schäden". Scheer weist darauf hin, daß die zugrunde gelegten Arbeiten, Langzeit-Untersuchungen an Arbeitern in der Atomindustrie von Mancuso, stark angezweifelt worden seien, weil sie viel höhere Werte als die Untersuchungen der Folgen von Hiroshima und Nagasaki geliefert hätten. Die Autoren hätten aber nachweisen können, daß im Bereich niedriger Strahlendosen die Auswirkungen vergleichsweise höher lägen als bei Dosen über einem Rem Belastung. Scheer schlußfolgert: *„Aus den Ergebnissen von Mancuso etc. folgte, daß pro Jahr 40.000 Menschen an Krebs sterben, der durch die natürliche Strahlenbelastung verursacht wird. Das sind etwa 20% der insgesamt jährlich in der Bundesrepublik an Krebs Sterbenden. Das heißt die zusätzliche Strahlenbelastung vergrößert für jede(n) von uns die Gefahr, an Krebs zu sterben, um etwa 20 Prozent. Vorausgesetzt, wir leben auf normale Weise von den verseuchten Lebensmitteln, was sich auf Dauer wohl nicht vermeiden läßt."*

Ein Vergleich

Die Abschätzung von Jens Scheer fällt hier auffällig aus dem Rahmen. (6) Scheer nimmt an, das künftig jeder fünfte Krebstote in der BRD ein Folgeopfer von Tschernobyl sein wird. Das ist natürlich ein Ergebnis, das (im Unterschied zu den anderen) tatsächlich zukünftig feststellbar und nachweisbar wäre (falls sich dann noch irgendjemand an Tschernobyl erinnern wird). In der Arbeit von Helmers wird Scheers Berechnung, wie ich finde, zu recht angezweifelt. Denn seinen Berechnungen liegt die Aussage zugrunde, daß 20% der derzeitigen Krebsrate, d.h. rund 40.000 Krebstote pro Jahr, auf das Konto natürlicher Radioaktivität gehen. Und das, so Helmers, müßte durch Untersuchungen belegbar oder belegt sein, weil die Rate natürlicher Radioaktivität sehr unterschiedlich ausfalle (z.B. je nach Höhenlage). Solche Daten aber seien (zumindest ihm) nicht bekannt. Offizielle Quellen gehen von einer Krebs-Rate von 0,6% durch natürliche Radioaktivität aus, d.h. 1.20 Krebstoten pro Jahr. Für Krebs werden ansonsten vor allem chemische Stoffe verantwortlich gemacht.

Die übrigen Studien gehen (ebenso wie der AK-Artikel) von einer Folgerate aus, die verteilt auf die kommenden Jahre (3) insgesamt viele Tausende oder Zehntausende Krebstote und damit eine erhebliche Zahl ausmacht. Relativ gesehen ist dies aber ein verschwindender Prozentsatz, der maximal bei einem oder wenigen Prozent(en) aller Krebstoten liegen wird. Das legt die Schlußfolgerung nahe, daß die Tschernobyl-Folgen für die weit vom Unfallgeschehen entfernte BRD nicht höher und teilweise sogar erheblich geringer sind als andere durch Umweltvergiftungen bedingte Krebsursachen. Wir hatten schon seinerzeit im AK daraufhingewiesen, daß es keine gesicherten Erkenntnisse darüber gibt, wie hoch die Krebsauswirkung bei niedrigen Dosen radioaktiver Strahlung exakt ist. Allerdings gibt es offiziell anerkannte Krebsraten (sofern diese nicht nach einem Unfall wie in Tschernobyl wieder geleugnet werden). Da sich die hier wiedergegebenen Studien bei ihren Rechnungen auf die Basis offiziell anerkannter Krebsraten stützen, könnte dies auch die Grundlage gewesen sein, mit der die herrschende Propaganda ihre Verharmlosung und Vertuschung betrieben hat. Man trägt ein wenig der herrschenden Unruhe Rechnung, verläßt sich aber darauf, daß sich im Einzelfall nicht hundertprozentig beweisen läßt welcher Krebs von Tschernobyl kommt und welcher von der Chemie und daß in der Gesamtkrebsrate kein so großer Anstieg zu verzeichnen sein werde, daß es sich nicht mehr vertuschen lassen wird.

HH

Anmerkungen

(1) *„30 Megatonnen für den Krebs"*, AK 271, vom 2.6.86, S. 11/16

(2) *„Die Folgen von Tschernobyl in der BRD unter besonderer Berücksichtigung lokaler Schwerpunkte und Risikogruppen"*, Referat von Dipl. Biol. Dieter Teufel, Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg. Das Referat wurde bei einer Anhörung der Grünen im Bundestag am 3.6. in Bonn gehalten.

(3) Will man aus der Gesamtabschätzung der Krebstoten nach Tschernobyl den Anteil an der Krebsrate in der BRD ableiten, so gilt es folgendes zu beachten: Krebs taucht in der Regel erst viele Jahre nach der Verursachung auf. Bei 160.000 Krebstoten jährlich in der BRD, muß die Krebszahl von Tschernobyl auf rund 20 Jahre (mit über 3 Mio. Krebstoten) verteilt werden, oder pro Jahr gerechnet durch 20 geteilt werden.

(4) *„Die Wolke von Tschernobyl — Versuch einer Bilanz"*, Wechselwirkung Nr. 30, August 86 von Heinz Helmers, Kernphysiker an der Universität Oldenburg.

(5) *„Langfristige Folgen von Tschernobyl"*, Jens Scheer in „Kommune" 7.86. Scheer bezieht sich bei seinen Berechnung auf Studien aus den USA, wo er vor allem Arbeiten von Lave, Leinhard und Kaye von Mancuso und Stewart und Sternglass heranzieht.

(6) Im September wurde in den Nachrichten von einer US-Studie von Gofman berichtet, die zu ähnlichen Ergebnissen wie Scheer gelangt, nämlich 1 Mio. Krebstoten infolge Tschernobyl, die Hälfte davon in der Sowjetunion, die andere außerhalb der SU. Die Studie ist in der BRD-Presse meiner Kenntnis nach nicht publiziert worden, sie dürfte aber ähnlich rechnen und sich auf die gleichen Quellen und Berechnungsgrundlagen wie Scheer beziehen.



Die Folgen in der Sowjetunion

Die Folgen in der Sowjetunion

Kann man schon genaueres über die Folgen des Tschernobyl-Unfalls für die Sowjetunion und ihre Bürger sagen? Immerhin hat die Sowjetunion im August für eine Tagung der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) in Wien einen Bericht von 67 Seiten mit 367 Seiten Anhang geliefert, allerdings mit dem Vermerk: *„Nicht zur Veröffentlichung"*. (2) Eine *„ungewöhnlich große Auskunftsbereitschaft"* haben westliche Experten der Sowjetunion bescheinigt. Während man über technische Einzelheiten und das Zustandekommen und die Wirkung der 6 Experimentierfehler, die zur Katastrophe führten, gerne genaueres wissen möchten, hätten *„über die gesundheitlichen Aspekte des Unfalls (...) die sowjetischen Fachleute dagegen ohne Einschränkung berichtet, hört man von deutschen Konferenzteilnehmern."* (1)

Was man allerdings darüber lesen kann, ist nach wie vor äußerst dürftig und läßt bestenfalls einige Rückschlüsse zu. 31 Menschen sind infolge Tschernobyl am Strahlentod gestorben, 203 befinden sich im Krankenhaus, 22 davon haben den vierten (schlimmsten), die Hälfte den leichtesten Grad aufzuweisen. Ein großer Teil dieser Menschen aus dem Reaktorgebäude, die nicht abgehauen sind, wird früher oder später an den Strahlenfolgen sterben. Insgesamt sind 130.000 Menschen (darunter 45.000 Kinder) in einer 30 Km-Zone evakuiert worden, Evakuierungsmaßnahmen werden heute eher noch erweitert. So sollen *„rund 50.000 Bjelorussen, die außerhalb der 30-Kilometer-Gefahrenzone um Tschernobyl gewohnt hatten, ihre verseuchte Heimat verlassen"* haben. (3) Wieviel Radioaktivität diese Menschen abbekommen haben, ist ebenfalls unklar, erst einen Tag nach der Katastrophe begannen nämlich die Evakuierungsmaßnahmen für die ersten 45.000 Menschen. Unmittelbar beim Reaktor seien 1 Röntgen pro Stunde nach dem Unfall abgestrahlt worden. Auch heute sei die Radioaktivität dort *„immer noch ziemlich hoch"*. (4) Mit Spezialflugzeugen habe man vier Wochen lang dort erfolgreich Regenwolken vertreiben und größere radioaktive Niederschläge vermeiden können. Laut Bericht dauere die Gefährdung in der 30 km-Zone noch ein bis zwei Jahre und in den Nadelwäldern drei Jahre — bis zur Erneuerung der Nadeln. Dort dürfe für die Landwirtschaft nichts produziert werden, was *„unmittelbar der menschlichen Ernährung dient"*. (2) Bis in Regierungsbezirke 100 km vor Moskau sei ein *„maximales Niveau der radioaktiven Wirkung von Produkten des Havarie-Auswurfs auf die Bevölkerung festzustellen"*; genauere Angaben macht der Bericht nicht. Eine bestimmte Grenze (?) hätten *„die Durchschnittsdaten für diese Gebiete im Verhältnis zur äußeren Bestrahlung für 1986"* nicht überschritten. Die volle Sicherheit für die Gesundheit der Bevölkerung außerhalb der 30-km-Zone *„ist bestätigt"*. Immethin seien in den Gebieten der europäischen Sowjetunion die in der BRD unbekannten Strahlenrichtwerte in Gomel beim Fisch um 90% bei Milch aus Brest um 50% und 15% in Tula (100 km von Moskau entfernt) überschritten. Im nahen Kiew lagen die Werte für Beeren oder Suppengrün ein Fünftel über „Normal". Doch erst jetzt sind Normgrenzen für den Gehalt an radioaktiven Jod, Cäsium, Barium, Zirkonium, Niobium, Cerium und Lanthan festgesetzt worden. Der Verseuchungsgrad soll insgesamt für 75 Millionen Sowjetbürger bis an die Westgrenze und 150 km nordöstlich von Moskau untersucht werden. Schon jetzt heißt es zum Resultat: *„Die zu erwartenden Werte der durchschnittlichen Mengen äußerer Bestrahlung der Menschen erscheinen 1986 in der Hauptsache niedriger als das Limit der Jahresdosis"* Das ist immer noch eine ganze Menge, denn in der BRD war etwa die äußere Strahlung vernachlässigbar klein, während der Hauptanteil der Verseuchung über die Nahrung erfolgt ist. Oder es steht in dem Bericht: *„In 50 Jahren wird die natürliche Strahlendosis fast 15 mal höher sein als die entsprechende Gesamtdosis durch die Tschernobyl-Havarie."* (2) Anders ausgedrückt, sie wird in diesem Jahr über 4 Mal so hoch liegen (und mehr als doppelt so hoch wie in der BRD). Für die Evakuierten ist jeweils eine monatliche Untersuchung und zwei Blutuntersuchungen pro Jahr angeordnet. (3) 4.750 Sowjetbürger würden an Strahlung oder Krebs infolge des Tschernobyl-Unfalls sterben schätzt der sowjetische Bericht. (2)

Auf das Spendenkonto Nr. 904, auf dem für Tschernobyl-Opfer gesammelt wird, sind inzwischen rund 4,5 Mrd. Mark gesammelt worden, davon 1,6 Mrd. in der Sowjetunion selbst.

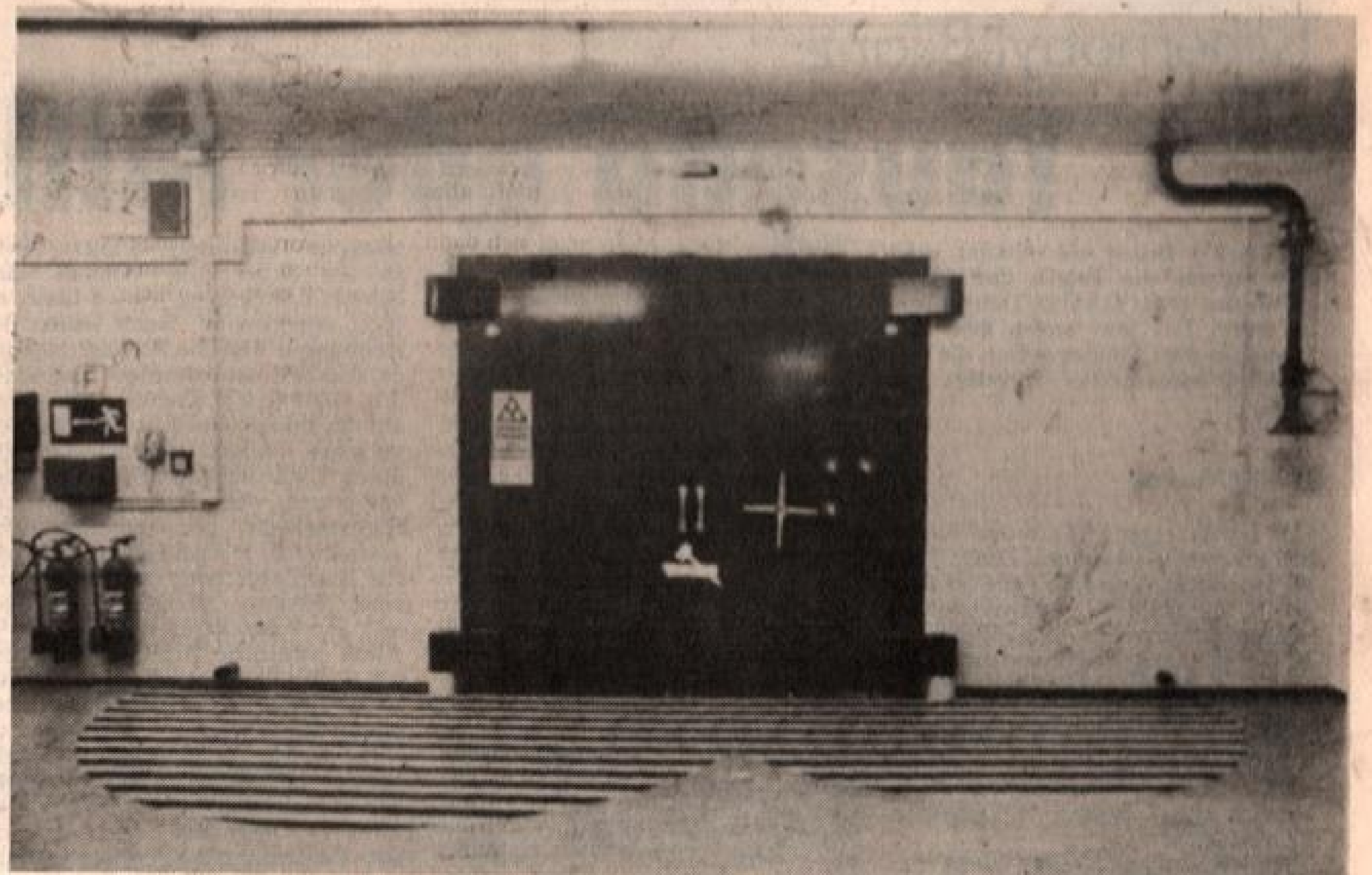

Vernichtung von strahlenverseuchtem Gemüse

Anmerkungen:

(1) FAZ, 30.8.86
(2) Spiegel, 25.8.86
(3) Spiegel, 15.9.86
(4) FR, 22.8.86

Straftatbestand:

Illegaler Betrieb kerntechnischer Anlagen



Die riesige Tresortür, hinter der die Alkem Plutonium lagert

Interview mit Rechtsanwalt Seipel, Hanau

Ob der Dschungel von Gesetzesverstößen, Täuschungen und Manipulationen, der die Hanauer Atomfirmen NUKEM, ALKEM, RBU und HOBEG kennzeichnet, mit irgendwelchen bekanntgewordenen Geschäftspraktiken des real existierenden Kapitalismus zu vergleichen sei, fragten wir am Ende des folgenden Gesprächs. Matthias Seipel, Klagevertreter Hanauer AKW-Gegner gegen die genannten Firmen, mußte passen. Es fehlten einfach die Vergleichsmöglichkeiten, weil kaum ein Wirtschaftsbereich derart extrem mit staatlichen Interessen verflochten sei. Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt inzwischen auch ein von Umweltminister Fischer in Auftrag gegebenes Gutachten des Westberliner Rechtsanwalts Geulen (,,FR'', 16.9.). Aber über die Entschlossenheit des Grünen, kraft seines Amtes in Hanau zu intervenieren, sollte man sich trotz solcher spektakulären Gutachten nicht täuschen. Seipel weist nach, daß Fischer die einzige konkrete Möglichkeit, die er zur Stillegung von NUKEM hatte, bewußt ausgelassen hat, um den ,,schwarzen Peter'' an das hessische Wirtschaftsministerium weiterzuspielen, wo er, wie immer schon, im Sinne der Atomfirmen bestens aufgehoben ist. — Eine notwendige Bemerkung: Der Text konnte aus Urlaubs- und Krankheitsgründen leider nicht, wie es bewährter Brauch dieser Zeitung ist, dem Gesprächspartner zum Gegenzeichnen vorgelegt werden; andererseits wollten wir im Vorfeld der Anti-AKW-Demonstration in Hanau (8.11.) nicht mehr länger warten. Die redaktionelle Bearbeitung ist nach bestem Wissen und Gewissen geschehen.
de/th, Frankfurt

Frage: Die Hanauer Firmen zeigen Nerven. Warum reagieren sie nach jahrelanger demonstrativer Gelassenheit zunehmend heftig auf Kritik und Widerstand? Was ist dieses Atomzentrum, für das man inzwischen alle möglichen Namen gefunden hat — Nuklearpark, Gravitationszentrum, Schaltsystem der Atomindustrie usw. —, was passiert hier konkret?

Matthias Seipel: Hanau ist zumindest zentral für die Atomwirtschaft in der Bundesrepublik und zum Teil auch für die im Ausland. Hier werden die Brennelemente hergestellt, hier gibt es eine der größten Plutoniumfabriken der Welt. Diese Firmen sind bisher gut gefahren in einer, wie es meistens genannt wurde, vertrauensvollen Zusam-

zentral für die Atomwirtschaft in der Bundesrepublik und zum Teil auch für die im Ausland. Hier werden die Brennelemente hergestellt, hier gibt es eine der größten Plutoniumfabriken der Welt. Diese Firmen sind bisher gut gefahren in einer, wie es meistens genannt wurde, vertrauensvollen Zusam-

menarbeit mit den Behörden. Sie mußten bisher keine Einschränkungen hinnehmen und gingen davon aus, daß Einschränkungen auch in Zukunft nicht hingenommen werden müßten. Inzwischen kriegen sowohl die Atomfirmen als auch ihre Beschützer in den Ministerien kalte Füße. Die Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren wegen illegalen Betriebes immer noch nicht eingestellt, wie eigentlich von Anfang an von den Betreibern und den Behörden erwartet worden war, sondern betreibt es nach wie vor und steht offenbar kurz vor der Entscheidung, ob Anklage erhoben wird. Zum andern kommen die Betriebe in den Verwaltungsverfahren immer weiter ins Schlingern. Sie kommen unter Druck, weil verschiedene von ihnen bisher für sicher gehaltene Grundlagen für den Betrieb in Frage gestellt werden und ihnen dadurch eine Stillegung droht. Das hätte natürlich Bedeutung für die ganze bundesrepublikanische Atomwirtschaft.

Wenn keine Brennelementefabrikation mehr möglich wäre, käme der Betrieb der Atomkraftwerke in Komplikationen, das ist klar. Aber hier ballt sich doch noch einiges mehr zusammen als die Versorgung der sog. normalen Atomkraftwerke.

Zunächst die Firma ALKEM, eine Plutoniumfabrik, die ursprünglich als Forschungsbetrieb eingerichtet wurde, zur angeblich kommerziellen Nutzung von Plutonium im Energiebereich. Dort werden z.B. die Mischoxidbrennelemente (Plutonium/Uran; Anm. AK) hergestellt, die energiewirtschaftlich keinerlei Sinn machen — im Gegenteil, sie sind teurer als die Brennelemente aus angereichertem Uran und erklärbar nur im Rahmen einer Weiterentwicklung der Plutoniumtechnologie und damit auch einer Option für die militärische Nutzung dieser Technologie. Deshalb hat hier nicht nur die Firma ein Interesse, sondern auch der Bund. Der Bund hat dort einen Plutoniumbunker errichten lassen, ihn zum größten Teil selbst finanziert und übt dort rechtlich, nicht faktisch die Kontrolle aus. Konkret gibt es im Bunker nahezu unbegrenzbaren Zugriff der privaten Firma ALKEM auf Plutoniumbestände; der Zugriff ist lediglich gehemmt durch rechtliche Vorschriften, nicht durch tatsächliche Sicherungen. Das manifestiert das erhebliche staatliche Interesse an der Plutoniumwirtschaft und steht in direktem Zusammenhang mit dem Schnellen Brüter, der ebenfalls eine militärische Dimension hat. Die ALKEM hat bereits zweieinhalb Tonnen Brennelemente für den Schnellen Brüter produziert und will später auch in Wackersdorf einsteigen, um dort die zentrale Plutoniumfabrik aufzubauen.

sammenhang mit dem Schnellen Brüter, der ebenfalls eine militärische Dimension hat. Die ALKEM hat bereits zweieinhalb Tonnen Brennelemente für den Schnellen Brüter produziert und will später auch in Wackersdorf einsteigen, um dort die zentrale Plutoniumfabrik aufzubauen.

Es ist Gegenstand der Geheimhaltung, wieviel Plutonium im Bunker lagert und von welcher Qualität es ist. Innenminister Zimmermann erklärte auf eine Anfrage der Grünen ausdrücklich, daß darüber keine Auskunft gegeben wird. Anhand verschiedener Indizien haben informierte AKW-Gegner aber Abschätzungen versucht. Was ist der letzte Informationsstand?

Mit Sicherheit ist im Bunker Plutonium aus La Hague, das von der Bundesrepublik aufgrund von Verträgen zurückgenommen werden muß. Es gibt in der BRD keinen vergleichbaren Bunker. Es liegt sogar der Verdacht nahe, daß dieser Bunker das größte derartige Plutoniumlager ist, das auf der Welt existiert. Zimmermann und inzwischen Wallmann pflegen zwar darauf zu verweisen, daß es ähnliche Lager — von der Menge und der Lokalität in dichtbesiedelten Gebieten her — in Belgien (Mol) und in Japan gäbe. Allerdings lassen sich diese ausländischen Anlagen nicht mit dem ALKEM-Bunker vergleichen, weil Mol beispielsweise nur für Plutoniummischoxid zugelassen ist, aber nicht für reines Metall. Jedenfalls macht die Produktion für den Schnellen Brüter, die bei ALKEM lagert, schon zweieinhalb Tonnen aus. Was darüber hinausgeht, kann nur spekuliert werden. Angeblich weiß nicht einmal das hessische Wirtschaftsministerium darüber bescheid.

Du hast Wallmanns Nachfolge in der Kompetenz für Reaktorsicherheit angesprochen. Ist die Zuständigkeit für Hanau tatsächlich auch an Wallmann übergegangen?

Ja.

Schmerzlich für die CSU: Kein Fingerl mehr am Knopferl?

Ich kenne die Beziehungen zwischen Strauß und Wallmann nicht.

Ja.

Schmerzlich für die CSU: Kein Fingerl mehr am Knopferl?

Ich kenne die Beziehungen zwischen Strauß und Wallmann nicht.

Das eine Augenfällige an Hanau ist also dieser Bunker, der von seiner strategischen Bedeutung her noch stärker beunruhigen muß als die gebräuchlichen Reaktoren. Das andere Augenfällige sind m.M. nach die Exportpraktiken. Was weiß man darüber?

Das Export/Importgeschäft läuft hauptsächlich über NUKEM, den eigentlichen Kopf dieser Firmengruppe, der die weltweiten Verbindungen hat. NUKEM ist auch an den anderen Firmen beteiligt und selbst wiederum eine Tochter der großen Energieunternehmen. Als besonders problematisch gelten die Nuklearexporte in Länder, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben haben, z.B. Brasilien, Pakistan. Südkorea hat eine Brennelementefabrik im Bau, die von der NUKEM verkauft worden ist. Das ging vor einem halben Jahr als Erfolgsmeldung der NUKEM durch die Presse. Allerdings ist es das letzte größere Exportgeschäft, das sie an Land gezogen hat.

Also auch Export von atomarem know how.

NUKEM macht kaum im kommerziellen Bereich Brennelemente. Ihr Hauptaufgabengebiet ist engeneering und Entwicklung. Die Produktion selbst hat für NUKEM einen untergeordneten Aspekt.

Wie man zweimal kassiert

Uns interessiert die verschachtelte Konstruktion dieser Firmen. ALKEM stellt beispielsweise die plutoniumhaltigen Brennstäbe her, assembliert, also gebrauchsfertig gemacht werden sie aber von RBU. Was ist der Sinn dieser Produktionstrennungen? Sind das nur unterschiedliche Mäntel für ein und die gleiche Großfirma, um die Öffentlich-

Konstruktion dieser Firmen. ALKEM stellt beispielsweise die plutoniumhaltigen Brennstäbe her, assembliert, also gebrauchsfertig gemacht werden sie aber von RBU. Was ist der Sinn dieser Produktionstrennungen? Sind das nur unterschiedliche Mäntel für ein und die gleiche Großfirma, um die Öffentlich-

keit zu verwirren? So galt RBU eher als relativ unproblematischer Betrieb, weil sie sozusagen normale Brennstäbe für Leichtwasser-Reaktoren herstellt. Auf einmal kommt heraus, daß das gar nicht stimmt, sondern diese Firma auch im Plutoniumgeschäft mitmischt und es vielleicht umso besser betreiben kann, je weniger man es vermutet.

Die historischen Hintergründe sind, glaube ich, andere. ALKEM war ursprünglich gar nicht als Produktionsbetrieb vorgesehen, sondern ist mit Forschungsmitteln als Forschungsbetrieb angelegt worden. Das ist ja das Skandalöse, daß aus einem ganz kleinen Forschungsbetrieb eine kommerzielle industrielle Produktion entstanden ist, ohne daß diese Produktion von der Öffentlichkeit jemals hätte kontrolliert werden können, etwa über ein Genehmigungsverfahren. Stattdessen hat man sukzessive den Betrieb bis zur heutigen industriellen Produktion ausgebaut. Eine andere Erklärung für die Firmenverschachtelung liegt möglicherweise in der Vergabe von Forschungsmitteln, z.B. daß ein spezieller Bereich wie die Entwicklung des Hochtemperaturreaktors staatlich gefördert wird. Dafür wird dann eine besondere Gesellschaft gegründet, die diesen Teil entwickelt und voll finanziert wird. Es sind ja keine Betriebe, die furchtbar viel Gewinn abwerfen können, sondern sie sind alle auf öffentliche Gelder angewiesen.

Es ist sowieso ein interessantes Charakteristikum, daß dies großenteils Zusatzgeschäfte sind, die aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, d.h. daß man nicht ganz platt auf kapitalistische Verwertungsvorteile schließen kann, sondern auch andere Gesichtspunkte dahinter stecken müssen.

Vor allem müssen diese Rechnungen eigentlich in die sog. Ausstiegsszenarien einfließen. Zur Zeit ist eine furchtbare Rumgaukelei mit Beträgen im

sondern auch andere Gesichtspunkte dahinter stecken müssen.

Vor allem müssen diese Rechnungen eigentlich in die sog. Ausstiegsszenarien einfließen. Zur Zeit ist eine furchtbare Rumgaukelei mit Beträgen im

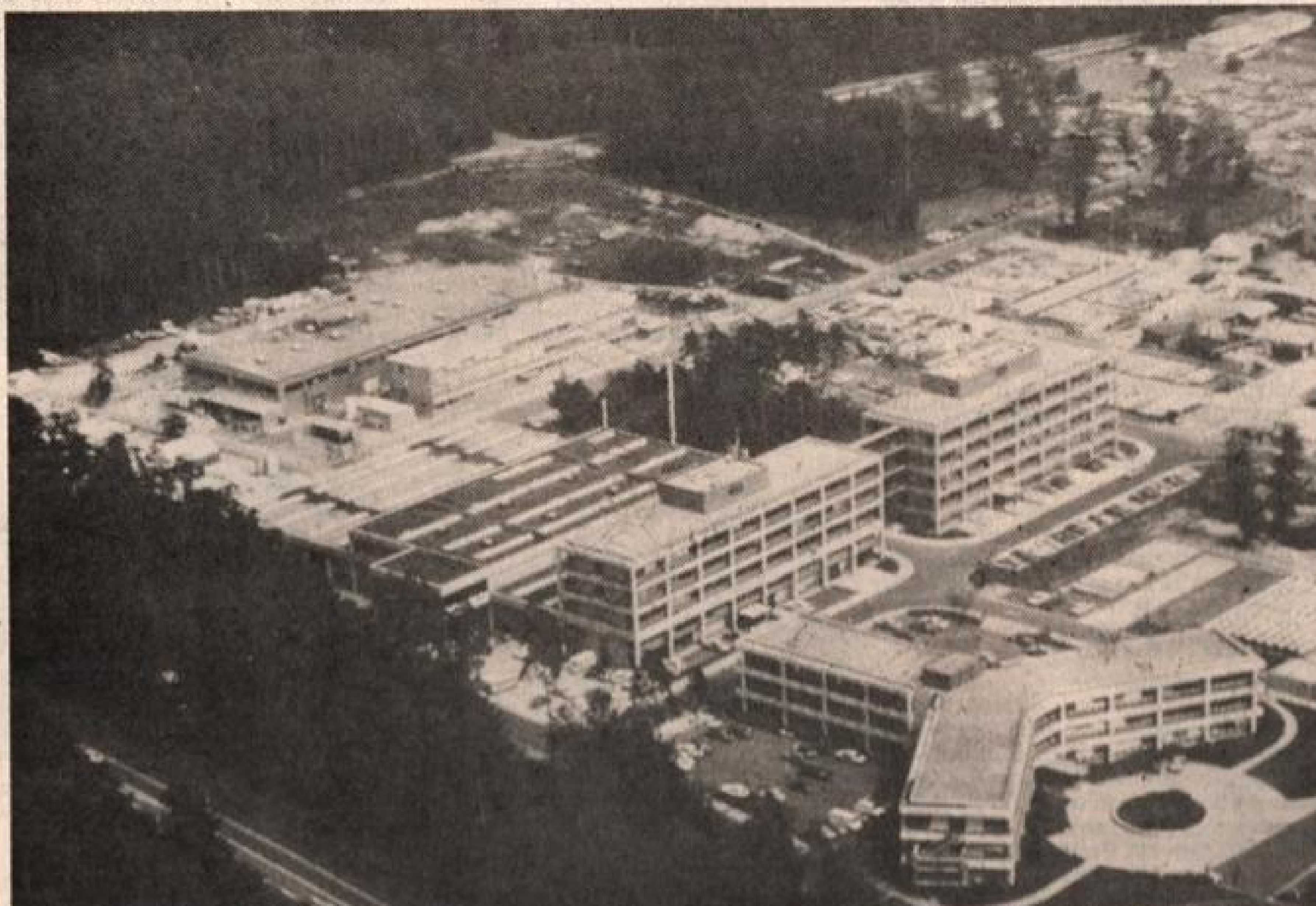
Gang, was bei einer Stillegung an Kapital zerstört würde und was an Schadensersatzverpflichtungen auf den Staat zukäme. Dabei wird nie gerechnet, was an staatlichen Mitteln in die Betriebe geflossen ist und wie sich dieses fixe Kapital tatsächlich gebildet hat. Wer hat das Geld überhaupt erst hingelegt, das sie jetzt wieder kassieren wollen und zwar doppelt: Zunächst Steuergelder für Subventionen und bei einer möglichen Stillegung wieder Steuergelder für Schadensersatz. Das ist wirklich eine tolle Konstruktion, um zweimal abzukassieren.

Originell. Man fragt sich, ob diese Art von Kapitalismus bei Marx schon vorgesehen war.

Zumindest der Eindruck des Staatsmonopols liegt nahe.

Stichwort Plutoniumwirtschaft: Es wird immer vor dem Einstieg gewarnt. Jetzt wird schon seit zehn Jahren vor dem Einstieg in die Plutoniumwirtschaft gewarnt. Kommt der Einstieg langsam immer näher und näher?

Das ist eine unsinnige Formulierung. Atomwirtschaft läßt sich nicht von Plutoniumwirtschaft trennen. Einstieg in die Atomwirtschaft heißt auch Einstieg in die Plutoniumwirtschaft. In jedem Reaktor wird Plutonium mit produziert. In jedem Fall wird es also auch militärisch interessant, und das ist eigentlich auch der Hintergrund der gesamten Atomwirtschaft. D.h. es gibt ebensowenig eine von der Atomwirtschaft getrennte militärische Nutzung, wie es keine von militärischen Optionen sauber getrennte zivile Nutzung gibt. Jede militärische Nutzung von Nuklearenergie setzt wegen der immensen Kosten eine Amortisation auf dem zivilen Sektor voraus, und das allein macht Sinn, um im Energiebereich Nuklearindustrie einzusetzen. Ansonsten



NUKEM-Gelände

Fortsetzung nächste Seite

Kampf den Atomanlagen

Fortsetzung von vorheriger Seite

wäre es volkswirtschaftlich absolut unsinnig, Energieversorgung auf Atomwirtschaft zu stützen.

Kommen wir zum Stand der juristischen Verfahren. Ist es nicht für einen Anwalt, der mit diesem Gegner zu tun hat, eine reine Sisyphusarbeit, hier auf die Einhaltung gewisser, zudem nicht gerade atomfeindlicher Gesetze zu drängen?

Im allgemeinen ja. Die Firmen haben es uns allerdings wegen ihrer wirklich groben Verstöße gegen das Atomgesetz nicht sehr schwer gemacht. Es gibt ganz eindeutige Vorschriften, die jedem Laien einsichtig sind. Jede Errichtung, jeder Betrieb einer Atomfabrik ist nach dem Atomgesetz zu genehmigen. Jede wesentliche Änderung eines derartigen Betriebes ist zu genehmigen. Seit 1975 (entsprechende Novellierung des Atomgesetzes; Anm. AK) gibt es keine Genehmigung für die Betriebe. Die Genehmigungsverfahren werden ständig herausgezögert, da die Betriebe sehr viel angenehmer ohne die Einschränkungen einer Genehmigung arbeiten. Die Produktionsstätten wären nicht genehmigungsfähig; ALKEM beispielsweise produziert teilweise in Wellblechbaracken. Es gibt keine Abschirmung gegen Flugzeugabsturz, es gibt im Gegenteil sogar eine sicherheitsmindernde Tendenz, wenn etwa das Ministerium zustimmt, daß die ALKEM ihre Spaltstoff-Transporteinheiten erhöht oder die Spaltstoff-Anreicherungsgrade hochgesetzt werden. Das alles sind wesentliche Änderungen der Betriebe, die alle kein Genehmigungsverfahren durchlaufen haben. Insoweit ist es eigentlich keine Sisyphusarbeit, sondern es liegt auf der Hand, daß gegen das Atomgesetz und gegen minimale Sicherheitsvoraussetzungen verstoßen wurde und wird.

Nicht genehmigungsfähig

Zwischen NUKEM und dem hessischen Wirtschaftsministerium scheint es sogar eine Art Vertrag zu geben, in dem diese Praxis vereinbart ist.

Der Hintergrund liegt darin, daß sowohl die NUKEM als auch das Wirtschaftsministerium gesehen haben, daß ihre Umgehung des Atomgesetzes so nicht mehr weiter funktionieren kann. Deshalb wollten sie die Gesetzesgrundlagen einfach durch einen öffentlichrechtlichen Vertrag ersetzen und neues Recht per Vertrag festlegen. Es war nie vorgesehen, für NUKEM-Alt (derzeit betriebene Anlage; Anm. AK) eine Ge-

Recht per Vertrag festlegen. Es war nie vorgesehen, für NUKEM-Alt (derzeit betriebene Anlage; Anm. AK) eine Ge-
nehmigung einzuholen. Das Genehmigungsverfahren wurde nur formell in Gang gesetzt, um weiter produzieren zu können, ohne jemals ernsthaft daran zu denken, tatsächlich eine Genehmigung einzuholen. Das dokumentiert die Umgehung des Atomgesetzes. Was bisher also immer nur vermutet worden ist, hat sich in diesem Vertrag manifestiert.

Der Vertrag besagt, wir lassen NUKEM-Alt im status quo auslaufen und unterwerfen nur NUKEM-Neu einer Genehmigung.

Nein, der Vertrag besagt: Sobald wir für NUKEM-Neu eine Genehmigung haben, ziehen wir den Antrag für NUKEM-Alt zurück und verpflichten uns auch, den Betrieb dann stillzulegen. Das ist natürlich von Anfang an so gewollt und dokumentiert das mangelnde Interesse der Betreiber, nach Fertigstellung des Neubaus die alte Anlage weiterzubetreiben, die keinerlei Sicherheitsaspekten genügen würde.

Was sind zusammengenommen die wesentlichen Argumente, auf die sich die von dir vertretene Klage stützt?

Das eine ist die mißbräuchliche Verzögerung des Genehmigungsverfahrens. Das andere sind die wesentlichen Änderungen, der Ausbau und Umbau der Anlagen, die überhaupt nichts mehr mit den ursprünglichen Anlagen zu tun haben. Das Gesetz sah vor, eine Genehmigung für die 1975 bestehenden Anlagen nachzuholen. Was heute dort getan wird, hat mit dem Zustand von 1975 aber so gut wie nichts mehr zu tun. Es sind erheblich ausgeweitete Anlagen und teilweise haben sich die Produktionstechniken erheblich verändert, wobei sich die Sicherheitsvorkehrungen nicht sehr verändert haben. Neben der atomrechtlichen Schiene ist besonders interessant, daß sich die Betriebe seit ihrem Bestehen um eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung herumgedrückt haben. Als chemische Anlagen haben sie für ihre chemischen Immissionen eine entsprechende Genehmigung einzuholen. Das ist und war auch immer bekannt. Allerdings haben sie dies bis heute nicht eingeholt.

Mit der Argumentation, das sei Gegenstand des atomrechtlichen Verfahrens und müsse dort behandelt werden.

Ja, diese Argumentation greift aber erst seit 1975. Für vorher kann sie ja gar nicht gelten. Man berief sich dann darauf, daß die Behörden und die Betriebe einem Irrtum erlegen seien. Der Irrtum habe darin bestanden, daß sie angeblich nicht wußten, daß sie genehmigungspflichtig sind, obgleich das Gesetz klar definiert, wer gemeint ist. Die Brennelementfabriken zählen auf alle Fälle dazu. Daß die Irrtumslegende gar nicht stimmen kann, ergibt sich aus einfachen, zugänglichen Unterlagen. Bereits 1974, bei der Beratung über die Novellierung des Atomgesetzes, wurde diese Frage unter anderem im Innenausschuß des Bundestages debattiert. Als es darum ging, ob für die Hanauer Firmen Genehmigungen atomrechtlicher Art zu verlangen sind, wurde von sozialdemokratischer Seite argumentiert, es stünden ja ohnehin noch die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen an. Kein Bürger aber werde es verstehen, wenn in den entsprechenden Erörterungsverfahren nur immissionsschutzrechtliche, nicht aber strahlenschutzrechtliche Einwände vorgebracht werden könnten. Deshalb müsse für diese Firmen auch eine atomrechtliche Genehmigungspflicht festgeschrieben werden — Harald Schäfer am 16.10.74 im Innenausschuß des Bundestages. So sehr kann sich also niemand um die (sowohl atomrechtliche als auch) immissionsschutzrechtliche Genehmigungspflicht getäuscht haben. Angeblich wurde der Irrtum erst 1983 entdeckt. Diese Legende ist ein Versuch, die behördliche Protektion zu verschleiern. Heute wäre es allerdings viel einfacher möglich, die Firmen zu zwingen, wenigstens den grundlegendsten gesetzlichen Anforderungen nachzukommen. Denn man sollte ja annehmen, daß ein grüner Umweltminister, wie er angekündigt hat, für Recht und Ordnung sorgt und sich strikt an die Gesetze hält. Joschka Fischer ist zuständig für Immissionsschutz und sollte deshalb ein ureigenstes Interesse haben, daß hier dem Gesetz Genüge getan wird.

Offensichtlich gibt es einen schwankenden Kurs des Umweltministeriums. Einerseits hat Fischer, entsprechend einem Beschluß der grünen Landesversammlung ...

... den er im übrigen selbst initiiert hat ...

... angekündigt, NUKEM-Alt noch im Laufe dieses Jahres stillzulegen. Diese Ankündigung wurde auf die Immissionsschutz-Problematik gestützt. Jetzt aber, ungefähr ein Vierteljahr später, hat Staatssekretär Kerschgens an dich geschrieben, das sei nicht möglich. Es würde ein Schlag ins Wasser werden, falls man auf diesem Weg versuchen würde, zur Stillegung von NUKEM zu kommen.

Eine goldene Brücke für NUKEM

Die Entwicklung war ein bißchen anders. Ich hatt im Februar den Antrag auf Stillegung für die Firma RBU gestellt. Zwei Monate später habe ich mit der gleichen Begründung den Antrag auf die übrigen Firmen erweitert. Mein unsittliches Verlangen beruhte ganz einfach auf dem Text des Bundesimmissionsschutzgesetzes, in dem es heißt, ein Betrieb, der keine erforderliche Genehmigung besitzt, soll stillgelegt oder untersagt werden. D.h. im Regelfall ist die Stillegung gefordert und nur bei atypischen Ausnahmefällen kann davon abgesehen werden. Das ist die einhellige Meinung von Kommentaren, Literatur und Rechtsprechung dazu, zuletzt im Fall der Batteriefabrik Sonnenschein sehr virulent geworden. Der erste Streit mit dem hessischen Umweltminister ging darum, daß er sich für nicht zuständig erklärte, da sämtliche Verfahren beim Wirtschaftsminister konzentriert seien. Diese Meinung hat sich zwei Monate später geändert: Da entdeckte Fischer, daß er für NUKEM zuständig sei. Weil die Behörden aber einem Irrtum über die Genehmigungspflicht erlegen seien, könne er nicht auf einmal überraschend schließen lassen. Deshalb hat er für NUKEM-Alt ein Genehmigungsverfahren angeordnet, was er eigentlich auch nicht kann — er kann nur eine Frist setzen, innerhalb derer die Firma die entsprechenden Unterlagen einzureichen hat oder aber stillegen. Dieses Vorgehen habe ich als die goldene Brücke für NUKEM bezeichnet. Denn die Firma wäre ja von allen guten Geistern verlassen, wenn sie dem Umweltminister nicht den Gefallen täte, wenigstens den Antrag einzureichen und das Verfahren zu betreiben. NUKEM kann ohnehin absehen, daß sie ihre Altanlage irgendwann stillegt, weil dann NUKEM 2 existiert und produzieren kann, so unsere Klage keinen Erfolg hat. Bis das Verfahren beendet ist, wird die Anlage, um die jetzt gestritten wird, NUKEM-Alt, nicht mehr stehen, und das Verfahren wird obsolet sein. Insoweit habe ich das als goldene Brücke von Fischer für NUKEM bezeichnet. Fischer hat selbst irgendwann den Satz vom Umwelttiger geprägt, der zum Sprung ansetzt und als Bettvorleger landet. Das ist auch ein gutes Bild für das, was er hier gemacht hat. In den Verfahren ALKEM und RBU hat er bisher jede Zuständigkeit von sich gewiesen und im übrigen argumentiert er, leider keinen Chefjustitiar zu haben, der das beurteilen könne.

In der rot-grünen Presselandschaft wird die Sache geradezu umgekehrt dargestellt: Fischer, die grüne Landesversammlung im Nacken, spannt die Muskeln, um NUKEM-Alt den Todesstoß zu versetzen, während nur noch einige Hanauer Besserwisser an ihm rumnörgeln.

Er wird mit Sicherheit nicht behaupten, daß er noch irgendeine Möglichkeit zur Stillegung hat, wenn NUKEM seinen Auflagen nachkommt. Er hat ihnen über diesen Pfad die Weiterexistenz garantiert und erwartet die Stillegung jetzt wohl von Wirtschaftsminister Steger aus atomrechtlichen Gründen. Fischer konnte oder wollte aus politischen Rücksichten nicht anders vorgehen. Er kann es sich nicht erlauben, vor der Bundestagswahl einen Streit mit Börner anzuzetteln, der es dem Ministerpräsidenten erlauben würde, ihn aus der Landesregierung zu kippen. In einem solchen schweren Konfliktfall würde Börner natürlich argumentieren, man könne sich eben doch nicht mit den Grünen einlassen, weil man sich nicht erpressen lassen dürfe. Die SPD müsse es aus eigener Kraft schaffen usw., und das würde das Projekt Joschkas für die Bundestagswahl unglaubwürdig machen. Er geht ja immer noch davon aus, es werde eine Koalition auf Bundesebene geben und wir könnten dahinkommen, indem wir sie anbieten. Das läßt sich natürlich nicht mehr machen, wenn man gerade aus der rot-grünen Koalition rausgeflogen ist. Dieses politische Problem hindert ihn, hier überhaupt einen Krach zu inszenieren. Er ist wohl gezwungen, alles zu schlucken, was ihm jetzt von SPD-Seite zugemutet wird. Das Problem besteht ja in jeglicher Hinsicht, nicht nur bei den Hanauer Betrieben.



Wie sehen überhaupt angesichts dieser Sachzwänge, in die sich die hessischen Grünen mit der Koalition freiwillig hineinbegeben haben, die Perspektiven aus, etwas Substantielles zu erreichen?

Eigentlich liegt nichts näher, als sich die FDP anzugucken, wie sie im Bund mit der CDU umgeht: Begrenzte Auseinandersetzung zu eigenen Profilierungszwecken, wobei sie natürlich für ihr politisches Klientel etwas rüberbringt. Wenn ich also ein Projekt wie die Koalition in Hessen verfolge, dann liegt doch nichts näher, als diese Taktik des begrenzten Konflikts auf grüne Programmatik und grüne politische Inhalte zu übertragen und sich auf diese Weise gegenüber der SPD zu profilieren.

Der Umwelttiger von Hessen

Du meinst, Fischer und Kerschgens agieren einfach zu harmlos.

Sie agieren wie die Bettvorleger. Sie nehmen den Sozialdemokraten die Dreckarbeit ab. Das Klügste war wahrscheinlich noch, ins Umweltministerium zu gehen. In diesem Bereich gibt es erhebliche Konfliktstoffe und vor allen Dingen erhebliche Akzeptanzprobleme der Bevölkerung, und das ist ja genau das Element, von dem die Grünen leben. In diesem Kontext spielt eine Regierungseinbindung für die politische Bewegung eine fatale Rolle. Vor allen Dingen, wenn Fischer inzwischen mit Befriedungsstrategien zur Durchsetzung sozialdemokratischer Konzepte hantiert. Das Problem ist, daß ihm als Minister in jedem Umweltkonflikt nur eine Politik der Domestizierung der Bevölkerung möglich ist und nicht der Profilierung gegenüber den Sozialdemokraten.

Warum versucht man es nicht wie die GAL gegenüber Boehringer in Hamburg?

Das geht nicht für einen Koalitionspartner mit der erklärten Aussage, diese Koalition über die nächsten Jahrzehnte fortzubetreiben, um einen Reformblock in der BRD zu installieren. Denn jegliches Versagen oder jeder Skandal im Umweltbereich fällt dann zurück auf die Landesregierung, fällt damit zurück auf die an der Landesregierung beteiligten Grünen und somit auch auf einen grünen Umweltminister. In Hessen bestand das Problem darin, daß die Tolerierungskonzepte so weit heruntergefahren worden sind, bis sie lächerlich wurden. Es gab ja nie die Möglichkeit, zu sagen, hier ist die Grenze, ab der wir nicht mehr marschieren. Denn von den politischen Zwängen her war es klar, daß es eine solche Grenze nicht geben würde. Man konnte ja nicht mit der CDU drohen, d.h. die Zusammenarbeit kam nur mit der SPD infrage. Diese Verhandelei war also lächerlich. Wenn überhaupt ein Vertragswerk geschlossen werden sollte, dann konnte es immer nur unter den Margen grüner Vorstellungen sein. Und dann mußte auch Scheiße für Gold verkauft werden, weil die Ziele ja nicht erreicht werden konnten und nicht erreicht wurden. Sobald man sich auf die Verhandlungen einläßt, sitzt

nicht erreicht werden konnten und nicht erreicht wurden. Sobald man sich auf die Verhandlungen einläßt, sitzt
man mit Sicherheit nicht am großen Hebel, wenn man nicht bereit ist, gegebenenfalls auch den Bruch zu vollziehen. Was aber auch bedeuten kann, eventuell der CDU die Gelegenheit zu geben, an die Hebel zu kommen. Deswegen denke ich, daß diese Strategie von vornherein zum Scheitern und zum Abprofilieren verurteilt ist. Inzwischen werden ja auch andere Wege aus diesem Dilemma diskutiert, u.a. auch in Hamburg von Michael Stamm.

Also eine unverbindliche Tolerierungspraxis, die sich Spielräume erhofft ...

... die es in Hessen für die Grünen nicht mehr gibt. Die Grünen im Parlament hätten eigentlich auch die Funktion, nach außen zu wirken und ein Motor für außerparlamentarische Initiativen zu sein. Dieser Handlungsspielraum entfällt durch die Regierungsbeteiligung und Übernahme der domestizierenden Funktionen. Er entfällt aber auch, wenn die Grünen mit den Sozialdemokraten in der Opposition sind, weil die Sozialdemokraten mit Sicherheit den Grünen das Oppositionskonzept aus der Hand nehmen und in der Öffentlichkeit größere Resonanz haben. Sozialdemokraten in der Regierung, von Fall zu Fall Mehrheiten mit Hilfe der Grünen, aber auch eine Möglichkeit für Angriffe auf sozialdemokratische Konzepte aus der Opposition. Dann haben Grüne auch eine politische Profilierungsmöglichkeit nach außen. Aber Joschka Fischer ist an Vereinbarungen inhaltlicher Art gebunden, d.h. ihm ist ein Wohlverhalten abverlangt worden. Dafür wurde er Minister. Dieses Wohlverhalten muß er durchhalten. Fällt er aus der Rolle, die ihm per Vertrag übertragen worden ist, dann geht er die Kündigung des Vertrages ein und sein politisches Konzept, der große Reformblock, der Schritt für Schritt gesellschaftliche Veränderungen vollziehen soll, wird unmöglich. Gleichzeitig verliert er allerdings auch — und mit ihm die Grünen — jeden Kontakt zu Bewegungen und zu Widerstandsformen im eigenen Politikbereich außerhalb der Parlamente.

Dankeschön.



Möller

Anschläge, Sabotage, Widerstand

Eine Bilanz des Jahres '86

„Die seit Jahresbeginn verübten 178 Brand- und 27 Sprengstoffanschläge in der BRD haben einen volkswirtschaftlichen Schaden von mehr als zehn Millionen Mark angerichtet." jammerte Carl-Dietrich Spranger bereits am 27.7.86 — die Aktivitäten der letzten Wochen werden ihn sicherlich zum Heulen gebracht haben — „72 von den im ersten Halbjahr 1986 gemeldeten Anschlägen stehen im Sachzusammenhang mit der Kampagne gegen den Bau bzw. den Betrieb kerntechnischer Anlagen." (Im Vergleich dazu: 1985 waren es nur 27)

Schon 6 Wochen später lag die Zahl der Brand- und Sprengstoffanschläge bei 236 (161 im Vergleichszeitraum des Vorjahres). Laut Hans Heusel (Staatssekretär im Bundesinnenministerium) gab es Mitte August erst 45 umgekippte Strommasten, 50 waren es Anfang September und inzwischen ist die 50 schon weit überschritten — beim letzten Versuch fielen gleich sieben auf einen Streich. Eine Vielzahl von Namen zieren die Bekennerbriefe: „Sägende Zellen", „Wer wird denn gleich in die Luft gehen", „Hau weg den Scheiß", „Revolutionäre Heimwerker" u.a.m.

Bereits in der letzten Ausgabe des Arbeiterkampfes haben wir eine Übersicht über die Entwicklung solcher Anschläge gegeben (s. AK 273, S. 10/11: „Buschfeuerartige Sabotageaktionen"). Die Übersicht über die Anschläge im einzelnen war dabei vergleichsweise noch recht kümmerlich ausgefallen. Im folgenden wird ein Überblick über mehr als 100 Anschläge im Jahr 1986 gegeben. Vollständig ist das sicherlich auch noch lange nicht, schließlich hat es zumindest über die gefallenen Strommasten keine regelmäßige Berichterstattung in der Presse gegeben — auf wessen Wunsch? — offensichtlich war die Angst vor Nachahmern ziemlich groß und ist sie auch noch. Wie sonst ist das Geschrei von Rebmann zu erklären, der in jedem/r Heimwerker/in das militante Umfeld der RAF sieht. Hamburgs Verfassungschef Lochte hingegen kann diese „politisch motivierten Gewalttäter" keiner festen Gruppe zuordnen. Er geht davon aus, daß sich solche Gruppen in Großstädten spontan zu Sabotage-Aktionen zusammenfinden. Tatsächlich haben offenbar immer mehr „friedliche Bürger" schlicht die Schnauze voll und sich andere, spürbarere Formen des Widerstands gegen den Atomwahnsinn und die Militarisierung überlegt.

ga., Hamburg



H. Wojahn

Wuppertal: Unbekannte verübten auf die Daimler-Benz-AG einen Bombenanschlag mit geringem Sachschaden.
Marburg: Auf das Kreiswehrersatzamt wurde am 16.1. ein Sprengstoffanschlag verübt, der erheblichen Sachschaden anrichtete.
Krümmel: „Hau weg den Scheiß" heißt die Gruppe, die am 25.1. einen Überlandmast in unmittelbarer Nähe des AKWs Krümmel wegsprengte.
Berlin: Die Scheiben von der Deutschen Bank in Neukölln und der Berliner Bank in Kreuzberg gingen am 29.1. zu Bruch.



argus

Hagen/Bochum: Einen Brandanschlag auf die Fallschirm-Fabrik Brüggemann und Brandt und die Firma Mercedes
argus
Hagen/Bochum: Einen Brandanschlag auf die Fallschirm-Fabrik Brüggemann und Brandt und die Firma Mercedes
Lueg haben „Revolutionäre Zellen" wg. deren Beteiligung an der militärischen Ausrüstung der südafrikanischen Armee verübt. „Solidarität. Das darf nicht nur das Feuer in unseren Herzen sein, das müssen Feuersbrünste in ihren Produktionshallen, unter ihrer Konsumscheiße sein" schrieben sie in ihrem Bekennerbrief. (Feb.)
Bremen: „Autonome Zellen" zerstörten im Bremer Hollerland drei Bagger, es entstand Sachschaden von 800.000 Mark. Das Naturschutzgebiet Hollerland soll „auf Betreiben der Neuen Heimat/COOP/SPD-Mafia in ein Industriegebiet umgewandelt werden". (3.3.)
Göttingen: Am 3.3. wurden auf das Energieversorgungsunternehmen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland (GAM) und eine Sparkasse Brandanschläge verübt. Der Sachschaden beträgt rund 50.000 Mark. Die Aktivisten hinterließen Parolen „wg. Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf" und „WAA-Nein" auf den Hauswänden.
Göttingen: Auf die Niederlassung der Daimler Benz AG wurde am 4.3. ein Brandanschlag verübt. Der Sachschaden beläuft sich auf ca. 10.000 Mark. Das Kommando „Hau weg die Scheiße" bekannte sich zu diesem Anschlag.
Rendburg: Anfang März wurden bei Bauwagen der Firma Preußag an der Baustelle B7 bei Rendsburg sämtliche Reifen und Schläuche zerschnitten und die Pferdestärken mit reichlich Zucker gefüttert — wg. Brokdorf.
Göttingen: Dauerpräsenz der Bullen in der Fußgängerzone soll weiteren Schaden abwenden. Militante Atomkraftwerkgegner hatten mit Sachschaden von 20.000 Mark für die Behandlung des Themas Wackersdorf sorgen wollen. (8./9.3.)
Hamburg: Die Gruppe „Pissnelken ARGE" bekannte sich zu einem Brandanschlag auf ein Sand- und Kieswerk der Firma Hochtief, die beim Bau der Atomanlagen im Wendland beteiligt ist. (12.3.)
Wackersdorf: Ein Sachschaden von 8.000 Mark entstand bei einem Anschlag auf Baumaschinen der Firma Donhauser. (13.3)
Berlin: 21.3., „Wütende Autonome Aktivisten" gegen WAA und Bullenterror warfen Steine und Mollis auf Filialen der Deutschen Bank, Commerzbank und Berliner Bank, die alle am Atomgeschäft beteiligt sind.
Stuttgart: Bei einem Brandanschlag am 2.4. auf eine Filiale der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank gab es einen Sachschaden von mehreren 100.000 Mark.
Hypotheken- und Wechselbank gab es einen Sachschaden von mehreren 100.000 Mark.
Göttingen: „Wir haben die Bundeswehr flambiert" erklärten die „Feurigen Ratten" nach ihrem Anschlag auf die Göttinger Zietenkaserne. Sachschaden mehr als 100.000 Mark. (2.4.)
Nürnberg: Am 2.4. wurde auf das Gebäude der Polizeiinspektion Feucht ein Anschlag verübt. Die Sicherheitsbehörden „vermuten" politische Hintergründe.
München: Auf vier Bahnstrecken der Bundesbahn in Unterfranken, Schwaben und Oberbayern sind am 7.4. Angriffe gelaufen. Kurzschlüsse an den Oberleitungen brachten den Zugverkehr zum Erliegen. Flugblätter mit der Parole „WAA nie" wurden an der Bahnstrecke liegen gelassen.
Wackersdorf: Die Stahlgittermasten einer 220.000-Volt-Hochspannungsleitung in der Nähe der WAA wuren am 7.4. so angesägt, daß der 60 Meter hohe Mast bei stärkerem Wind umgestürzt wäre.
Wackersdorf: Aktivitäten gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wakkersdorf gab es am 12./13.4., mindestens vier Strommasten wurden angesägt und damit erheblicher Sachschaden erzielt.
Augsburg-München: Ein dickes Drahtseil war von einer Brücke auf die Oberleitung geworfen worden und legte am 14.4. den Zugverkehr kurzfristig lahm. „Nachahmungstäter aus der Szene der Kernkraftgegner" vermutet die Polizei.
Frankfurt: Ein Brandanschlag auf das Frankfurter Max-Planck-Institut für Hirnforschung verursachte einen Schaden von mehr als 1 Millionen Mark. (21.4.)
Hohenaspe: Ein LKW der am AKW-Bau beteiligten Firma Mathiessen wurde zerstört. (27.4.)
Erding: Über 100.000 Mark Sachschaden nach Brandanschlägen auf Baufahrzeuge. „WAA nie", „Einstellung aller Verfahren gegen Atomgegner" wurde in einem Bekennerschreiben gefordert. (27.4)
Berlin: „Hände weg von Wackersdorf" stand auf den Zetteln, die nach einem Brandanschlag auf die Baufahrzeuge der Baufirma Hochtief AG am 28.4. vor Ort gefunden wurden. Die Firma klagt über erheblichen Sachschaden.
Kirchhheimoblanden: Rund 4.500 Liter Benzin verbrannten bei einem Anschlag auf eine US-Tankstelle, zu dem sich eine „antiimperialistische Gruppe" bekannte. Mehrere Lastwagen wurden erheblich beschädigt. (30.4)
Wackersdorf: Auf Baufahrzeuge einer Firma, die an den Rodungsarbeiten an der WAA beteiligt ist, haben Unbekannte einen Brandanschlag durchgeführt, der erheblichen Sachschaden verursachte. (1.5.)
Amberg: Unbekannte verübten am 3.5. einen Brandanschlag auf eine Baufirma.
Dirnismaning (westlich von München): Einen Schaden von 300.000 Mark verursachten Brandanschläge auf der Baustelle am Dietesheimer Kanal, der eine Verbindung zwischen den Kläranlagen München I und München II herstellen soll. (5.5.)
Wackersdorf: Mindestems 50.000 Mark Sachschaden verursachten Mollis im Rathaus Bodenwöhr.
München: Ein Fünf-Liter-Plastik-Kanister mit Benzin gefüllt und im Rechenzentrum der ARAG Lebensversicherung AG angezündet richtete einen Sachschaden von mindestens einer Million Mark an. (10.5)
Stade: Am 15.5. fielen zwei Hochspannungsmasten den Schweißgeräten von Atomkraftwerksgegnern zum Opfer. Die fallende 380.000 Volt Stromleitung (Preußenelektra AG) riß noch einen
nungsmasten den Schweißgeräten von Atomkraftwerksgegnern zum Opfer. Die fallende 380.000 Volt Stromleitung (Preußenelektra AG) riß noch einen
zweiten 20.000 Volt-Mast des Überlandwerks Nord-Hannover mit. Der Sachschaden beträgt mehrere hunderttausend Mark.
Norddeutschland: 300 Türschlösser von Banken hat ein „Gesundheitsdienst der Anti-Strahlen-Kommission" zugeklebt. wg. Brokdorf (20.5.)

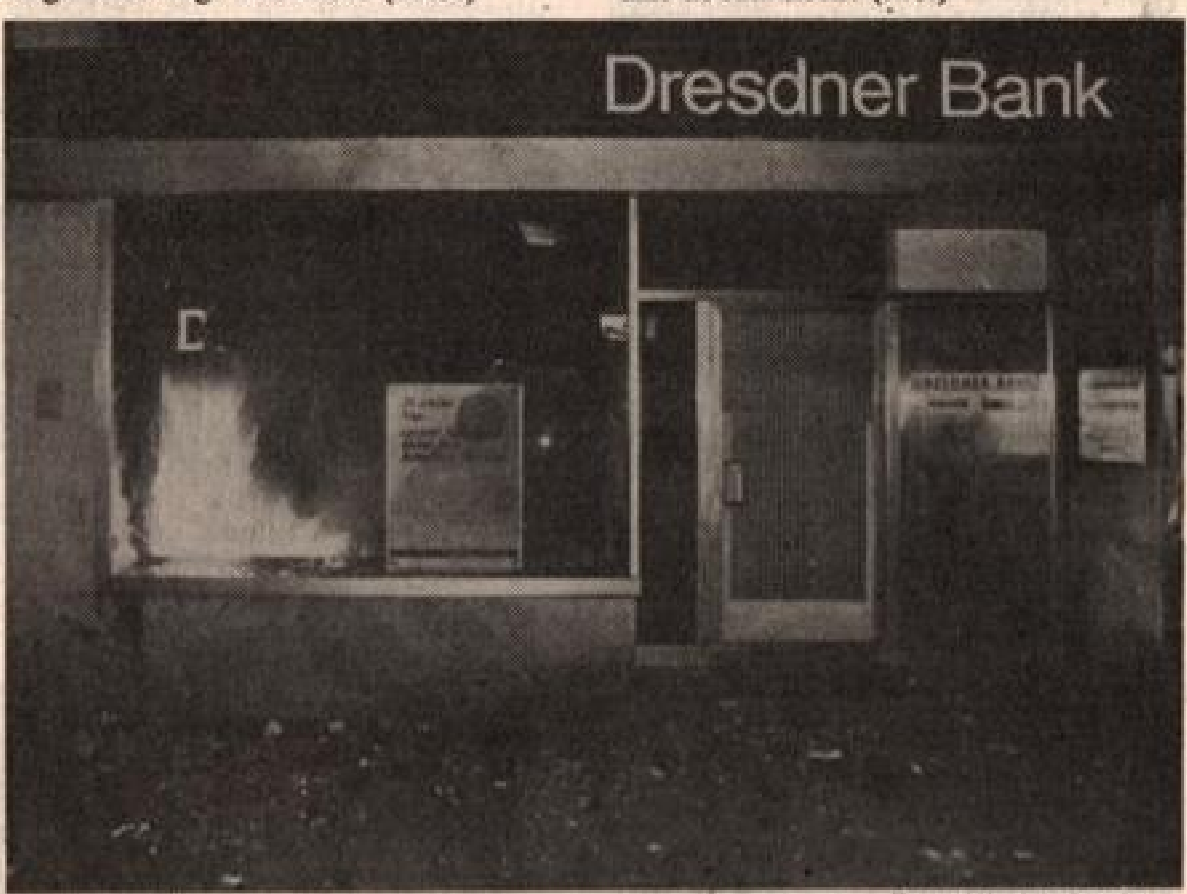


Foto: Hinrich Schultze

Schwandorf: Molotow-Cocktails wurden von Unbekannten in die Doppelgarage und gegen ein Fenster der Polizeiinspektion in Neunburg vorm Wald geworfen. Es entstand Sachschaden an den Dienstfahrzeugen. (23.5)
Burghausen: 150 l Benzin trugen „Anarchistische Zellen" am 23.5. zur Dywidag, die neben ihrer Baubeteiligung an der WAA auch am „Wartime Host Nation Support-Abkommen" der NATO mitarbeitet. (s. AK 273)
Kölbldorf (Landkreis Schwandorf): Zwei angesägte Strommasten sorgten für die Lahmlegung der Stromversorgung am 23.5. Nahezu 10.000 Menschen waren für 3 Stunden ohne Strom.
Dreieich: Am 23.5. verübte die Gruppe „Sand im Getriebe" einen Brandanschlag auf die Firma Pall, die Anlagen für AKWs produziert. (s. AK 273)
Wackersdorf: Auf einer Baustelle in der Nähe des WAA-Bauzaun brennen am (2.6.) Baumaschinen. Sachschaden 200.000 Mark.
Neuwied: Oberleitungen auf der Bahnstrecke Neuwied - Kärlich werden zerstört und eine WAA-Nie Erklärung wird hinterlassen. (2.6.)
Brokdorf: Und mal wieder wird ein 360 KV-Leitungsmast der PREAG umgesägt. (5.6.)
Jühnde (Landkreis Göttingen): Unbekannte (ein Bekennerschreiben liegt nicht vor) haben am 8.6. einen Brandanschlag auf den Mackenrodt-Tunnel der Bundesbahnneubaustrecke Hannover — Würzburg verübt. Der Sachschaden geht in die Millionen.
Stuttgart: Die Bahnstrecke Stuttgart - Ulm wird mit Wurfankern auf die Oberleitung lahmgelegt und die „sofortige Stillegung aller Atomanlagen gefordert". (8.6.)
Duisburg: Zwei Brandanschläge auf die Energieberatungsstellen der Stadtwerke und RWE verursachen 5.000 Mark Sachschaden. (9.6.)
Frankfurt: Mehrere Millionen Mark Schaden wurden nach einem Brandanschlag auf die EDV-Anlage der AEG vermeldet. Eine Gruppe „Arbeitskreis zur Abschaffung der Herrschenden Klasse" fordert zur „Solidarität mit den Kämpfen von Wackersdorf, Brokdorf, Hamburg und Stuttgart" auf.
zur Abschaffung der Herrschenden Klasse" fordert zur „Solidarität mit den Kämpfen von Wackersdorf, Brokdorf, Hamburg und Stuttgart" auf.
(9.6.)
Berlin: Geschichtsbewußtsein zeigten Militante, die auf dem firmeneigenen Gelände zwei Fahrzeuge des Springer Konzerns abfackelten, einen Streifenwagen anriefen und diesen — nachdem die Bullen ausgestiegen waren — gleich mit abbrannten. (9.6.)
Kreis Pinneberg: Am 11.6. wurde zwischen den Ortschaften Haselau und Heist der Mast einer 380 Kilovolt führenden Stromleitung beschädigt.
Obrigheim (im Neckar-Odenwald-Kreis): Am 13.6. wurde entdeckt, daß bei einem 40 Meter hohen Hochspannungsmast alle vier Eckstützen angesägt worden sind. So ein Mast ist hin.
Hamburg: „Die kleinen Strolche" mit dem Motto „Alle Tage Sabotage" zündelten am 16.6. in der Hamburger Baufirma Bilfinge & Berger, die Firma arbeitet am Bau von Brokdorf mit.
Rendsburg: Einen Brandanschlag mit 1.000 Mark Sachschaden gab es am 18.6. auf eine Signalanlage der Deutschen Bundesbahn auf der Rendsburger Hochbrücke. In einem Schreiben wurde mitgeteilt, daß der Anschlag wg. Brokdorf gemacht worden ist.
Frankfurt: Die mittlerweile in diesem unserem Lande gut bekannten „Sägenden Zellen" — ihr Emblem ist ein fünfzackiger Stern mit Säge — bekannten sich zu einem Anschlag auf einen Strommast der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE). Am 21.6. war der Mast einer 220.000 Volt-Leitung angesägt und erfolgreich umgestürzt worden. Außerdem wurde dabei noch eine Nachbarleitung angerissen. Die RWE wurde von den „Revolutionären Heimwerkern" als führendes Mitglied der Atommafia bezeichnet. (s. AK 273)
Heidelberg: Auf das Verwaltungsgebäude der Heidelberger Zement-AG wurde am 23.6. mit einem Molotow-Cocktail ein Brandanschlag verübt. Ein mit „Proletarische Aktion" gezeichnetes Bekennerschreiben verurteilte die Lieferungen von Beton u.a. nach Wackersdorf.
Göttingen: Eine Gruppe mit dem Namen „Gruppe gut und billig" hat bei der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland (EAM) am 23.6. zwei 20.000 Volt Stahlgittermasten angesägt.
Kreis Pinneberg: An einem 28 Meter hohem Hochspannungsmast sind am 23.6. alle vier Metall-Stützen durchgesägt worden. Der Mast muß erneuert werden.
Esensham: Ein Hochspannungsmast des AKW Esensham wird angesägt. Betreiber ist Preußen Elektra. (26.6.)
werden.
Esensham: Ein Hochspannungsmast des AKW Esensham wird angesägt. Betreiber ist Preußen Elektra. (26.6.)
Frankfurt: In einem Schreiben, das die Gruppe „RAG" hinterließ, als sie am 27.6. vier Brandsätze durch ein Seitenfenster des Kaiserdoms geworfen hat, wird gegen das Wettrüsten und die atomare Aufrüstung Stellung bezogen.
Henstedt-Ulzburg: 250.000 Mark Sachschaden war das Ergebnis eines Brandanschlages auf Baufahrzeuge einer Baufirma, die auch am Bau von Gorleben mitbeteiligt war. (30.6.)
Hasselroth (Main-Kinzig-Kreis): Am 10.7. kippte ein 22 Meter hoher Mast einer 110 Kilovolt führenden Überlandleitung der Firma Preußische Elektrizitätswerke AG (PREAG). Zugeschlagen, besser gesägt, haben wieder die „Revolutionären Heimwerker". Der Schaden wurde mit einer Höhe von 250.000 Mark angegeben. In einem Bekennerschreiben teilte die Gruppe mit, daß der Mast zur Hauptstromversorgung der Nuklearunternehmen Nukem, Alkem und Degussa gehörte.
Köln: Sachschaden enstand bei einem Anschlag au die Zentrale der Deutschen Bank.
Schwandorf: Die Schaltzentrale der am WAA-Bau beteiligten Firma Transport-Beton-Gesellschaft Schwandorf brannte am 21,7.: Sachschaden 2,5 Millionen Mark. (s. AK 273)
München: Eine „Guerilla-Front Oberbayern" hat sich zum Brandanschlag am 22.7. auf eine Filiale der Deutschen Bank bekannt. Dies war gedacht als Beitrag zum Bankenaktionstag gegen die Wirtschaftsbeziehungen BRD — Südafrika, und natürlich außerdem auch gegen die Atommafia.
Aachen: Vor dem Frauenhofer Institut für Lasertechnik sind am 24.7. zwei Bomben explodiert, die Sachschaden verursachten. Angeblich gab es Paral-

Fortsetzung nächste Seite

Kampf den Atomanlagen

Fortsetzung von vorheriger Seite

lelen zu dem Straßlach-Anschlag. Am Ort wurde ein Bekennerschreiben einer ,,Kämpfenden Einheit Sheban Atlouf'' gefunden.
Immenstaad (am Bodensee): Vor dem Luft- und Raumfahrtkonzern Dornier explodierte am 25.7. eine Autobombe. Es entstand Sachschaden. Wieder witterte Rebmann die Teilnahme der RAF an diesem Anschlag und übernahm die Ermittlungen. Für den Anschlag zeichnete eine ,,Kämpfende Einheit'' verantwortlich, die ein Bekennerschreiben am Ort hinterließ. Dornier ist erst vor kurzem zu 2/3 in den Besitz von Daimler Benz übergegangen. 5% kaufte das Land und der Rest verblieb bei einem Teil der Dornier-Erben. Die ,,Dornier GmbH Friedrichshafen'' produziert Flugzeuge, die ,,Dornier System GmbH'' beschäftigt sich vor allem mit Raumfahrt, Elektronik, und Informationssystemen, aber auch mit neuen Technologien in der Energie-, Umwelt-, Entsorgungs- und Werkstofftechnik. Sie beteiligte sich im vergangenen Jahr am US-Spacelab-Programm und an der ersten deutschen Spacelab-Mission. Die Dornier Reparaturwerft in Oberpfaffenhofen profitiert vor allem an langfristigen Verträgen mit der Bundesrepublik und der NATO.
Sindlingen: Am 27.7. klirrten die Scheiben des Polizeireviers. Der Molli-Anschlag soll nur geringen Sachschaden angerichtet haben.
Borsfleth: Ein 200.000 Mark teurer Bagger der am Brokdorf-Bau beteiligten Firma Peters brannte am 28.7. (s. AK 273)
München: Mindestens 400.000 Mark Schaden bejammert die Polizei nach einem Brandanschlag auf ein Pionierübungsgelände der Bundeswehr am 31.7.
Eickum: Am 1.8. haben ,,Unbekannte'' einen Brandanschlag auf ein Umspannungswerk verübt. Das Werk wird gemeinsam von der Preußen Elektra, dem Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg und den Bielefelder Stadtwerken betrieben.
Freiburg: Im Technischen Rathaus wurde durch aktive Aufräumarbeiten ein Sachschaden von 100.000 Mark verursacht. Grund war der Zorn über die Räumung des besetzten Hauses in der Hildastrasse.
Münster: Die ,,Rote Zora'' zeichnet für den Brandanschlag auf die Beratungsstelle des Instituts für Humangenetik der Universität Münster am 5.8. verantwortlich. (s. AK 273)
Saarbrücken: Am 6.8. wurde auf das Gebäude der Saarberg-Interplan ein verantwortlich. (s. AK 273)
Saarbrücken: Am 6.8. wurde auf das Gebäude der Saarberg-Interplan ein Brandanschlag verübt ohne größeren Sachschaden anzurichten. Das Bekennerschreiben der ,,SAZ — Saarbrücker Autonomer Zelle'' greift Saarberg wg. seiner Unterstützung der Atomindustrie durch Urangeschäfte an.
Bremen: Die ,,Autonomen Zellen'' haben sich zu einem Brandanschlag am 7.8. auf zwei Baumaschinen auf einer Bohrstelle der Mobil Oil bekannt. Die Baufirma Stehnke, deren Baumaschinen abbrannten, ist am Ausbau der US-Kaserne Garlstedt und einer Panzertrasse beteiligt.

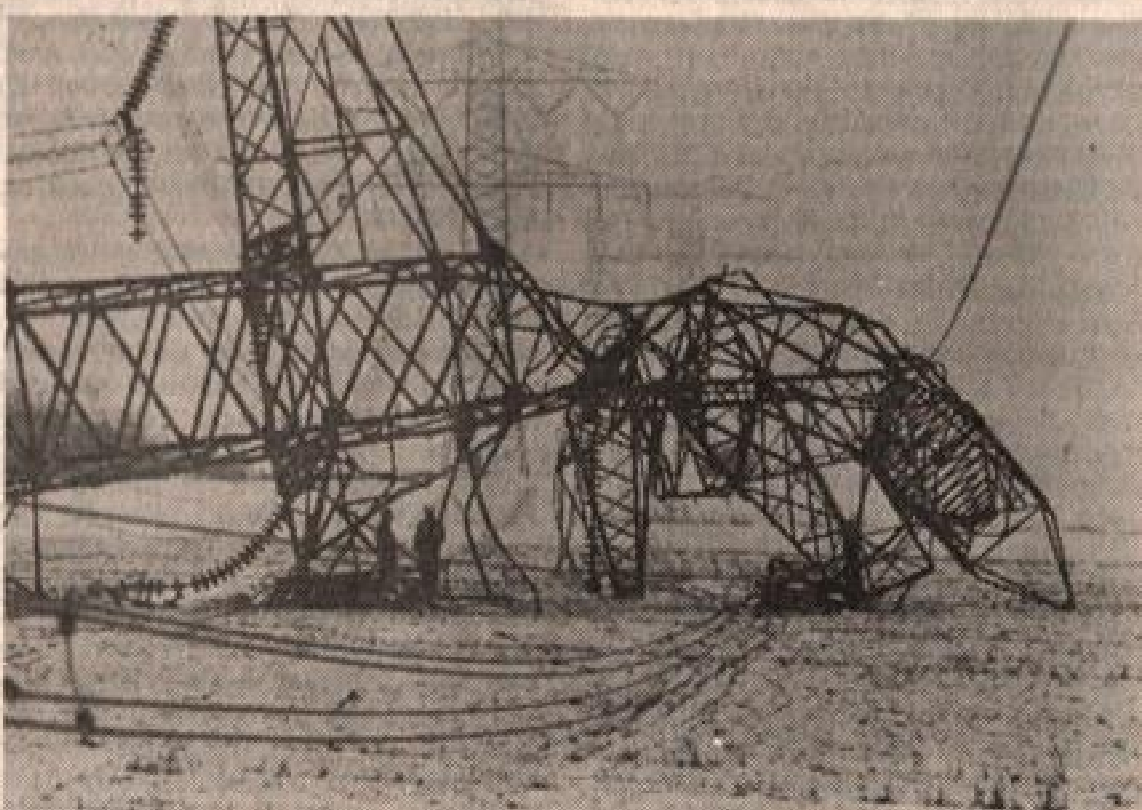


Um herauszufinden, ob die Zeichnung stimmt, besorge einen 41er Maulschlüssel und nen kleinen Spaten. Nun gehe zur Castor-Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg. Begib dich mit Umsicht dorthin. Am Bahndamm angelangt, triffst du auf sauber geschichte-

Anleitung zur Gleis-Sabotage
Neue Dimensionen des Aufruhrs?

aus Spiegel Nr. 36/1986

Stuttgart: Auf das Gebäude des türkischen Konsulats wurde am 10.8. ein bißchen Benzin gegossen und angezündet.
Augsburg (Landkreis Dillingen): ,,WAA nie'' sprühten die Menschen auf einen Sockel des Mastes, den sie am 10.8. umgesägt haben. Durch den Sturz des 110.000 Volt-Hochspannungsmastes der Lechwerke Augsburg wurde die Stromzufuhr der anliegenden Orte kurzzeitig unterbrochen.
Bonn: Eine Gruppe ,,Crespa Cepa Gallende'' hat am 11.8. auf dem Gelände des Bundesgrenzschutzes bei Bonn drei Sprengsätze gezündet und erheblichen Sachschaden angerichtet. Ein Sendemast und ein Transformatorenhäuschen wurden beschädigt. In einem Bekennerbrief wurde u.a. auch die Zusammenlegung der RAF-Gefangenen gefordert.
Wuppertal: Eine Sprengstoffexplosion verursachte am 13.8. bei einer Elekronikfirma erheblichen Sachschaden. (s. AK 273)
Hamburg: Das Kommando ,,Grüß Dich Alfons'' setzte bei der Firma Marten in Norderstedt für eine Weile mittels Feuer die weitere Produktion von Polizeischutzschilden außer Kraft. (14.8.) (s. AK 273)
Baierbronn (bei München): An Baufahrzeugen der Firma Hochtief, die am Bau der WAA beteiligt ist, entstand durch einen Brandanschlag am 16.8. ein Sachschaden von 250.000 Mark. Ein Bauwagen war mit der Parole ,,WAA-Nie — Kommando F.J.S'' verziert. (s. AK 273)
Hamburg: ,,Gegen Abschiebung'', ,,Gegen Razzien'' und ,,RZ'' in einem fünfzackigen Stern hinterließen die



argus

Menschen als Parolen an dem Dienstgebäude der Hamburger Polizeidirektion 624 auf das sie am 17.8 einen Brandanschlag verübten. Diese Stelle ist u.a. zuständig für ,,Verstöße gegen das Asylgesetz''. Eine Gruppe der Revolutionären Zellen protestierte damit gegen die zunehmende Verschärfung des Asylrechtes und die Abschiebepraxis der BRD. (s. AK 273)
Wuppertal: Durch Naturschutzgebiete sollten lieber keine Strassen gebaut werden, meinten Menschen aus Wuppertal und zerstörten am 18.8. mit einem Brandanschlag zwei Bagger. Der Tunnel soll außerdem Teil militäri-
pertal und zerstörten am 18.8. mit einem Brandanschlag zwei Bagger. Der Tunnel soll außerdem Teil militäri-scher Infrastruktur sein. Es entstand Sachschaden in Höhe von 100.000 Mark. (s. AK 273)
Marburg: Eine Gruppe ,,abbauhelfer deutschland mitte'' hat das CDU-Büro in Marburg entglast. Sie wollten damit darauf aufmerksam machen, daß die CDU über die Konrad-Adenauer-Stiftung die Contra in Nicaragua unterstützt.(24.8.)
Wackersdorf: Etwa 70 Atomkraftgegner haben in der Nacht zum 25.8. versucht, den Zaun der WAA aufzubiegen.
Marburg: Passanten wurden durch Baustellenwarnschilder vom Explosionsort weggelenkt, als am 26.8. auf eine Filiale der Dresdner Bank ein Brandanschlag verübt wurde. Weit über 100.000 Mark Sachschaden war das Ergebnis, das die Gruppe ,,Wer wird denn gleich in die Luft gehen'' erzielte und sich gegen die Finanzgeschäfte zur Unterstützung der Rassisten in Südafrika richtete.
Dreieich (Kreis Offenbach): Eine unbekannte ,,Zelle'' sägte am 26.8. einen Stahlmasten einer 220 Kilo-Volt-Leitung der RWE durch. Ein zweiter Mast einer 110 KV-Leitung war an zwei Streben angesägt.

Spekulationen und Ermittlungen

Im Zusammenhang mit diesem Anschlag ermittelt die Polizei gegen eine 46-jährige Frau, die in derselben Nacht mit 30% Verbrennungen und nur geringen Überlebenschancen in ein Krankenhaus eingeliefert worden war. Noch in der Nacht durchsuchte die vom Krankenhaus verständigte Polizei einen Hof in Niederrad, deren Besitzer die Frau aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht hatten. Die Darmstädter Staatsanwaltschaft vermutet eine Teilnahme der Frau an dem Anschlag; neben dem Masten habe sie verkohlte Kleidungsstücke gefunden. Die Verbrennungen sollen von einem Lichtbogen der herabstürzenden Leitung stammen.

Vor diesem Zeitpunkt war die taz mit einzelnen Artikeln hervorgetreten, wonach Mastsägen kein Problem sei. Anonyme Säger fanden das alles ungefährlich. In einem Leserbrief hatten ,,Henry, Max und Pinsel'' angemahnt, daß es den taz-Beschreibungen an Details mangele. Seit dem 30.8. gilt für die taz jetzt das Gegenteil von vorher. Auf einmal ist da die Phantasie-Starkstromelektrikerin ,,Elektra Bernstein'', die taz beeindruckend mit ,,Kennerblick aus dem Fenster'' gucken und einen kleinen Lichtbogen zaubern läßt.Ihr zufolge kann die Staatsanwaltschaft Recht haben, denn feuchter Boden erhitze sich auf mehreren Quadratmetern bei einer herabfallenden Leitung auf bis zu 1.000 Grad. Weder Stehen noch Liegen schütze dort. Der ,,ungebrochene Heldenmut'' der Mastensäger koste ,,den Einsatz des Lebens'', den Stromerzeugern hingegen ,,nur eine Umschaltminute'': ,,Ein Wunder, daß der Unsinn bisher gut ging. Der pure Zufall murmelt Bernstein und die taz ist entlassen''.

Krümmel: Eine halbe Millionen Mark Schaden beklagt HEW. Am 27.8 wurde ein 60 Meter hoher Hochspannungsmast der Stromleitung zum Kernkraftwerk Krümmel gesprengt, er blieb aber auf dem Betonfundament stehen. Die Atomstromerzeugung mußte eingeschränkt werden. Obwohl es keinerlei Hinweise auf die Täter gibt, geschweige denn auf die mögliche Anzahl der Täter ermittelt Karlsruhe wg. ,,Bildung einer terroristischen Vereinigung''.
Köln: Rund 200.000 Mark Sachschaden sind am 30.8. bei einem Sprengstoffanschlag auf das Bundesverwal-
Köln: Rund 200.000 Mark Sachschaden sind am 30.8. bei einem Sprengstoffanschlag auf das Bundesverwal-tungsamt in Köln entstanden. Die Revolutionären Zellen wollten das Ausländerzentralregister treffen, das in dem Amt untergebracht ist. Die Computeranlage wurde allerdings nicht getroffen.
Osnabrück: Von Autonomen Zellen wurden am 30.8. drei Baufahrzeuge der Firma Philipp Holzmann AG abgefackelt. Die Firma ist einer der größten Baukonzerne Europas und wg. ihres Engagement in der Atomindustrie bekannt und öfter mit Anschlägen bedacht worden.
Celle/Uelzen: Eine ,,Kolonne Durruti'' hat am 30.8. die Bundesbahnstrecke zwischen Celle und Uelzen angegriffen, weil die Bundesbahn Atommüll und Rüstungsgüter transportiert. Ein über die Stromleitung geworfener Eisenhaken stoppte mehrere Stunden lang den Zugverkehr.
Schwandorf: Das Lager einer Zulieferungsfirma für den Bau der WAA-Wackersdorf brannte am 31.8. aus. Es entstand 80.000 Mark Sachschaden.
Köln: Vor dem Kölner Amt für Verfassungsschutz ging am 7.9. eine Autobombe in die Luft. Es entstand ein Sachschaden in Millionenhöhe. In dem Bekennerschreiben der Gruppe ,,Kämpfende Einheit Christos Tsoutsouvis'' — angeblich eine Einheit der RAF — wurde das Bundesamt als Geheimdienstzentrale bezeichnet und die Freilassung von Günter Sonnenberg gefordert.
München: Einen Sachschaden von 250.000 Mark verursachte eine Rohrbombe. Sie wurde am 13.9. am Bürogebäude der Tornado Firma Panavia Aircraft GmbH gezündet. Je 42,5% besitzen MBB und British Aerospace (Großbritannien). 550 Tornados sind bereits hergestellt, 124 Tornado-Kampfflugzeuge wurden im Juni bestellt. In dem Gebäude der Tornado Firma sind außerdem das NATO-Verbindungsbüro für München und das Bayerische Landesamt für Umweltschutz untergebracht. Zu dem Anschlag bekannte sich eine ,,Kämpfende Einheit Anna Maria Ludmann'' (1980 erschossene Rotbrigadistin)
Hamburg-Osdorf: Fünf Liter Benzin wurden in der Nacht zum 14.9. über den Zaun des Kasernengeländes der ,,Schwarzkopf-Kaserne'' geschüttet und in Brand gesetzt. Die Polizei stellte den leeren Kanister sicher.

Sinsheim: ,,Sieben auf einen Streich'' hieß es am 15.9. als eine Überlandleitung der Badenwerke, die Strom aus dem Kraftwerk Obrigheim führt, unterbrochen wurde. Ein angesägter Strommast riß beim Fallen sechs weitere Masten mit. Der Schaden soll rund eine Million Mark betragen. ,,Progressive Gartenzwerge im Zeichen Wallmann'' schrieben: ,,50 Anschläge in diesem Jahr'' seien die Quittung für eine ,,Politik der Lüge und Verschwendung''. Wenn der Schaden immer größer würde, müßten alle kerntechnischen Anlagen stillgelegt werden.
Tübingen: 100.000 DM Sachschaden entstand bei der Explosion zweier Bomben im privaten ,,Forschungsinstitut für Optik''. Das Institut wird hauptsächlich vom Verteidigungsministerium finanziert, bestritt aber, am SDI-Projekt mitzuarbeiten.

Nicht ganz geklappt:

Bonn: Am 13.2. wurde eine deponierte Bombe auf dem Gebäude der südafrikanischen Organisation ,,South Africa Foundation'' und ein Bekennerschreiben der Revolutionären Zellen vor der Explosion entdeckt.
Uelzen-Dannenberg: Die 8,6 Kilo Bombe einer Gruppe ,,Günter Sonnenberg'' ist am 27.4. entschärft worden. Mit dem Anschlag sollte dagegen protestiert werden, daß auf dieser Strecke sogenannte Castor-Behälter mit hochradioaktiven Abfällen nach Gorleben transportiert werden. (Seit 1983 hat die Polizei rund 70 ,,Straftaten'' im Zusammenhang mit den geplanten Castor-Transporten gezählt)
Gundremmingen: Am 28.6. soll ein Sprengstoffanschlag der Gruppe ,,Edelweiß-Piraten'' auf zwei Strommasten des Atomkraftwerkes Gundremmingen vereitelt worden sein. Ein ,,aufmerksamer Arbeiter'' habe den deponierten Sprengstoff entdeckt. Die dort gefundenen Bekennerschreiben forderten die umgehende Abschaltung der Atomkraftwerke. (s. AK 273)
Lüneburg: Der Hausmeister des Lüneburger Oberverwaltungsgerichtes hat eine mit einem Zeitzünder ausgestattete Kassette mit Sprengstoff vor der Explosion gefunden. Die Revolutionären Zellen hatten damit gegen die Abschiebepolitik der BRD protestieren wollen. In dem RZ-Schreiben heißt es: ,,Am 30. September flüchtete Cemal Altun selbst in den Tod, bevor ihn die deutsche Justiz an die Henker des türkischen Regimes ausliefern konnte.''



,,Es ist genau 23 Uhr 45 !''

Dümmer als die Polizei erlaubt

Hamburg: Ein Paket an ,,Bundesminister Manfred Wörner, Hardthöhe, 5000 Bonn 1'', das ein Bahnpolizist an einem Schalter am Altonaer Bahnhof ticken hörte, löste einen Bombenalarm aus. Das vom herbeigerufenen Kripo-Sprengmeister geöffnete Paket enthielt Plastikbeutel mit Pulvern und bunten Flüssigkeiten und einen Wecker. (1.4.)
Hamburg: Reisezüge wurden gestoppt, Kaufhäuser geräumt, Straßen gesperrt. In drei McDonalds Filialen wurden Brandsätze gesichtet. Genau hingesehen haben kann keiner, der ferngesteuerte Bombenentschärfungsroboter öffnete zwei Dosen, gefüllt mit Tierfutter. In zwei Filialen wurden die Dosen ins Freie geholt und beschossen, was zur Folge hatte, daß das Tierfutter durch die Gegend spritzte. (s. AK 273)
Bremen: Im Postamt 108 lag ein mysteriöser Schuhkarton, adressiert an einen gewissen Schwarz-Schilling. Der Sprengmeister öffnete das Paket, das schlicht und einfach Müll enthielt. (14.8.)
Lübeck: Nur 40 x 40 cm groß war das Paket und führte trotzdem zu einer zweieinhalbstündigen Sperrung rings um die Staatsanwaltschaft. Aber schließlich ist das Kieler Bombenräumkommando ja fit. Endlich ist es geschafft, die Bombe ist geöffnet, Inhalt: zwölf Stangen Zigaretten. (29.8.)

Ausstieg der Jusos aus dem Volksbegehren in NRW fast perfekt

Den Ausstieg aus der Atomenergie werden die nordrheinwestfälischen Jungsozialisten demnächst unmittelbar einleiten mit einem Ausstieg aus dem Volksbegehren gegen die NRW-Atomanlagen. Dies kündigten die Jusos jedenfalls nach der Arbeitskonferenz der Aktion Volksbegehren vom 15.9.86 in Bochum an. Nach einer von den meisten erwarteten Ablehnung des Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens duch die Landesregierung wollen sie sich nicht an der Klage vor dem Landesverfassungsgericht in Münster gegen die Johannes-Rau-Regierung beteiligen.

Die Arbeitskonferenz fand statt, um die nächsten Schritte zu beraten, nachdem am 8. September rund 100.000 Unterschriften bei der Landesregierung eingereicht worden sind. Die Angaben über die Beteiligung schwanken. Während die WAZ von fast 200 Teilnehmern sprach, gehen seriöse Beobachter von maximal 100 aus. Mit über 30 Leuten war die Arbeitsgruppe ,,Wie weiter nach einer Ablehnung'' die größte.

Die Jusos wollten sich nicht auf das Volksbehren einengen lassen, das Erzeugen von Druck auf die SPD sei nicht die Aufgabe des Trägerkreises. Das dürfte nebenbei bemerkt ja auch gar nicht nötig sein, da sich selbst Johannes Rau inzwischen für einen Volksentscheid ausgesprochen hat, auch dieser soll nicht eingeengt sein auf Atomanlagen sondern auf die gesamte Politik der Bundesregierung bezogen werden. Er meinte, man/frau ahnt es schon, den alle vier Jahre stattfindenden ,,Volksentscheid'', die Bundestagswahlen.



In der Begründung für die Ableh-

In der Begründung für die Ableh-nung einer Klage gegen die SPD-Regierung von NRW hieß es von seiten des Juso-Landesvorsitzenden Harald Swik: ,,...*er könne es aber mit seiner Parteimitgliedschaft nicht vereinbaren, einer SPD-Landesregierung nicht zu glauben, wenn die sage, das Volksbegehren sei verfassungswidrig.*'' (FR 15.9.86)

Statt der Klage,die dann voraussichtlich von den übrigen Mitgliedern der Aktion Volksbegehren erhoben wird, sollen ,,andere weitere Schritte'' eingeleitet werden. Diese weiteren Schritte erweisen sich jedoch als ,,olle Kamellen'' wie die Energiepolitik der kommunalen Stromversorgungsunternehmen unter die Lupe zu nehmen, den Stromfilz öffentlich zu machen und dergleichen mehr. Umstritten war die Frage, ob jetzt der bundesweite Volksentscheid, für den ja z.T. bereits ebenfalls Unterschriften gesammelt wurden, unterstützt werden soll. Die Jusos meinten, man könne den Landesträgerkreis nicht einfach in diese Richtung überführen.

Weitere Vorschläge, die gemacht wurden, war die Erstellung einer ,,Massenzeitung'' sowie die Überlegung, nach einer Ablehnung einen zentralen oder lokalen Aktionstag zu machen. Was da letztendlich ablaufen soll, wird nach Lage der Dinge der ,,Phantasie'' der örtlichen Trägerkreise überlassen bleiben.

In der einstimmig verabschiedeten ,,Bochumer Erklärung'' wird die Landesregierung ,,eindinglich'' aufgefordert, ,,ihre bisher ablehnende Haltung zum Volksbegehren zu überdenken, und unser Anliegen zu dem ihren zu machen.''

Bemerkenswert vielleicht noch, was auf dem Treffen fehlte: es wurde von keiner Seite der Versuch unternommen, eine politische Bewertung des Volksbegehrens und zum Stand der Bewegung vorzunehmen. Da soll die ,,Angst vor den Spionen der SPD'', wie ein Beobachter sich ausdrückte, eine Rolle gespielt haben. Wir wollen die Frage, was hat's gebracht in einem der nächsten AKs näher untersuchen, wenn auch die Entscheidung der Landesregierung samt Begründung vorliegt.

Ein Gen. aus Bielefeld

War Hitler ein Pole?

In der aktuellen Holocaust-Forschung stellt die Beschäftigung mit den sogenannten Bystanders (im Deutschen meist mit „Zuschauer" wiedergegeben) ein Hauptthema dar. Dabei hat man nicht nur in Vergröberung der Tatsachen entdeckt, daß „die ganze Welt" dem Holocaust „schweigend zugesehen" habe, sondern es konnte nicht ausbleiben, daß ausgerechnet die Polen als Komplizen des Holocaust denunziert werden. Das tut der deutschen Seele verständlicherweise wohl, denn mit so einer Vergangenheit steht niemand gern ganz allein da. Ernst Nolte hat in der FAZ (6.6.86) darüber philosophiert, *„daß auch die SS-Mannschaften der Todeslager auf ihre Art Opfer sein mochten und daß es andererseits unter den polnischen Opfern des Nationalsozialismus virulenten Antisemitismus gab."* Wir lernen wieder einmal: Täter und Opfer sind austauschbar. Wenn dies aber so ist, dann sind die Begriffe überhaupt relativ. Daß in der Wirklichkeit die einen das Morden besorgten, während die anderen sich zu Hunderttausenden selbst unter den Opfern befanden, schrumpft zur Bedeutungslosigkeit.

Arnulf Baring hat in der FAZ vom 2.9. noch zugelegt: *„Um der Wahrheit willen muß man feststellen dürfen, daß es in Polen vor dem Zweiten Weltkrieg und eben auch noch danach einen heftigen Antisemitismus gab — der zum Teil erklärt, weshalb die Vernichtungslager von den Nazis in Polen angelegt wurden: ‚In Polen konnten die Nationalsozialisten nicht nur auf das Stillhalten einer terrorisierten Bevölkerung zählen, sondern auch auf die aktive Komplizenschaft großer Bevölkerungsteile'."*

Das von Baring verwendete Zitat ist aus einem Text „Der exportierte Hitler", den Lothar Baier für die Augustnummer des „Merkur" geschrieben hat.

Es ist bekannt und nicht ernsthaft zu bestreiten, daß Polen vor 1939 eines der am meisten antisemitischen Länder Europas war, und daß der weit verbreitete Antisemitismus auch 1945 nicht plötzlich verschwunden war. Sachlich falsch ist aber der auf dieser Tatsache aufbauende qualitative Sprung: Polen sei als Standort der großen Vernichtungszentren gewählt worden, weil die Nazis dort auf die „aktive Komplizenschaft großer Bevölkerungsteile" gebaut hätten. Und nicht nur falsch, sondern auch zynisch und widerwärtig.

Wahr ist, daß alle Vernichtungszentren auf polnischem Gebiet lagen: Auschwitz, Chelmno, Treblinka, Maidanek, Sobibor und Belzec. Wahr ist auch, daß in fast allen besetzten oder abhängig gemachten Ländern die Nazis Helfer und Komplizen aus der Bevölkerung rekrutierten. Die einzige - Ausnahme bildet bemerkenswerterweise Polen. Seltsam eigentlich, denn es hätte zum Beispiel nahegelegen, sich auch in Polen antisowjetische Stimmungen so zunutze zu machen wie in den ehemaligen baltischen Staaten oder der Ukraine. Aber dies wurde von Anfang an nie versucht. Über den Grund braucht nicht gerätselt zu werden, denn er ist hinreichend dokumentiert. Es lag sicher nicht daran, daß alle Polen von vornherein absolut resistent gegen entsprechende deutsche Manöver gewesen wären, falls sie ihnen jemals ausgesetzt worden wären. Sondern es wurde deutscherseits schlichtweg nicht gewollt. Die Polen galten nämlich in der NS-Rassenideologie kaum mehr als die Juden. Ihr Lebensraum war unmittelbar für die „Eindeutschung" vorgesehen. Das hieß in der NS-Planung, daß das besetzte polnische Gebiet Zug um Zug, im Westen beginnend, von den „fremdvölkischen" Bewohnern, Juden wie Polen, freigemacht werden sollte. Die Deportationen sollten in den gleich 1939 annektierten Westgebieten beginnen; die Bewohner sollten zunächst in den militärisch besetzten Rest Polens, das sogenannte Generalgouvernement geschafft werden. Später sollten sie, wie es formuliert wurde, „noch weiter nach Osten abgeschoben werden". Dieser Begriff stellte sich bald als Euphemismus für Massenmord heraus. Die deutsche Planung sah im September 1939 als Nahaufgabe vor, die polnische Intelligenz, den polnischen Klerus und den polnischen Adel insgesamt „auszurotten", um dem Volk jede Führung zu nehmen und es für weitergehende Maßnahmen herzurichten. Für eine Übergangszeit waren die polnischen Massen als Arbeitskräftereservoir des Deutschen Reiches verplant. Langfristig jedoch sollten 80% der Polen „nach Osten umgesiedelt" und der Rest „eingedeutscht" werden.

Einige Zitate mögen veranschaulichen, wie deutscherseits über die Polen gesprochen wurde und was man mit ihnen vorhatte. Es handelt sich um Äusserungen von Frank, dem Chef des Generalgouvernements. Am 10.April 1942: *„Wir können den Kampf nicht etwa dadurch erledigen, daß wir für 16 Millionen Polen 16 Millionen Nackenschüsse vollführen und damit das polnische Problem lösen. Solange die Polen leben, müssen sie für uns arbeiten...Wenn ich den Krieg gewinnen will, muß ich ein eiskalter Techniker sein; dann muß die Maschine des Krieges funktionieren. Die Frage, was ich einmal weltanschaulich-völkisch tun werde, muß ich auf die Zeit nach dem Kriege verschieben."* — 15.August 1942: *„Die Situation hinsichtlich der Polen ist insofern eigenartig, als wir einerseits das Deutschtum — ich spreche ganz offen — hier so vorwärtstreiben müssen, daß das Gebiet des Generalgouvernements in irgendwie absehbaren Jahrzehnten rein deutsches Siedlungsland wird, — als wir andererseits in den jetzigen Kriegsläuften darauf angewiesen sind, die Fremdvölkischen hier im Raume die Arbeit vollführen zu lassen, die sie im Dienste Grossdeutschlands vollführen müssen."* — 14.Dezember 1942: *„Man könnte sagen: alle Polen, die hier im Arbeitseinsatz stehen, können wir behalten, alle Polen, bei denen das nicht der Fall ist, können wir ausrotten. Darin liegt nur die eine große Schwierigkeit, daß eine Ausrottung von Millionen menschlicher Wesen an Voraussetzungen geknüft ist, die wir zur Zeit nicht erfüllen können."* — 2.August 1943: *„In diesem Raum sind wirklich positive Ergebnisse nur zu erzielen, indem wir uns zunächst sagen: im Krieg gilt nur eines, nämlich der Sieg. Was dem Sieg dient, ist richtig, was ihn erschwert, ist falsch...Wenn ich in diesem Raum mit knapp 3000 Mann mit 16 Millionen Fremdvölkischer etwas fertig bringen will, dann muß ich mich auf das hier lebende Volk und seine Kraft stützen, dann darf ich dieses Volk nicht vernichten wollen...Was nach dem Sieg mit diesem Volk geschieht, ist jetzt gleichgültig, aber was jetzt geschieht, ist wichtig...Wir wissen alle, daß dieses Land einmal deutsch wird, daß wir die Polacken hier nicht dulden werden. Aber dazu kommt die Zeit, wenn wir den Krieg gewonnen haben."* (nach den Akten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses, IMT 2233-PS)

Es ist im Zusammenhang der modisch gewordenen Erörterungen über die „polnische Komplizenschaft" am Holocaust nicht ganz uninteressant, daß Auschwitz im Juni 1940 zunächst als Lager für polnische Häftlinge in Funktion trat. Die Entscheidung für den polnischen Raum als Standort des Holocaust fiel im Winter 1941/42. Zu dieser Zeit standen konkurrierend zu Lagern in Polen noch Riga (Lettland) und Minsk (Bjelorußland) als Stätten des Massenmords zur Diskussion. Das von Baier und Baring unterstellte Motiv - man habe auf die aktive Komplizenschaft der Polen spekuliert - hat mit Sicherheit bei dieser Entscheidung überhaupt keine Rolle gespielt. Eher schon könnte, neben der zentralen Lage Polens, der Gedanke eine Rolle gespielt haben, daß nach den Juden in nicht allzu ferner Zukunft auch Millionen Polen in die Tötungsfabriken geschafft werden sollten. Dies ist allemal eine plausible Deutung, während für die Interpretation von Baier/Baring keine Anhaltspunkte in der deutschen Besatzungspolitik und in den bekannten Akten zu finden sind.

In diesem Zusammenhang ist auch der Film Shoah zu erwähnen, der für die Entlastung der deutschen Seele durch Denunziation des polnischen Volkes einen beachtlichen Beitrag geleistet hat. Da konnte man beispielsweise hören, im „arischen Teil" von Warschau „ging das Leben weiter wie immer, ganz natürlich und normal, wie früher". Schon der vermutlich von den Nazis selbst kreierte Begriff „arischer Teil Warschaus" (im Gegensatz zum Ghetto) ist voll bitterer Ironie, denn nach der herrschenden Version der NS-Rassenideologie galten die Slawen allgemein und die Polen ganz besonders keineswegs als „Arier". Daß einem Juden, der aus der Hölle des Ghettos kam, der andere Teil Warschaus wie eine heile Welt vorkam, ist logisch. Beim Filmmacher Claude Lanzmann hätte es aber gelegen, irgendwann während des vielstündigen Werks einmal deutlich zu machen, wie das „normale Leben" der polnischen Bevölkerung unter der Nazi-Herrschaft nun eigentlich konkret aussah. Wer es wissen will, kann lesen über Massenerschießungen, Tausende von Verhafteten und Eingesperrten, unerträgliche Arbeitsbedingungen, minimale Lebensmittelrationen und Zigtausende, die einfach dem Hunger- und Kältetod preisgegeben wurden. Im Film jedoch ist mit allergrößter Sorgfalt und Konsequenz alles ausgeblendet, was Hinweise auf diese Realität hätte geben können. Was bleibt, sind die allerdings nicht zu überhörenden Beweise für den immer noch existierenden Antisemitismus in Polen. Das ist sehr viel weniger als die ganze Wahrheit, und leistet, wie bewiesen, deutschnationalen Neudeutungen und Zynismen Vorschub. Und: Welchen politischen und moralischen Sinn macht es überhaupt, in Opfer erster, zweiter und dritter Klasse zu differenzieren oder einen großen Teil der Opfer nachträglich zu „Bystanders" bzw. „Zuschauern" umzudefinieren?

Kt., Hamburg

Buchbesprechung:

„Atombomben made in Germany?"

Zu Verbreitung unterdrückter Nachrichten, wie H. Ridder schreibt, sind die Ergebnisse der gleichnamigen, vor einem Jahr in Bonn durchgeführten Konferenz gegen den westdeutschen Griff zur Bombe in Buchform publiziert worden. Vorneweg: Ein trotz der Vielzahl von Themen und Autoren lesbares Buch, kein Tagungsreader, durch den man sich hindurchschleppt, sondern eine interessante, kompakte Zusammenstellung, wo notwendig durch Dokumentationen ergänzt, aber nicht überfrachtet. Offenbar hat man bei der redaktionellen Bearbeitung darauf verzichtet, hastig etwas auf den Markt zu werfen, was vielleicht eine kurzfristige Konjunktur mitnehmen könnte und stattdessen beachtliche Mühe investiert, um die Grundlagen für eine überfällige Diskussion zusammenzustellen. (Ein Teil der Beiträge ist im Rahmen der Berichterstattung über die Konferenz vor einem Jahr im AK erschienen).

Verbreitung unterdrückter Nachrichten: Es ist logisch, daß die Überlegungen immer wieder um die Frage kreisen, warum eine derart brisante Problematik, die eigentlich weder neu noch unbekannt ist, sowenig Gegenstand von Diskussionen oder besser noch Aktionen der sozialen Bewegungen geworden ist — das gilt ja für die Anti-AKW- wie für die Friedensbewegung. Ridder findet für die heimlichen militärischen Aspekte des Atomprogramms das originelle Wort eines nuklearen „Schattenreichs" und spricht von der notwendigen „Entnebelung" der Köpfe. Karl-Heinz Hansen fordert dazu auf, die „Tabuisierung" des Themas endlich zu brechen. R. Jungk schließlich hat ein ganzes (eindrucksvolles) Vorwort auf diese Frage verwandt: Zum einen würden die Herrschenden sehr sorgfältig darauf achten, *selbst* den Zeitpunkt zu bestimmen, ab wann über bundesdeutsche Atomwaffen offen geredet wird. Zweitens gäbe es das an sich ehrenwerte Motiv, mit dieser Diskussion lieber keine schlafenden Hunde zu wecken. Drittens halte die sog. seriöse Publizistik solche angeblich „abenteuerlichen Spekulationen" für unter ihrer Würde. Mit eben diesem Argumentationsmuster, so Jungk, habe man es früher versäumt, sich rechtzeitig mit dem „wahnsinnigen" Hitler auseinanderzusetzen.

Auch Ridder befaßt sich mit dem *„antidemokratischen Kontinuum"* der deutschen Geschichte, dessen Wirksamkeit selbst und gerade nach dem Ende des letztes Krieges er hervorhebt: Die damals eingeleitete, bis heute entscheidende „Wende" habe allein zum Ziel gehabt, die *Folgen* der Katastrophe zu lindern und möglichst bald rückgängig zu machen, nicht jedoch, die *Ursachen* zu beseitigen. Offenbar kann man westdeutsche Atomwaffenpläne kaum ohne diese Assoziationen diskutieren.

Scheinbar ist es auch eine Frage des Zugangs: Wie der Protest gegen amerikanische Pershing-Raketen die klagevolle Erörterung „mangelnder westdeutscher Souveränität" nach sich zog, von Ridder in jeder Spielart einschließlich des Friedensvertrags-Gefasels schärfstens kritisiert, so führt die Debatte um militärische Großmachtambitionen der BRD geradezu organisch zur NS-Vergangenheit zurück. Vielleicht wird das Thema deshalb so peinlich gemieden? K. Traube jedenfalls macht es sich in diesem Punkt sicher zu einfach. Wie in mehreren seiner Veröffentlichungen wehrt er sich gegen die Annahme, das westdeutsche Atomprogramm sei von Anfang an von militärischen Motiven begleitet oder gar geleitet gewesen. Sein Kernsatz: *„Gelegenheit macht Diebe"*. Sobald eine Wiederaufarbeitungsanlage oder ein schneller Brüter verfügbar sind, würden sich auch diejenigen finden, die das Mögliche, eine Atombewaffnung der Bundeswehr, realisieren.

Man hat bei ihm, dem Atomdissidenten, nicht einmal das Gefühl, er persönlich könne sich nicht eingestehen, einmal zu einem so ungeheuerlichen Zweck mißbraucht worden zu sein. Eher ist es die Loyalität gegenüber der SPD, der er solche Verantwortung nicht aufbürden mag. Denn Traube weiß genauer als mancher andere, daß die Sozialdemokraten nicht nur die „friedliche Nutzung der Atomkraft" schlechthin betrieben, sondern insbesondere die sog. „fortschrittlichen Linien" der Atomtechnik forcierten. Nicht umsonst stehen der schnelle Brüter, die Urananreicherungsanlage, der Hochtemperaturreaktor sowie die Brennelement- und Plutoniumfabriken, also die Mehrzahl der militärisch verdächtigen Anlagen, in den traditionell sozialdemokratisch regierten Ländern NRW und Hessen.

Rührt die Gefahr allein aus der Machbarkeit, aus der technischen Gelegenheit? Zweifellos ist diese Argumentation ein beträchtlicher Fortschritt gegenüber dem jahrelangen Leugnen, das es in dieser Hinsicht durch die Bank gegeben hat und das ja immer noch dominant ist. Andererseits folgt aus diesem Denkansatz das Dilemma, auf eine Beweisführung zu verzichten und in einer solchen Situation genießt der Atomstaat den gleichen treuherzig-evangelischen Vertrauensvorschuß, den auch die Friedensbewegung stets für Politiker und Militärs parat hatte (‚keiner will den Krieg, nur die Computer können sich mal irren').

Bisher konnte ein BRD-Militär mit einer Bombe made in Germany unterm Arm nicht beobachtet werden — das ist das Problem. Aber der *Griff* danach, der ja eine Handlung ist, das aktive Streben nach dem Besitz, die Auseinandersetzung mit Hindernissen, das alles läßt sich sehr wohl nachweisen. Hier bietet das Buch eine Fülle harter Fakten, und gerade das Zusammentragen aller möglichen Aspekte macht es überzeugend: Die Produktion eigener weitreichender und nuklearfähiger Trägersysteme durch führende Rüstungsbetriebe (J. Elsässer), die deutsche Teilnahme am militärischen französischen Brüterprogramm (M. Schneider), die Hilfestellung für die südafrikanische Atombombe (W. Geissler), die Geschäftsbeziehungen zu allen atomaren Schwellenländern der Dritten Welt (Th. Maass), die reaktionäre Rolle aller Bundesregierungen im Zusammenhang mit dem Atomwaffensperrvertrag (H. Hirsch und M. Küntzel) — so viele „Zufälle" treffen nicht zufällig zusammen. Alles spricht dafür, daß die „Diebe" ihre Gelegenheiten selbst inszenieren.

Das Schlußkapitel befaßt sich mit der kontroversen Diskussion politischer Einschätzungen und Strategien. Hier läuft Petra Kelly zu beachtlicher Form auf, um ihren sozialdemokratischen Kontrahenten Catenhusen und dessen verteidigungspolitische Ambitionen („Selbstbehauptung Europas" gegen die USA, Wiederbelebung der WEU) auszuknocken. Ridder versucht, die Orientierung auf eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa von allen Träumen einer Wiedervereinigung durch die neutralistische Hintertür abzugrenzen und D. Schulze-Marmeling liefert eine diskussionswerte Erörterung des „nuklearen Dilemmas" der BRD. Kurz: Die Bombe wird von ihren Fürsprechern stets in einem Atemzug mit der Wiederherstellung Großdeutschlands genannt. Ihr realer Einsatz dagegen würde das Objekt dieses Begehrens ziemlich unattraktiv machen. Das Mittel zerstört den Zweck. Und doch hat man nicht den Eindruck, daß diese einfache Erkenntnis diejenigen, die es angeht, überzeugen würde.

„Scharfe Waffen des Staats zeige man nicht dem Volk."
Lao-tse

Wo wir schon einmal dabei sind, soll nicht versäumt werden, auf ein bereits vor drei Jahren ebenfalls im Kölner Volksblatt Verlag erschienenes Buch zum gleichen Thema hinzuweisen: „Atome für den Krieg" von H. Grupp und A. Schmalenströr. Beispielsweise erfährt man darin mehr und plausibleres über das sowjetische Atomprogramm als anderswo: Grupp/Schmalenströr erwähnen den Typ des Tschernobyl-Reaktors, RBMK 1000, und nennen einige Daten, die sonst nicht zu finden waren.

So gehen sie davon aus, daß dieser Reaktor jährlich etwa 250 kg Plutonium (alle Isotope) produziert und man kann aus einer Reihe von Indizien (Beschaffenheit der radioaktive Wolke) darauf schließen, daß dies größenordnungsmäßig tatsächlich das — natürlich nur zum Teil freigesetzte — Plutoniuminventar zum Zeitpunkt des Unglücks gewesen sein könnte (der betreffende Tschernobyl-Reaktor ging vor zwei Jahren in Betrieb; doch dürfte er wie jeder neue Reaktor ‚langsam hochgefahren' worden sein, d.h. daß seine reale Betriebsdauer näher an einem Jahr liegt). Wenn dies richtig ist, kann man vorsichtig folgern, daß dem Reaktor kaum Plutonium entnommen wurde, daß das Pu also lange im Reaktor verblieb (dafür gibt es ebenfalls einige Argumente aus der Zusammensetzung des Fallouts) und mithin militärisch nicht besonders interessant wäre. Das spräche, wie auch von Grupp/Schmalenströr angenommen, für eine militärisch bestenfalls untergeordnete Bedeutung dieser sowjetischen Reaktoren, obwohl sie prinzipiell für militärische Plutoniumgewinnung ausgerüstet sind. Jens Scheer u.a. sind vor diesem Hintergrund wohl *zu* schnell mit ihren gegenteiligen Spekulationen an die Öffentlichkeit geprescht.

Das Buch hat insbesondere die vertikale Proliferation zum Thema, d.h. das Ineinanderfließen von zivilen und militärischen Atomprogrammen in den Atomwaffenstaaten, vor allem USA, Frankreich, Großbritannien. So ist es zunächst einmal durchaus keine Selbstverständlichkeit, weshalb die Nuklearmächte, die ja nichts zu verbergen haben, auf ihre zivilen Anlagen zurückgreifen und durch die Aufhebung der offiziellen Trennung ihre eigene Non-Proliferations-Politik unterminieren. Die Erklärung findet sich in den enormen westlichen Rüstungsprogrammen, die Anfang der 80iger Jahre (gegen Ende der Carter-Präsidentschaft) angelaufen sind und selbst in den USA die Plutoniumreserven knapp werden ließen. In diesem Kontext erläutern die Verfasser mit außergewöhnlicher Klarheit, welches die Anforderungen moderner A-Bombentechnik sind, welche technischen Wege es zu den gewünschten Bomben gibt, welche politischen Überlegungen bei der Wahl zwischen den verschiedenen Optionen eine Rolle spielen und welche Funktion die verschiedenen „zivilen" Atomanlagen dabei haben oder haben können.

An diesem Grundlagenwissen kommt man bei der Erörterung des „zivilitärischen Charakters" der Atomtechnik kaum vorbei. Denn man bleibt bei der (richtigen) Feststellung, *alle* Atomanlagen seien militärisch interessant, die Antwort schuldig, wa-

Fortsetzung auf Seite 19

Die FAZ enthüllt: Kommunisten waren schuld an Auschwitz

"Stalin gleich Hitler" ist eine so banale Aussage, daß sie hierzulande keinen Hund hinterm Ofen hervorlockt. Höchstens daß ein paar Nazis oder CSU-Funktionäre sich beleidigt fühlen. „Archipel GULag gleich Auschwitz" ist schon eine etwas kühnere Hypothese, aber auch nicht gerade sensationell. Wenn jedoch ein Historiker in der FAZ schreibt, daß der Archipel GULag die Ursache für Auschwitz gewesen sei, und wenn ihm dann FAZ-Herausgeber Fest persönlich zu Hilfe eilt, so handelt es sich wirklich um eine Neuentdeckung. Neu jedenfalls für die FAZ und das politisch-soziale Milieu, das sie repräsentiert. Aber natürlich nicht wirklich neu, denn Hitler, Goebbels, Himmler und Konsorten argumentierten ähnlich.

Der Historiker Ernst Nolte hat sich in den 60er Jahren als bürgerlicher Faschismus-Theoretiker einen Namen gemacht. Spätestens seit dem 6. Juni diesen Jahres gilt er in interessierten Kreisen als Hauptvertreter einer revisionistischen (1) Strömung unter den BRD-Historikern. An diesem Tag publizierte die FAZ den Text einer Rede, die Nolte eigentlich bei den Frankfurter „Römerberg-Gesprächen" hatte vortragen wollen. „Aus unbekannten Gründen" hatten die Veranstalter ihn wieder ausgeladen. Vielleicht hatte ihnen sein Rede-Manuskript vorgelegen?

„Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische' Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen' Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULag' ursprünglicher als Auschwitz?".
(E. Nolte, FAZ, 6.6.86)

Die erste Hälfte des Textes ist eine Aneinanderreihung von kleineren Unverschämtheiten. Beispielsweise zu Bitburg: Adenauer hat sich ja 1953 auch nicht geweigert, den US-Soldatenfriedhof Arlingtn zu besuchen. Zu den KZs: „auf ihre Art" waren die SS-Mannschaften der Vernichtungslager selber Opfer. Und als erster Höhepunkt: *„Kein Deutscher kann Hitler rechtfertigen wollen, und wäre es nur wegen der Vernichtungsbefehle gegen das deutsche Volk vom März 1945."*

Im zweiten Teil des Textes kommt Nolte zur Substanz seines Anliegens: 1. *„Mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung"* sei der gesamte Holocaust eigentlich schon durch Lenin und Stalin vorweggenommen worden. Zwar haben die niemals den Versuch unternommen, ein ganzes Volk, jedes einzelne Individuum, den kleinsten Säugling und die älteste Greisin eingeschlossen, zu vernichten. Aber immerhin, die Vernichtung der Bourgeoisie als Klasse war ihr Programm. Und das sei doch etwas sehr Ähnliches, meint Nolte. 2. Nicht bloß zulässig, sondern sogar unvermeidbar sei deshalb folgende Fragestellung: „Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische' Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleiches als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen' Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULag' ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord' der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords' der Nationalsozialisten?". In einem anderen Text formulierte Nolte den gleichen Grundgedanken so: *„Die sogenannte Vernichtung der Juden während des Dritten Reiches war eine Reaktion oder eine verzerrte Kopie, aber nicht ein erstmaliger Vorgang oder ein Original."*(2)

Soweit die These. Sie bedarf zunächst einiger Erläuterungen. Da steht gleich am Anfang dieses bemerkenswerte Wörtchen „nur". Die unterstellte Furcht der Nazis, von irgendjemandem umgebracht zu werden, wird damit als die einzige oder mindestens als einzige entscheidende Triebkraft hinter dem Holocaust behauptet. Wohlgemerkt: Behauptet. Denn die von Nolte gewählte Frageform ist vordergründige Taktik. Er fragt gar nicht, sondern er trägt eine These vor. Weiter: Der GULAG sei das „logische und faktische Prius" zu Auschwitz gewesen. Prius ist lateinisch und bedeutet „früher", „vorhergehend". Natürlich geschah das, wovon Nolte unter der Chiffre GULag spricht, zeitlich früher als der Holocaust. Insofern „faktisches Prius", aber das ist eine Banalität, die gar nichts besagt und auf die es nicht ankommt. Hingegen „logisches Prius", das läßt aufmerken. Es soll logisch gewesen sein, daß dem Holocaust der GULag voranging. Dies ließe sich auf die einfache Formel bringen: „Ohne GULag kein Auschwitz". Ebenso, wenn Nolte schreibt, der GULag sei „ursprünglicher" als Auschwitz, so meint er offenbar: der GULag war der Ursprung von Auschwitz.

Nolte hat darauf verzichtet, eindeutige Äußerungen der NS-Führer beizubringen, aus denen zweifelsfrei hervorgeht, daß sie tatsächlich dem Holocaust exakt die von Nolte unterstellte Deutung als Putativ-Notwehr geben wollten. Hier einige Beispiele: Bereits in „Mein Kampf" (1925) schrieb Hitler: *„Siegt der Jude mit Hilfe seines marxistischen Glaubensbekenntnisses über die Völker dieser Welt, dann wird seine Krone der Totentanz der Menschheit sein, dann wird dieser Planet wieder wie einst vor Jahrmillionen menschenleer durch den Äther ziehen."*(3) Und an anderer Stelle direkt im Sinne Noltes: *„Indem der Jude die politische Macht erringt, wirft er die wenigen Hüllen, die er noch trägt, von sich. Aus dem demokratischen Volksjuden wird der Blutjude und Völkertyrann. In wenigen Jahren versucht er, die nationalen Träger der Intelligenz auszurotten, und macht die Völker, indem er sie ihrer natürlichen geistigen Führer beraubt, reif zum Sklavenlos einer dauernden Unterjochung. Das furchtbarste Beispiel dieser Art bietet Rußland, wo der Jude an dreißig Millionen Menschen in wahrhaft satanischer Wildheit teilweise unter unmenschlichen Qualen tötete oder verhungern ließ, um einen Haufen jüdischer Literaten und Börsenbanditen die Herrschaft über ein großes Volk zu sichern."*(4)

Soweit das Vorspiel, nun zur praktischen Konsequenz. Da wäre beispielsweise mit der allergrößten Klarheit und Schlichtheit der Logik SS-Chef Himmler: **„Wir hatten das moralische Recht, wir hatten die Pflicht gegenüber unserem Volk, dieses Volk, das uns umbringen wollte, umzubringen."**(5) Gemeint sind die Juden. Nochmals Himmler, auch sehr nahe dran an Noltes Deutung: *„In dieser Auseinandersetzung mit Asien müssen wir uns daran gewöhnen, die Spielregeln und die uns lieb gewordenen und uns viel näher liegenden Sitten vergangener europäischer Kriege zur Vergessenheit zu verdammen."*(6)

„Steckt nicht in vielen der Argumente und Fragen ein Kern des Richtigen, die gleichsam eine Mauer gegen das Verlangen nach immer fortgehender ‚Auseinandersetzung' mit dem Nationalsozialismus aufrichten?"
(E. Nolte, FAZ, 6.6.86)

Also, gar kein Zweifel, Herr Nolte, wir wissen es aus dem Munde des für die „Endlösung der Judenfrage" praktisch Hauptverantwortlichen, daß an den Juden eine „asiatische Tat" vollbracht werden mußte, um die Juden daran zu hindern, das deutsche Volk umzubringen. Da braucht man gar keine hypothetischen Fragen zu stellen, sondern das gibt's seit dem Nürnberger Prozeß schwarz auf weiß. Die Frage ist bloß: Was gibt dies für eine Neuinterpretation der NS-Geschichte, und nichts weniger ist von Nolte beabsichtigt, tatsächlich her? Man könnte der Frage nachgehen, ob die Nazi-Führer selbst von dieser Version überzeugt waren oder ob sie im voraussehbaren Zusammenbruch 1943/44 vor allem auf der Suche nach legitimierenden Vorwänden und Legenden für das von ihnen angerichtete abscheulichste Verbrechen aller Zeiten waren. Wie immer man diese Frage aber beantworten will, sie ist sekundär und tut politisch gar nichts zur Sache, in der Nolte vorankommen möchte. Das Ding kriegt seine innere Logik erst dadurch, daß Nolte dem Argument der Nazi-Führung eine Art von Berechtigung zuspricht. Keine absolute Berechtigung, dies sicher nicht. Aber doch eine Kausalität, indem der Holocaust als logische Folge einer vorangegangenen „asiatischen Tat", nämlich des GULag, interpretiert wird. Wohlverstanden: „asiatisch" nicht wegen der Russen, sondern wegen der Juden. Denn genau das war ja die Nazi-Logik. Schließlich richtete sich der Holocaust, in seiner wirklichen historischen Gestalt, weder gegen Bolschewisten noch Russen, sondern gegen die Juden, gegen jedes einzelne Individuum, um das noch einmal zu wiederholen.

An diesem Punkt kneift Nolte. Daß Auschwitz eine logische Folge des GULag gewesen sei, macht allenfalls unter der Voraussetzung einen gewissen Sinn, daß man die Behauptung der Nazis akzeptiert, die russische Revolution sei eine Inszenierung des „Weltjudentums" gewesen, folglich seien dafür die Juden insgesamt zu „bestrafen", also offen gesagt umzubringen. Ansonsten liegt nicht der Funken einer Logik in der exzentrischen Konstruktion, man müsse wegen des gewesenen Bürgerkriegs in Rußland jeden greifbaren jüdischen Menschen im ganzen besetzten Europa an Ort und Stelle totschlagen oder in Viehwaggons zur „Vernichtung" nach Auschwitz und ähnlichen Orten transportieren.

Es haut auch aus einem weiteren Grund überhaupt nicht hin. Es ist für Nolte offensichtlich angenehm, den Holocaust als Reaktion auf den GULag zu interpretieren, weil damit die Sowjetunion getroffen werden soll. In Wirklichkeit spielte der Verweis auf die russische Revolution in den zur Begründung des Holocaust heranzuziehenden NS-Quellen kaum eine Rolle. Im Zentrum aller antijüdischen Äußerungen und der internen Holocaust-Apolegetik stand eine ganz andere Kausalkette: der Vorwurf, die Juden hätten den ersten Weltkrieg ausgelöst, die Juden seien für den 9. November, also für die deutsche „Revolution" von 1918 und somit auch für die militärische Niederlage verantwortlich, und die Juden seien gleichfalls am zweiten Weltkrieg schuld. Bekanntlich hatte Hitler das Jahr 1939 mit der finsteren Drohung begonnen: *„Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."*(7) Wenige Tage zuvor hatte Hitler dem tschechischen Außenminister Chvalkovsky anvertraut: *„Den 9. November 1918 hätten die Juden nicht umsonst gemacht, dieser Tag würde gerächt werden"*.(8) Mehrfach wurde von Hitler während des Kriegs in öffentlicher Rede betont, daß nicht die (angeblich von den Juden geplante) Ausrottung der „europäischen Rassen" und der „arischen Menschheit" am Ende des Krieges stehen werde, sondern die „Ausrottung des Judentums in Europa". Also auch hier die Logik, man müsse vernichten, um nicht selbst vernichtet zu werden, aber bezogen nicht auf den GULag, sondern auf die konstruierte Kriegsschuld der Juden.

In der internen Holocaust-Apologetik wurde unermüdlich der 9. November 1918, das heißt der Abschluß der (angeblich von den Juden gesteuerten) Zersetzung der deutschen Kriegskraft von innen, beschworen. Exemplarisch noch einmal Himmler: *„Wir wissen, wie schwer wir uns täten, wenn wir heute noch in jeder Stadt - bei den Bombenangriffen, bei den Lasten und bei den Entbehrungen des Krieges - noch die Juden als Geheimsaboteure, Agitatoren und Hetzer hätten. Wir würden wahrscheinlich jetzt in das Stadium des Jahres 1916/17 gekommen sein, wenn die Juden noch im deutschen Volkskörper säßen."*(9) Fast unmittelbar darauf folgte der bereits zitierte Satz: Man habe das Recht, „dieses Volk, das uns umbringen wollte, umzubringen."

So gesehen müßte man, falls man der Argumentation Noltes folgen wollte, eigentlich schlußfolgern, das „logische und faktische Prius" von Auschwitz sei der erste Weltkrieg und der 9. November. Hieran könnte sich die Deutung anschließen, daß der unmittelbare Ursprung des Holocaust in der englischen Kriegserklärung 1939 und im später folgenden schrittweisen Kriegseintritt der USA liege. Für Nolte ist das selbstverständlich nicht attraktiv, denn ihm geht es nicht um antijüdische Eskapaden schlechthin, sondern auch um die spezielle Gleichsetzung von GULag und Auschwitz zu antisozialistischen Zwecken. Der Effekt ist gleich zweifach: Erstens wird der Hauptgegner in der Ost-West-Konfrontation als Erbe von holocaustgleichen Verbrechen diffamiert. Und zweitens wird die deutsche Verantwortlichkeit für Auschwitz stark relativiert, wenn der GULag dem Holocaust nicht nur als gleichartig zur Seite gegeben wird, sondern Auschwitz geradezu als zwar im Ergebnis zu mißbilligende, aber im Ansatz durchaus logische Überreaktion auf den GULag neubewertet wird.

„Die Rede von der ‚Schuld der Deutschen' übersieht allzu geflissentlich die Ähnlichkeit mit der Rede von der ‚Schuld der Juden', die ein Hauptargument der Nationalsozialisten war."
(E. Nolte, FAZ, 6.6. 86)

Weder die beiden Weltkriege noch die russische Revolution wurden von dem Volk inszeniert, um dessen Abschlachtung es bei der „Endlösung der Judenfrage" ging. Einen „Krieg auf Leben und Tod zwischen arischer und jüdischer Rasse", der nur mit der Vernichtung der einen oder der anderen enden konnte, gab es ausschließlich in den perversen Phantasien und ideologischen Konstruktionen der Nazis. Diese Wahnvorstellungen lassen sich weder mit dem GULag, noch mit dem ersten Weltkrieg begründen, sondern sie sind älteren Ursprungs. Hier sind besonders die sogenannten Protokolle der Weisen von Zion hervorzuheben, eine Fälschung des russisch-zaristischen Geheimdienstes zu Anfang dieses Jahrhunderts. Gegenstand sind frei erfundene Pläne des „Weltjudentums" zur Erlangung der absoluten Weltherrschaft durch Krieg und Terror. In dieser Richtung sollte man nach den „logischen und faktischen" Voraussetzungen für Auschwitz suchen. Außerdem ist der Holocaust nicht absolut zu trennen von anderen nazistischen Massenmordunternehmen, wie der Tötung von 70.-100.000 deutschen „Geisteskranken", der kaum verschleierten Ermordung von 2-3 Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, der Massentötung sogenannter Zigeuner, der geplanten Auslöschung der Bevölkerung von Leningrad, Moskau und Stalingrad und der projektierten Liquidierung von einigen zig Millionen Slawen im Zuge des „Generalplan Ost". Fühlten sich die Nazis von den „Geisteskranken" bedroht? Trieb sie die Furcht, von den Sinti und Roma vernichtet zu werden? Spielten denn nicht an erster Stelle „bevölkerungspolitische" Interessen und Strategien eine Rolle, die engstens mit dem imperialistischen Charakter der deutschen Politik zusammenhingen?

„Die These von der Singularität der NS-Verbrechen wird zuletzt auch durch die Überlegung in Frage gestellt, daß Hitler selbst immer wieder die Praktiken der revolutionären Gegner von links als Lehre und Vorbild bezeichnet hat."
(J. Fest, FAZ, 29.8.86)

Nachdem Jürgen Habermas sich in der „Zeit" (11.7.) gegen „die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung", und in diesem Zusammenhang auch gegen Nolte, gewendet hatte, sprang FAZ-Herausgeber Joachim Fest dem Autor Nolte treu zur Seite. (FAZ, 29.8.) Fest ist bekannt als Autor des Buches „Hitler, eine Karriere", nach dem auch ein Film gedreht wurde. Beiden wurde damals eine beschönigende Tendenz vorgeworfen. Es ist der gleiche Fest, der seinerzeit als einer der Allerersten entdeckte, daß jenes berüchtigt gewordene Fassbinder-Stück auf übelste Weise antisemitisch sei, und der auch in der siegreich beendeten Kampagne zur Absetzung des Stücks vor einigen Monaten wieder in vorderster Linie focht. Also offensichtlich ein Experte. An Noltes Schreibereien kann er keinen Makel finden. Ein bißchen relativiert er sie, um sie an anderer Stelle noch kräftig anzureichern. Etwa durch den hilfreichen Hinweis, daß unter den Führern der Münchner Räterepublik doch wirklich viele Juden gewesen seien. Und die russische Revolution, samt ihren deutschen Ausläufern, sei tatsächlich dazu angetan gewesen, *„Hitlers Ausrottungskomplexen einen realen Hintergrund zu geben."* Da konnte es schon sein, daß Hitler, *„ebenso wie die verängstigten Massen"*, nicht ganz grundlos zu der Überzeugung gelangte, man müsse *„in der Gegenwehr genauso verfahren, wenn auch ‚zehnmal' terroristischer"*. Fest nennt es „Gegenwehr", aber man muß noch einmal feststellen, daß es dabei nicht um militärische Handlungen ging, sondern um die industriemäßige Ermordung unbewaffneter Menschen.

Wo eine klare, immer wieder öffentlich ausgesprochene Vernichtungsabsicht in der Tradition jahrhundertelanger Judenverfolgung wütete, wollen Nolte und Fest den Mördern eine im Grunde defensive Einstellung andichten. Wenn aber schon das systematische Abschlachten von Millionen Nicht-Kombattanten als irregeleitete Gegenwehr uminterpretiert wird, dann muß natürlich für den Krieg erst recht gelten, daß die Nazis ihn nur deshalb führten, weil sie sich selbst bedroht fühlten. Und dies anscheinend nicht ohne Grund: In der FAZ vom 20.8. breitet Günther Gillessen ausführlich „neue Erkenntnisse" zum deutschen Angriff auf die UdSSR im Juni 1941 aus. Danach hatte Hitler nun also doch recht, als er bekanntgab, er sei einem bevorstehenden sowjetischen Angriff zuvorgekommen. Die Rote Armee sei bereits im gesamten Raum hinter der sowjetischen Grenze für einen Offensivkrieg aufgestellt gewesen. Diese Version ist mehr als komisch: Bekanntermaßen war Stalin dem Zusammenstoß 1939 durch einen Nichtangriffspakt ausgewichen, als er eine Allianz mit Großbritannien und Frankreich hätte haben können. Aber 1941, als die UdSSR der inzwischen voll mobilisierten Wehrmacht praktisch allein gegenüberstand, soll Stalin plötzlich Kriegsabsichten gehabt haben. Das gibt keinen Sinn, und übrigens sprechen auch alle bekannten Tatsachen dagegen. Im Gegenteil ist längst hinreichend bewiesen, daß die UdSSR 1941 auf einen Krieg viel zu schlecht vorbereitet war.

Als der „Stern" sich vor ein paar Jahren einen Haufen falsche Hitler-Tagebücher andrehen ließ, war davon die Rede, nun müsse die deutsche Geschichte völlig neu geschrieben werden. Das Interesse ist geblieben, und neu geschrieben wird auch ohne Hitler-Tagebücher ganz fleißig.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

1 Revisionismus: Meint in der Geschichtswissenschaft den (von rechts kommenden) Versuch, Geschichte zu politischen Zwecken „neu zu schreiben".
2 Nolte in einem Aufsatz „Zwischen Mythos und Revisionismus". Hier zitiert nach J. Habermas, „Zeit" vom 11.7.
3 Hitler, Mein Kampf, S.70.
4 ebenda, S.358 f.
5 Rede Himmlers auf einer SS-Gruppenführertagung in Posen, 4.10.43. Zit. nach den Akten des Nürnberger Hauptprozesses, IMT 1919-PS.
6 Rede Himmlers vor Generalen in Sonthofen, 5.5.44. Zitiert nach: Heinrich Himmler, Geheimreden 1933-45. Hrsg.: Bradley, F. Smith u. Agnes F. Petersen, Ffm 1974
7 Rede Hitlers im Reichstag, 30.1. 39.
8 Aus dem internen Bericht über das Treffen Hitler-Chvalkovsky. Zit. nach ADAP, Serie D, Bd. IV, S.158).
9 wie Anm.3.

DKP und Hamburger Wahlen:

Alles ganz einfach

Am 9. November finden in Hamburg die Wahlen zur Bürgerschaft und den 7 Bezirksversammlungen statt. Die GAL hat ihre Frauenliste mit 30 Kandidatinnen aufgestellt und nach heftiger Auseinandersetzung und Kampfabstimmung ein umfangreiches Tolerierungspaket an die Adresse der SPD verabschiedet, das den zunehmenden Trend zur „Realpolitik" in der Partei eindämmen soll. An dieser Stelle soll die Aufmerksamkeit dem Spektrum links von der GAL gelten. Allerdings nicht dem BWK, der das Kuriosum einer Alleinkandidatur wagt, sondern der DKP, die sich mit ihrer Wahlentscheidung erheblich schwerer tat als der BWK.

Herausgekommen ist jetzt folgende Parteientscheidung: Die DKP kandidiert zu den Bürgerschaftswahlen, hält aber Zugewinne der GAL für das entscheidende Signal gegenüber der „Bonner Wende". Der maßgeblich von der DKP ins Leben gerufene Wahlverein „Bündnis" hat auf eine eigene Kandidatur zur Bürgerschaft verzichtet, ruft aber nicht zur Wahl der DKP auf, sondern zur Wahl der GAL. Also: Die DKP kandidiert, empfiehlt jedoch die Wahl der GAL, nicht direkt, aber eindeutig. Weiter: Für die Bezirksversammlungen Eimsbüttel, Altona und Nord rufen das „Bündnis" und die DKP zur Wahl der GAL auf. In den Bezirken Mitte, Harburg und Wandsbek kandidiert das „Bündnis", und die DKP ruft zu dessen Wahl auf. Und im siebten Bezirk Bergedorf kandidiert die DKP, wobei noch unklar ist, ob sie auch zur Wahl der DKP aufruft. Klar?

Was steckt hinter diesem Eiertanz, der vom angesprochenen Wähler ein erheblich geschärftes Klassenbewußtsein fordert, um das Kreuz jeweils an der richtig gemeinten Stelle zu machen? „Wenn das Gorbie wüßte...", unkt die „Hamburger Rundschau" und meint den indirekten Aufruf für die Wahl der GAL. „Das Ende des Kommunismus?" in Hamburg beschwört die Regional-taz (keine Angst, wir sind ja noch da) und sieht in tradi-

Kommunismus?" in Hamburg be-
schwört die Regional-taz (keine Angst, wir sind ja noch da) und sieht in tradi-

tioneller ML-Manier einen Führungs-/Basiskonflikt. Kalkköpfe in der Düsseldorfer DKP-Zentrale hätten den „vergleichsweise unorthodoxen, sympathischen und beweglichen Bezirkschef Wolfgang Gehrcke" zu dieser Doppel- bis Dreifachstrategie gezwungen. So kann man's auch sehen.

Doch lassen wir die Hamburger DKP selber zu Wort kommen, bevor wir des Rätsels Lösung versuchen. Sie wolle sich an der Wahl beteiligen, um im Wahlkampf als eigenständige Kraft DKP präsent zu sein und sich zu „profilieren". Ob das nach außen gelingt, wer mag das glauben? Für die interne Argumentation ist im Beschluß des DKP-Bezirksparteitags vom 23. August der Erfolg bereits festgehalten worden: „Die Wirksamkeit der DKP-Kandidatur ... mißt sich also daran, wie es uns gelingt, zu einem politischen Klima gegen Rechts beizutragen". Oder wie Wolfgang Gehrcke lesbar frustriert in einem Interview der UZ formulierte: „Stimmen, die für die DKP in diesem Wahlkampf abgegeben werden, zählen natürlich, wie Stimmen der SPD und GAL, für die Kräfte links von der CDU ... Für uns ist wichtig, daß diese Stimmen in das Kräftepotential links von der CDU eingerechnet werden..." (UZ, 30.8.86). Kein Wähler wird so dumm sein, die 0,2 % für die DKP in der Weise zu zählen, weil sie für dieses Ziel bedeutungslos sind, es sei denn, eine zählbare rot-grüne Mehrheit würde gerade an diesen 0,2 % scheitern. Dann aber würde dies nicht als Gewinn, sondern als Verlust betrachtet, so ist das bei Wahlen. Doch den DKP-Mitgliedern kann man solchen Unsinn anscheinend zumuten. Ein Risiko geht die DKP allerdings nicht ein, ist doch eine satte Mehrheit von über 50 Prozent für SPD und GAL bombensicher. Reine DKP-interne Logik hat zum Kandidaturzwang geführt, eine Kandidatur, die man selber ad absurdum geführt hat und die würdig mit dem BWK-Auftreten konkurrieren kann. Denn für das „Hamburger Signal gegen die Bonner Wende ist ... entscheidend, daß es der GAL gelingt, Wählerstimmen dazuzugewinnen", heißt es in dem Bezirksparteitagsbeschluß. So darf man denn gespannt darauf sein, ob diesmal weniger als die Hälfte der DKP-Mitglieder für die eigene Partei stimmen oder ob — wie an den Wettschaltern spekuliert wird — die Partei Wahlkampf macht, um präsent zu sein, aber sich kurz vor der Wahl zurückzieht. Immerhin ist eine Aussage im Hamburger Beschluß bemerkenswert: Die Wahl der SPD trage „nicht zu einer neuen Politik in Hamburg bei, befördert nicht den außerparlamentarischen Kampf", da zwar viele Sozialdemokraten zum Potential für eine andere Politik zählen würden, aber „die Senatspolitik eine schwere Behinderung" hierfür darstelle.

Der geschilderte Eiertanz ist Produkt eines opportunistischen Austaktierens. Mit der Bildung des „Bündnis" seit Ende 1985 (vergleiche auch AK 268) beabsichtigte die DKP vor allem ein Druckmittel gegenüber der GAL aufzubauen, um auf Teufel komm raus auf deren Listen raufzukommen, ein Hamburger Signal für die Bemühungen der „Friedensliste", bei den Grünen unterzuschlupfen. Doch in der GAL war man dazu nicht bereit. Viele aus grundsätzlichen Überlegungen heraus, die meisten GAL-Instanzen aus Ignoranz gegenüber der Auseinandersetzung. Ihr hervorstechendes Kennzeichen ist, daß sie überwiegend mit sich selber beschäftigt sind. Dennoch versucht die Hamburger DKP mit der Legende von größerer Annäherung zwischen DKP und GAL zu arbeiten, um ihr Vorgehen zu rechtfertigen. So erfahren Leser der UZ von angedeuteten Zeichen der Gemeinsamkeit, die sich in der Öffnung der GAL-Listen für Kandidaten des „Bündnis" („in dem auch Kommunistinnen und Kommunisten mitarbeiten", so Gehrcke in UZ) ausdrücke. Nicht einmal die Leser der Hamburger UZ-Wochenseite sind über den Umfang dieser Gemeinsamkeit exakt in Kenntnis gesetzt worden. Also holen wir das nach: Bei der Kandidatinnenaufstellung für die Bürgerschaft stellten sich

nis gesetzt worden. Also holen wir das nach: Bei der Kandidatinnenaufstellung für die Bürgerschaft stellten sich

drei Frauen aus dem „Bündnis" erstmals ab Platz 22 individuell zur Wahl. Zwei fielen völlig durch (darunter eine DKPlerin), eine unorganisierte Frau wurde auf den aussichtslosen Platz 24 gewählt. Das reichte dem „Bündnis" zum Verzicht auf eine Eigenkandidatur und zum Wahlaufruf für die GAL. Eindrucksvoller kann kaum demonstriert werden, wie überflüssig ein solches „Bündnis" für die angestrebte inhaltliche Parlamentsbeteiligung ist. In drei Bezirken ist jeweils ein Mitglied des „Bündnis" auf den GAL-Listen gelandet, darunter kein DKP-Mitglied. In Altona und Eimsbüttel auf den aussichtslosen Plätzen 13 und 14. Allein im Bezirk Nord ist mit Platz 2 ein Mitglied der DFU auf einem sicheren Parlamentsplatz. Die Ablehnung der GAL, Bündniskandidaten in den Bezirken Mitte, Wandsbek und Harburg auf die Listen zu nehmen, hat hier zu dessen Kandidatur für die Bezirksversammlungen geführt. In Bergedorf, wo sich das „Bündnis" bislang nicht konstituieren konnte, mußte die DKP einspringen. Für die DKP bleibt bei alledem unter über 100 Kandidatinn/en auf den GAL-Listen nicht ein einziger Platz. Wo ist da die Eigenständigkeit der Kommunisten? Also mußte die Form der komplizierten Eigenkandidatur, die keiner ernstnehmen soll, gefunden werden, damit auch der letzte begreift, daß „eine antimonopolistische Entwicklung unseres Landes ohne eine parlamentarische Verankerung von Kommunisten nicht denkbar" ist, wie es im Hamburger DKP-Beschluß heißt.

PS: Im KB tobt ein heftiger Disput, ob es angesichts dieser Entwicklung nicht richtig gewesen wäre, in Hamburg eine Eigenkandidatur durchzuführen. Noch nie sei es so leicht gewesen, so die Befürworter, in Konkurrenz mit DKP und BWK zur stärksten der Parteien auf der Linken zu werden, zumal die GAL zu unrecht vielen noch als mehr links gilt, obwohl sie schon längst mehr grün ist.

hr.



Rau wählen? Wozu soll das gut sein?

Eine Super-Idee gewinnt an Boden: Wer Kohl nicht als Kanzler will, muß Rau als Kanzler wollen. Logisch, oder? Wenn die SPD die absolute Mehrheit kriegt, was aber niemand glaubt, gibt es überhaupt keine Probleme. Falls es eine absolute Mehrheit für die Regierungsparteien gibt, kann man leider nichts machen. Aber wenn es, Gott verhüte, eine „rot-grüne Mehrheit" gibt, dann wird Politik wieder richtig interessant. Und nun kommt die Super-Super-Idee: Die grünen Abgeordneten müssen mithelfen, daß Rau zum Kanzler gewählt wird. Denn sonst bleibt Helmut Kohl Kanzler, und das wollen wir doch nicht verantworten. Auch würde es das Wahlvolk den Grünen vermutlich übelnehmen, wenn sie nicht als bundestägliches Stimmvieh für Rau bei Bedarf zur Verfügung stünden.

Der Hamburger Ex-Linksradikale Stamm hat schon vor Monaten den Vorschlag auf den Markt geworfen, man müsse im Falle des Falles den Herrn Rau ohne Vorbedingungen und Gegenleistungen küren. Auch solle man den Haushalt gemeinsam mit der SPD beschließen, gleichfalls ohne Vorbedingungen. Keinesfalls aber dürfe man mit der SPD ein Koalitionsbündnis eingehen, keinesfalls dürfe man Regierungsämter übernehmen.

Das kam anfangs als ganz linke Position daher, vor allem als Kritik am

gierungsämter übernehmen.

Das kam anfangs als ganz linke Position daher, vor allem als Kritik am blanken Opportunismus der Hessen-Grünen. Wer der SPD überhaupt keine Bedingungen stellt, braucht natürlich nachher nicht groß zu schwindeln, was er der SPD alles an Zugeständnissen abgerungen habe. Man fordert nichts von der SPD, kriegt nichts von der SPD und bleibt innerlich und äußerlich sauber. Außerdem behält man die wundervolle Freiheit, als konsequente Opposition auf alle Fehler der Regierung zu weisen. Wenn den Stamm der traditionssozialistische Hafer sticht, erinnert er auch schon mal an Lenin: Linker Radikalismus, Kinderkrankheit und so. Wir Alten wissen Bescheid. Rau stützen wie der Strick den Gehenkten stützt. Das geht tierisch ab, Revolution und so. Aber wenn Stamm den Lenin zitiert, dann kommt mir das vor wie Willy Brandt mit Bob Dylan. Siehe dazu an anderer Stelle dieser Zeitung. Es sieht einfach zu fies nach billigem Schmier aus.

Was angeblich mal als linke, gar sozialistische Alternative zu Realos und Koalos gedacht war, hat mittlerweile sehr an Plausibilität und Attraktivität gewonnen. Der Grund dafür ist einfach: Die SPD scheint es ziemlich ernst zu meinen mit ihrer Aussage, daß es im Bundestag keine „rot-grüne" Koalition geben werde. Zwar, SPD-Aussagen sind im Prinzip weniger wert als Hühnerkacke. Siehe Börners Gefuchtel mit der Dachlatte und sein Schwur, nie werde er sich mit den Grünen auch nur an einen Tisch setzen. Aber die politische Logik spricht dafür, daß einem „rot-grünen" Regierungsbündnis in Bonn wirklich unüberwindliche innen- und außenpolitische Hindernisse entgegenstünden. Anders gesagt: So etwas möchten weder der BDI noch unsere amerikanischen Freunde haben. Also ist es nicht machbar.

Die Idee, Rau gegebenenfalls völlig gratis zu wählen, ist also eine angemessene Anwort auf die Tatsache, daß man von der SPD vermutlich sowieso nichts bekommen würde. Das macht die Stärke von Stamms Vorschlag aus. Einst als Linksradikaler gestartet, explodiert er nun als Realpolitiker neuen Stils. Der kommende Realpolitiker rechnet nämlich nicht mehr mit Ministerämtern und Spitzengehältern. Er macht sich darauf gefaßt, der SPD ganz umsonst zu dienen, und dies seiner Partei auch noch als neue Oppositionspolitik schmackhaft machen zu müssen.

Wer Rau ohne Vorbedingungen wählt, wird ihn mindestens die kommenden vier Jahre nicht bloß ertragen, sondern gelegentlich auch abstützen müssen. Sonst macht das Unternehmen keinen Sinn. Man kann nicht Rau zum Kanzler machen, den Haushalt mitbeschließen, und dann irgenwann wegen einer konkreten Schweinerei plötzlich aus dem fahrenden Zug springen wollen. Das heißt, man kann das selbstverständlich machen, aber es fehlt dann an innerer Logik und Glaubwürdigkeit. Wer Rau wählt, weil er ein klein bißchen besser als Kohl ist, wird ihm die Treue halten müssen. Denn die Politik der SPD kann niemals so schlecht sein, daß nicht eine noch schlechtere der CDU/CSU vorstellbar wäre. Wer zum Sturz Rau's beiträgt, bereitet einem CDU/CSU-Kanzler den Weg. Und der ist dann vielleicht keine so totale Lusche wie der amtierende Pfälzer Saumagen.

Auf dem Papier sieht das anscheinend für manche Linke immer noch ganz flott und einleuchtend aus: Wir wählen Rau, stimmen dem Haushalt

nend für manche Linke immer noch ganz flott und einleuchtend aus: Wir wählen Rau, stimmen dem Haushalt

zu, und danach machen wir Opposition, Opposition, Opposition. Wirkliche Politik läuft leider nicht ganz so schlicht. Die Grünen würden es bei der vorausgesetzten Konstellation im Bundestag permanent mit Abstimmungen zu tun haben, bei denen die Vorlagen der SPD ein klein bißchen liberaler, menschlicher, rechtsstaatlicher sind als die Alternativen der rechten Opposition. Wird man da nicht, um Schlimmeres zu verhüten, eine Kröte nach der anderen schlucken müssen? Wird man nicht zu vielen Schweinereien die Hand reichen im vorzüglichen Bewußtsein, man könne ja sowieso nichts ändern und wenigstens sei nun die CDU/CSU mit ihren viel schärferen Forderungen nicht zum Zuge gekommen? Mensch stelle sich so etwas wie die aktuelle *Asylanten*-Debatte mal mit einer „rot-grünen" Mehrheit vor. Wer einmal A gesagt (Rau gewählt) hat, wird später wohl auch ziemlich oft B sagen. Die Logik des Kleineren Übels fordert Konsequenz, oder sie macht sich selbst unglaubwürdig.

Dies ist kein Witz: In Hamburg ist ein Altlinker (Ghostthinker von Michael Stamm) vor ein paar Jahren wirklich auf eine famose Idee gekommen: Wir, das war konkret die GAL, stimmen den Anträgen der SPD generell zu, machen aber zugleich verbal deutlich, daß wir eigentlich schärfste Kritik am Inhalt dieser Anträge haben und sie nur unterstützen, damit die CDU nicht zum Zuge kommt. Die denkende Wählerin und der denkende Wähler mögen sich fragen, wofür grüne Abgeordnete im Parlament sein müssen, wenn sie ohnehin wie SPDler abstimmen und bloß noch linke Reden halten. Das ist zwar auch ganz nett, aber muß es ausgerechnet im Rathaus oder Bundestag sein? Nur wegen der gelegentlichen Fernsehkameras?

Es ist traditionell das Dilemma der SPD-Linken, daß sie links schwätzen und rechts abstimmen. Dieser Tatsache entspricht der Zustand der SPD-Linken. Die Leute glauben einem nicht, und am Ende traut man sich selbst nicht mehr. Von der außerparlamentarischen Opposition sollte sich eine parlamentarische Opposition nicht bloß darin unterscheiden, daß sie Reden im Parlament statt auf der Demo-Abschlußkundgebung hält. Zumal bei den meisten Bundestagseinschläferungen viel weniger TV anwesend ist als bei vielen Demos.

Natürlich kann man mit 5 oder 8 Prozent im Parlament nicht die Regierungspolitik maßgeblich beeinflussen. Aber folgt daraus unbedingt, daß man der real existierenden Regierungspolitik, sofern sie nur ein klein bißchen besser ist als die der CDU/CSU, seine bundestäglichen Stimmen leihen muß? Opposition kann doch auch etwas ganz Interessantes und Nützliches sein. Die SPD hat das jahrzehntelang praktiziert. Es ist keineswegs sicher, was aus dieser Partei geworden wäre, wenn sie sich schon 5-6 Jahre nach ihrer Gründung mit der gleichen Geilheit und Bedenkenlosigkeit danach gedrängt hätte, ein Stückchen „Regierungsverantwortung" zugeteilt zu kriegen und sich als Steigbügelhalter irgendeines „kleineren Übels" konstruktiv zu präsentieren, wie es heute die Grünen tun. Der Grünen Partei fehlt es anscheinend keineswegs an der gehörigen Verkommenheit, um eine miserable Rolle im herrschenden System zu übernehmen. Was ihr aber fehlt, ist neben politischem Talent vor allem Geduld. Da könnte man sich an der SPD ein Bei-

Was ihr aber fehlt, ist neben politischem Talent vor allem Geduld. Da könnte man sich an der SPD ein Bei-

spiel nehmen. Aber vielleicht ist das wirklich auch eine Klassenfrage.

Was aber Michael Stamm angeht, so ist nicht mehr zu verkennen, daß er schon nicht mehr argumentiert wie ein skrupelloser grüner Realo, sondern geradeheraus wie ein SPDler. Was sonst ist gemeint, wenn er seinem Ex-Genossen Ebermann vorwirft, dieser verzichte darauf, „*bei einer numerischen rot-grünen Mehrheit reformerische Effekte zu erzielen. Von vornherein wird zur Zusammenarbeit Njet gesagt, es sei denn, die SPD übernimmt in wichtigen Fragen voll die grünen Positionen.*" (Hamb. Rundschau, 3.7.86). Das sind doch klassische sozialdemokratische Argumentationsmuster. Bis hin zu dem albernen "Njet", das ein Relikt aus den unsäglichen Zeiten ist, als man der Sowjetunion so gern Obstruktionspolitik in der UNO vorwarf. Und an welche „reformerischen Effekte" denkt Stamm? Hält er sie für machbar? Welche? Hat er dafür auch noch ein Lenin-Zitat parat? War es Lenins Rat an die deutschen und englischen Kommunisten, mithilfe der SPD reformerische Effekte herbeizuführen? In der September-Ausgabe der „Kommune" hat Stamm den grünen Radikalinskis vorgerechnet, daß ein sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie von der SPD sowieso nicht verlangt werden darf. Einfach nicht drin, die SPD kann nicht. Die Sachzwänge sind das Problem. Auf andere Probleme, wie etwa die NATO-Mittelstreckenraketen, kann man diese These mühelos hochrechnen. Klarer Fall: Selbst wenn die SPD will, und es hat sich da doch wirklich eine ganze Menge „bewegt", läßt sich ein Abzug nicht durchsetzen. Oder nehmen wir die Ausländerpolitik: Schließlich muß die SPD Rücksicht auf ihr Wählerpotential nehmen, da läßt sich also auch wenig machen. Wenn man alles dies zusammennimmt: Wofür Rau statt Kohl? Nur für die Aufwertung unseres Ansehens im Ausland?

Kt., Hamburg

Affäre Dost: Modell Deutschland auf Drogen-Jagd

Am 21. August wurde der Niederländer Harm Dost vom Landgericht Düsseldorf zu zehn Jahren Knast verurteilt - und zwar für (vermeintliche) Straftaten, die ausschließlich in den Niederlanden begangen worden sind. Dies ist keineswegs der einzige Skandal an der Affäre Dost. Der 38jährige Niederländer war im November 1984 auf Drängen der westdeutschen Behörden während eines Urlaubs auf Teneriffa von der spanischen Polizei verhaftet und sieben Monate später an die BRD ausgeliefert worden. Für einen Teil der Delikte, für die Dost jetzt in Düsseldorf verurteilt wurde, hatte er in den Niederlanden bereits eine Haftstrafe verbüßt. Das aber tat für Staatsanwalt Hallmann und Richter Strauß nichts zur Sache. Denn, so Hallmann: „Die Justiz der Bundesrepublik hat mit den Urteilen ausländischer Gerichte nichts zu tun."

Es geht um den Verkauf von „weichen Drogen": Haschisch und Marihuana. Ein Delikt, das zum Ärger westdeutscher Sicherheitskräfte und Meinungsmacher in den Niederlanden wesentlich weniger schwer geahndet wird als in der BRD.

Mitte der siebziger Jahre schlug der Name Dost schon einmal hohe Wellen in der niederländischen Öffentlichkeit. Am 10. September 1975 wurde der damalige Sozialarbeiter an der niederländisch-deutschen Grenze verhaftet. Dost hatte rauschgiftsüchtigen Jugendlichen in seinem Wohnort Arnhem Hanf-Produkte als Alternative zu „harten Drogen" (wie Heroin u.ä.) besorgt. Dafür wurde er von der bundesdeutschen Justiz zu drei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der „Grund" für diese grobe Einmischung in innerniederländische Angelegenheiten: Dosts Klientel bestand zum Teil aus westdeutschen Jugendlichen, die auf einem Trip in Holland waren.

Die zahllosen niederländischen Proteste führten dazu, daß Dost, nachdem er achtzehn Monate seiner Strafe verbüßt hatte, in seine Heimat abgeschoben wurde. In die BRD konnte er nun nicht mehr einreisen. Sicherheitshalber ließ Dost beim niederländischen Außenministerium anfragen, ob er etwa auch in anderen Ländern Gefahr laufe, erneut in die Fänge der westdeutschen Justiz zu gelangen.

„Universalitätsprinzip"

Um den juristischen Zusammenhang verstehen zu können, muß mensch wis-

erneut in die Fänge der westdeutschen Justiz zu gelangen.

„Universalitätsprinzip"

Um den juristischen Zusammenhang verstehen zu können, muß mensch wis-

sen, daß die BRD (als einer von ganz wenigen Staaten) beim Handel mit Drogen das sogenannte Universalitätsprinzip anwendet. Das bedeutet: Egal, wer, mit welcher Staatsangehörigkeit auch immer, in welchem Land der Welt Drogen verkauft — er kann in der BRD dafür belangt werden.

Der damalige Außenminister Van der Stoel beantwortete Dosts Anfrage mit der Versicherung, die BRD könne das Universalitätsprinzip nur dann anwenden, „wenn ein Verdächtigter in der Bundesrepublik angetroffen wird, wenn die deutsche Justiz über genügend belastendes Material verfügt, auf das sich eine Verfolgung stützen kann und wenn deutsche Interessen im Spiel sind."

Dennoch wurde Dost am 9. November 1984 aufgrund eines westdeutschen Haftbefehls in einem Hotel in Santa Cruz de Teneriffa verhaftet. Da Spanien (wie fast alle Staaten) Drogenhandel nicht als Universal-Verbrechen behandelt, konnte die spanische Justiz dem deutschen Auslieferungsantrag nur deshalb zustimmen, weil Dost der Einfuhr von Drogen in die BRD beschuldigt wurde. Nachdem Dost dann (erneut) hinter bundesdeutschen Gittern saß, blieb von dieser Beschuldigung nichts mehr übrig als eine doch sehr generöse Auslegung des Begriffs „Einfuhr": Direkt habe Dost zwar nur in den Niederlanden mit Drogen gehandelt. Aber seine Kundschaft habe zum Teil aus Deutschen bestanden. Daher habe die BRD „den wesentlichen Effekt dieser Verkaufsaktivitäten" zu tragen und könnte durchaus von „Einfuhr" gesprochen werden. So

„Einfuhr": Direkt habe Dost zwar nur in den Niederlanden mit Drogen gehandelt. Aber seine Kundschaft habe zum Teil aus Deutschen bestanden. Daher habe die BRD „den wesentlichen Effekt dieser Verkaufsaktivitäten" zu tragen und könnte durchaus von „Einfuhr" gesprochen werden. So

Staatsanwalt Hallmann, der es auch nicht lassen konnte, in seinem Plädoyer das „milde Drogenklima" in den Niederlanden scharf zu kritisieren.

Die radikaldemokratische Wochenzeitung „Vrij Nederland" (19.10.1985) kommentierte: „Die deutsche Justiz hat ihre spanischen Kollegen bewußt hinters Licht geführt, um Dost fassen zu können." Richter Strauß räumte zwar ein, daß beim Auslieferungsantrag „Fehler" gemacht worden seien. Aber mit der Bemerkung, dafür sei nicht Hallmann verantwortlich, sondern das Bundeskriminalamt, das den Staatsanwalt falsch informiert habe, war die Sache für ihn gegessen.

Dost wurde verurteilt wegen des Verkaufs von insgesamt etwa 100 Kilogramm Haschisch. Dabei soll er in den Jahren 1978 bis 1981 auch an westdeutsche Jugendliche verkauft haben. In den Jahren 1982 und 1983 soll er an eine niederländische Dealergruppe verkauft haben, die den Shit unter anderem in der BRD weiterverkauft haben soll.

Im zweiten Fall gab es also noch nicht einmal direkt deutsche Kunden, sondern höchstens indirekt. Im ersten Fall gab es zwar direkt deutsche Kunden. Aber für die entsprechenden Delikte war Dost 1981 bereits von einem niederländischen Gericht zu einer Freiheitsstrafe von zwanzig Wochen (davon zehn auf Bewährung) verurteilt worden! Ungeachtet dieser juristischen Ungeheuerlichkeit ist Richter Strauß nun auch noch sauer darüber, daß in der niederländischen Öffentlichkeit Erinnerungen an die Nazi-Zeit aufkamen. (Vgl. „De Volkskrant", 22.8.1986)

Schlag gegen niederländische Drogenpolitik

Die renommierte Vereinigung für die Reformierung des Strafrechts, die Coornhert-Liga, sprach von einem „politischen Urteil" und von einem „Schlag ins Gesicht der niederländischen Drogenpolitik". Sie warf der BRD zudem Mißachtung der niederländischen Rechtssprechung vor. Europaparlamentarier Van der Lek klagte, auf diese Weise werde den Niederlanden „eine eigenständige Drogenpolitik unmöglich gemacht". Das konservative „NRC-Handelsblad" überschrieb ihren Bericht über das Düsseldorfer Urteil mit: „Strafe für Dost ist Symptom des Drucks der BRD auf die niederländische Drogenpolitik" und sprach in einem redaktionellen Kommentar von einer „arroganten Aktion der westdeutschen Justiz". Die sozial-

vative „NRC-Handelsblad" überschrieb ihren Bericht über das Düsseldorfer Urteil mit: „Strafe für Dost ist Symptom des Drucks der BRD auf die niederländische Drogenpolitik" und sprach in einem redaktionellen Kommentar von einer „arroganten Aktion der westdeutschen Justiz". Die sozial-



demokratisch orientierte „Volkskrant" meinte, Harm Dost müsse „jetzt büßen für die starren Auffassungen" der bundesrepublikanischen Drogenjäger.

Auch Justizminister Korthals Altes zeigte sich „schockiert über die Höhe der Strafe". Er vertrat die Ansicht, das Urteil verstoße gegen das „Ne bis in idem"-Prinzip (das besagt, daß mensch nicht mehrere Male für eine Straftat verurteilt werden darf) und äußerte die Befürchtung, die Haltung der westdeutschen Justiz könne der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität nur schaden.

Obwohl Korthals Altes angekündigt hat, „ein eindringliches Gespräch" mit seinem westdeutschen Kollegen Engelhard über die Affäre Dost führen zu wollen und obwohl die Niederlande mittlerweile die Auslieferung von Dost beantragt haben, ist die Rolle der niederländischen Obrigkeit in dem ganzen Spiel doch sehr dubios.

Regierung, Botschaft und Justiz haben seinerzeit, trotz mehrfacher Aufforderung, keinen Finger krumm gemacht, um Dosts Auslieferung von Spanien an die BRD zu verhindern. Auch seiner Aburteilung haben sie lange Zeit keinen Stein in den Weg gelegt. Polizei und Staatsanwaltschaft aus Arnhem leisteten ihren Kollegen auf der anderen Seite der Grenze sogar Amtshilfe — und zwar auf illegale Weise. So wurden der westdeutschen Justiz heimlich niederländische Akten über Dost zur Verfügung gestellt. Dost selbst vermutet sogar (keineswegs unbegründet), daß der Tip über seinen Aufenthalt auf Teneriffa, der zu seiner Verhaftung führte, aus Arnhem kam.

Und es gibt weitere Hinweise darauf, daß Teile des niederländischen Staatsapparates, die eine schärfere Gangart bei der Drogenbekämpfung bevorzugen, niederländische Dealer (mangels eigener Möglichkeiten) auf dem Umweg über das Modell Deutschland zur Strecke bringen wollen.

Mehr Protektionismus?

Die Coornhert-Liga will einen Prozeß gegen den niederländischen Staat führen, mit dem sie „eine protektionistischere Politik" erzwingen und eine Wiederholung der Affäre Dost unmöglich machen will. Dosts Verteidigung hat beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe Revision gegen das Düsseldorfer Urteil beantragt. Dost selbst, der die Teilnahme an den Gerichtssitzungen stets verweigerte und 35 Tage in Hungerstreik ging, will „aus prinzipiellen Gründen" keine Begnadigung beantragen, da dies eine Anerkennung des Urteils einschließe. Er will allerdings weiter prozessieren, notfalls bis zum Europäischen Gerichtshof in Straßburg.

Niederlande-Kommission

Quellen: Div. Ausgaben von „De Volkskrant", „NRC-Handelsblad", De Gelderlander", „Vrij Nederland"

Drogenbekämpfung ohne Knüppel

Der Vorsitzende des Landgerichts Düsseldorf, Strauß, betonte, das Urteil gegen Harm Dost dürfe nicht als Kritik der niederländischen Drogenpolitik verstanden werden. Staatsanwalt Hallmann hingegen konnte es nicht lassen, das „milde Drogenklima" in den Niederlanden explizit zu attackieren. Die niederländische Polizei unternehme „fast nichts" gegen den Handel mit „weichen Drogen". Nur dadurch sei es möglich, daß immer mehr Haschisch aus den Niederlanden in die BRD komme.

Der niederländische Drogenexperte Van Vliet bezeichnete Hallmanns Argumentation in einem Interview mit dem „NRC-Handelsblad" (22.8.86) als „dummes Geschätz". Es sei zwar richtig, daß der größte Teil der Hanf-Produkte in der BRD aus den Niederlanden komme. Aber das habe viel mehr mit bestehenden Handelsrouten als mit der niederländischen Drogenpolitik zu tun. Gleichzeitig sei es nämlich auch so, daß der größte Teil des Heroins, der aus Westasien in die Niederlande gelange, durch die BRD transportiert werde. Die Polizei könne höchstens fünf bis zehn Prozent der Drogen, die ein- oder ausgeschmuggelt werden, beschlagnahmen. Außerdem sei es verfehlt, das zunehmende Bedürfnis an Drogen in der BRD außer Acht zu lassen.

In den Niederlanden werden Drogendelikte (wie übrigens fast alle Delikte) durchweg weniger hoch bestraft als in der BRD. Es gibt kaum Zwangsentzug, da der Effekt dieser Maßnahme — ebenso wie der Effekt hoher Haftstrafen — bezweifelt wird. Bei Unfällen mit Überdosen wird die Polizei nicht eingeschaltet, damit schneller ärztliche Hilfe herbeigerufen werden kann.

Sowohl zwischen Händlern und Konsumenten als auch zwischen „Drogen mit einem unakzeptablen Risiko" (Heroin, Kokain, LSD usw.) und den „traditionellen Hanf-Produkten" wird stärker unterschieden als in der BRD.

Der Besitz kleiner Mengen (30 Gramm) Haschisch und Marihuana wird nicht mehr als Verbrechen, sondern nur noch als Ordnungswidrigkeit angesehen und selten geahndet. Der Handel mit Shit wird allerdings (vor allem wenn es um größere Mengen und/oder internationalen Handel geht) immer noch als Verbrechen behandelt. Dazu sind die Niederlande aufgrund internationaler Verträge verpflichtet. Jedoch hat die Fahndung nach Shit-Dealern keine hohe Priorität.

Es gibt eine relevante Strömung, die für eine weitere Liberalisierung der Drogenpolitik eintritt. Viele Niederländer/innen würden es begrüßen, wenn Haschisch und Marihuana ganz legalisiert würden. Auf einem Kongreß anläßlich des hundertjährigen Bestehens des niederländischen Strafgesetzbuches vertrat der Amsterdamer Jurist Professor Rüter kürzlich die Ansicht, das Strafrecht sei überhaupt „kein geeignetes Mittel" zur Drogenbekämpfung. Es erzeuge mehr Probleme als es löse. So würde es „keinen Schwarzmarkt und keine steuerfreien Monopolgewinne mehr" geben, wenn das Strafrecht sich aus der Drogenbekämpfung zurückziehen würde.

Die internationale Mafia werde eine immer größere Bedrohung. Sie könne, gerade weil die Drogen in den Bereich der Illegalität fallen, immer weiter in legale Unternehmen und Regierungen eindringen. Sie schalte das Strafrecht zum Teil bewußt ein, um Angebot und Preis zu stabilisieren: „Wenn durch ein Überangebot ein Fallen der Preise droht, läßt sie die Polizei ein paar Partien vom Markt nehmen. Jeder weiß, daß die Beschlagnahmung von Drogen zu einem nicht unerheblichen Teil dem Verrat der Konkurrenz zu verdanken ist."

Die Kriminalisierung des Drogenkonsums erzeuge dadurch, daß sie die Süchtigen in den Untergrund dränge und die Preise hoch halte, eine Reihe sekundärer Probleme wie Diebstahl und Prostitution. Polizei und Justiz seien durch die Behandlung von Drogendelikten völlig überlastet. Desweiteren sei besorgniserregend, daß im Rahmen der Drogenbekämpfung die Befugnisse der Polizei immer mehr erweitert, die Rechte von Verdächtigten und deren Verteidigern zunehmend eingeschränkt und illegale Fahndungsmethoden stets häufiger angewendet und abgedeckt würden.

Tatsächlich bewegt sich die niederländische Drogenpolitik — vor allem aufgrund des internationalen Drucks und trotz der genannten liberalen Strömung — in der Praxis eher in Richtung mehr Repression. Und das, obwohl (zumindest nach Darstellung des oben bereits zitierten Drogenexperten Van Vliet) die Ergebnisse der bisherigen, relativ besonnenen Drogenbekämpfung der Niederlande im Vergleich zu anderen Ländern durchaus positiv abschneiden. Van Vliet: „Erstens ist der Konsum von 'weichen Drogen' in den Niederlanden bedeutend niedriger als in Ländern, in denen soviel Trara um die Liberalisierung unserer Drogenpolitik veranstaltet wird, wie Westdeutschland, aber auch Skandinavien und die USA. Zweitens zeichnet sich eine sinkende Tendenz beim Heroinkonsum ab (...) Und drittens ist der harte Kern der Rauschgiftsüchtigen durch unsere Politik nicht gezwungen, völlig in den Untergrund zu gehen, wodurch er zumindest noch erreichbar ist für Hilfeleistungen. Ein nicht unwichtiger Aspekt, vor allem auch im Hinblick auf die Eindämmung ansteckender Krankheiten wie zum Beispiel Aids."

Hinzuzufügen ist noch, daß die Scheidelinie zwischen „weichen" und „harten" Drogen in den Niederlanden sowohl bei Konsumenten als auch bei Dealern schärfer ist als beispielsweise in der BRD, und daß bei den Konsumenten „weicher" Drogen wesentlich weniger „sekundäre Probleme" auftreten.

Niederlande-Kommission

Westdeutsche Undercoveragents in den Niederlanden

Westdeutsche Undercoveragents in den Niederlanden

Harm Dost ist keineswegs der einzige niederländische Dealer, der von der BRD eingeknastet wurde. In verschiedenen Fällen folgte die Verhaftung, nachdem die Verdächtigten von deutschen Agents-Provokateurs über die Grenze gelockt worden waren.

Am 22. Dezember 1982 wurde ein Ehepaar aus Heerlen (diese südniederländische Stadt gilt als Zentrale niederländischer Drogenexporte in die BRD) in einem Frankfurter Hotel verhaftet, nachdem es die von westdeutschen Lockspitzeln bestellte Menge Heroin abgeliefert hatte. Der Mann wurde zu fünf Jahren und neun Monaten verurteilt, ist mittlerweile jedoch an die Niederlande ausgeliefert worden. In einem Urteil bezeichnete der Den Haager Gerichtspräsident Wijnholt das Vorgehen der deutschen Drogenjäger als „eklatante Verletzung der Grundrechte beider Verdächtigten".

Ging es bei genanntem Ehepaar zumindest noch um tatsächliche Drogenhändler, so nicht bei dem Eindhovener Kees von Ek. Dieser ließ sich aufgrund finanzieller Schwierigkeiten von einem Heerlener Bekannten (der, wie sich später herausstellte, als Prämienjäger für die deutsche Polizei arbeitete) dazu überreden, 25 Kilogramm Haschisch in die BRD zu transportieren. Nachdem er die Partie auftragsgemäß in Aachen abgeliefert hatte, wurde er verhaftet und zu zwei Jahren und acht Monaten verurteilt. Van Ek hatte vorher noch nie etwas mit Drogenhandel zu tun. Er war von seinem Heerlener „Freund" monatelang unter Druck gesetzt worden und hatte sich bis zum Schluß geweigert, härtere Drogen zu transportieren.

Und es gab auch diesen Fall: Ein Mann fragt in einer niederländischen Kneipe den Gastwirt, ob dieser wisse, wo es Haschisch zu kaufen gibt. Der Wirt telefoniert zweimal, teilt dem Gast das Ergebnis mit und glaubt, die Sache sei damit erledigt. Einige Zeit später wird er dann auf der Rückreise von einem Urlaub in der Schweiz verhaftet. In der BRD wird er zu einer Haftstrafe verurteilt, da er Mitglied einer internationalen Drogenorganisation sei. Beim Prozeß stellt sich heraus, daß der Kneipenbesucher ein Lockspitzel der westdeutschen Polizei war.

In einer Parlamentsdebatte, am 13. Februar dieses Jahres, bezeichnete Justizminister Korthals Altes das Operieren ausländischer Undercover-Agents in den Niederlanden als „Angriff auf die niederländische Souveränität". In der Praxis sind die niederländischen Behörden leider nicht immer so um die nationale Souveränität besorgt. Nachdem verschiedene Fälle bekannt geworden waren, bei denen die Heerlener Polizei den deutschen Drogenfahndern hilfreich zur Seite gestanden hatte, mußte der Chef des Heerlener Rauschgiftdezernats Jagmont seinen Hut nehmen. Damit ist das Problem natürlich nicht aus der Welt. Rechtsanwalt Noordhuis, der oben genannten Gastwirt vor Gericht verteidigte, meint sogar: „So lange diese Praktiken geheim bleiben, hat niemand bei der Polizei Probleme damit. Sobald sie öffentlich werden, müssen Köpfe rollen."

Dosts niederländischer Anwalt Orie bezeichnete die polizeiliche Zusammenarbeit in einem Gespräch mit „Vrij Nederland" (19.10.1985) als „einen der unkontrolliertesten Bestandteile des internationalen Strafrechts". Sie sei kaum an Regeln gebunden. „Man kennt die Kollegen auf der anderen Seite der Grenze ganz einfach und ein Anruf genügt. Wahrscheinlich gibt die niederländische Polizei ihren deutschen Kollegen Tips, weil für ihren Geschmack hierzulande viel zu niedrige Strafen verhängt werden."

Rechtsanwalt Noordhuis wurde konkreter: „Vor allem hier im Grenzgebiet gibt es die entsprechenden Kontakte (...) Alle paar Monate wird zum Beispiel ein gemeinsamer Kegelabend organisiert. Da wird gelacht, ein Bierchen getrunken und beiläufig werden ein paar Absprachen getroffen, von denen niemand etwas erfahren soll."

Die polizeiliche (und in einigen Fällen auch justizielle) Zusammenarbeit darf natürlich nicht hinwegtäuschen über die tatsächlich bestehenden Widersprüche zwischen deutscher und niederländischer Drogenpolitik.

Niederlande-Kommission

UN-Menschenrechtsausschuß diskutiert die Menschenrechtslage in der BRD

Scharfe Kritik an der Isolationshaft gegen politische Gefangene

Der Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen (MRA) hat vom 3. bis 7. April 1986 in New York die Menschenrechtssituation in der BRD behandelt. Der Ausschuß hat dabei gegenüber der Delegation der Bundesregierung — zwei leitende Beamte vom Bundesjustizministerium und zwei vom Auswärtigen Amt — zu zahlreichen Punkten detaillierte und massive Kritik geäußert. Gegenstand zahlreicher mit Fakten gestützter Fragen waren z.B. die Berufsverbote, die hohe Zahl polizeilicher Todesschüsse in den letzten 10 Jahren, die unbeschränkte Dauer der Untersuchungshaft, die Kriminalisierung von Meinungsäußerungen (z.B. strafrechtliche Verfolgung der Bezeichnung der BRD als ,,Geldsackrepublik'' gem. § 90a StGB), die neuen ,,Sicherheitsgesetze'', die Unterstützung der BRD für das südafrikanische Rassistenregime, die Verharmlosung und Nichtverfolgung von alten Nazis und Neofaschisten u.a. Neben einem Katalog von vom ganzen Ausschuß gemeinsam ausgearbeiteten schriftlichen Fragen wurden in den drei Tagen der Anhörung über 100 mündliche Fragen gestellt. Die Delegation der Bundesregierung begegnete diesen Fragen mit einer Mischung aus Ignoranz, Versuchen der Lancierung offensichtlicher Unwahrheiten, Ausflüchten und abstrakten Deklarationen über das hohe Streben der staatlichen Organe der BRD nach der Verwirklichung der Menschenrechte.

Noch in ihrer in der BRD zuvor verbreiteten Presseerklärung hatte die Bundesregierung durch Bundesjustizminister Engelhardt großspurig erklären lassen, die Bundesrepublik stünde in der ,,tatsächlichen Verwirklichung der Menschenrechte im Alltag im internationalen Vergleichsmaßstab an vorderster Stelle''. Am Ende der Anhö-

Aus dem 2. periodischen Bericht der Bundesregierung vom 12.11.1985:

,,Zahlreiche Anschuldigungen, daß Strafgefangene oder Untersuchungsgefangene, gegen die wegen ihrer Teilnahme oder dem starken Verdacht ihrer Teilnahme an terroristischen Verbrechen ermittelt wird oder die deshalb angeklagt sind, der Einzelhaft unterworfen seien, sind vollständig ohne Grundlage. Die Untersuchungs- und Strafgefangenen aus der terroristischen Szene sind denselben gesetzlich geregelten Haftbedingungen unterworfen wie andere Gefangene. Aber in Hinblick auf die besondere Gefahr, die besteht, ist es unvermeidlich, bestimmte Sicherheits-

fahr, die besteht, ist es unvermeidlich, bestimmte Sicherheits-

vorkehrungen während ihrer Haft zu treffen, die in jedem Einzelfall in bestimmten Abständen überprüft werden, ob sie notwendig bleiben; das hat zu einer Lockerung dieser Bedingungen geführt, wenn die akute Gefahr zurückgegangen ist, oder zu günstigeren (sonstigen) Haftregelungen als Kompensation für solche Sicherheitsmaßnahmen. Bei vielen Gelegenheiten haben Gefangene aus der terroristischen Szene es abgelehnt, gemeinsam mit normalen Gefangenen untergebracht zu werden oder mit ihnen gemeinsam an Freizeitaktivitäten, Arbeit und Ausbildungsmöglichkeiten teilzunehmen''. (S. 13/14).

rung sprach das sowjetische Ausschußmitglied Prof. A.P. Movchan sicherlich nicht nur in seinem Namen, als er sagte: ,,*Der Ausschuß hat noch nie zuvor eine derart befremdliche Erfahrung gemacht darin, keine Antwort auf seine Fragen zu erhalten zu haben. Die BRD-Delegation hat ständig behauptet, daß alles in der BRD in Ordnung wäre, was die Wahrung des UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte anginge ... Obwohl Ausschußmitglieder zahlreiche Verletzungen des Pakts aufgezeigt haben, hat die BRD-Delegation lediglich allgemeine Kommentare von sich gegeben. Die Taktik der Delegation, zu schweigen und die Fragen des Ausschusses zu ignorieren, sind nicht in Übereinstimmung mit internationalen Verfahrensregeln.''*

Der MRA ist ein Gremium aus 18 — von den ca. 80 Vertragsstaaten aller politischen Richtungen (außer USA, Israel und Südafrika) nominierten — ,,unabhängigen Experten'', überwiegend international angesehene Völkerrechtsprofessoren. Er hat die Aufgabe, die Einhaltung des 1976 in Kraft getretenen Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte in den Vertragsstaaten zu überwachen. Der Menschenrechtskatalog dieses Pakts enthält u.a. das Recht auf Leben, das Folterverbot (Art. 7), das Verbot willkürlicher Inhaftierung, das Recht auf Verteidigung (Art. 14), das Recht auf freie Meinungsäußerung, nicht jedoch den Schutz des Privateigentums. Im Pakt drücken sich die internationalen Kräfteverhältnisse, wie sie in der UNO repräsentiert sind, aus. Insofern ist der Pakt in vieler Hinsicht fortschrittlich im Verhältnis zu den Verfassungen und der Verfassungsrealität in den NATO- und EG-Staaten.

Die Vertragsstaaten des Pakts haben dem MRA alle fünf Jahre einen Be-

Selbstmord an Irmgard Möller (gezeichnet von Dario Fo)

richt vorzulegen, der die Menschenrechtssituation in dem jeweiligen Land

richt vorzulegen, der die Menschenrechtssituation in dem jeweiligen Land umfassend nicht nur in rechtlicher, sondern vor allem auch in tatsächlicher Hinsicht darstellt. Bei der Beratung des ersten Berichts der BRD 1978 waren von einzelnen Delegierten Fragen zur Isolationshaft gegen politische Gefangene in der BRD gestellt worden. Die BRD-Delegation hatte umgehende Beantwortung zugesagt. Diese erfolgte jedoch nicht, obwohl der Ausschuß mehrfach anmahnte. Den zweiten regulären Bericht, den die Bundesregierung spätestens 1983 hatte vorlegen müssen, legte sie erst 1985 vor. Er ist zwar 46 Seiten lang, gibt jedoch auf die 1978 gestellten Fragen wieder keine Antwort, macht fast keine und wenn, dann falsche Tatsachenangaben und ergeht sich ansonsten in Phrasen.

Von mehreren Delegierten z.B. aus Jugoslawien, Mauritius, Kenia, Sri Lanka, Norwegen und Großbritannien — keineswegs, wie in der Presse in der BRD z.T. kolportiert, hauptsächlich von Warschauer Pakt Staaten — wurden auf gründlicher Information beruhende Fragen zur Anwendung von Isolationshaft und zur Einschränkung von Verteidigungsrechten bei politischen Gefangenen gestellt. Die Bundesregierung hatte für die Antworten zu diesem Komplex eigens den Ministerialbeamten Stöcker vom Bundesjustizministerium mitgeschickt. Offenbar sah sie sich durch einen Ende Februar erschienenen neuen Bericht von amnesty international und durch das 1985 in 2. Auflage erschienene und diesmal von 21 Ärzten, Rechtsanwälten, Professoren, Journalisten und Abgeordneten des Europaparlaments aus verschiedenen EG-Staaten mitherausgegebene Buch ,,Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht'' zu geschickterer Vorbereitung genötigt als 1978. Beide Dokumente belegen nämlich stichhaltig das Weiterbestehen und die Ausweitung und Verschärfung des Isolationshaftkonzepts gegen politische Gefangene in der BRD und den Tatbestand, daß es sich dabei um Folter i.S. von Art. 7 des UN-Pakts handelt. Der MRA hatte schon 1982, offensichtlich gerade auch aufgrund der Informationen über die BRD, in seiner ,,Allgemeinen Bemerkung 7/16'' erklärt, daß ,,auch eine Maßnahme wie die Isolationshaft den Umständen entsprechend gegen Art. 7 verstoßen kann''.

Bei der Anhörung der BRD-Delegation zu diesem Komplex geschah nun Erstaunliches: In ihrem schriftlichen Bericht hatte die Bundesregierung noch schlankweg behauptet, verschärfte Haftbedingungen für ,,Gefangene aus der terroristischen Szene'' gäbe es nur aufgrund der konkreten Umstände im Einzelfall; es seien die Gefangenen, die den ihnen stets angebotenen Kontakt mit ,,normalen Gefangenen'' ablehnten. Aus den schriftlichen Fragen des gesamten Ausschus-

ses ergab sich nun aber eindeutig, daß diese Falschdarstellung die Ausschuß-

ses ergab sich nun aber eindeutig, daß diese Falschdarstellung die Ausschußmitglieder nicht beeindruckt hatte, der Ausschuß vielmehr den Tatsachen entsprechend — von einem generellen Haftstatut der Isolation ausging. In den mündlichen Fragen wurde sogar die Anwendung von sensorischer Deprivation (systematische Anwendung

Fragen von Ausschußmitgliedern zur Isolation bei der Anhörung: Prof. Vojin Dimitrijevic (Jugoslawien):

,,Ich stelle fest, daß der Bericht der BRD sich bezieht auf Gefangene aus der ,terroristischen Szene'. Ich frage, wer als Terrorist angesehen wird? Es liegen uns Berichte vor, daß solche Gefangenen lange Zeit in sensorischer Deprivation verbrachten. Ich bitte um Erklärung, warum demgegenüber im Bericht der BRD (sogar) behauptet wird, ,Anschuldigungen' über ,Einzelhaft' seien ,vollständig ohne Grundlage'?

Antwort der Bundesregierung durch Stöcker, Bundesjustizministerium:

,,Was Einzelhaft angeht, müssen wir klarstellen, daß Gefangene aus der terroristischen Szene in einem Sicherheitsflügel eines Gefängnisses getrennt von ,normalen' Gefangenen untergebracht sind. Sie werden aber grundsätzlich nicht in Isolation gehalten, sondern können tagsüber untereinander in kleinen Gruppen kommunizieren. Eine der Forderungen dieser Gefangenen ist die Zusammenlegung in großen Gruppen zur Wahrung ihrer politischen Identität. Da es aber nicht den Gefangenen überlassen ist, die Anzahl der Personen zu bestimmen, mit denen sie zusammen sein dürfen, ist die Frage von Isolation nicht ein ernsthaftes Problem ... Folter ist bei uns so eindeutig durch das nationale Recht und durch die Europäische Konvention für Menschenrechte verboten, daß diese Frage überhaupt nicht weiter geklärt zu werden braucht.''

von Reizentzug zur psychophysischen Zerrüttung) vorausgesetzt. Daraufhin wartete nun Stöcker mit einer völlig neuen, mit der des Berichts gänzlich unvereinbaren Version auf: Jetzt auf einmal sollten zwar alle Gefangenen ,,aus der terroristischen Szene'' in Hochsicherheitstrakten strikt getrennt von ,,Normalgefangenen'' untergebracht sein, aber alle untereinander in Kleingruppen zusammen.

Tatsächlich sind nur neun von insgesamt ca. 50 politischen Gefangenen nach § 129a StGB in Kleinstgruppen von jeweils drei zusammen (in Celle, Lübeck und Berlin) — eine erst durch den Hungerstreik 1981 erkämpfte Position. Alle anderen Gefangenen sind isoliert, sowohl untereinander als auch von anderen Gefangenen. Darüberhinaus ist seit langem belegt, daß auch das Einsperren in Kleinstgruppen Folterwirkung hat.

Gemeinsame schriftliche Fragen der 18 Mitglieder des Menschenrechtsausschusses an die BRD-Delegation zu Art. 7 des UN-Pakts (Folterverbot):

,,Warum wird eine Sonderhaft für Gefangene ,aus der terroristischen Szene' '' (Anführungszeichen vom Ausschuß!, d. Verf.) ,,vorbehaltich späterer Überprüfung angeordnet, statt nur angeordnet, wenn sie in dem spezifischen Fall für notwendig gehalten wird? Für wie lange kann die Anordnung einer Sonderhaft aufrecht erhalten bleiben? Für die gesamte Dauer der Untersuchungshaft? Gibt es eine zeitliche Begrenzung der Isolation'' (im Originaltext engl. ,,isolation'', d. Verf.) durch einen Richter? Erklären Sie die Umstände, unter denen eine Sonderhaft, einschließlich Isolation, auch nach der Verurteilung aufrecht erhalten bleibt!''

Auch diese Flucht nach vorn wurde allerdings der Delegation vom Ausschuß nicht abgenommen, wie das immer wiederholte Fragen nach der Isolation und darüberhinaus eine große Zahl von Fragen zur Einschränkung der Verteidigungsrechte zeigte. Diese Einschränkungen wurden von mehreren Delegierten als Verletzung des Art. 14 des Pakts kritisiert. Schließlich rechtferigte der Delegationsleiter Bülow sich nur noch mit der Berufung auf den ,,Terrorismus als Geißel der Menschheit''. Im nachhinein zu dem aus bürgerlicher Pressesicht ,,peinlichen Auftritt'' befragt, nahm sich Bülow in einem Interview im Deutschlandfunk vom 7.4.1986 heraus, die Detailkenntnisse der Ausschußmitglieder dadurch herabzusetzen, daß er behauptete, sie seien ,, durch ai und von Angehörigen von Mitgliedern der RAF gebrieft worden''.

Der Ausschuß hat die Bundesregie-

gebrieft worden''.

Der Ausschuß hat die Bundesregierung schon früher und auch diesmal wieder zur breiten Veröffentlichung der Auseinandersetzung um ihren Bericht in der BRD aufgefordert. Man kann angesichts des Ergebnisses der Anhörung sicher sein, daß die Bundesregierung das unbedingt wird umgehen wollen. Öffentlicher Druck in dieser Richtung wäre also dringlich, wie überhaupt ein größeres Bewußtsein in der Öffentlichkeit über völkerrechtliche Bestimmungen und ihre Bedeutung für die BRD wichtig wäre. Der MRA hat nach dem Pakt über die Befragung und die Zuleitung eines Jahresberichts an die UN-Generalversammlung hinaus keine rechtlichen Handhaben gegen einen Vertragsstaat, der den Pakt verletzt. Die Bundesregierung weigert sich bisher, dem sog. Fakultativprotokoll zum UN-Pakt beizutreten, nach dem Einzelbeschwerden an den MRA gerichtet werden können. Begründung von Bundesaußenminister Genscher: Der MRA solle nicht ,,durch eine große Anzahl von Beschwerden aus der Bundesrepublik in seiner Arbeit für andere Länder behindert werden''. Die Argumentation liegt auf ganz derselben Linie wie die bisherige Ablehnung des Beitritts zur UN- und zur Europäischen Anti-Folter-Konvention: Hinter der Großspurigkeit, mit der all diese völkerrechtlichen Regelungen angesichts der Super-,,Rechtsstaatlichkeit'' und ,,Menschenrechtsverwirklichung'' in der BRD für ,,überflüssig'' erklärt werden, verbirgt sich tatsächlich das Bewußtsein, daß die wahren Verhältnisse aufgedeckt werden könnten und

Vizekanzler der Universität, Richter am Obersten Gerichtshof Rajsooner Lallah, Mauritius:

Was soll die Rechtfertigung für die Kontrolle der Post zwischen einer terroristischer Aktivitäten angeschuldigten Person und ihrem Verteidiger sein? Nach meinem Eindruck handelt es sich dabei um eine Verletzung des Pakts! — Stimmt es, daß die Sicherheitspolizei Schriftverkehr, einschließlich Verteidigungspapieren beschlagnahmt hat? — Stimmt es, daß Verteidiger Durchsuchungen unterworfen werden? Stimmt es auch, daß bestimmte Erklärungen von Verteidigern als ,politische Propaganda' gesperrt worden sind? Stellen diese Beschränkungen nicht Eingriffe in die Verteidigungsausübung dar? Eine beschuldigte Partei hat mit Sicherheit das Recht zu sagen, was immer sie zu ihrer Verteidigung sagen will, damit sie davon ausgehen kann, daß sie einem fairen Verfahren ausgesetzt war!''

damit das für Großmachts- und weltweite Expansionspläne so wichtige Wiederaufblühen von ,,über alles in der Welt'', ,,am deutschen Wesen soll die Welt genesen'' etc. einen empfind-

Stellungnahme des Delegationsleiters Bülow, Bundesjustizministerium

,,Natürlich haben auch Terroristen Anspruch auf menschenwürdige Behandlung. Es müssen aber eben Maßnahmen gegen sie ergriffen werden, weil Terrorismus eine Geißel der Menschheit ist. Terroristen haben unschuldige Menschen getötet. Die Mitglieder des Ausschusses müssen doch wohl erkennen, was für eine gefährliche Art von Verbrechen Terrorismus ist!''
(eigene Übersetzung des Verfassers aus dem Englischen)

lichen Rückschlag erleiden könnte. Der öffentliche Druck zum Beitritt zu diesen Regelungen müßte also ebenfalls verstärkt werden.

Michael Schubert
Rechtsanwalt, Freiburg
(Der Verfasser war selbst bei der Sitzung des UN-Menschenrechtsausschusses in New York)

Quelle

2. periodischer Bericht der BRD zur Menschenrechtslage v. 12.11.1985, CCPR/C/28/Add. der UN; Presseerklärung des Bundesjustizministeriums 56/1985 vom 10.11.1985; Bericht von amnesty international, General Secretariat, London, zur BRD vom 20.2.1986, EUR 23/01/86; UN-Press-Releases HR/2960-2960 vom 3. - 7.4.1986 (Zusammenfassungen der Anhörung der Delegation der Bundesregierung); Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966, BGBl. 1973 II S. 1570; RA P. Bakker Schut und 20 weitere Herausgeber: Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht, 2. Auflage. Amsterdam 1985. (Die Zitate im Text stammen aus den o.g. Quellen).

Der alltäglichen Terror im Hochsicherheitstrakt

— Brief eines Gefangenen —

Als ich wegen Eigentumsdelikten vehaftet wurde und in die Untersuchungshaftanstalt Köln-Ossendorf kam, wurde ich nach üblicher Filzung zu einem Haus gebracht, dessen hineinführende Tür einer Tresortür gleicht, ca. 20 cm dick und mit einer Hand kaum zu öffnen. Gegenüber der Tür, außerhalb dieses Hauses, auf dem Gang eine Kamera, die alles im Auge hat. Durch die bewußte erste Tür hindurch standen wir in einer engen Schleuse vor einer zweiten Panzertür, rechts hinter Panzerglas ein Raum mit sieben oder mehr Monitoren an der Wand, die von einem Bediensteten beobachtet wurden, der gleichzeitig die elektronischen Türsicherungen für uns frei machte. Am Schreibtisch ein Pult mit Knöpfen und Schaltern und kleinen Lichtern, wie ich es schon in Science Fiktion Filmen gesehen hatte. Nachdem wir mit vereinten Kräften durch die zweite waren, kam ein kahler Gang mit an der rechten Seite liegenden „Schließfächern", eins nach dem anderen, zwei Treppen führten in den oberen und letzten Stock, dort dasselbe Bild. Ich wurde in eine der oberen Zellen gelegt. Eine Zelle mit Panzerglas als Fenster, davor Betongitter und vor diesen ein Sicherheitsstahlgitter, durch das kein Sonnenstrahl oder gar Fliege kommt. In neun Monaten erlebte ich auf der Zelle zwei verirrte Fliegen, ansonsten nur Grabesstille. Anscheinend um meinen ersten Eindruck zu mildern, kam ein Bediensteter und brachte mir ein kleines Radio, da es in diesem Haus in den Zellen keine Lautsprecher gibt. Lampe und Steckdose mit Hartplastik verkleidet, absolut unzerstörbar, ein Tisch, ein Schrank, ein Bett und die Toilette und letztlich ein klitzekleines Waschbecken, damit hatte es sich. Nach zwei Stunden kam erneut ein Bediensteter und klärte mich auf, daß ich im Sicherheitstrakt wäre, das wäre jedoch nicht so schlimm, denn „hier haben sie Ruhe und ein eigenes Radio, haben sogar eine Küche und können sich etwas kochen oder braten, ist viel besser als in den anderen Häusern. Hier läuft alles wie im normalen Knast ab. Zwar haben wir hier einen Terroristen liegen — gemeint ist Stefan W. — jedoch brauchen sie sich mit dem ja nicht zu unterhalten."

Ja, und in den nächsten Monaten spürte ich, wie „normal" es in diesem Trakt zuging. Absolut totale Beobachtung auf den Fluren, im Tischtennisraum und während des Hofgangs, überall hängen Kameras herum, ich zählte zwölf Stück. Nur auf der Zelle keine Kamera, dafür ein Weitwinkelspion. Per Monitor wird der Traktablauf innerhalb einer abgesicherten Zentrale und außerhalb nochmal in einer Hauptzentrale beobachtet. Auf den Fluren deutlich sichtbar Mikrophone, erkennbar an kleinen, gelochten Schlitzen in den Wänden. Auf meine Frage, ob die eingeschaltet wären, sagte man, das wäre nie der Fall. Ich überlasse hier dem Leser, sich diese schwachsinnige Antwort durch den Kopf gehen zu lassen.

Zwei Hofgänge pro Tag, der Hof im Umfang gelaufen 70 m, ein kleiner und kurzer Rasen auf mm-Höhe abgeschnitten, damit dort „nichts versteckt" werden kann, und drei oder vier Betonsockel, auf die sich Gefangene setzen können, sind sie von der totalen Eintönigkeit ermüdet. Der Hof ist von einer sehr hohen Mauer umgrenzt, worauf ein riesiger Turm in Form eines Panzers steht, nach allen Seiten mit Schießscharten versehen und natürlich mit zumindest einem bewaffneten Bediensteten besetzt. Zusätzlich läuft unerreichbar hoch durchgehend die Kamera, die jede Bewegung im Hof registriert und erst recht, welche Gefangene untereinander wie gut oder wie schlecht Kontakt haben. Nach einigen Tagen schon senkte ich beim Sprechen automatisch den Kopf, weil System ja nicht alles wissen muß, nach Angaben eines Bediensteten werden die laufenden Kameraaufnahmen per Video gespeichert.

Im Sonderangebot dann das abendliche Hobby an den Wochentagen. Stefan (der einzige politische Gefangene im Trakt), ich und ein oder zwei weiter an zwischenmenschlichen Themen interessierte gingen immer in den Tischtennisraum, um eben per Gesprächen miteinander der dort herrschenden Deprivation entgegenzuwirken. Auch dort unter Panzerglas gesicherte Kameras, durch die wir beobachtet wurden. Eines Tages nahmen wir Decken mit und deckten die Zone ab, in der wir saßen, um dadurch eine annähernd nor-

dort unter Panzerglas gesicherte Kameras, durch die wir beobachtet wurden. Eines Tages nahmen wir Decken mit und deckten die Zone ab, in der wir saßen, um dadurch eine annähernd nor-

male Atmosphäre zu schaffen. Gleich am nächsten Tag aber wurde das per Verordnung verboten. Sehen wir von der optisch totalen Beobachtung ab, so bin ich persönlich sicher, daß auch in diesem Raum Mikrophone eingebaut waren bzw. noch sind. Von Kleinigkeiten wie elektronischen Türsicherungen will ich nicht weiter berichten. Das ist im Trakt normal.

Der Hochsicherheitstrakt Haus 4a wird in der Regel mit 8 bis 12 Gefangenen belegt. Heutzutage ist es so, daß die HST belegt werden mit Gefangenen, die in irgendeiner Form aus der Reihe tanzen. Speziell Köln jedoch ist besonders ausgerichtet. Wegen Stefan W. wird der Trakt gezielt mit in der Regel Kleinkriminellen (sozialen -) Straftätern belegt, die für folgende Funktionen mißbraucht werden:

1. kann dadurch, daß im Sicherheitstrakt auch soziale Täter untergebracht sind, der Öffentlichkeit vermittelt werden, daß der/die politischen Gefangenen keiner Isolationshaft unterliegen.
2. Ist bedingt durch die gezielte Belegung die Fluktuation im Trakt sehr hoch, selten mal liegt einer länger als zwei oder drei Monate dort, als Konsequenz ergibt sich für Stefan, daß er selten mal einen adäquaten Gesprächspartner findet, ganz von einer menschlichen Beziehung abegesehen, die gerade im Knast für einen Gefangenen wichtig und auch im sogenannten Normalvollzug möglich ist, im Trakt durch die Fluktuation jedoch unmöglich. Und derart ist durch die Hintertür die Isolation des politischen Gefangenen doch wieder Realität.
3. Läßt sich die Masse der Gefangenen dahingehend vom System bzw. dessen Funktionären beeinflussen, daß doch nur „die Terroristen schuld sind", wenn dies oder jenes nicht gemacht werden könne (wie z.B. Umschluß auf den Zellen oder überhaupt im Trakt offene Zellentüren tagsüber, da dieser ja total hermetisch und sogar luftdicht abgeschlossen ist). Ich habe selbst beobachtet, daß viele der sozialen Gefangenen, die ich im Laufe von neun Monaten durch den Trakt habe laufen sehen, entweder a) nur auf ihre eigenen und persönlichen Belange fixiert waren, sich für nichts anderes interessierten, oder b) Stefan von Haus aus ablehnten, weil sie von Funktionären des Systems derart beeinflußt wurden. So wurde es z.B. auch mit der Benutzung der Küche gehandhabt, es wurden Gefangene bevorzugt, durften außerhalb der festgesetzten Zeiten und länger zu mehreren Gefangenen in der Küche bleiben, die sich nicht so wie ich mit Stefan unterhielten, sondern die ihre Witzchen und Späßchen mit den Bediensteten machten.

Der psychische Terror, der dort ausgeübt wird, ist nur schwer zu vermitteln, da sehr vieles auf einer Intrigen-Ebene abläuft. Sehen wir mal von seiner persönlich total beschissenen Situation ab, Besuche nur im Trakt mit LKA und Justizbeamten, zumindest einmal wöchentlich Filzung von bzw. durch LKA, täglich von JVA, kommt nie aus dem Trakt raus, so ist es global auch grundsätzlich so, daß ein sozialer Gefangener schnellstens verlegt wird, wurde beobachtet, daß der sich näher und intensiver auf menschlicher Basis mit Stefan unterhält. Und auf anderer Ebene möchte ich an zwei Beispielen aufzeigen, wie unterschiedlich politischer und sozialer Gefangener behandelt wird/werden.

Wenn wir im Hof waren, so kam es schon mal vor, daß wir die Grabesstille unterbrachen, indem wir versuchten, zu einem anderen Hof etwas rüberzuschreien, das machte ich einmal, einige Male habe ich es bei anderen Gefangenen miterlebt. Eines Tages erfuhren wir, daß im Nebentrakt (Köln hat zwei identische Sicherheitstrakte) ein Jugoslawe untergebracht war, der auf seine Art Widerstand gegen das System leistete. Stefan versuchte, per Schreien Kontakt mit ihm aufzunehmen, was bruchstückhaft für wenige Minuten gelang. Als Konsequenz dafür erhielt er ab dem nächsten Tag eine Woche Hofgangsperre, durfte also 168 Stunden keine frische Luft schnappen.



Als er nach einer Woche wieder in den Hof durfte, erhielt am gleichen Tag der Jugoslawe Hofgangsperre, das gleiche wiederholte sich noch einmal bei Stefan, als die Sperre des Jugoslawen abgelaufen war, wiederum erhielt er eine Woche Hofgangsperre, weil er versuchte, das eine oder andere Wort über die Mauer zu brüllen. Wir ande-

bei Stefan, als die Sperre des Jugoslawen abgelaufen war, wiederum erhielt er eine Woche Hofgangsperre, weil er versuchte, das eine oder andere Wort über die Mauer zu brüllen. Wir ande-

ren dagegen haben öfter hin- und hergeschrieen, uns wurde das nicht verboten. Und als Stefan als letzten Ausweg aus dem Fenster schrie, stellten Bedienstete ein laut laufendes Radio in ein anderes Fenster. Lächerlich, aber wahr.

Kurze Zeit später erhielt er eine dreimonatige Schreibmaschinensperre, weil er nach 21 Uhr noch getippt hat. Ich selbst habe in jeder Woche einige Mal nach 21 Uhr getippt, ich wurde nicht derart rigoros bzw. überhaupt nicht bestraft.

Die ganze Atmosphäre in diesem Bau war und ist noch heute vergiftet. Eben unter dem logischen Gesichtspunkt, daß der Trakt gezielt mit Opportunisten bzw. systemkonformen Gefangenen belegt wird, damit unterhalb dieser acht Mann noch reichlich Zwist und Hader herrscht. In einem Fall wurde Stefan von einem Opportunisten völlig grundlos körperlich angegriffen. Obwohl Stefan diesem Gefangenen körperlich weit überlegen war, hat er ihm mit einer Hand nur auf Abstand gehalten und nicht geschlagen, bis ein Schwarm von Beamten auftauchte. Als Konsequenz für seine vernünftig-menschliche Reaktion erhielt er erneuut eine mehrtägige Hofgangsperre, der Opportunist log und bekam recht, Zeugen (ich) wurden nicht gehört/wollte das System nicht hören.

Das waren nur kurze Ausschnitte aus der äußeren und inneren Struktur des Kölner Hochsicherheitstraktes, die gefangene Menschen auf Dauer, und da spreche ich von vielen Jahren, wie es ja bei dem politischen Gefangenen Stefan W. der Fall ist, bedingt durch die laufenden Intrigen und die herrschende Deprivation, psychisch zerstören (sollen). Schon nach kurzen Monaten führte ich mit mir Selbstgespräche und hatte ein dauerndes ängstliches Gefühl, daß etwas Drohendes auf mich zukommt. Mensch steht dort unter dauernder Spannung.

Anmerkung: Im Laufe von neun Monaten wurden dreimal aus dem Turm heraus per Teleobjektivkamera Bilder gemacht, ohne daß es vorher angekündigt oder wir gar Einwilligung dazu gegeben hätten.

Stefan Wisniewski durfte die Küche *nie* benutzen.

Horst Waßmann, Knast Köln-Ossendorf

Fortsetzung von Seite 14

Fortsetzung von Seite 14

rum dann in Teufels Namen ein schneller Brüter, eine Wiederaufarbeitungsanlage, eine Urananreicherungsanlage usw. usf. noch „nötig" seien. Warum z.B. ist das Plutonium aus dem Brutmantel des Schnellen Brüters besonders waffenfähig, das aus Leichtwasserreaktoren (bei kommerziellem Betrieb) jedoch weniger? Warum „funktioniert" eine militärische Wiederaufarbeitung eher als eine zivile? Warum ist der Weg zur Bombe bei einer WAA wie auch bei der Brennelementefabrikation „besonders direkt"? Der Rezensent kennt bisher keine Veröffentlichung, in der diese Fragen so einleuchtend wie hier beantwortet wurden. Und so verständlich: Denn wer kein Blatt vor den Mund nimmt, kann einfacher erklären.

„Ohne Zweifel, man hatte es eilig", schreibt Schneider über die Vereinbarungen einer deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem Brütersektor zu Beginn der siebziger Jahre („Atombomben made in Germany?", S. 43f). Im Gegensatz dazu hat sich die Anti-AKW-Bewegung zur Erforschung und Erörterung dieser Fragen viel, viel Zeit gelassen — ein Vorwurf, der nicht der neuen „Becquerel"-Bewegung, sondern den alten Kämpen gilt.

Man hat sich eigentlich noch nie richtig bewußt gemacht, daß es die beiden großen westeuropäischen *Brüterprojekte* waren, vor denen die alte Anti-AKW-Bewegung ihre entscheidenden beiden Niederlagen erlitt. Ohne voll darüber im klaren zu sein, hat uns die Logik der Bewegung damals mit der französisch-deutschen Nuklearachse konfrontiert, die heute in aller Munde ist. Und es ist wohl einer dieser großen Zufälle, daß die Gegenseite an diesem Punkt so hart zurückgeschlagen hat, daß es für fast zehn Jahre reichte.

Wir leben in einem *„Jahrhundert der Unwahrscheinlichkeiten"*, kann man da nur mit Robert Jungk sagen.

de.

„Atombomben made in Germany? Schleichwege zum Atomwaffenstaat", hrg. vom Trägerkreis der Konferenz „Atombomben m. i. G.?", Red. M. Küntzel, S. Roisch, R. Osnowski, Kölner Volksblatt Verlags GmbH, 1986; 192 Seiten, 18 DM.
H. Grupp, Anette Schmalenströr, „Atome für den Krieg", Verlag s.o., 1983; 150 Seiten, 12.80 DM.

Presseerklärung

Zwangsverlegung wegen Kontakt zu RAF-Gefangenen

Als Verteidiger des Strafgefangenen Günter Müller teile ich folgendes mit:

Günter Müller ist seit ca. 10 Jahren mit kurzen Unterbrechungen inhaftiert, seit 1981 durchgängig in der Vollzugsanstalt Bruchsal. Am 27. August 1986 wurde er auf Veranlassung des Anstaltsleiters der Vollzugsanstalt Bruchsal und des Justizministeriums Baden-Württemberg gegen seinen Willen in die Justizvollzugsanstalt Kassel I zwangsverlegt.

Diese Sanktionsmaßnahme wurde begründet mit einer kontinuierlichen Politisierung in der Haft, die „auf dem Einfluß von zwei Mitgefangenen, die wegen Straftaten im Rahmen ihrer Zugehörigkeit zur RAF in der Vollzugsanstalt Bruchsal inhaftiert sind" ... beruhe (s. Anlage).

Diese seien „inzwischen zu seinen Hauptbezugspersonen geworden, mit denen er tagtäglich während des Hofgangs intensiven Kontakt pflegt" und deren „totaler Verweigerungshaltung" er sich „vollständig angeschlossen" habe. Daher sei es „aus Behandlungsgründen notwendig, dieser Entwicklung durch die Verlegung in eine andere Vollzugsanstalt entgegenzuwirken." (Weiteres ist der in Abschrift beigefügten Verfügung der Vollzugsanstalt Bruchsal zu entnehmen.)

Diese Zwangsverlegung eines Gefangenen, der in der Haft seit 1981 eine eigenständigen Kontakt trotz aller reduzierten Möglichkeiten mit politischen Gefangenen aufgebaut hat, stellt den bisherigen Höhepunkt ständig verschärfter Haftbedingungen für diesen dar. So berichtet Günter Müller über seine Haftbedingungen in der Vollzugsanstalt Bruchsal:

„Anfangs (1981) wurde ich wie alle Gefangenen lediglich gewarnt, daß der Günter Sonnenberg und Roland Meyer schlechter Umgang wären, wenn ich irgendwann mal in den Genuß von Vollzugslockerungen wie Urlaub, Freigang, vorzeitige Entlassung etc. kommen wolle.

Als das nichts fruchtete, bekam ich ab 1982 zuerst unregelmäßigen, dann dauernden Ausschluß aus allen Freizeit- und Gemeinschaftsveranstaltungen. 1984 wurde ich dann in eine der in diesem Jahr neugebauten Sicherheitszellen verlegt. Meine Post und Besuche wurden fortan gesondert überwacht. Meine Beschwerden durch die eigens für die Gefangenen aus der RAF

der in diesem Jahr neugebauten Sicherheitszellen verlegt. Meine Post und Besuche wurden fortan gesondert überwacht. Meine Beschwerden durch die eigens für die Gefangenen aus der RAF

eingerichtete sogenannte Sicherheitsabteilung im Justizministerium bearbeitet.

Ich wurde also nach und nach denselben Isolationsbedingungen unterworfen wie die Gefangenen aus der RAF. Ich habe Eyrich's (Justizminister v. Baden-Württemberg) in der Öffentlichkeit propagierten „Normalvollzug" des Günter Sonnenberg und Roland Mayer im Knast Bruchsal am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Ich weiß also, wovon ich rede, wenn ich sage, daß wir durch Isolation gefoltert werden."

Die Verteidiger der politischen Gefangenen haben wiederholt daraufhingewiesen, daß die Gefangenen, die sich mit den politischen Gefangenen trotz „Abmahnungen" auseinandersetzen, erheblichen Repressionen ausgesetzt sind. Die Praxis, diese Gefangenen entweder als Spitzel einzusetzen (s. z.B. in der Vollzugsanstalt Celle auf Sigurd Debus), oder im Wiederholungsfall ständig verschärft zu sanktionieren, besteht seit Jahren; Günter Müller ist kein Einzelfall.

Wird die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand gefordert, so verweisen die staatlichen Stellen — wie z.B. beim Hungerstreik der politischen Gefangenen 1984/1985 — auf die Integration der Gefangenen in den Normalvollzug und bestreiten beharrlich die hier beispielhaft dargelegte Repressionspraxis.

Ich fordere die sofortige Rückverlegung von Günter Müller in die Vollzugsanstalt Bruchsal und die Aufhebung sämtlicher weiterer o.a. Sanktionsmaßnahmen gegen ihn.

Elard Biskamp
Rechtsanwalt

Der Leiter der Vollzugsanstalt Bruchsal hat am 25.8.86 nach Absprache mit dem Justizministerium Baden-Württemberg verfügt:

Der Gefangene Günter Müller wird gemäß § 8 StVollzg in die JVA Kassel I (Hessen) verlegt.

Gründe:

Nachdem der Gefangene in den ersten Jahren seines Vollzugs zumindest ansatzweise Bereitschaft zur Mitarbeit am Vollzugsziel zeigte und von 1978 bis 1981 eine Lehre als Drucker absolvierte, zeichnete sich nach seiner fluchtbedingten Abwesenheit bis Juli '81 eine zunehmende, an den Zielen der RAF orientierte Politisierung ab. Offensichtlich beruht diese Entwicklung auf dem Einfluß von zwei Mitgefangenen, die wegen Straftaten im Rahmen ihrer Zugehörigkeit zur RAF in der Vollzugsanstalt Bruchsal inhaftiert sind. Diese sind inzwischen zu seinen Hauptbezugspersonen geworden mit denen er täglich während des Hofgangs intensiven Kontakt pflegt. Er hat sich der totalen Verweigerungshaltung dieser beiden Gefangenen vollständig angeschlossen und verweigert insbesondere die Arbeit bereits seit Jahren. Er korrespondiert nahezu ausschließlich mit Gesinnungsgenossen und bezieht links orientierte Zeitschriften wie „s'blättle" und „Knipselkrant", die allerdings wegen Aufrufens zu/ und Legitimie-

seit Jahren. Er korrespondiert nahezu ausschließlich mit Gesinnungsgenossen und bezieht links orientierte Zeitschriften wie „s'blättle" und „Knipselkrant", die allerdings wegen Aufrufens zu/ und Legitimie-

rung von Attentaten und Sabotageakten in der Mehrzahl angehalten wurden. Die aggressive staats- und vollzugsfeindliche Gesinnung erfährt in der täglichen Begegnung mit den beiden inhaftierten Gefangenen Solidarität, Bestätigung und damit Festigung.

Aus Behandlungsgründen ist es notwendig, dieser Entwicklung durch die Verlegung in eine andere Vollzugsanstalt entgegenzuwirken.

Es ist in letzter Zeit auch deutlich geworden, daß Müller versucht, andere Gefangene zu Widerstand und Verweigerung anzustiften. Dies stellt eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit und Ordnung der Anstalt dar, so daß die Verlegung auch aus diesen Gründen erforderlich ist (§ 85 StVollzG).

Der Bundesgerichtshof teilt mit:

Beschluß
In dem Ermittlungsverfahren
gegen
Christian Kluth
wegen Verdachts des Vergehens nach §129a StGB u.a.

1. Die Druckschriften „Brokdorf Kleve Hamburg" und „Gummigeschosse Wasserwerfer CS" werden von der Aushändigung an den Beschuldigten ausgeschlossen; sie sind zu seiner Habe zu nehmen.
2. Die Druckschrift „Arbeiterkampf" Nr. 273 vom 25.8.86 darf dem Gefangenen nur ausgehändigt werden, wenn zuvor deren Seiten 1, 6 bis 8, 10, 12 bis 13 und 19 entfernt und zur Habe genommen werden.

Gründe:

In der Druckschrift „Brokdorf Kleve Hamburg" wird durchgängig in einseitiger und verzerrender Weise über Einsätze von Polizei- und Ordnungskräften aus Anlaß von Demonstrationen gegen Kernkraftwerke berichtet; so ist beispielsweise von „Bullen-Sperren" und davon die Rede, daß Demonstranten-Gruppen „problemlos abgeräumt" werden können sowie davon, daß es „der Ordnungsmacht gelungen sei, tausende von AKW-Gegnern ... zu Spielbällen ihrer Bürgerkriegsmanöver zu machen".

Auch in der Broschüre „Gummigeschosse Wasserwerfer CS" werden Berichte über neue Waffen der Polizei zum Anlaß genommen, durchgängig gegen „den Atom-Staat" und seine Polizei zu hetzen. Dies wird bereits in dem Vorwort der Herausgeber deutlich, wenn diese behaupten, Distanzwaffen der Polizei seien nicht gegen einzelne Störer oder Gewalttäter gerichtet, sondern „gegen protestierende Menschenmengen, die eingegast, auseinandergespritzt und unter die Knüppel genommen werden".

In der Druckschrift „Arbeiterkampf" Nr. 273 vom 25. August 1986 wird in einem auf Seiten 1, 6 bis 8 abgedruckten Artikel „Von der Gewaltdebatte zurück zur politischen Auseinandersetzung" der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung das Wort geredet. Auf Seite 10 ist eine „Bestandsaufnahme von Anschlägen auf Militäreinrichtungen" abgedruckt. Auch in den auf Seiten 12 und 13 unter der Überschrift „Hurra, wir denken noch!" abgedruckten Artikel wird der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung das Wort geredet und das Vorgehen der Polizei bei den jüngsten Demonstrationen gegen Atomkraftwerke u.a. als „Gewaltorgie des Polizeiapparates" diffamiert. Ein Bericht auf Seite 19 über das Ermittlungsverfahren gegen Kommandant und Fahrer des Wasserwerfers, durch den Günter Sare im Verlauf einer Demonstration im September 1985 zu Tode gekommen ist, wird zum Anlaß genommen, die zuständigen Strafverfolgungsbehörden zu diffamieren.

(Gollwitzer)
Richter am Bundesgerichtshof

8. Konferenz der Blockfreien in Harare

Eine Revolution bettelt die andere an ...

... und ein Sieg führt zu einem nächsten Sieg." Mit diesem Motto charakterisiert der Ministerpräsident Mugabe die VIII. Konferenz der nicht-paktbebundenen Staaten in Zimbawes Hauptstadt Harare. Zwei Themenbereiche standen im Mittelpunkt der Konferenz: die Unterstützung des Befreiungskampfes in Südafrika und die globale wirtschaftliche Situation der Länder der „3. Welt". Aktuell brisant wurde der Auftritt des libyschen Staatspräsidenten Gaddafi.

Die Delegationen von 101 Staaten und die Vollmitglieder SWAPO und PLO trafen sich in Zimbabwes Hauptstadt Harare. Als die Außenministerkonferenz der nicht-paktgebunden Staaten 1985 beschloß, diesen Tagungsort zu wählen, tat sie dies aufgrund der Revolte gegen das Apartheid-Regime in Südafrika. Diese Konferenz sollte nicht nur symbolisch die Nähe zum südafrikanischen Befreiungskampf ausdrücken, sondern materielle Unterstützung für diesen Kampf beschließen.

Um Zimbabwes Anstrengungen, die Konferenz an diesem Punkt zu forcieren, lächerlich zu machen, drohte die südafrikanische Regierung den Handelsvertrag zwischen Südafrika und Zimbabwe zu veröffentlichen. Diesen Vertrag übernahm die Regierung Zimbabwes nach dem Sieg der Befreiungsbewegung über das ehemalige rhodesische Smith-Regime. Da Zimbabwe keinen eigenen Zugang zum Meer hat und sowohl seinen Außenhandel zum großen Teil über Südafrika abwickeln muß als auch Handelsbeziehungen zur südafrikanischen Wirtschaft unterhält, gedachte Südafrikas Rassistenregime so Zimbabwes Forderungen nach Isolierung des Apartheid-Staates zu konterkarieren.

Sowohl O. Tambo für den ANC als auch Sam Nujoma für die SWAPO erhielten Zusagen von vielen Mitgliedern der Bewegung, die sowohl politische als auch materielle Unterstützung beinhalteten. Auch dem PAC wurde Raum gegeben, um für die Unterstützung seiner Position zu werben.

Nicht nur Zimbabwe sondern auch andere Staaten im südlichen Afrika sind bisher abhängig von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime. Die Abhängigkeiten zwischen den Frontstaaten und Südafrika sind zwar wechselseitiger Natur, jedoch verfügt Südafrika aufgrund seiner wirtschaftlichen Potenz und der Unterstützung durch die imperialistischen Staaten über mehr Möglichkeiten, die Aufkündigung des Handels im südlichen Afrika zu kompensieren. Zur Unterstützung der Frontstaaten wurde daher beschlossen, einen Afrika-Fond zu gründen, aus dem Verluste für die betroffenen Staaten notdürftig ersetzt werden sollen. Für den mittleren Osten sind der Iran und Saudi Arabien Träger dieses Fonds, für Lateinamerika Kuba und Argentinien, weiterhin Yugoslawien. Nigeria, Algerien und Indien haben schon Beiträge geleistet. Vorsitzende dieses Fonds sind der Inder Ghandi und Kaunda aus Sambia.

Im Mittelpunkt der Debatte um die wirtschaftspolitischen Probleme stand die Verschuldung der Mitglieder der Bewegung. Fidel Castro forderte die Bewegung auf, die Außenschuld als generell nicht rückzahlbar zu erklären. Die Mehrheit der Mitglieder mochte keine solche Zahlungsunfähigkeitserklärung abgeben, da sie in der Konsequenz unvereinbar ist mit der Aufrechterhaltung von Handel und Wandel mit den imperialistischen Staaten. Auch die Vorstellungen des peruanischen Präsidenten Garcia, die Schulden zwar einerseits anzuerkennen sie andererseits nur unter annehmbaren Bedingungen zurückzuzahlen, entsprach nicht der Konfliktbereitschaft der anwesenden Mehrheit. Denn die peruanischen Vorstellungen bedeuteten praktisch umgesetzt, daß die Länder nur ein Bruchteil der imperialistischen Erwartungen erfüllen würden. Ob und wie sich die Bewegung in dieser Frage vereinheitlichen wird, soll auf einer Konferenz nur zu diesem Thema demnächst in Lima (Peru) entschieden werden.

Ein Fortschritt für die Bewegung ist die Errichtung eines Komitees, das die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der „3. Welt", die Probleme der Verschuldung und die Zusammenarbeit mit den Industrienationen zwischen den Konferenzen beraten und Lösungen erarbeiten soll. Brasilien und Mexiko sollen an diesen Beratungen teilnehmen, obgleich sie keine Mitgliedschaft an der Bewegung besitzen.

Mit besonderer Spannung wurde die libysche Delegation unter der Leitung Gaddafis erwartet. Im Vorfeld der Konferenz hatte Libyen versucht, mit der Unterstützung Syriens und des Irans, eine Resolution in die Konferenz einzubringen, in der der „Staatsterrorismus" der USA verurteilt wurde und die Bewegung auf eine Linie der Solidarität mit Libyen verpflichtet werden sollte. Diese Resolution wurde nicht eingebracht, stattdessen hielt Gaddafi eine Rede, in der er die Bewegung scharf kritisierte. Er eröffnete mit der Forderung nach einer internationalen Armee von Zehntausenden. „Ich werde die Truppen dieser Streitkräfte über alle Kontinente der Welt verteilen um den USA Feuer unter'm Hintern zu machen. Libyens Trainingscamps und die Waffenarsenale stehen allen südafrikanischen Freiheitskämpfern offen."

Generell griff er das historische Selbstverständnis der Bewegung an: „Nicht-paktgebundenheit ist ein Begriff, der nicht benutzt werden sollte. Wir sind alle paktgebunden gegen das imperialistische Lager. Es gibt keinen Wert für den Begriff der Neutralität. Wir sind alle gegen die USA, den Zionismus und Rassismus. ... Die Bewegung ist auf einer anderen Ebene angelangt gegenüber der Tradition von Tito und Nasser — der Traum der Neutralität ist vorbei."

Ferner würde er die Bewegung verlassen, wenn die Konferenz nicht beschließt alle diplomatischen Beziehungen zu den USA abzubrechen. Desgleichen forderte er die Bewegung auf, praktisch gegen Kamerun, Zaire, Elfenbein-Küste und Ägypten vorzugehen. Diese vier Staaten sind Mitglieder der Bewegung und hatten kürzlich Israel als Staat anerkannt. Ägypten kritisierte er wegen seiner Zusammenarbeit mit den USA: „Mitglieder dieser Bewegung sind tatsächlich Sprungbretter für die Schnelle Eingreiftruppe der USA". In Ägypten waren im August Manöver mit US-Truppen abgehalten worden, die Teil eines Aufmarsches gegen Libyen sind.

Mugabe als Vorsitzender der Konferenz entgegnete dieser Rede lediglich, daß nicht alle Anwesende der Auffassung sind, daß die Bewegung gänzlich unnütz sei, und immerhin hätte die Bewegung Gaddafi ein Auditorium gegeben gegen die USA zu reden.

Gaddafi verstieß mit dieser Rede mehrfach gegen informelle Regeln der Bewegung. Der direkte Angriff auf namentlich genannte Mitglieder der Bewegung ist nach diesen Regeln nicht erlaubt. Gerade die Elfenbein-Küste hatte nicht nur diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen, sondern sich für den Dialog mit der südafrikanischen Regierung ausgesprochen: „Botha sollte geholfen werden die Notwendigkeit zu verstehen, die Apartheid zu beenden". Die Aufforderung zum Bruch mit dem Neutralitätgedanken ist ein ebensolcher Verstoß. Fidel Castro hatte für zaghaftere Vorstöße in die gleiche Richtung auf der Konferenz 1979 erheblich heftigere Kritik aus der Bewegung selbst geerntet.

Beifall und harsche Ablehnung begleiteten Gaddafis Rede. Jedoch waren viele Staaten bemüht, Libyen nicht auszugrenzen; Iran, Kuba und Nicaragua demonstrierten ihre Solidarität durch Treffen mit der libyschen Delegation. Der liberale „Guardian" berichtete, daß Gaddafis Rede von Beifall begleitet war, *„der die Sympathie wiederspiegelte, die viele Delegationen für Libyen ausdrückten angesichts der US-Angriffe und trotz der Inkonsistenz libyscher Außenpolitik, die Oberst Gaddafi viele Verbündete gekostet hat."* (5.9.86). Die Rede Gaddafis wurde in der bürgerlichen Berichterstattung mit viel Häme übergossen. Diese Beurteilung des Verhältnisses eines Teils der Bewegung zu Gaddafi vernachlässigt jedoch, daß viele Repräsentanten der Mitgliedsstaaten dieser Bewegung selber Guerillas waren, die gegen den britischen, französischen oder US-amerikanischen Imperialismus mit der Waffe in der Hand gekämpft haben, und nach einer Revolution die staatliche Legalität erreichten, die sie heute besitzen. Die selbst Ziel von CIA-Attentaten waren (Castro, Arafat), oder die Angriffe auf ihre Völker abwehren müssen und mußten (Angola, Nicaragua, Zimbabwe, Vietnam).

Der gegenseitige Neutralitäts- oder Nichteinmischungsgedanke war schon auf der diesjährigen Konferenz für Afrikanische Einheit (OAU) kritisiert worden. Museveni, Präsident von Uganda, kritisierte die anderen afrikanischen Staaten weil sie dem Völkermord in Uganda nicht Einhalt geboten hatten: „Afrika schwieg 20 Jahre lang, im Namen der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates, während 800.000 Ugander masakriert wurden, die in Griffnähe der Regierungen verschwanden, deren Pflicht es war sie zu beschützen. Die Menschen in Uganda waren unglücklich und fühlten sich sehr, sehr betrogen weil die meisten in Afrika schwiegen als Tyrannen mordeten." Ein solches Verhalten würde die Moralität derjenigen untergraben, die das Verbrechen in Südafrika verurteilten.

Heftige Kontroversen über den Krieg zwischen Iran und Irak, beide ebenfalls Mitglieder der Bewegung, machten gleichfalls deutlich, daß das historische Konzept der nicht-paktgebunden Staaten bezüglich der gegenseitigen Nichteinmischung überlebt ist.

wo./Imp.-Kom.



Das Treffen der nicht-paktgebundenen Staaten fand in Harare unter dem Schutz von Luftabwehrkanonen und militärischer Sicherung statt. Dies aus gutem Grund: Am 19. Mai d.J. hatten südafrikanische Militärkommandos das Büro des ANC in dieser Stadt angegriffen und in die Luft gesprengt. Inmitten der Trümmer lag diese Puppe.



Ein Vierteljahrhundert Blockfreie-Bewegung

Mit dem Abschluß der 8. Sitzungsperiode in der Hauptstadt von Zimbabwe wurde die „Bewegung nichtpaktgebundener Staaten" 25 Jahre alt. Heute umfaßt sie nahezu alle Staaten dieser Erde minus NATO, minus OECD und minus Warschauer Pakt. Das sind rund 100 Staaten und die beiden Befreiungsbewegungen SWAPO und PLO, denen der Status als Vollmitglieder zuerkannt ist.

Als die „Gründungsväter" der Bewegung gelten der Ägypter Nasser, der Jugoslawe Tito, eine der Leitfiguren des afrikanischen Befreiungskampfes Nkrumah, der Inder Nehru und der Indonesier Sukarno. Sie repräsentieren die Ideen, die die Wurzeln dieser Bewegung ausmachten: einerseits der afroasiatische Nationalismus und andererseits der Versuch, im Bündnis mit anderen die eigene Unabhängigkeit gegenüber den Bündnissystemen der Nachkriegsära zu bewahren.

Eine der Gründungsveranstaltungen war die Konferenz von Bandung (Indonesien) im Jahre 1955. An ihr nahmen 23 Staaten aus dem asiatischen und sechs aus dem afrikanischen Raum teil. Algerien, Marokko und Tunesien waren durch ihre Befreiungsbewegungen vertreten. Basis der politischen Initiativen dieser Bandung-Konferenz waren die fünf Prinzipien der Koexistenz, die zuerst vom damaligen chinesischen Premierminister Chou En-Lai und Nehru 1954 formuliert worden waren. Diese fünf Prinzipien sollten die internationalen Beziehungen gestalten, und zwar auf der Basis von: 1. Respektierung der territorialen Integrität und Souveränität; 2. gegenseitigen Nicht-Aggression; 3. gegenseitiger Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten; 4. gleicher und wechselseitiger Austausch; 5. friedliche Koexistenz. Diese oder doch sehr ähnliche Prinzipien findet man heute in Organisationen wie der OAU (Organisation für afrikanische Einheit). Nehru sagte damals vorher, daß die Konferenz von Bandung ein deutliches Zeichen dafür sei, daß die Hälfte der Menschheit sich im internationalen Rahmen verstärkt zu Wort melden werde. Eine der Ideen von Bandung war die der „positiven Neutralität". Mit diesem Begriff sollte verdeutlicht werden, daß Nicht-Paktgebundenheit etwas anderes sein sollte als Neutralität oder Indifferenz gegenüber internationalen Krisen, sondern eher aktive Einmischung um internationalen Frieden und Sicherheit zu fördern.

Als „Geist von Bandung" wurde zukünftig die Tatsache beschworen, daß es für Staaten unterschiedlicher wirtschaftlicher und weltanschaulicher Systeme möglich sei, gemeinsam für Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit der Völker einzutreten.

Der „Kalte Krieg" der USA gegen die UdSSR, der Korea-Krieg und diverse Aggressionen des US-Imperialismus militärischer und politischer Natur ließen bei den meisten der nunmehr unabhängig werdenden Staaten keine Zweifel darüber, daß sie gegenüber diesem Monster nur im Bündnis mit Gleichgesinnten bestehen würden. Andererseits entstanden nun z.B. auf dem afrikanischen Kontinent keine sozialistischen Staaten, die ein Bündnis mit der Sowjetunion oder der VR China anstreben wollten. Viele Staaten hofften auf einen „dritten Weg", wie ihn Ägypten unter der Regierung von Nasser zu gehen versuchte. Und so gab es für diese jungen Staaten, die sich gerade aus den Ketten des europäischen Kolonialismus freigekämpft hatten, die vage Hoffnung, im eigenen Bündnis ihren Bewegungsraum aufrechterhalten oder ausbauen zu können.

1961 wurde nun auf der Grundlage vieler vorbereitender Konferenzen die „Bewegung nichtpaktgebundener Staaten" gegründet. Unter dem Vorsitz von Tito trafen sich die Vertreter von 25 Staaten. Eine Reihe von ihnen waren afrikanische Staaten, die im afrikanischen Jahr 1960 ihre Unabhängigkeit erreicht hatten. Auf diesem Treffen wurde u.a. eine Initiative gestartet, die ein Jahr später zur Gründung der UNCTAD führte (United Nations Conference on Trade and Developement). Im ersten Dokument der Belgrader Konferenz wurde der anti-imperialistische und anti-kolonialistische Charakter der Bewegung manifestiert.

Die weiteren Erfolge im Unabhängigkeitskampf spiegelten sich auch in der größer werdenden Zahl der Mitglieder dieser Bewegung. Auf der II. Konferenz waren 47 Staaten anwesend, 28 aus Afrika und 18 aus Asien. Die Befreiungsbewegungen vieler Völker entsandten ihre Vertreter, so die MPLA (Angola), PAIGC (Guinea Bissau und Capverden) und die Frelimo (Mosambik). Dieses Treffen unterlag dem sich abzeichnenden Linienstreit zwischen der KPdSU und der KP China, und dem verstärkten Engagement der USA, die gerade auf dem afrikanischen Kontinent proimperialistische Kräfte für sich zu gewinnen suchte. Ein prominentes Opfer der damaligen Konflikte war Patrice Lumumba, der auf Bestreben der imperialistischen Staaten durch Tschombe ermordet wurde. Als Eintrittsbedingungen formulierte die Bewegung damals: 1. eine unabhängige Politik auf der Basis der Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Systeme und Nicht-Paktgebundenheit; 2. starke Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen; 3. keine militärischen Bündnisse, die einen Zusammenhang des Konflikts mit den Großmächten berühren; 4. keine zweiseitigen Abmachungen mit einer Großmacht oder Einwilligung in einen regionalen Verteidigungspakt, die Konflikte zwischen den Großmächten berühren; 5. keine militärischen Basen für eine fremde Macht, wenn dies in einem Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Großmächten stattfindet. Natürlich standen Themen wie Rassendiskriminierung und Anti-Apartheid-Politik mit auf dem Programm.

Das Treffen 1970 stand ganz im Zeichen der Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes für seine Freiheit und Unabhängigkeit. Gleichzeitig offenbarte dies Treffen die politische Heterogenität der Bewegung. Zwar waren insgesamt acht Unabhängigkeitsbewegungen als Gäste zu diesem Treffen zugelassen. Der Platz für die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams blieb jedoch leer, da einige Mitglieder der Bewegung einer solchen Verurteilung der US-Aggression in Vietnam nicht folgen wollten.

Das IV. Treffen in Algier 1973 brachte eine weitere quantitative Erweiterung der Bewegung. Insgesamt 75 Nationen waren vertreten, die mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung repräsentierten. Die Vereinigten Arabischen Emirate, Bangladesh, Peru und Argentinien waren neue Mitglieder geworden. Ebenso Chile unter der Regierung Allendes. Diesmal waren als Gäste auch Vertreter der Befreiungsbewegungen aus Vietnam und Kambodscha zugelassen. Auf diesem Treffen nahm das seinen Anfang, was später unter dem Schlagwort „Nord-Süd-Dialog" bekannt wurde. Gleichzeitig wurde die Errichtung einer neuen internationalen Weltwirtschaftsordnung gefordert. Dies Treffen beschloß weiterhin, für die Zeit zwischen den Konferenzen die Politik der Bewegung durch ein Büro koordinieren zu lassen.

Auf dem V. Treffen in Colombo (Sri Lanka) bekam die PLO Sitz und Stimme im Koordinierungsbüro, die ehemaligen Guerillakämpfer aus Vietnam vertraten ihr Volk nunmehr als „legalisierte" Vertreter. Zum Streitfall wurde u.a. die Unterstützung der angolanischen Revolution durch Kämpfer aus Kuba. Hier stießen die Prinzipien der Bewegung geradezu antagonistisch auf die des proletarischen Internationalismus. Und es war deutlich, daß die konservativeren Positionen innerhalb der Bewegung eine relative Mehrheit für sich hatten.

Fortsetzung nächste Seite

Interview mit J. Slovo, Leiter des Umkhonto we Siswe

Das Volk verliert die Ohnmacht

Joe Slovo wurde kürzlich zum Vorsitzenden der Südafrikanischen Kommunistischen Partei gewählt. Seit einigen Jahren schon ist Slovo der militärische Verantwortliche für den bewaffneten Arm des African National Congress (ANC), dem Umkhonto we Siswe. Im folgenden Gespräch beschreibt Slovo die jüngste Entwicklung der Revolte im südlichen Afrika. Wir übersetzten dieses Gespräch aus der Zeitschrift „AfricAsia'' vom September 1986.

Kürzlich gab es eine Flut von Angriffen gegen die Kommunisten innerhalb des African National Congress (ANC), einschließlich von Attacken sowohl seitens des südafrikanischen Präsidenten Botha, als auch seitens U.S. Präsident Reagans, um die Befreiungsbewegung zu spalten. Tatsächlich ist die Südafrikanische Kommunistische Partei zu einem Gespenst für die herrschende Klasse des Apartheid-Staates geworden. Wenn dieses Gespenst, das die Herrschenden in Südafrika verfolgt, ein Gesicht hat, so ist es das von Joe Slovo.

Dennoch ist er ein bescheidener, zurückhaltender Mann, den man, trifft man ihn auf dem Flughafen, für einen Geschäftsmann halten könnte. Er ist ein wenig verwundert, daß sein Name jetzt in den revolutionären Liedern auftaucht, die überall in Südafrika gesungen werden. Die Jugend weiß oft nicht, wer er ist oder welche Hautfarbe er hat, sagt er, als wir uns beim Kaffee in einem zugigen Zimmer in London treffen. Aber ein Lied über den Kommunismus hat den Refrain: „Wenn es gut genug ist für Slovo, ist es gut genug für mich.''

Slovo wurde kürzlich zum Vorsitzenden des SACP gewählt. Er ist auch Mitglied des Exekutivrates des ANC und Chef des bewaffneten Arms des ANC Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation). Es gehört zu seinen Eigenschaften, daß er als Stratege des Guerillakampfes im Ausland sehr bekannt ist. Er hat den „einzigartigen'' Charakter des bewaffneten Kampfes in Südafrika im Vergleich zu den Erfahrungen anderer afrikanischer Länder schon früh hervorgehoben, und er war sichtlich stolz auf seinen Erfolg.

„Wir hatten nie die Rückendeckung, wie sie andere Bewegungen in Afrika hatten,'' sagte er. Schwarze Südafrikaner waren ebenfalls davon ausgeschlossen, „die Kunst des Kämpfens'' zu lernen und niemand, „außer den Gangstergruppen'' hatte tatsächlich eine Waffe oder einen explosiven Stoff in der Hand. „Aber wir haben andere Elemente auf unserer Seite, die die anderen niemals hatten, politische und soziale Kräfte wie eine erfahrene Arbeiterklasse, eine fortgeschrittene Jugend, was meiner Meinung nach die grundlegende Stärke unserer Revolution ausmacht, nicht die militärische Seite — und wir haben immer vertreten, daß der wesentliche Gehalt unseres Kampfes der politische Kampf der Massen ist, innerhalb dessen revolutionäre Gewalt ein Teil sein muß.''

„Revolutionäre Gewalt hat die anfeuernde Wirkung hervorgebracht, die wir uns gedacht hatten, und die aus dem ANC die Organisation gemacht hat, die heute besteht; es gibt nur ein Moment, das den ANC von jeder anderen Organisation unterschied: die Tatsache, während dieser Zeit kein Zeichen von Aufgeben gezeigt und weiterhin Leben und Gesundheit riskiert zu haben. Es waren die Kampfaktivitäten des ANC, die den Unterschied ausgemacht haben. Und grundsätzlicher noch hat der Teil der revolutionären Gewalt in unserer Arbeit bewirkt, daß wir eine der sehr wichtigen psychologischen Schwellen überwunden haben, ohne die man wirklich keinen Kampf führen kann; das heißt, die Menschen fühlten ihre Macht, sie verloren ihre Ohnmacht, die sie über so viele Jahrhunderte gefühlt haben. Wenn du einmal ein Volk so weit gebracht hast, daß es glaubt, auch die andere Seite ist verwundbar, kann es getan werden, wie lange es auch dauern wird. Wenn das Volk einmal beginnt, überzeugt zu sein, ist 75% des Kampfes gewonnen. Und wenn du das stoppst, kannst du dem Feind nie mehr Paroli bieten. Der Feind hat dann ein Monopol an Macht und Kraft, psychologisch gesehen, und tatsächlich entwaffnet man die Entschlossenheit eines Volkes, seinen Antrieb, sein Vertrauen.''

Wie steht es mit der Veränderung der Strategie hin zu einem Konzept des Volkskrieges? Zielt ihr auf „weiche Ziele'' (1) wie ihr angegeben habt?

„Unsere Strategie hat sich an diesem Punkt nicht verändert — und schon gar nicht in der Weise, wie es die Medien von Zeit zu Zeit vermuteten. Wir richten unsere Feuerkraft nicht nicht gegen weiße oder andere Zivilisten. Es gibt eine veränderte Schwerpunktsetzung betreffs der Ziele, die wir nun auswählen.

Frontstaaten und Südafrika



Die Frontstaaten Botswana, Sambia, Angola, Tansania, Zimbabwe, Mosambik und die Rassistenrepublik Südafrika bilden das regionale wirtschaftliche Geflecht im südlichen Afrika. Um Sanktions-Verluste für die Frontstaaten auszugleichen, wurde auf dem Blockfreien-Treffen der Afrika-Fond gegründet.

Zeitweise haben wir gezögert, militärische Ziele anzugreifen, wenn dies zu zivilen Opfern führen könnte; das ha-

Zeitweise haben wir gezögert, militärische Ziele anzugreifen, wenn dies zu zivilen Opfern führen könnte; das haben wir geändert. Unsere Ziele sind weiterhin militärischer oder halbmilitärischer Natur, aber wir werden nicht mehr so vorsichtig sein wie bisher, um zivile Opfer zu vermeiden. Mit anderen Worten, wenn ein militärisches Hauptquartier inmitten einer zivilen Umgebung liegt, kann uns dies nicht daran hindern, es als Ziel in unserem Krieg zu wählen. Das gleiche gilt für eine Polizeistation.

In diesem Zusammenhang haben wir sozusagen die Grenzlinien geändert, die wir uns selbst auferlegt haben, die es uns andererseits schwerer gemacht haben, so zu agieren. Weiterhin haben wir bezüglich der Situation auf dem Lande eine klare Entscheidung getroffen; auf dem Lande lebt eine weiße Bauern-Klasse, die Teil der militärischen Einrichtungen ist, und deshalb sind sie alle potentielle Ziele. Das ist klar.''

Kürzlich ist bekannt geworden, daß in einigen Fällen Landminen in den landwirtschaftlichen Regionen an der Nordgrenze gelegt worden sind. Slovo stellte jedoch klar, daß nicht nur dort, sondern überall Bauern gerechtfertigte Ziele seien — „überall im Land''.

Der Kampf ist natürlich in keiner Weise rein militärischer Natur, und trotz der Repression im Ausnahmezustand ist der Untergrund lebendig und wohlauf, sagte Slovo. Tatsächlich sind die basisdemokratischen Strukturen nicht nur ein Schutz gegen Polizeiaktionen, sondern bilden auch die Grundlage für die zukünftige Demokratie.

„Es gibt einen großen Unterschied zwischen dem, was in der Periode nach Sharpville passierte (nach 1960; Anm. AK), als der Ausnahmezustand erklärt wurde, und heute. Es gibt nicht mehr das eine Komitee, das irgendwo sitzt und an allen möglichen Fäden zieht. Auf der unteren Ebene ist eine Schlachtordnung von Basisorganisationen entstanden, die alle von der Führung einer weiten, landesweiten Bewegung beseelt sind, die aber in der Lage sind, ihre eigenen Initiativen zu ergreifen.

Obgleich der Feind tausende von mittleren und höheren Kadern verhaftet hat, geht der Kampf weiter. Die Gegenwart dieses neuen Elements ist von größter Wichtigkeit, nicht nur vom rein organisatorischen Standpunkt aus gesehen, sondern in bezug auf künftige Organe der Volksmacht.

Diese Art der Strukturen, die sich künftig entwickeln und institutionalisieren werden, haben ihre Wurzeln in dem, was an der Basis vor sich geht. Irgendwie unsere eigene Art der Sowjets.''

Dies alles sind Entwicklungen im Volk. Auf der Seite des Regimes sieht Slovo nur Verwirrung. Er gibt dem Regime wenig Chance für einen Erfolg bei seinen Bemühungen, einen Teil der schwarzen Bourgeoisie dafür zu gewinnen, einen lebensfähigen sozialen und politischen Block zu bilden.

„Diejenigen, die über eine Spaltung der Befreiungsbewegung in eine, sagen wir nationalistische oder kommunistische gesprochen haben, glauben wirklich nicht, daß die Basis der sehr, sehr großen Einheit nur deshalb besteht, weil Botha unfähig ist, irgendetwas anzubieten, das sogar die gewöhnliche nationalistische Mittelklasse annehmen kann. Die Stimmung im Volk ist einfach zu machtvoll. Es ist sehr bezeichnend, daß sie trotz fieberhafter Suche in so vielen Jahren unfähig waren, einen Muzorewa zu finden. Sie haben versucht, Buthelezi demgemäß aufzubauen, aber ich denke, er hat seine Glaubwürdigkeit als nationale Figur vollständig eingebüßt.''

Die Einschätzung des ANC über die schwarze Mittelklasse und ihre möglichen Bündnispartner entspringt der

objektiven Schätzung ihrer grundlegenden Interessen, sagte Slovo, der ihre Rolle in einer „veränderten Wirt-

objektiven Schätzung ihrer grundlegenden Interessen, sagte Slovo, der ihre Rolle in einer „veränderten Wirtschaft'' herausstellte. Zuvor merkte er an, „daß nur ein aufgeregter Anhänger der Pol-Pot-Philosophie einen Stabhochsprung in den Sozialismus und Kommunismus für den Tag nach dem Ende der weißen Herrschaft planen könne.''

Für heute sagte er: „Wir haben keinen noch so kleinen Zweifel, daß es der schwarzen Bourgeoisie unter einer ANC-Regierung besser gehe als heutzutage, und das wissen sie. Tatsächlich wird sie aufblühen'', *sagte er.* „Die kleine schwarze Bourgeoisie und die kleine schwarze Mittelklasse wird aufblühen unter der Regierung des Volkes, an der wir alle teilhaben werden. Sie werden zu sich selbst finden, und sie können eine sehr gute Rolle spielen, wenn sie helfen, die Wirtschaft in einer Zeit in Gang zu halten, die für uns sehr schwer werden wird.''

Gibt es irgendwelche Anzeichen dafür, daß die weiße Arbeiterklasse sich von der Apartheid distanziert? Slovo sieht das, was er eine Spreu im Winde nannte, sehr kleine Signale, aber nicht mehr. Gibt es eine Möglichkeit für eine schnelle aufstandsmäßige Unterwerfung des Regimes? Dies war eine Äußerung, die er mehr im Vorbeigehen während einer öfffentlichen Ansprache ein paar Tage vorher getan hatte.

„Wenn alles das, was die Krise für die andere Seite geschaffen hat, im ganzen Land zunimmt und wenn in irgendeiner Weise das Volk sich weigert, sich den wichtigeren Gesetzen zu unterwerfen, vollständiger Widerstand, wachsender ziviler Ungehorsam in allen Gegenden, verbunden mit der wachsenden Macht der Arbeiter, Generalstreik verbunden mit vermehrten Anschlägen der Kampfeinheiten, verbunden mit Sanktionen von außen, ... dann scheint es möglich, daß es einen Moment gibt — denn das ist ein Aufstand — ein historischer Moment, in dem die Situation verändert wird.

Ich denke bei einem Aufstand nicht daran, daß wir uns vorstellen können, die Befreiungskräfte treffen in naher Zukunft auf die militärischen Kräfte der anderen Seite und schlagen diese in einer Konfrontation. Es wird eine Verbindung von massenhaften politischen Aktivitäten in einem Ausmaß sein, daß das Regime nicht in der Lage ist zu überleben. Wir befinden uns in einer Situation der Art wie Lenin, als er seinen Kaffee im Februar in Genf trank, zwei Wochen vor der Februarrevolution. Er sagte er sei überzeugt, daß es zu seinen Lebzeiten passieren würde. Zwei Wochen später begann es und sechs Monate später war es da.

Der Grund, warum es schwierig ist diese Art von Antworten zu geben ist der, daß ich nicht daran glaube, daß es die Pflicht eines Revolutionärs ist die Revolution zu machen — in der Art des Guevara-Konzeptes loszugehen und sich in irgendeine Art dramatischer Aktivität zu ergehen, einen Focus irgendwo aufzubauen und dann kommen die Menschen automatisch an deine Seite. Ich denke die Pflicht eines Revolutionärs ist die Revolution zu leiten, denn die Zutaten, aus denen eine revolutionäre Situation zusammengestellt wird, hängt nicht von der revolutionären Bewegung ab, davon was wir in unserer Agitation tun, von unserer Vorbereitung. Es ist verbunden mit dem Zusammengehen einer ganzen Reihe von Faktoren, nur einige sind die subjektiven ... eine Menge von ihnen, die meisten, sind objektiv — die ökonomische Krise, die Antwort der anderen Seite, was an der Basis geschieht.''

Das Ausmaß der Krise macht die Ausweglosigkeit für das Regime.

„Es gibt keine Strategie, wenn man auf das schaut, was z.B. vor drei Jahren geschah, konnte man denken sie hätten eine Strategie; die Stellung der Staaten zueinander, Die Bantustans, Nkomati, verschiedene Reformen (2). Sie haben so etwas wie eine Strategie verloren. Wenn man sich die Politik Bothas heute anschaut, so ist das eine Art kurzfristiger Reaktion, in Abhängigkeit vom Druck innen, von außen, vom Volk; es ist widerspruchsvoll.''

Wie schnell wird die Apartheid niedergeworfen? Mit einem Lachen antwortete Slovo:

„1948, als die gegenwärtige Bande an die Macht kam und ich danach gefragt wurde, wie lange sie bleiben würden, sagte ich: fünf Jahre — und ich halte die gleiche Position aufrecht. Aber heute denke ich, daß meine Voraussage sich vielleicht als richtig erweisen wird, oder dem näher kommen wird ... ich glaube nicht, daß diese Menschen es noch länger als fünf Jahre machen werden, offen gesagt. Ich denke sogar weniger lange.''

Was sagt er zu den Angriffen auf die
werden, offen gesagt. Ich denke sogar weniger lange.''

Was sagt er zu den Angriffen auf die Frontstaaten uns speziell auf den ANC?

„Sicher, wir erwarten viel mehr rastlose Versuche und außerhalb zu zerstören als in der Vergangenheit — wir erwarten dies.''

Wie ist er damit fertiggeworden mit dem Wissen zu leben, daß er ein hochrangiges Attentatsziel ist?

„Ich gewärtige keine größeren Risiken als die meisten der Militanten, die innerhalb des Landes sind und die tagtäglich ihr Leben riskieren. In gewissem Sinne bin ich sicherer als sie. Wenn man diese Situation über einen langen, langen Zeitraum erfährt, denkt man nicht mehr von Tag zu Tag daran. Es ist ein wenig gefährlich, nicht daran zu denken, denn man neigt da zur Erschlaffung. Aber es sitzt mir nicht auf der Schulter, wohin immer ich auch gehe, und ich wache auch nicht in Schweiß gebadet mitten in der Nacht auf.

Die einzige Art und Weise wirklich damit umzugehen ist, eine gewisse Verdrängung demgegenüber an den Tag zu legen, gewissermaßen, sonst wird man abgelenkt. Man kann seine Arbeit nicht tun über all die Jahre in einem Loch versteckt, weil sie kommen ... wenn es kommt, kommt es. Und es wird eines Tages kommen.''

Anmerkungen

1) Seit dem Sommer 1985, als sich abzeichnete, daß die Revolte im südlichen Afrika kein Strohfeuer war, begann der ANC in seinen Erklärungen auch die Ziele, die sie militärisch angreifen würden, näher zu beschreiben. Für besonderes Aufsehen sorgte die Aussage des ANC, daß auch westdeutsche Firmen Sabotage zu gewärtigen hätten, sich der ANC im allgemeinen nicht mehr auf den Angriff auf rein militärische Ziele einschränken würde.

2) Zu Beginn der 80er Jahre sah es für einige Zeit so aus, als ob die Rassisten zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft im ganzen südafrikanischen Raum eine Strategie hätten. Nach den militärischen Angriffen gegen die Frontstaaten Angola, Lesotho und Sambia folgte eine politische Offensive der Rassisten, die Mosambik an den Verhandlungstisch mit den Rassisten zwang. Produkt war der Vertrag von Nkomati, in dem sich Mosambik zur Auflösung der ANC-Lager verpflichtete, und die Rassisten ihrerseits auf die Unterstützung der conter-Rebellen in Mosambik verzichteten. Die Aufstände seit 1984 haben jedoch von innen her, aus dem Zentrum der rassistischen Herrschaft heraus, die Strategie der Rassisten zunichte gemacht.

Fortsetzung von vorheriger Seite
Zur Nagelprobe wurde die VI. Kon-
eines nuklearen Weltkrieges, als auch die internationale ökonomische Entwicklung zwangen die Teilnehmer(in-

Fortsetzung von vorheriger Seite

Zur Nagelprobe wurde die VI. Konferenz 1979 in Havanna. Im Vorfeld der Konferenz hatten die USA massiven Druck ausgeübt mit dem Ziel, diesen Tagungsort nicht zu wählen. Wie in früheren Jahren so hatte auch diesmal die Wahl des Konferenzortes für die Bewegung eine symbolische Bedeutung. Die Versuche Fidel Castros, die puristischen Prinzipien der Bewegung mehr dem Teil der Bewegung anzupassen, für die er stand und steht, führten zu einer Kontroverse mit Tito, dem Gründervater der Bewegung. Tito pochte auf das Prinzip der Äquidistanz — der gleichweiten Entfernung zu den beiden Großmächten. 1964 hatte er noch auf dem Treffen in Kairo formuliert, daß Nicht-Paktgebundenheit „niemals eine Politik des passiven Widerstands gegen die Aufteilung der Welt gewesen ist, noch eine Politik der Äquidistanz.''

Die Zunahme der Widersprüche in der Welt, die Krisensituationen der Weltökonomie genauso wie die zunehmenden Kriegsanstrengungen der USA ließen jedoch 15 Jahre nach Kairo weniger Platz zum Lavieren zwischen den „Blöcken''. Der militante Ansatz, wie ihn neben vielen anderen F. Castro vertrat, die Bündnispolitik verstärkt danach auszurichten, wer „unsere Freunde'' sind, und „wer uns bekämpft'', fand keine Mehrheit. Dieser grundlegende Konflikt äußerte sich auch in der Frage, ob für Kambodscha das alte Pol-Pot-Regime zugelassen werden sollte oder die mit vietnamesischer Hilfe eingesetzte Regierung des Heng Samrin. Einen Kompromiß fand man hingegen im Konflikt zwischen Polisario und Marokko. In diesem Fall wurde unterstützt, daß das Volk der Westsahara in einem Referendum entscheiden sollte, zu welchen Staat sie künftig zu gehören gedächten.

Auch der VII. Treff der Bewegung war von Konflikten gekennzeichnet. Zunächst mußte dieses Treffen um ein Jahr vertagt werden, denn ursprünglich sollte dieses Treffen 1982 im Irak stattfinden. Dies ging nun nicht aufgrund des Krieges zwischen den beiden Mitgliedstaaten der Bewegung, dem Iran und dem Irak. Die Themen Afghanistan und Kambodscha bildeten weitere Konfliktpunkte.

Andererseits stand dieses Treffen nochmals verstärkt durch die internationale Entwicklung unter Handlungsdruck. Sowohl die gewachsene Gefahr eines nuklearen Weltkrieges, als auch die internationale ökonomische Entwicklung zwangen die Teilnehmer(innen) der Bewegung zu Positionen, die zumindest nicht im Interesse des US-Imperialismus standen. Die Aggressionspolitik des US-Imperialismus wurde in verschiedenen Punkten einhellig verurteilt, die Positionen gegenüber dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und der südafrikanischen Befreiungsbewegung nochmals bekräftigt.

Angesichts der weiteren atomaren Aufrüstung erklärten die nicht-paktgebundenen Staaten 1983 in Neu Delhi, daß „es zur friedlichen Koexistenz keine vernünftige Alternative gibt'', und erhoben zu ihrem politischen Credo die Versicherung, „alles zu tun, um die vor der Menschheit stehende atomare Gefahr zu bannen, das Wettrüsten, vor allem im atomaren Bereich, zu beenden und den Frieden in der Welt zu erhalten und zu festigen.'' Produkt dieser Diskussion in Neu Delhi war eine Resolution auf der 40. UNO-Vollversammlung unter dem Motto: „Über ein Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen und neuer Systeme solcher Waffen.'' Diese Resolution wurde in der UNO mit über 150 Stimmen angenommen, die NATO-Staaten stimmten dagegen bzw. enthielten sich ihrer Stimme.

In der Zwischenzeit der VII. und VIII. Konferenz der nicht-paktgebundenen Staaten wurde 1985 die Deklaration von Delhi durch die Bewegung erarbeitet; daran nahmen als Gast-Staaten Schweden, Mexiko und Griechenland teil. Im September 1985 veröffentlichten die Außenminister der Staaten dieser Bewegung die „Politische Deklaration'' von Luanda. Dort schreiben sie unter anderem: „Die Abwendung der nuklearen Katastrophe ist die Voraussetzung für alles weitere Tun. Die ökonomische und soziale Entwicklung ... verlieren ihren Sinn, wenn die nukleare Katastrophe nicht verhindert wird. (...) Nur Verhandlungen können eine generelle Lösung der zwingenden internationalen Probleme, insbesondere Frieden und Sicherheit, Abrüstung und Entwicklung, garantieren und in anderen Bereichen den Fortschritt zugunsten der gesamten Menschheit fördern.''

Quellen: AfricAsia 32/Aug. 86; asien, afrika, lateinamerika, Berlin 14. Jahrg./Nr. 3; Guardian, 1.9.86

PLO vor verschlossener Tür

Fortsetzung von Seite 1

non 1982 zu verhindern, daß diese Organisation wieder in Ägypten und in Jordanien Fuß faßte. Die strategische Lage sei für die Ausweitung des Friedensprozesses auf Jordanien günstig: Amman müsse den Mut für direkte bilaterale Verhandlungen mit Israel aufbringen; eine internationale Konferenz ohne dieses Ziel würde Jordanien nur unter Druck der radikalen arabischen Länder setzen. Das „Problem" der palästinensischen Bevölkerung müsse gemeinsam mit Jordanien gelöst werden, möglicherweise in Verhandlungen mit einer gemischten palästinensisch-jordanischen Delegation, allerdings ohne die PLO (1).

Diese strategisch günstige Lage will Israel für bilaterale Verhandlungen nutzen, deren Ziele die Absicherung des status quo, d.h. die endgültige Annektierung der besetzten Gebiete, und das Aufbrechen der Isolierung Israels sind.

Im Mai 1985 hatte der israelische Ministerpräsident Peres noch einmal seine Vorstellungen für eine Lösung des „Problems des palästinensischen Volkes" erläutert: Es gebe eine territoriale und eine funktionelle Lösung. Er, Peres, glaube, die wirkliche Möglichkeit liege im funktionellen Bereich, angefangen bei der Selbstverwaltung. Um dahin zu gelangen, seien drei Schritte notwendig: die Beilegung der Grenzstreitigkeiten mit Ägypten um die Enklave Taba (ein Gebiet von einem Quadratkilometer), damit der israelisch-ägyptische Friedensvertrag Jordanien als Beispiel dienen könne; die Einführung des Liberalismus in den besetzten Gebieten, um mögliche Verhandlungspartner zu ermutigen; direkte Verhandlungen zwischen Israel und einer gemeinsamen Delegation von Jordaniern und Palästinensern (2). Ziel der israelischen Regierung ist also, in einer neuen Verhandlungsrunde die in den Camp David-Abkommen 1978 vorgesehene Autonomie gemeinsam mit Jordanien durchzusetzen, ohne territoriale Kompromisse einzugehen. Für die Einführung der Autonomie war in den Abkommen ein Zeitraum von fünf Jahren vorgesehen, dann sollte über die Zukunft der besetzten Gebiete verhandelt werden.

Camp David-Abkommen — gescheitert?

Camp David-Abkommen — gescheitert?

Das Autonomie-Projekt wurde nicht verwirklicht: Der jordanische König Hussein, der damals über jeden Schritt der israelisch-ägyptischen Verhandlungen informiert worden war und sich allzu gern beteiligt hätte, wagte mit Rücksicht auf die palästinensische Mehrheit in seinem Land und wegen des vergleichsweise mächtigen syrischen Nachbarn keinen Alleingang auf Kosten der PLO. In den besetzten Gebieten gab es keinen Politiker, der trotz der eindeutigen Ablehnung der Autonomie-Pläne durch die PLO auf diesen Handel eingehen wollte.

Noch heute wird das Scheitern der Autonomie-Pläne von den palästinensischen Organisationen mit dem Scheitern der Camp-David-Verträge gleichgesetzt. Das ist nicht der Fall.

Im Grunde war Israel für die Ablehnung der Camp David-Abkommen durch die PLO und die „radikalen" arabischen Staaten (Syrien, Libyen, Algerien und Südjemen) dankbar. Auf diese Weise wurde Israel in einer Zeit nicht beim Wort genommen, in der die PLO noch ein Machtfaktor war. Nicht Israel erschien als friedensunwillig, unnachgiebig und aggressiv, sondern die PLO und die „radikalen" arabischen Staaten. Für den zionistischen Staat war damals schon klar: Keiner der arabischen Staaten, wie wortgewaltig er auch gegen den ägyptischen „Verrat" auftrat, würde eine unabhängige nationale Politik der PLO unterstützen.

Der Friedensschluß mit Ägypten erwies sich so langfristig als günstig für die israelisch-amerikanische Strategie, die keinen Kompromiß zu Lasten Israels zulassen wollte.

Die Isolierung Ägyptens durch das arabische Lager machte den wichtigsten Staat des Nahen Ostens auf Jahre hinaus politisch handlungsunfähig. Die Finanzhilfen der USA — im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag zugesagt — verstärkten die politische, militärische und wirtschaftliche Abhängigkeit Kairos von den Vereinigten Staaten. Parallel wuchs der Einfluß Saudi-Arabiens, das vollständig von den USA abhängig ist.

Die Neutralisierung des ehemaligen Kriegsgegners Ägypten verschaffte Israel größere Bewegungsfreiheit, die PLO zu spalten und militärisch zu zerschlagen. Israel intervenierte 1978 und 1982 im Libanon mit dem Ziel, die militärischen Kräfte und die politischen und organisatorischen Strukturen der PLO zu vernichten. Nicht nur die proimperialistischen, auch die „radikalen" arabischen Staaten sahen diesen Massakern ruhig zu.

Die Spaltung des arabischen Lagers in „gemäßigte" und „radikale" Staaten vertiefte sich. Angesichts des Kräfteverhältnisses im Nahen Osten gelang es, vor allem Syrien und Libyen zu isolieren und zu schwächen. Damaskus gewann zwar seinen Einfluß im Libanon im Bündnis mit den — unberechenbaren — schiitischen Fundamentalisten vorübergehend zurück. Differenzen der radikalen Moslems zum laizistischen Syrien waren in diesem Zweckbündnis gegen Israel, die Palästinenser und fortschrittlichen libanesischen Organisationen vorprogrammiert. Die „Befriedung" des Libanon ist dem syrischen Regime nicht gelungen. Der Libanon bindet Syrien politisch und militärisch, ruiniert die syrische Wirtschaft und macht das Regime von den Erdölmilliarden der Golfstaaten abhängig. Die Zerrissenheit des arabischen Lagers ist geradezu im Interesse Israels.

Der iranisch-irakische Krieg und das Nahost-Problem

Auch der seit September 1980 andauernde iranisch-irakische Krieg hat die strategische Lage Israels verbessert. Zwei wichtige Gegner des zionistischen Staates, Irak und Iran, zerstören sich gegenseitig. Der Krieg lenkte vom Palästina-Konflikt ab und schien die israelische Argumentation zu bestätigen: Die Palästina-Frage sei nicht die Ursache für die mangelnde Stabilität der Region. Israel konnte nun die schärfer werdenden Differenzen zwischen den arabischen Staaten ausnutzen.

Syrien — wie auch die anderen „radikalen" Staaten — schlugen sich auf die Seite des Iran, während die proimperialistischen arabischen Staaten, wenn auch nicht ausschließlich, den Irak unterstützen. Ein Land, das bis Kriegsausbruch als radikaler, der Sowjetunion verbundener Staat galt (3). Ägypten nutzte die Gelegenheit, seine Isolierung im arabischen Lager zu durchbrechen. Schon Sadat bot dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein umfangreiche Hilfe an. Heute unterstützen bis zu zwei Millionen ägyptische Gastarbeiter die irakische Kriegs-

irakischen Präsidenten Saddam Hussein umfangreiche Hilfe an. Heute unterstützen bis zu zwei Millionen ägyptische Gastarbeiter die irakische Kriegs-wirtschaft, etliche verdingen sich als Söldner.

Israel ist es nur recht, daß der Irak im Verlauf des Krieges die Bindungen zu den USA und den „gemäßigten" arabischen Staaten verstärkt hat und finanziell nahezu vollständig von den Golfstaaten abhängig geworden ist. Trotzdem unterstützte die israelische Regierung aus geostrategischen Erwägungen den Iran, um einen Sieg des alten Gegners Irak zuverhindern, Israel befindet sich nun in einer Koalition mit seinen schärfsten Gegnern, Syrien und Libyen. Vor allem Syrien wurde durch die Parteinahme für den Iran weiter im arabischen Lager isoliert.

Der Krieg war für das jordanische Regime eine geeignete Gelegenheit, die Kontakte zu Ägypten und Syrien wiederaufzunehmen, und für Versuche, zwischen den alten Erzfeinden Irak und Syrien zu vermitteln. Jordanien, mit Syrien jahrelang verfeindet, nutzte dabei die schwierige Situation des syrischen Regimes: Syrien war wirtschaftlich in Bedrängnis geraten, denn die Golfstaaten hatten ihre Finanzhilfe wegen des Verfalls der Erdölpreise und wegen der syrischen Unterstützung für den Iran drastisch gekürzt. Außerdem mehrten sich die Differenzen zwischen Damaskus und Teheran in der Libanon-Frage. Mehrmals unterbrach der Iran die Erdöllieferungen an Syrien, das inzwischen hoch beim Mullah-Regime verschuldet ist (4).

Jordanien will sich mit Syrien versöhnen, um seinen Spielraum für eine Verhandlunglösung vergrößern. Auch wenn beide Staaten bislang eine andere Strömung in der PLO unterstützten, Syrien die Gegner Arafats und Jordanien die Arafat-loyalen Organisationen, geht es beiden um die Ausschaltung der PLO. Möglich ist auch, daß Syrien auf eine Verhandlungslösung einschwenkt. Geheime Kontakte mit Israel bestehen längst; die USA haben Verhandlungen über die Golan-Höhen ins Gespräch gebracht. Zwar betont Assad, er werde nur auf Grundlage eines strategischen Gleichgewichts mit Israel verhandeln, wie lange er diese Position durchhalten kann, ist ungewiß.

Bei der Schwächung der „radikalen" arabischen Staaten spielt die Ölpolitik Saudi-Arabiens eine wichtige Rolle, auch wenn die OPEC kaum mehr über Druckmittel gegenüber den westlichen Staaten verfügt. Riad hatte zu Beginn des Krieges seine Erdöl-Förderquoten mit dem Argument erhöht, die irakischen Lieferausfälle auszugleichen. In Wirklichkeit wollte Saudi-Arabien, wie der saudische Erdöl-Minister Yamani später erklärte, innerhalb der OPEC eine Niedrigpreispolitik durchsetzen. Seit Ende letzten Jahres hat Riad diesen Kurs verschärft, der im Sommer zu einem völligen Verfall der Erdölpreise führte. Mit dieser Politik wollte Saudi-Arabien auch die Erdölländer zu niedrigeren Förderquoten zwingen, die nicht zur OPEC gehören, gleichzeitig aber verfolgte Riad das Ziel, dem Iran die wirtschaftliche Grundlage für eine Fortführung des Krieges zu entziehen und ein Ende des Krieges zugunsten Iraks zu beschleunigen. Die Dumping-Preise schadeten vor allem Libyen und Algerien, Länder, die nicht zu den pro-imperialistischen Staaten im Nahen Osten gehören (5).

Die Schwächung der PLO

Die strategische Lage im Nahen Osten hat sich seit dem Besuch des ägyptischen Präsidenten Sadat in Jerusalem vor neun Jahren zugunsten Israels entwickelt. Der amerikanische Einfluß ist gewachsen — trotz des Scheiterns der US-Politik im Libanon und trotz des jahrelang eingefrorenen „Friedens"prozesses.

Eine wichtige Voraussetzung aber, ihn wieder in Gang zu bringen, ist in diesen Jahren gelungen: Die PLO wurde entscheidend geschwächt, eine wesentliche Bedingung für Ägypten und Jordanien, möglicherweise auch Syrien, sich am israelisch-amerikanischen Frieden zu beteiligen. Seit dem Krieg 1967 hatten diese Staaten das Ziel: Rückgewinnung der eigenen Territorien und Frieden mit Israel, nicht aber die Lösung der Palästina-Frage, eine Politik, die damals offen nicht durchzusetzen war. Ägypten und Jordanien hatten schon 1948 durch Besetzung Rest-Palästinas die Gründung eines palästinensischen Staates verhindert.

Nach der Niederlage 1967 ließ sich Jordanien auf keinen Krieg mit Israel mehr ein; Syrien und Ägypten führten den Oktoberkrieg 1973, um die eige-



Ich habe nur Sand gefunden!

nen, von Israel 1967 okkupierten Territorien zurückzugewinnen, die Golan-Höhen und die Sinai-Halbinsel, nicht aber das Westjordanland und den Gaza-Streifen.

Lange hatten sich die Palästinenser nach der Vertreibung 1948 in den arabisch-nationalen Bewegungen und Parteien organisiert und gehofft, im Rahmen des Panarabismus Palästina zu befreien. In dem Augenblick aber, als sie den unabhängigen, nationalen palästinensischen Befreiungskampf proklamierten, versuchten auch die nationalen arabischen Regimes, die palästinensische Bewegung zu vereinnahmen. Nasser spielte mit der Gründung einer von den arabischen Staaten abhängigen PLO 1964 eine Vorreiterrolle.

Die Niederlage der arabischen Armeen im Juni-Krieg 1967, die gleichzeitig den Niedergang des arabischen Nationalismus einleitete, gab der Entwicklung des unabhängigen palästinensischen Widerstandes entscheidenden Aufschwung, stärkte aber gleichzeitig den US-imperilistischen Einfluß im Nahen Osten und verschaffte den reaktionären arabischen Staaten größeres Gewicht.

Seither beteiligten sich *alle* arabischen Regime an der Niederschlagung der PLO, auch wenn sie sich aus eigenen machtpolitischen Erwägungen verbal nicht gegen die PLO stellten und zeitweise bestimmte Fraktionen in der PLO unterstützten.

— Von Syrien und Ägypten aus durften die palästinensischen Organisation nach 1967 keinen bewaffneten Kampf führen.

— Aus Jordanien wurde die palästinensischen Kämpfer 1970 vertrieben, damit hatte die PLO ihre natürliche Basis — neben den besetzten Gebieten und Israel — verloren. Die israelische Armee stand für den Fall einer Niederlage Husseins bereit. Nasser intervenierte erst, als die Niederlage der Palästinenser besiegelt war. Das linke syrische Baath-Regime, zu einer Unterstützung der palästinensischen Kämpfer bereit, wurde durch den Putsch Assads abgelöst.

— Im libanesischen Bürgerkrieg 1975/76 versetzte die syrische Armee der PLO entscheidende Schläge und verhinderte den Sieg der fortschrittlichen Kräfte.

— Der israelischen Invasion in den Libanon 1982 und der Vertreibung der palästinensischen Kämpfer sahen die arabischen Staaten ruhig zu und nutzten die in der Folge auftretenden Differenzen über Politik und Strategie der PLO, um die Spaltung der PLO zu vertiefen. Arafat wurde aus Syrien ausgewiesen. Unter dem Schutz der syrischen Armee zettelte die mit Syrien verbündete Amal mehrere Kriege gegen die palästinensischen Flüchtlingslager an, um die Rückkehr der palästinensischen Kämpfer zu verhindern. Ein Einsatz, den Israel regelmäßig lobt.

Vor verschlossenen Türen

Nach der Vertreibung der PLO aus dem Libanon nahm Arafat die innerhalb des palästinensischen Widerstandes umstrittenen Beziehungen zu Ägypten und Jordanien wieder auf, um eine Beteiligung der PLO an einer Verhandlungslösung zu erreichen. In den Camp David-Abkommen hatte Ägypten die Bildung eines palästinensischen Staates und die Teilnahme der PLO an Verhandlungen abelehnt. König Hussein hatte zwar gezwungenermaßen 1974 die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt, nie aber auf seinen Anspruch auf das Westjordanland verzichtet.

Trotzdem forderten der ägyptische Präsident Mubarak und König Hussein nun die Beteiligung der PLO Arafats an „Friedens"verhandlungen. Aber je mehr Zugeständnisse Arafat machte, desto heftiger griffen die USA, Israel, Ägypten und Jordanien die gemäßigte PLO Arafats an. Zwei Ereignisse wur-

desto heftiger griffen die USA, Israel, Ägypten und Jordanien die gemäßigte PLO Arafats an. Zwei Ereignisse wur-den ausgenutzt, um Arafat ins Abseits zu manövrieren: Die Bombardierung des PLO-Hauptquartiers in Tunis durch die israelische Luftwaffe — nach israelischer Darstellung ein Vergeltungsschlag auf Terrorakte der PLO — und die Entführung des italienischen Passagierschiffes „Achille Lauro" durch ein palästinensisches Kommando.

„Was würden denn Sie tun als Palästinenser? Sie stehen überall vor verschlossenen Türen." So reagierte der ehemalige Geheimdienstchef der israelischen Armee, als er einen Tag nach den israelischen Angriffen auf Tunis im Rundfunk nach der Zweckmäßigkeit von Vergeltungsschlägen gefragt wurde. „Der Terrorismus spielt im Nahost-Konflikt eine nur nebensächliche Rolle. Die wirkliche Gefahr besteht im Mißbrauch dieses Phänomens mit dem Ziel, den Friedensprozeß zu unterminieren." (6).

Nicht nur Israel und die USA verstehen etwas vom Mißbrauch dieses Phänomens. Mubarak und König Hussein nahmen die Entführung der Achille Lauro zum Anlaß, um ihre Kontakte mit Arafat zu unterbrechen. Dann aber forderten beide den PLO-Vorsitzenden auf, einseitig die UN-Resolutionen 242 und 338 anzuerkennen und damit auf das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes zu verzichten. Außerdem verlangten Mubarak und König Hussein von Arafat den eindeutigen Verzicht auf Terror, und schoben ihm damit indirekt die Verantwortung für Anschläge palästinensischer Kommandos zu. Letzterem „Wunsc" kam Arafat mit der Erklärung von Kairo nach; die beiden UN-Resolutionen jedoch wollte er — mit Berufung auf das palästinensisch-jordanische Abkommen vom 11.2.85 —nur zusammen mit *allen* UN-Resolutionen anerkennen. Den Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht bei gleichzeitiger Anerkennung Israels hätte Arafat selbst nicht bei seinen Anhängern durchsetzen können. Die Spaltung der PLO wäre besiegelt gewesen.

Das „Nein" Arafats nahm Hussein zum Anlaß, um am 19.2.86 in einer dreieinhalbstündigen Fernsehansprache das jordanisch-palästinensische Abkommen aufzukündigen und sich des lästig gewordenen Bündnisses mit der PLO zu entledigen. Schließlich wollten Israel und die USA nicht den geringsten Kompromiß hinsichtlich der PLO eingehen, was dem jordanischen König nur recht ist. Bei einem Erstarken des palästinensischen Widerstandes in seinem Herrschaftsbereich müßte er vielleicht eines Tages um seinen Thron fürchten. Ein ehemaliger ägyptischer Spitzendiplomat erklärte dazu: „Die israelische Regierung kann keine Konzessionen Arafats gebrauchen wie etwa die Anerkennung der UN-Resolutionen 242 und 338 und damit die ausdrückliche Bestätigung des Existenzrechtes Israels. Denn die israelische Regierung ist an Verhandlungen auf der Basis ‚Land gegen Frieden' nicht interessiert. Sie will die Westbank und den Gaza-Streifen Israel einverleiben. Eine gemäßigte PLO, wie sie von Arafat repräsentiert wird, kann da nur ein störender Faktor sein, der ausgeschaltet werden muß. Zugeständnisse wären das Schlimmste, was Jerusalem unter diesen Umständen widerfahren könnte." (6)

Die Aufkündigung des Bündnisses mit Arafat bot König Hussein Gelegenheit, die Präsenz der palästinensischen Oranisationen in Jordanien drastisch einzuschränken. Im Juli ließ der jordanische König die 25 Fatah-Büros schließen, der Stellvertreter Arafats, Abu Jihad, und andere Fatah-Funktionäre wurden des Landes verwiesen; Palästinenser verhaftet oder an der Einreise nach Jordanien gehindert. Alle palästinensischen Zeitungen, bis auf eine projordanische Wochenzeitung, wurden auf die Schwarze Liste gesetzt. König Hussein handelte nicht nur im eigenen Interesse, er kam mit dieser Politik den Wünschen der israelischen Regierung nach, der die PLO-Präsenz in Jordanien seit 1982 ein Dorn im Auge war. Machte doch Israel ihre Anwesenheit für die Unruhen und Proteste in den besetzten Gebieten verantwortlich. Parallel ergriffen die israelischen Militärbehörden in den besetzten Gebieten ähnliche Maßnahmen. „Liberalisierung", wie Peres versprach, um zu Verhandlungen zu ermutigen.

Die Fatah verlegte ihre Büros nach Bagdad, die militärische Zentrale nach Khartum. Das Versäumnis, das Rabin ein Jahr zuvor anprangerte, wurde wettgemacht.

In dieser Situation reiste der israelische Ministerpräsident Peres nach Marokko, ein Besuch, der noch im Dezember aufgeschoben worden war, und verhandelte mit dem alten Freund Israels, König Hassan. Der marokkanische König hatte immerhin schon 1964 vorgeschlagen, Israel in die arabi-

Israels, König Hassan. Der marokkanische König hatte immerhin schon 1964 vorgeschlagen, Israel in die arabi-sche Liga aufzunehmen und war 1977 Gastgeber des israelischen Außenministers Dayan und des stellvertetenden ägyptischen Ministerpräsidenten gewesen, die in Marokko den Jerusalem-Besuch Sadats vorbereiteten. Nach dem Besuch war Hassan ganz arabischer Staatsmann: Er zog eine negative Bilanz, beharrte auf der Beteiligung der PLO an Verhandlungen und erklärte, im Falle eines Krieges mit Israel werde sich Marokko in die vordersten Reihen der Kämpfer stellen. Trotz der Proteste Syriens, Libyens, Irans und der PLO hatte das Treffen für die Beteiligten Erfolg: Der ägyptische Präsident Mubarak begrüßte es überschwenglich, in den besetzten Gebieten stieß das Treffen nicht auf ungeteilte Ablehnung und in der Folge zerbrach das Bündnis zwischen Libyen und Marokko, ein Schritt auf den die USA schon lange gedrängt hatten.

Nun konnte auch Mubarak den israelischen Ministerpräsidenten Peres empfangen und die leidige Taba-Frage aus dem Wege räumen, denn immerhin blockierte dieser Quadratkilometer Sand den Fortgang der Friedensverhandlungen. Eine Schiedskommission wurde eingesetzt und nach vier Jahren wieder ein ägyptischer Botschafter nach Israel entsandt. Aus „Zeitgründen" konnten Peres und Mubarak die Frage der Beteiligung von Jordaniern und Palästinensern an den Verhandlungen nicht diskutieren. Man spricht wieder miteinander, aber ohne die PLO.

Die PLO steht vor geschlossenen Türen. Die Fatah, DPLF und PCP haben Anfang Dezember ihrerseits das jordanisch-palästinensische Abkommen aufgekündigt. Der Weg für die Einheit der PLO wäre damit frei. Algerien und die Sowjetunion haben diesen Prozeß seit Beginn dieses Jahres unterstützt.

Nahostkommission

Anmerkungen:

(1) Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 22.11.85
(2) Frankfurter Rundschau, 20.5.86
(3) Schon seit 1975 verbesserten sich die Beziehungen Iraks zu den imperialistischen Staaten, parallel kühlten sich die Beziehungen zur Sowjetunion ab.
(4) Le Monde, 4.6, 5.6., 6.6.86
(5) Le Monde, 30.7.86
(6) Frankfurter Rundschau, 8.1.86

Philippinen:

Die (selbstkritische) Linke und die List der Geschichte

von Rainer Werning

Wie geschmeidig, fast kalkulierbar sich doch die revolutionäre Bewegung auf dem Archipel entwickelte! Die Signale standen auf Sturm: Aus der vormals nur auf Nord-Luzon konzentrierten Neuen Volksarmee (NPA) war eine formidable Macht geworden, der der amerikanische Geheimdienst attestierte, zur weltweit am schnellsten wachsenden Guerilla aufgestiegen zu sein. Dem ideologisch-politischen „Wegweiser" der Guerilla, der kommunistischen Partei (CPP), glückten seit seiner Gründung um die Jahreswende 1968/69 Terraingewinne, die nach der Ermordung des einstigen Oppositionspolitikers Benigno Aquino (August 1983) auch im bürgerlichen Lager durchschlugen.

Jahrelang hatte dieses sich in politischer Abstinenz geübt und die alltäglichen, massiven Menschenrechtsverletzungen des Marcos-Regimes ignoriert — bis einer der Ihren dran glauben mußte.

Vorbildlich auch verlief die Organisationsarbeit und Mobilisierungsfähigkeit des im Frühjahr 1973 entstandenen linken Oppositionsbündnisses, der Nationalen Demokratischen Front (NDF). Außer der CPP und NPA gehören ihm Organisationen der Bauern, Arbeiter, Jugend, Christen (für nationale Befreiung), Lehrer, Gesundheitsarbeiter und Frauen an.

Mit Aquinos Beseitigung schließlich setzte ein Prozeß der Polarisierung der Gesellschaft ein, die in Koppelung mit einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise und der fortgesetzten politischen Ausgrenzung der Mittelschichten die Isolierung des Regimes in Manila besiegelte. Das langjährig wegen seiner „geordneten" lukrativen Kapitalanlagemöglichkeiten von hoher Instanz (der IWF-WB-Gruppe) geschätzte Land wurde zum ökonomischen Schlußlicht der Region (IWF = Int. Währungsfond; WB = Weltbank, Anm. d. Verf.).

Es begann die Hochzeit eines aktiven Krisenmanagements: Mit der Inter-Agency Task Force on the Philippines schufen sich Washingtons Magier internationaler Konfliktlösungen einen Planungsstab, um Marcos' unumkehrbare Machterosion nicht notwendig mit einer „Destabilisierung der gesamten Region" zusammenfallen zu lassen (1). Im Gegensatz etwa zum „Spatzen" Haiti sind und bleiben die Philippinen (noch zumindest) der Riesenvogel Roch — nicht zuletzt wegen der dortigen US-Basen und des dominierenden Einflusses des amerikanischen Business. Zudem — die (Kolonial-) Geschichte „verpflichtet" (2).

People Power zieht durch gelbe Triumphbögen

Dann nahte mit den denkwürdigen „snap elections", den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen, der noch denkwürdigere Februar '86. Dazu schon wurde Marcos seit Sommer '85 gedrängt. Erst die Eskalation amerikanischer Druckmittel — Aufwertung des bürgerlich-gemäßigten Oppositionsspektrums (3); Zurückhalten dringend benötigter Finanzhilfen; Aufstocken von Eliteeinheiten (Special Operation Forces) auf den Stützpunkten — „überzeugte" Marcos von der Dringlichkeit dieser Wahlen. Umsichtig und scharfsinnig hatte **Paul Wolfowitz**, der US-Staatssekretär für Ostasien und den Pazifik, im Herbst 1985 vor dem Senatskomitee für Auswärtige Angelegenheiten konstatiert: *„Einer unserer engsten und wichtigsten Verbündeten, die Philippinen, haben gewaltige Schwierigkeiten (...) da sind alle Komponenten vorhanden, die für die USA ein zweites Nicaragua, Vietnam oder einen zweiten Iran bedeuten könnten (...) Wahlen können das Fundament einer effektiven Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung - Anm. d. Verf.) sein" (4).*

Und um nichts andere ging es ! Da sich das Verteidigungsministerium diesem Kalkül im wesentlichen anschloß und die „Reformkräfte" im philippinischen Militär in Gestalt der RAM unterstützte (5), gewann diese nicht notwendig immer so herstellbare Interessenidentität zwischen dem State Department und Pentagon die Oberhand. Demgegenüber lenkte das Weiße Haus erst spät ein (6).

Für Washington war der „philippinische Februar" ein nach Iran und Nicaragua äußerst gelungenes Szenario; rechtzeitig und durch Wahlen demontierte es einen nicht länger mehr sattelfesten Diktator und setzte dies als weiche Option der Counterinsurgency gegenüber einer starken Guerilla um. Damit wurde eine nicht zu unterschätzende Message transportiert — „Seht, ein demokratischer Wandel durch Wahlen ist ebenso möglich, wie unsere Liebe zu Diktatoren begrenzt ist!"

Diese Message Uncle Sams setzte übrigens Heiner Geißler rasch in Publicitiy um; im Juli hinterließ er auf Stippvisiten in Südkorea und Chile Tadel, in den Philippinen hingegen Lob. Innenpolitisch wird er aus dieser großzügigen Geste „ausgewogenen" Menschenrechtsbekenntnisses spätestens im Wahlkampf noch Kapital schlagen ...

Zurück zum „philippinischen Februar". Als US-Hubschrauber den abgetakelten Präsidenten samt seiner hastig handverlesenen Hofkamarilla über den Luftwaffenstützpunkt Clark ins Exil nach Hawaii flogen, stand Manila Kopf. Gelb war die Farbe der Stunde. Gelb ist schließlich die Farbe Aquinos — in direkter Anlehnung an den Song „Tie a yellow ribbon round the old oak tree" („Umkränze die alte Eiche mit einer gelben Schleife"). Gelbe Luftballons baumelten an den Kanonenrohren aufkreuzender Panzer, deren Mannschaften aber nicht schießen mochten. Warum — das erfahren wir aus berufenem Munde. Manilas Erzbischof, **Jaime Kardinal Sin**, gab dazu wenig später zu Protokoll: *„Die Philippinen stehen unter dem Schutz der seligsten Mutter. In einer Ansprache gab der Kardinal (in) eine Geschichte wieder, die ihm von einer Soldatengruppe erzählt worden war, die ich den gewaltlosen Demonstranten gegen die Regierung von Ferdinand Marcos gegenübersahen. Der Grund, warum sie ihre Gewehre niederlegten, wären nicht die Leute auf der Straße gewesen, erzählten die Soldaten dem Kardinal. Vielmehr, so sagten sie, sahen wir eine Frau, ganz schön, und sie lächelte uns an und sagte: ‚Ich bin die Königin dieses Landes. Fügt meinen Kindern keinen Schaden zu!' ‚Wer ist diese Frau? Ich weiß es nicht', sagte der Kardinal und fügte hinzu: ‚Imelda Marcos konnte es sicher nicht gewesen sein!'"* (7)

Darin erschöpfte sich bei weitem nicht der farbenprächtige Pietismus. Corys jesuitischen Berater schufen eine dem Moment vorzüglich entsprechende Symbolik und Zeichen-Sprache. Der zum „L" gespreizte Daumen signalisiert Laban = Sieg. Die „Februar-Revolution" markierte eine neue Zeitrechnung. People Power — das Volk als Machtfaktor — wurde geboren und beschworen. Ein überaus fein- und hintersinniger Begriff. Stattdessen ist in westlichen Medien — durchgängig und voreilig — von People's Power die Rede. Das macht einen Unterschied, der nicht nur Linguisten herausfordert. Die Bevölkerung war ein entscheidender Machtfaktor beim Sturz des Diktators — gewiß. Erhielt dieser aber mit Corys Amtsantritt ein politisches Fundament?

Vor dem „philippinischen Februar" kam es wiederholt zu massiven Volksaktionen gegen das Regime. Daß ihnen nunmehr der entscheidende, gar auffallend friedliche Durchbruch glückte, war der rechtzeitigen Militärrebellion des neualten Ramos-Enrile-Duos geschuldet. (8)

Cory Aquino war durch die kaltschnäuzige Ermordung ihres Ehemanns selbst Opfer des Marcos-Terrors und prominenter antifaschistischer Bezugs- und Identifikationspunkt. Meisterhaft verstanden es ihre geistlichen und säkularen PR-Manager, sie im Einklang mit dem im philippinischen Katholizismus so dominanten Marienkult zur Mutter Dolorosa hochzustilisieren. (9) Cory — das war der Lichtstrahl in einer allzu lange verdunkelten Welt, wo Politik als schnöde Mixtur aus Korruption, Despotie und Zynismus praktiziert wurde. Wie keine andere Person verkörperte sie in jenen Februartagen den möglichen Gegenentwurf einer Gesellschaft, die sich anschickt, Moral, Integrität und Menschenwürde wiederherzustellen. Mabuhay ang Pilipino — „Lang lebe der Filipino!" — ist heute als Ausdruck gestiegenen Selbstwertgefühls in großen Lettern an Manilas Brücken zu lesen. (10)

Von linken Positionen ...

Eine charismatische Wende also, welche die Linke ins politische Abseits bugsierte?

Die philippinische Linke — das waren in den 60er Jahren jene Kräfte, die innerhalb der alten, bereits im Herbst 1930 gegründeten **Partido Komunista ng Pilipinas (PKP)** der Führung um Lava/Taruc vorwarfen, die national-demokratische Revolution durch ein Aufgehen im Parlamentarismus preisgegeben zu haben. Die 1942 im Widerstand gegen die japanische Okkupation entstandene Hukbalahap (Antijapanische Volksbefreiungsarmee) und 1950 in HMB (Volksbefreiungsarmee) umbenannte Guerilla, so die Kritik, betreibe anstelle der Emanzipation der Pacht- und Kleinbauern das schmutzige Geschäft einer Schutztruppe für Landlords und städtische Unternehmer (11) Inhaltlich war diese Kritik berechtigt, wiewohl sie streckenweise im bombastischen Tiradenstil vorgetragen wurde.

Durch Verbindungen dieses parteiinternen (aus Bauern und Arbeitern gespeisten) Kritikpotentials mit den aktivsten Elementen der während des Vietnam-Krieges politisierten studentischen und jugendlichen Protestbewegung und unter dem Einfluß der chinesischen Kulturrevolution kam es um die Jahreswende 1968/69 zur Neugründung der **Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP)** auf marxistisch-leninistischer Grundlage. Die gleichzeitige Übernahme der Mao-Ze-Dong-Ideen unterstrich das strategische Konzept der Partei, die drei gesellschaftlichen Grundübel — Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus — durch einen langwährenden, vom Hinterland in Wellenbewegungen die Städte aufrollenden Volkskrieges zu überwinden.

1969 war Marcos, was keinem seiner Vorgänger gelungen war, wiedergewählt worden. Entwicklungspolitisch drängte seine Regierung auf eine rasche Umstellung der Wirtschaft auf die Erfordernisse einer Exportorientierung, was aber auch und gerade die Straffung und Zentralisierung des Staatsapparates einschloß. Sichtbarster Ausdruck dieses Kurses war die Aufstockung von Militär und Polizei und deren zügelloses Losschlagen gegen Protest und Widerstand. 1970 markierte der „First Quarter Storm", der „erste Vierteljahressturm", den vorläufigen Höhepunkt einer breiten antiimperialistischen und nationalen Bewegung. Städtische Transportarbeiter, Bauern, Studenten und Teile der Intelligenz gingen fast täglich auf die Barrikaden. Die Wogen dieses Protests erfaßten selbst einen Teil des Staatsapparates — die Judikative. In spektakulären Urteilen sollte der oberste Gerichtshof des Landes bald die Dominanz des ausländischen (vorrangig) amerikanischen Kapitals beschneiden. Das blieb Makulatur, weil Marcos schon wenig später (Herbst 1972) das Kriegsrecht über die Inseln verhängte.

Bis dahin war die CPP beachtlich expandiert — von nur wenigen Kadern der alten Partei und 75 angehenen Mitgliedern Anfang 1969 nahm ihre Mitgliederstärke 1971 auf über 1.000 zu. Nach dem 2. Plenum des Zentralkomitees (1971) wurden weitere regionale Parteikomitees gebildet, nachem solche bereits in Manila/Rizal, Zentral- und Südluzon sowie im Cagayan-Tal (Nordluzon) entstanden waren. Etliche Parteimitglieder rekrutierten sich aus der Studentenschaft, deren breit gestreute, gut gegliederte Organisaionen als „Transmissionsriemen" der politischen und Propagandaarbeit dienten.

Das Kriegsrecht traf die Partei nicht unvorbereitet. Ihre Führungskader waren rechtzeitig untergetaucht und vermochten mit anderen politischen Gruppen und Verbänden soweit Kontakte aufrechtzuerhalten, daß bereits im Frühjahr 1973 mit der **Nationalen Demokratischen Front (NDF)** ein revolutionäres, antifaschistisches Bündnis entstand, dem zunächst außer der Partei und der NPA der revolutionäre Arbeiter- und Bauernverband, sowie die Christen für nationale Befreiung (CNL) und die Kabataang Makabayan (Nationale Jugend) angegliedert waren.

So sehr die Partei Zulauf erhielt, so stark war zeitweilig das Übergewicht auf den militärischen Kampf gegen die „US-Marcos-Diktatur" gelegt worden. Unter den Intellektuellen in der Partei gab es eine Tendenz, die meinte, „revolutionär sei man erst dann, wenn man eine einmal im Ausland gemachte Revolution bei sich selbst rasch umsetze". In der ersten Ausgabe ihres internen und theoretischen Organs wies die CPP diesen „Linksopportunismus" als Hauptfehler zurück. (12) In der Konsequenz hatte diese Politik ausgeprägt militaristische Züge angenommen. Bis Mitte der 70er Jahre konnten Regierungstruppen entscheidende Verbindungslinien der Guerilla zwischen Nord- und Südluzon durchtrennen, so daß einer dortigen Reorganisation die Ausdehnung der politischen und Propagandaarbeit auf der mittleren Visaya-Inselgruppe zwischengeschaltet war.

Diese mittlere und an Menschenleben verlustreiche Phase des Kampfes wurde erst überwunden, als man die Konsolidierung in den ländlichen Gebieten mit der politischen Massenarbeit in den Städten verklammerte.

Das politisch apathische Bürgertum in den Städten zeigte seit Ende der 70er Jahre eine über seine fortgesetzte politische Ausgrenzung und ökonomische Benachteiligung vermittelte Radikalisierung, in deren „Umfeld" die Organisationsarbeit der NDF an Boden gewann. Neue sektorale Oragnisationen (Lehrer und Gesundheitsarbeiter) schlossen sich ihr an, während Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen über bestimmte Anliegen hinaus (Freilassung der politischen Gefangenen, Basen-Problematik, Anti-Atomkraft-Bewegung etc.) die Phalanx des antifaschistischen und partiell antiimperialistischen Kampfes stärkten. Die antifeudale Komponente — die Forderung nach einer umfassenden Land-/Agrarreform — blieb indes außen vor und eine „Domäne der CPP/NPA im Hinterland. Zu Beginn der 80er Jahre kristallisierte sich so etwas wie eine Aufspaltung der Linken in die nach wie vor illegal operierende NDF und eine Palette quasi-legaler sog. „zielgerichteter" Gruppen, deren wesentlicher programmatischer Unterschied sich an der Frage des bewaffneten Kampfes/revolutionären Volkskrieges festmachte.

Gleichzeitig waren der NDF durch beharrliches Arbeiten unter und mit verschiedenen ethnischen Minderheiten Erfolge beschieden — großangelegte Infrastrukturprojekte, in deren Verlauf es zu Landvertreibungen großen Stils gekommen wäre, konnten so teilweise verhindert werden. Das NPA Image war gut: Auf dem Lande stand dieses Kürzel schlicht für „nice people around" („die netten Leute von nebenan"). Schließlich war die Massenarbeit in den Städten ein entscheidender Indikator für die Stärke der Linken. In etlichen KPs der Region (Thailand z.B.) ist sie einem verklärten Guerilla-Konzept in den Bergen untergeordnet worden — mit verheerenden Konsequenzen. Genügend Rückgrat zeigte die CPP zudem in der seinerzeit unter ML-Parteien heftig geführten Kontroverse um die Drei-Welten-Theorie. Sie wies diese Theorie zurück, weil ihre Umsetzung eine Selbstauslieferung an das herrschende Regime bedeutet hätte und der „Sozialimperialismus" wohl so ziemlich das Letzte gewesen wäre, was man auf dem Archipel hätte bekämpfen können. Manila unterhielt zudem recht freundschaftlich-diplomatische Bande zu Moskau. Übrigens war die eng an die Sowjetunion angelehnte PKP 1974 vollends zur ärgerlichen Fußnote in den Annalen des Landes herabgerutscht. In einem Akt deprimierender Unterwürfigkeit schwor sie Marcos „kritische Solidarität", die lt. Aussagen ihres Generalsekrtärs Felicisimo C. Macapagal nebst dem Kampf gegen „Maoisten und andere Sektierer" auch das Eintreten für Manilas Agrarreform beinhaltete. (13)

Anfang dieses Jahres betrug die Massenbasis der NDF 12 Millionen Menschen (Gesamtbevölkerung = 54 Mio.), die Stärke der Guerilla — inclusive Miliz — 30.000 und die der CPP etwa 35.000 Mitglieder. Ihr Ziel: „Sturz der US-Marcos-Diktatur" und Errichtung einer demokratischen Koalitionsregierung als politisches Machtorgan der volksdemokratischen Revolution.

... zur kritischen Neubestimmung der Linken

Dieser Kredit samt dem Verdienst, die Machterosion der Diktatur in Stadt und Land — lange Zeit allein — vorbereitet zu haben, schien mit dem Präsidentschaftswahl-Boykott der illegalisierten und quasi-legalen Linken passé zu sein. Die List der Geschichte, so es sie gibt, brachte etwas ihren Zielen diametral Entgegengesetztes hervor. Dem „subjektiven Faktor" schien die „objektive Entwicklung" ein derbes Schnippchen geschlagen zu haben: Die Politisierung der Bevölkerung, ihre „Stimmung" und die tiefe Isolierung des Regimes markierten den Sieg eines antidiktatorischen und antifaschisti-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

schen Sieges. Das stets unterstellte Zusammenfallen von antifaschistischem, antiimperialistischem und antifeudalem Kampf und die — erhoffte — Gleichzeitigkeit von politischer und sozialökonomischer Umwälzung aller Verhältnisse erwies sich als Wunschdenken. Und in genau diese offene (Einschätzungs)Wunde legte das Oppositionsgespann Aquino-Laurel seine Finger. Das war ohne wenn und aber ihr historisches Verdienst — vielleicht auch ihr letztes ...

Vor all diesen Hintergründen gewinnt die nachstehend abgedruckte Selbstkritik des CPP-Politbüros an Bedeutung, weil sie ein erstes — beileibe nicht abschließendes — Fazit aus den Boykott-Erfahrungen zieht. (14) So einäugig die dem Boykott unterlegte Begründung war („Wahlen unter diktatorischen Verhältnissen sind und bleiben belanglos"), so rasch kam dennoch ein Lernprozeß in Gang, sich auf die neue Situation/politische Konstellation einzustellen. Da existieren bereits Wegweiser: 1. Umbesetzungen in der Parteiführung; 2. systematische Kritik und Selbstkritik in allen Parteiorganisationen; 3. Stärkung sämtlicher Tendenzen innerhalb wie außerhalb der Regierung, die auf eine demokratische Umgestaltung der Gesellschaft zielen; 4. Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen unter Offenhalten der bewaffneten Option (die intakte NPA bekennt sich nunmehr zur „aktiven Verteidigung" anstelle der zuvor als „ Beginn der strategischen Offensive" formulierten Phase des Kampfes) und 5. ernsthafte Diskussionen mit neuentstandenen fortschrittlichen wie „Mitte-Links"-Organisationen, die auch und gerade parlamentarisch wirken wollen. Von People zu People's Power — diese beschwerliche Etappe wird schon in Kürze spannend und lehrreich werden. Der politische Showdown ist spätestens im Vorfeld der nächsten (Kommunal-, Parlaments- oder Präsidentschafts-(?)) Wahlen zu erwarten. Noch hat die Constitutional Commission (Verfassungsgebende Versammlung) ihren Verfassungsentwurf nicht vorgelegt. Noch also werden die „Geschütze nur in Stellung gebracht und gerichtet"...

Ein kritischer Einwand ist gegen die CPP-Selbstkritik zu formulieren: Der unter Punkt 1 genannte Hinweis, die Rolle der USA sei „überschätzt" worden, hält einer sorgfältigen Analyse (des verfügbaren Quellenmaterials zum amerikanischen Krisenmanagement-Szenario) nicht stand. Washingtons Rolle ist, obgleich streckenweise nicht stromlinienförmig, im entscheidenden Moment jedoch wohlorchestriert verlaufen, vielmehr unter- bzw. falsch eingeschätzt worden. Auch Uncle Sam, das soll man nicht vertuschen, hat im „philippinischen Februar" erstaunlich dazugelernt. Ob sich dessen Bravourstück — rechtzeitiges Abnabeln von fossilen Diktatoren bei Wahrung seiner Herrschaftsprärogativen — indes so ohne weiteres „recyclen" läßt, werden spätestens Chile und Südkorea zeigen.

Anmerkungen:

1) Näheres in: Rainer Werning, „Verhinderte Unabhängigkeit — Agrar- und Wirtschaftspolitik in den Philippinen", Münster 1985 und ders., „Cory Aquino — die ersten 180 Tage: Eine Zwischenbilanz der philippinischen Entwicklung nach Marcos", in: „Blätter für deutsche und internationale Politik" Nr. 9 + 10, Köln 1986.

2) Ebd.

3) Ebd.

4) Lt. „Frankfurter Rundschau" v. 5.11.85, S.3 und „die tageszeitung" (Berlin) v. 7.2.86, S.8.

5) Ob Washington die RAM (Reformbewegung der Streitkräfte) auch selbst aus der Taufe hob, ist bislang nicht nachweisbar.

6) Die US-Botschaft in Manila unterhielt eine „hot line" zum State Department, das seinerseits im Nationalen Sicherheitsrat die Aquino-„Wende" herbeiführte. Philip Habib, seit der Kissinger-Ära mehrfach mit außenpolitisch delikaten Sonderaufgaben hinter den Kulissen betraut und von Reagan als Sonderemissär nach Manila entsandt, dürfte dann als Mann des State Departments die schließlich favorisierte Konstellation (mit)gedreht haben — siehe u.a. „Time" (New York) v. 24.2.86, S.6-13 und v. 10.3.86, S. 10-24; verschiedene Ausgaben der „Washington Post" und „Manila Times" Ende Februar / Anfang März; „The Observer" (London) v.2.3.86, S.13.

Michael Armacost, Vorgänger des jetzigen US-Botschafters Stephen Bosworth und dritthöchster Beamter im State Department (zuständig für politische Angelegenheiten), erklärte: „We (die US-Regierung; R.W.) identified ourselves with the agenda of a large majority of Philippine opinion. It was important not to tie our flag to Marcos and let our strategic interests go down with him" — aus Armacosts am 23. April 1986 im Institut für den auswärtigen Dienst in Rosslyn/Virginia gehaltenen Rede, siehe: Walden Bello, „Armacost Lambats Sanchez, Details U.S. Strategy", o.O., April 1986, S. 3 und „FR" v. 3.5.86, S.1.

Nach einer Sitzung von Präsident Reagan und Vizepräsident Bush, Verteidigunsminister Weinberger, CIA-Direktor Casey, dem Stabschef des Weißen Hauses, Donald Regan, Sicherheitsberater Admiral Poindexter, mehreren führenden Repräsentanten des State Departments inclusive Außenminister Shultz und dem just aus manila zurückgekehrten Habib (23.2.) verkündete der Pressesprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, die USA könnten die Militärhilfe für die Philippinen nicht fortsetzen, wenn die Regierung diese Hilfe in Manila gegen andere Elemente des philippinischen Militärs einsetze, welche ihrerseits „popular backing" genössen. Ein Versuch, die Situation mit Gewalt zu lösen, werde zu Blutvergießen und hohen Verlusten führen, die Gesellschaft extrem polarisieren und den bilateralen Beziehungen „untold" Schaden zufügen — vgl.
sen. Ein Versuch, die Situation mit Gewalt zu lösen, werde zu Blutvergießen und hohen Verlusten führen, die Gesellschaft extrem polarisieren und den bilateralen Beziehungen „untold" Schaden zufügen — vgl.
„Time" v. 10.3.86, S. 22/3 und „Südostasien aktuell" (Hamburg) v. März 1986, S. 192. Hätte Marcos, so mehren sich die Indizien, die noch ihm ergebenen Kommandeure zur Gegenattacke (mithin zu einem potentiellen Blutbad) aufgestachelt, so wäre ein „chirurgischer Eingriff" amerikanischer Elitetruppen, d.h. deren direkte militärische Intervention, wahrscheinlich gewesen. So aber beschränkten sich diese darauf, den Diktator im Schutz der Dunkelheit auszufliegen und ihm einen „würdigen Abgang" zu verschaffen. Reagan wörtlich: „We'll treat this man (Marcos; R.W.) in retirement with dignity. He is not to wander." — „Time" v. 10.3.86, S. 22.

7) „Kardinal Sin: Er nannte Maria einen Stichtag", in: „kirche und leben" (Bistumszeitung Münster) v. 6.7.86, S. 1

8) Juan Ponce Enrile = Verteidigungsminister; Fidel V. Ramos = Generalstabschef der Streitkräfte.

9) Vgl. z.B.: „The People Power Revolution Album, February 22 -25 - 1986: The Year of Promise, Philippines". Hg. von Stephen Allen Shouppet, Manila (April) 1986. — Im Innenteil enthält dieses Album eine auf Pergamentpapier gedruckte „Legal Declaration of Participation in the peaceful ‚PEOPLE POWER' REVOLUTION", die, mit fortlaufender Nummerierung versehen, notariell beglaubigt werden kann! Welch tolle Realisierung eines noch tolleren Traumes — die rechtsgültige „Revolutions"bescheinigung stets bei sich führen zu können!

10) Die T-Shirt-Kultur erlebt Boomzeiten und hat interessante Farbtupfer erhalten — „I stopped a tank" — „I was a Human Barricade" etc.

11) Ausführlich in: Amado Guerrero, „Philippinische Gesellschaft und Revolution". Hg., übersetzt und kommentiert von R. Werning, Münster 1973, 272 S.

12) „Rebolusyon" Nr. 1: „Our urgent tasks", o.O., 1.7.76 — deutsch in: R, Werning (Hg.), „Menschenrechte und Kriegsrecht auf den Philippinen", Schriftenreihe Zeitgeschichtliche Dokumentation Nr. 20, Münster (Juli) 1980, S. 34 ff.

13) Leserbrief Macapagals in „Asiaweek" (Hongkong) v. 28.10.77, S. 3/4.

14) Ferner: „When a Zigzag Turn is shorter than a Straight Route" und „Against the Snap Election Boycott", in: „Praktika" (Theoretisches Organ der CPP im nationalen städtischen Zentrum) v. 14.5.86, o.O., S. 3-37; „Not just any peace, but peace with justice and democracy", in: Liberation" (Official International Publication of the NDF), o.O., Mai-Juni 1986, S. 4/5 und „Satur Ocampo's Open Letter" in: ebd., S. 1. — Satur C. Ocampo ist einer der bislang drei nominierten NDF-Sprecher bei den beabsichtigten Waffenstillstandsgesprächen mit der Aquino-Regierung. Nicht zuletzt aus diesem Grund soll bald ein NDF-Büro in Manila errichtet werden!

Rezension:

Rezension:

Die Militarisierung des Pazifik

Hrsg. Informationszentrum Dritte Welt/Freiburg und Südostasien Informationsstelle/Bochum,

Ohne Zweifel hat der Pazifik in den letzten Jahren zunehmend das Interesse der Großmächte (allen voran die USA und die UdSSR) auf sich gezogen. Dieses militärpolitische als auch wirtschaftliche Interesse wird als „pazifische Herausforderung" betrachtet.

Geographisch bildet das „pazifische Becken" einen 220 Mio. qkm großen Raum (knapp die Hälfte des Erdballs), der von den vier Kontinenten Afrika, Amerika, Asien und der Antarktis begrenzt wird.

Im Nordpazifik stehen sich die USA und die UdSSR direkt gegenüber. Durch den Sicherheitspakt der USA und Japan haben die USA auch auf japanischem Territorium Flotten- und Luftwaffenstützpunkte. Der Status der Kurillen und Sachalins sowie die Beringstraße als wirtschaftlich bedeutender Seeweg sind hier die ‚Reibungspunkte'.

Der südostasiatische Raum, der vor allem wirtschaftlich bedeutend ist, ist mit den US-Stützpunkten auf den Philippinen und in Südkorea und kleineren Basen in den anderen südostasiatischen Staaten, sowie eigenen Streitkräften der südostasiatischen Länder militarisiert.

Der Südpazifik dient in erster Linie militärischen Tests. US-amerikanische und französische Atomtests treffen hier auf den entschiedenen Widerstand der Einwohner und Ureinwohner. Ansätze einer Anti-Atompolitik haben hier Neuseeland, aber auch Australien. Wie empfindlich die Atommächte auf Widerstand gegen oder Kritik an ihrer Politik reagieren, demonstrieren die Franzosen auf Neu-Kaledonien der kanakischen Befreiungsfront, und sie zeigten es 1985 der ‚Greenpeace'-Organisation. Die USA versuchen sich mit schlitzohrigen Verträgen wesentliche Rechte an den Inseln zu sichern oder entgegnen beispielsweise der neuseeländischen Politik mit Sanktionen. Unter den angeführten Umständen wird deutlich, mit welchem Interesse West wie Ost die Entwicklungen in China verfolgt und sich beide Seiten um gute Beziehungen bemühen.

Die Aufsätze in diesem Buch stammen zu einem guten Teil aus kritischen amerikanischen und japanischen Fachzeitschriften. Dem Buch ist eine sehr gute Einführung von F. Schmidt in die Problematik vorangestellt. Viel Raum wird den Analysen zur US-Militarisierung, den US-Militärstrategien und der US-Politik zur Durchsetzung ihrer Interessen in der Region eingeräumt. Den strategischen Interessen der UdSSR und der französischen Kolonialpolitik im Pazifik sind weitere Aufsätze im Buch gewidmet. Bei der Darstellung des Widerstandes und Protestes gegen diese Politik, überzeugen vor allem zwei Originalbeiträge von Roman Bedor und Jeton Anjain, die in den dortigen Widerstandsbewegungen tätig sind.

Um dem Eurozentrismus der hiesigen Friedensbewegung entgegen zu wirken, ist die Lektüre des Buches unbedingt zu empfehlen. Die Militarisierung Europas, wo Aufklärung und Widerstand nach wie vor von Nöten ist, ist dennoch um ein vielfaches geringer als im Pazifik. Vergegenwärtigt man sich, daß seit Reagans Amtsantritt die Marine wieder zur wichtigsten Waffengattung geworden ist und die US-Militärstrategen in erster Linie den Konfliktfall im Pazifik sehen (statt wie unter Carter in Europa), so ist m.E. eine Auseinandersetzung mit diesen Fragen äußerst notwendig.

O.W. Altmann

Die Militarisierung des Pazifik
224 Seiten, März 1986
ISBN 3-922263-07-0
DM 12,80

Dokument:
Eine Selbstkritik der Kommunistischen Partei

Das revolutionäre Oppositionsbündis NDF (National Democratic Front), dessen wichtigste Mitglieder die CPP (Communist Party of the Philippines) und die NPA (New People's Army) sind, war jahrelang die entschlossenste und führende Kraft im Kampf gegen die Marcos-Diktatur.

In der Folge des Boykottaufrufs der NDF zu den Präsidentschaftswahlen, die Marcos veranstaltet hatte, hatte sich die revolutionäre Opposition nicht direkt an der Massenbewegung beteiligt, die schließlich ein bedeutender Faktor beim Sturz des Diktators war. Die NDF war der Meinung gewesen, bei den Wahlen und dem sich anschließenden Kampf um die Staatsführung handelte es sich lediglich um „eine lautstarke, aber inhaltsleere Schlacht" innerhalb der herrschenden Klassen.

Wir dokumentieren im folgenden ein Kritikpapier, das vom Politbüro der CPP erarbeitet und im Mai 86 in der Zeitung der CPP „Ang Bayan" veröffentlicht wurde. In dem Papier werden die Boykottpolitik und ihre Folgen analysiert und zu einer demokratischen Debatte um die gemachte Politik aufgerufen. Da die Kritik die Ereignisse in verallgemeinerter Form darstellt, empfehlen wir zur Kenntnis der Umstände die März- und April-AK's.

„Die Wurzeln der Fehler"

Nach Einschätzung des Politbüros lag die Boykottpolitik sowohl in ihrer Gesamtsicht der politischen Situation während der Wahlen falsch, als auch im Verständnis und in der Anwendung der Taktik der Partei gegen die faschistische US-Marcos-Diktatur. Sie irrte ebenfalls im Verständnis und der Anwendung des marxistisch-leninistischen Organisationsprinzips des demokratischen Zentralismus.

Die politische Einschätzung, auf die sich die Boykottpolitik gründete, war im wesentlichen eine mechanische Analyse der politischen Kräfte in Bezug auf deren grundsätzlichen Klassenstandpunkt und deren subjektiver Interessen. Wenig oder gar keine Aufmerksamkeit hatte man der objektiven Stellung dieser Kräfte in ihrer Bewegung und ihrem Zusammenwirken untereinander geschenkt.

Damit wurde die Essenz der ganzen Situation, die zu der Zeit in Fluß geraten war, nicht erfaßt.

In früheren Einschätzungen hatte man diese Periode (die akute Krise der Marcos-Herrschaft, d.Ü.) als Rahmen für eine entscheidende politische Schlacht mit unerhörten Wirkungen auf das Volk erwartet und beschrieben. Als diese Situation dann in Form der vorgezogenen Wahlen eintrat, wurde sie in der Einschätzung, die der Boykottpolitik dann zugrunde lag, als lautstarker, aber bedeutungsloser Kampf bloß verschiedener Fraktionen der herrschenden Klassen gewertet. Diese Einschätzung ging in verschiedenen Punkten fehl, insbesondere:

1. Der Charakter und das Verhalten der US-Politik gegenüber Marcos wurde nicht richtig verstanden. Die Fähigkeit der USA, ihren Willen der lokalen Politik aufzuzwingen, wurde überschätzt. Das Dilemma der USA, gleichzeitig den sich widersprechenden Notwendigkeiten Genüge tun zu müssen, wurde falsch interpretiert. Mögliche Wirkungen der US-
Dilemma der USA, gleichzeitig den sich widersprechenden Notwendigkeiten Genüge tun zu müssen, wurde falsch interpretiert. Mögliche Wirkungen der US-
Politik auf lokale Entwicklungen, über die die USA keine vollständige Kontrolle hatten, wurden nicht wahrgenommen.

2. Die Fähigkeit und Entschlossenheit der bürgerlichen Reformisten, in einen entscheidenden Kampf um die Staatsmacht gegen Marcos einzutreten, wurde unterschätzt.

3. Die Tatsache, daß die Marcos-Clique extrem isoliert war und ihre Fähigkeit zu herrschen binnen kürzester Zeit verlor, wurde übersehen. Man gewann keinen tieferen Einblick in die Widersprüche, die sich innerhalb der Armee entwickelten.

4. Vor allem aber wurden die tiefen antifaschistischen Gefühle des Volkes und seine Bereitschaft verkannt, die durch den Wahlprozeß gesetzten Grenzen zu überschreiten, um entschlossen die faschistische Diktatur zu beenden.

Schließlich zeigte die Praxis, daß die Wahlen nicht bloß „eine lautstarke, aber inhaltslose politische Schlacht" waren. Die Wahlen und die folgenden wichtigsten Ereignisse, die sie auslösten, stellten vielmehr den Höhepunkt eines langwierigen Volkskampfes gegen die Marcos-Herrschaft dar. Während und nach den Wahlen entschied der zentrale, historisch bestimmte Kampf über Existenz und Fortdauer der faschistischen Herrschaft. Die Wahlen wurden zum wichtigsten Kanal für Mobilisierung im Hinblick auf die entscheidende Schlacht um den Sturz der Diktatur.

Danach wäre es für die revolutionären Kräfte taktisch notwendig gewesen, sich kritisch an den Wahlen zu beteiligen, um alle Kampfformen wirksam zu verbinden und vollen Gebrauch von ihnen zu machen, um an der Spitze der politisch aktiven Massen zu stehen und angesichts der sich rapide verändernden Lage Flexibilität und eine aktive Stellung zu behaupten.

Nur so hätten die revolutionären Kräfte ihre politischen und militärischen Fähigkeiten erweitern und ein Maximum für die Revolution unter den bestehenden Umständen herausholen können.

Die Boykottpolitik verwirkte all das

In Verständnis und Anwendung der Taktiken der Partei gegen die US-Marcos-Diktatur maß die Boykottpolitik dem antifaschistischen Kampf, der während und nach den Wahlen (gegenüber dem antifeudalen und antiimperialistischen Kampf, d.Ü.) überwog, keinen nennenswerten politischen Wert bei. Es war aber der antifaschistische Kampf, der die verschiedenen Ebenen der revolutionären, demokratischen und Anti-Marcos-Gefühle verband und auf Massenbasis Kräfte schaffte, die das Regime stürzen konnten.

Die Boykottpolitik versäumte nicht nur, der Frage angemessenen Wert beizumessen, wie die Mehrheit des Volkes erreicht und mobilisiert werden konnte. Sie war direkt und offen gegen den breiten Wunsch der Massen gerichtet, den antifaschistischen Kampf unter kritischer Beteiligung an den Wahlen zu führen.

Genauer gesagt, konzentrierte sich die Boykottpolitik darauf, sich an die fortgeschrittenen Teile des Volkes, die revolutionären Kräfte zu wenden und diese zu konsolidieren, zu einem Zeitpunkt aber, wo sich das Volk längst zu einer entscheidenen Schlacht gegen das Regime aufmachte.

Das offenbarte ein unzureichendes Verständnis der Aufgaben einer politischen Führung in so einem Moment. Es offenbarte die mangelnde Anerkennung der gegenwärtigen Ebene der Massenbeteiligung an revolutionären Kämpfen und legte die Verwirrung über die aktuellen Notwendigkeiten des revolutionären bewaffneten Kampfes bloß.

Die Führung der Partei ermutigt jetzt alle leitenden Parteiorgane, ihre Erfahrungen im Zusammenhang mit der Boykottpolitik zusammenzufassen. Die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungen werden in der Partei zirkulieren, um so ein gemeinsames Verstehen der Lehren
kottpolitik zusammenzufassen. Die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungen werden in der Partei zirkulieren, um so ein gemeinsames Verstehen der Lehren
der Boykottkampagne zu entwickeln.

Eine allgemeine Zusammenfassung der Erfahrungen der Partei im Kampf gegen die faschistische US-Marcos-Diktatur wird ebenfalls erarbeitet werden. Gleichzeitig werden Schritte unternommen, um die ideologischen Grundlagen der Partei zu stärken und das theoretische Wissen der gesamten Partei zu verbessern.

Es werden Schritte unternommen, um den demokratischen Geist in der Partei und demokratisches Herangehen an die Dinge zu ermutigen und zu entwickeln. Dafür werden Kanäle und Foren geschaffen, um den verschiedenen Vorstellungen und Sichtweisen in der Partei über wichtige Fragen Ausdruck zu verleihen, um so zu einem gemeinsamen Verstehen und Standpunkt zu kommen.

Die Zukunft ist hell

Wir haben wichtige politische und militärische Möglichkeiten verpaßt und wir haben andere negative Wirkungen als Ergebnis unserer fehlerhaften Boykottpolitik erlitten. Aber die Tatsache bleibt, daß die Februarereignisse einen großen Sieg für unser Volk darstellen und für seinen Kampf um wirkliche nationale Freiheit und Demokratie.

Die Partei und ihre Kräfte sind intakt und sie befinden sich jetzt im Prozeß der Stärkung ihrer Reihen für neue Aufgaben in der Nach-Marcos-Periode, die in hohem Maße bestimmend für die erhöhte und verbreiterte Politisierung unseres Volkes ist.

Die Partei wird an ihrer ideologischen, politischen und organisatorischen Stärkung festhalten, sie wird von Zeit zu Zeit nach innen sehen und von ihren positiven und negativen Erfahrungen lernen und sie wird weiterhin die aufrichtige Unterstützung des Volkes erhalten.

Die Zukunft ist hell für die Partei, für die gesamte national-demokratische Bewegung und für das ganze philippinische Volk.

Übersetzung aus „Ang Bayan", 22.5.86
hy, Stuttgart

Debatten um Strategie und Taktik in der revolutionären Linken Chiles

Kommt Zeit kommt Rat kommt Attentat. Das Bedauern über das Scheitern des Attentats gegen Pinochet war weitverbreitet. Selbst die bürgerlichen Kommentatoren bekannten sich zur ,,klammheimlichen Freude'' (,,Hamburger Morgenpost'', 9.11.), um dann allerdings in einem Atemzug die Gewalt des Regimes und die Gewalt der Opposition zu verurteilen. Aktionen wie das Attentat hätten letztlich keinen anderen Effekt, als der Diktatur Vorwände für eine verschärfte Repression zu liefern.

Die jüngste Repressionswelle ist tatsächlich sehr hart. Vor allem die Entführung und Ermordung von Oppositionellen (siehe Kasten), die zahlreichen Verhaftungen und die Verhängung des Belagerungszustandes schaffen erneut ein Klima von Angst und Einschüchterung. Die Diktatur gab bekannt, daß 200 Personen sich unverzüglich bei den Behörden zu melden hätten, widrigenfalls werden sie polizeilich gesucht. Die Liste mit diesen 200 Namen wurde aber bisher nicht veröffentlicht, so daß keiner weiß, wer direkt gesucht wird. Die Bedingungen für die im September und Oktober geplanten Massenproteste sind durch diese Maßnahmen erheblich schwieriger geworden.

Die Verantwortung dafür tragen aber nicht diejenigen, die versuchen, Pinochet zu beseitigen oder sein Regime zu destabilisieren. Die Verantwortung dafür tragen die Diktatur und ,,unsere'' demokratischen Regierungen, die sich ebenso wie im Fall Südafrikas nicht zu wirksamen Protesten und Boykottmaßnahmen entschließen wollen.

In Chile selber wurde der Attentatsversuch von der bürgerlichen Opposition verurteilt. Das überrascht nicht, da die bürgerliche Opposition insbesondere die christdemokratische Partei, DC seit einiger Zeit daran arbeitet, ein Mitte-Rechts-Bündnis unter Ausschluß der Linken zustande zu bringen. Dabei wird die DC offensichtlich vo den Vertretern der US-Regierung unterstützt. Das Ziel ist, einen bruchlosen Regimewechsel zu verwirklichen, ohne die Machtverhältnisse im Lande anzutasten. Die reformistische Linke soll neutral gehalten oder für einen konservativen Übergang gewonnen werden, während man versucht, die radikale Linke zu isolieren. Das Hauptargument ist dabei die ,,Gewaltfrage'': Mit Kräften, die sich nicht vom bewaffneten Kampf distanzieren, könne es keine Gemeinsamkeiten geben.

Die sozialdemokratische Linke hat sich bisher zum Attentatsversuch nicht geäußert (zumindest sind uns keine Stellungnahmen bekannt), sie kritisiert aber in der Regel die vorhandenen Formen des bewaffneten Kampfes und fordert, mehr Gewicht auf die Herstellung der Einheit der gesamten Opposition zu legen.

aber in der Regel die vorhandenen Formen des bewaffneten Kampfes und fordert, mehr Gewicht auf die Herstellung der Einheit der gesamten Opposition zu legen.

Aber auch in der revolutionären Linken sind die stattfindenden bewaffneten Aktionen nicht unumstritten. Schon seit längerem wird über sehr grundlegende Fragen diskutiert, die den Stellenwert und die Formen der bewaffneten Aktionen in der aktuellen Situation betreffen, das Verhältnis von Massenaktionen und bewaffneten Aktionen, Fragen der Bündnispolitik u.ä. Wir fassen Informationen zusammen, die wir aus Oppositionszeitungen, aus Interviews und Berichten aus Chile gesammelt haben. Es ist möglich, daß wir dabei einiges Überinterpretieren oder auch mißverstehen. Wir wollen einen Eindruck geben von den laufenden Diskussionen.

Bürgerlicher Übergang oder revolutionäre Chance?

Aus der Bewertung der augenblicklichen Situation erheben sich verschiedene Positionen oder Vorschläge für die konkrete Politik der revolutionären Linken.

Die lange gehegten Hoffnungen auf eine radikale Vertiefung der politischen und ökonomischen Krise des Landes, die sich bis zu einer (vor)revolutionären Situation zuspitzen könnte (MIR), sind inzwischen relativiert worden. Auch die Erklärung (der KP), das Jahr '86 sei ,,ano decisivo'', d.h. das entscheidende Jahr für den Sturz (!; nicht Wechsel) der Diktuatur, wurde abgemildert. Wie sieht die Entwicklung aus?

Die **USA** und ihre europäischen Freunde (wie Heiner Geißler) machen z. Zt. für ihre Verhältnisse enormen Druck auf Pinochet. Ständig werden in letzter Zeit Menschenrechtsverletzungen und Repression verurteilt, es laufen allerlei diplomatische Aktivitäten, um das politische Spektrum von der Mitte bis Rechts zusammenzuführen bzw. eine zivil-militärische Lösung zu finden. Offenbar will man Pinochet nicht über 1989 hinaus regieren lassen ('89 sind nach Pinochets Verfassung sogenannte Wahlen vorgesehen), womöglich möchte man ihn aber schon vorher zu Marcos nach Hawaii schicken.



Pinochet seinerseits besteht unerschütterlich auf seiner Verfassung. Er hat mehrfach angekündigt, daß er auch nach 1989 das Vaterland gegen den Kommunismus verteidigen wolle. Einige Militärs sprechen vorsichtig von notwendigen Verfassungsänderungen (d.h. sie sprechen sich gegen Pinochet aus), ein Kandidat, der eine Alternative zu Pinochet sein könnte, ist aber nicht sichtbar.

Die **bürgerliche Opposition** manövriert im von den US-Diplomaten abgesteckten Rahmen: Druck auf Pinochet durch die Massenbewegung, gleichzeitig aber das Bemühen, sie unter Kontrolle zu halten, deutliche Abgrenzung von der Linken. Das Problem der bürgerlichen Opposition bleibt, daß sie kein gangbares Wirtschaftsmodell zur Einigung der bürgerlichen Kräfte und zur gleichzeitigen Befriedung der Massenbewegung anzubieten hat.

Die **Linke** hat politisch ein klares Konzept zur Ablösung der Diktatur: Eine Übergangsregierung, Einsetzung einer Verfassunggebenden Versammlung zur Durchführung freier Wahlen, Demokratisierung der Streitkräfte, Gerechtigkeit, d.h. Aufklärung der Verbrechen der Diktatur und Bestrafung der Schuldigen. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen sind eher vage bzw. kaum durchsetzbar. Wer soll eine Umverteilung zugunsten der Armen finanzieren? Wo ist die einheimische Bourgeoisie, die sich gemeinsam mit den armen Massen gegen den IWF und die Auslandsschulden zu wehren bereit und in der Lage wäre, gegen die internationalen Konzerne eine binnenmarktorientierte Wirtschaft aufzubauen? Selbst in einem Land wie Nicaragua, wo die Linke die Staatsmacht erobert hat, sind solche Konzepte gegen den Widerstand der westlichen Welt kaum durchsetzbar.

Schließlich die **chilenische Bevölkerung** selbst. Auch die Linken erkennen inzwischen an, daß die Breite der Protestbewegung sich gegen die Diktatur richtet, daß die überwiegende Mehrheit Pinochet weghaben will, dies aber noch längst kein erklärter Wunsch nach dem Sozialismus ist. Selbst wenn man von den 35 % Allende-Anhängern heute noch ausgeht, so bleibt doch der

heit Pinochet weghaben will, dies aber noch längst kein erklärter Wunsch nach dem Sozialismus ist. Selbst wenn man von den 35 % Allende-Anhängern heute noch ausgeht, so bleibt doch der

relativ breite Mittelstand, der sicher nicht mehr nach den Militärs und einem Putsch rufen würde, der sich aber auch nicht mit einer radikalen volksdemokratischen Lösung anfreunden könnte.

Verschiedene Positionen und Vorschläge werden aus dieser Situation heraus von den Linken diskutiert:

Man müsse nun endlich die relative Stärke der DC und die Wahrscheinlichkeit eines bürgerlichen Übergangs zur Kenntnis nehmen. Ebenso müsse man dem Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nach Beendigung der Diktatur Rechnung tragen. Man müsse also alles tun, um die Einheit der bürgerlichen und der linken Opposition zu erreichen, weil nur damit und mit der Fortsetzung der Massenmobilisierung die Beseitigung der Diktatur erreicht werden könne. Notfalls müsse man zu einer zeitweiligen Einstellung der bewaffneten Aktionen bereit sein, um der DC den Vorwand, mit dem sie versucht, die Linke auszugrenzen, zu nehmen. Man müsse entweder tatsächlich die Einheit der gesamten Opposition herstellen oder aber deutlich machen, daß diese Einheit nicht an der Linken scheitert.

Die Gegenposition stellt die Möglichkeit eines bürgerlichen Übergangs inzwischen ebenfalls in Rechnung. Geht aber stärker davon aus, daß DC und Imperialismus die Linke um jeden Preis ausgrenzen wollen und daß Pinochet nun mal nicht bereit ist, abzutreten. Nur durch massiven Druck und Destabilisierung des Regimes auf *allen* Ebenen, sei daher ein Wechsel zu erreichen. Eine politische Isolation der Linken sei nur durch die Verankerung in den Massen und nicht über die Beteiligung an politisch-diplomatischen Kungeleien zu verhindern. Wenn schon die Möglichkeit eines bürgerlichen Übergangs einkalkuliert werden müsse, so komme es in erster Linie darauf an, möglichst günstige Ausgangsbedingungen für die Linke zu schaffen und so viel Terrain wie möglich zu gewinnen. Dies könne nur durch massive Aktivitäten auf *allen* Ebenen, durch weitere Radikalisierung, erreicht werden.

Eine weitere Position orientiert noch stärker auf die Verbreiterung der Massenbewegung, die Einbeziehung aller nur denkbaren diktaturfeindlichen Kräfte bis hin zur Entwicklung einer Art Volksaufstandes.

Die Diskussionen um diese Fragen wird zwischen den Parteien der Linken, aber auch innerhalb der Parteien geführt. Die Politik der MDP (dem Bündnis aus KP, PS, MIR, MOC) war bisher mehr oder weniger eine Mischung dieser Positionen.

Der Dialog mit dem Regime (den Pinochet ja auch ablehnt, den aber die bürgerliche Opposition anstrebt) wird nach wie vor abgelehnt. Propagiert wird der Sturz der Diktatur (im Unterschied zu einem bruchlosen Wechsel). Es werden nach wie vor alle Kampfformen anerkannt, gleichzeitig aber sucht man die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Opposition. Die sogenannte ,,Bürgerversammlung'', Zusammenschluß einer Vielzahl von sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen, wird von der MDP (ebenso wie von der DC) unterstützt und mitgetragen.

MDP, Bündnispolitik und kurzer Rückblick

Die Gründung der MDP 1983 war ein bedeutender Schritt, wenn man die unterschiedlichen ideologischen Grundla-

kurzer Rückblick

Die Gründung der MDP 1983 war ein bedeutender Schritt, wenn man die unterschiedlichen ideologischen Grundla-

gen und politischen Traditionen der chilenischen Linken in Rechnung stellt.

Der MIR wurde 1965 in der Tradition der cubanischen Revolution und der lateinamerikanischen Guerilla gegründet. Die ideologischen Grundlagen waren die Abgrenzung vom reformistischen Weg der KP und die Forderung nach der Volksmacht ,,Poder Popular''. Er hatte Einfluß in radikalisierten armen Bevölkerungsschichten, bei den Studenten und einigen Teilen der Arbeiterbewegung. Der MIR kritisierte den Versuch eines ,,friedlichen Weges zum Sozialismus'' der Unidad Popular und begegnete der Allende-Regierung mit kritischer Solidarität. Nach dem Putsch propagierte er den entschlossenen Widerstand gegen die Diktatur, wurde von der Repression sehr schwer getroffen und konnte sich erst Mitte/Ende der 70er Jahre durch die Politik der bewaffneten Propaganda langsam reorganisieren. Der MIR arbeitete den überwiegenden Teil seiner Existenz in der Illegalität, insbesondere nach dem Putsch war er politisch in Chile isoliert. Er vertrat immer das Konzept einer politisch-militärischen Partei (im Unterschied zu einigen rein militärischen Guerillagruppen in Lateinamerika), aber die Bedingungen, um sich *politisch* zu entwickeln, waren vor allem nach dem Putsch extrem schwierig (die KP lehnte jegliche Zusammenarbeit ab, die Führung war ermordet, die Verbindung zu den Teilen der Massenbewegung, in denen der MIR Einfluß gehabt hatte, war abgeschnitten, die Arbeit in Chile konnte nur in strenger Abgeschirmtheit und Illegalität stattfinden). Erst mit der Entwicklung der Protestbewegungen Anfang der 80er Jahre konnte der MIR legale Strukturen und neue Verbindungen zur Massenbewegung entwickeln.

Die KP Chiles schon 1922 gegründet hat dagegen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, immer legal gearbeitet. Sie hat sich parallel mit der Herausbildung des chilenischen Proletariats entwickelt und hier traditionell großen Einfluß gehabt. Sie verfügt über lange parlamentarische Erfahrungen und stand in der Tradition der Politik der Einheitsfronten mit der nationalen Bourgeoisie, die die meisten lateinamerikanischen KPen in den 30er und 40er Jahren vertraten. Nach dem Putsch legte sie den Schwerpunkt auf eine antifaschistische Einheitsfrontpolitik, d.h. auf ein Bündnis mit der DC, lehnte aber jegliche Zusammenarbeit mit den ,,trojanischen Pferden der Reaktion'' (wie z.B. dem MIR) ab. Die neue Orientierung der KP-Politik entstand durch die Erfahrungen in Nicaragua und El Salvador (wodurch in ganz Lateinamerika die bewaffneten Kampfformen neue Bedeutung erlangten); wichtig war der Druck von der Basis der eigenen Partei, die bewaffnete Aktionen gegen die Diktatur forderte (und zum Teil auf eigene Faust oder zusammen mit dem MIR durchführte) und schließlich die Haltung der DC, die sich nicht auf das Konzept der antifaschistischen Einheitsfront einließ.

Wenn man so will, hat die Entwicklung in Lateinamerika und speziell in Chile eine Annäherung der verschiedenen Strömungen bewirkt, der MIR hat mehr Gewicht auf politische und Bündnislinien gelegt, die KP hat die Bedeutung bewaffneter Kampfformen akzeptiert.

Trotzdem bleiben die unterschiedlichen Traditionen und Zielsetzungen.

(Auf die Sozialistische Partei gehen wir hier nicht näher ein. Sie hat zeitweise sehr radikale, auch marxistisch-leninistische Positionen vertreten, sich aber traditionell eher um Führungspersönlichkeiten als um politische Linien gruppiert. Nach dem Putsch ist sie in zahlreiche Fraktionen zerfallen, die sich immer wieder — aber bisher erfolglos — um die Wiedervereinigung bemühen).

Die MDP wurde '83 als strategisches Bündnis gegründet, letztlich mit dem Anspruch, gemeinsame Wege zur Machtergreifung und zur Verwirklichung einer Volksdemokratie zu entwickeln. Dieser Anspruch ist noch längst nicht erreicht, zumal auch relevante linke Parteien nicht in die MDP integriert sind (Fraktionen der PS z.B.). Der Diskussionsprozeß, der quer durch die Parteien geführt wird, birgt das Risiko weiterer Zersplitterung, hat aber auch die Chance, zu neuen Antworten auf offene Fragen zu kommen.

Stellenwert und Formen des bewaffneten Kampfes

Die Anerkennung auch bewaffneter Kampfformen gegen die Diktatur ist in der MDP nach wie vor unbestritten.

Es ist offensichtlich, daß der bewaffnete Widerstand gegen das Regime bei beachtlichen Teilen der Bevölkerung akzeptiert und/oder begrüßt wird. All die bewaffneten Gruppen, die in den letzten Jahren entstanden sind, sind nicht vom Himmel gefallen, sondern Ausdruck einer bestimmten Konjunktur bzw. der Radikalität von Teilen der Massenbewegung. Unumstritten ist auch die Notwendigkeit, die Selbstverteidigung zu organisieren, Milizen und Selbstverteidigungsgruppen zu entwickeln, die aus der Protestbewegung selber entstehen und diese gegen die Repression schützen sollen.

Schwieriger wird die Frage in bezug auf höher entwickelte bewaffnete Einheiten, die ein ganz anderes Niveau an Ausbildung, Material, Waffen, Infrastruktur usw. erfordern.

Es waren im wesentlichen der MIR und seit etwa drei Jahren die Frente Patriotico Manuel Rodriguez (unabhängig, aber der KP nahestehend), die Aktionen dieser Art durchgeführt haben: Angriffe auf Einrichtungen und Persönlichkeiten des Unterdrückungsapparats, Entführungen, Bombenanschläge usw. Es gibt einige Argumente (auch aus den Reihen des MIR), die sich mit diesen Aktionen und der politischen Linie, die dahintersteckt, sehr kritisch auseinandersetzen. Einige der wichtigsten Argumente sind:

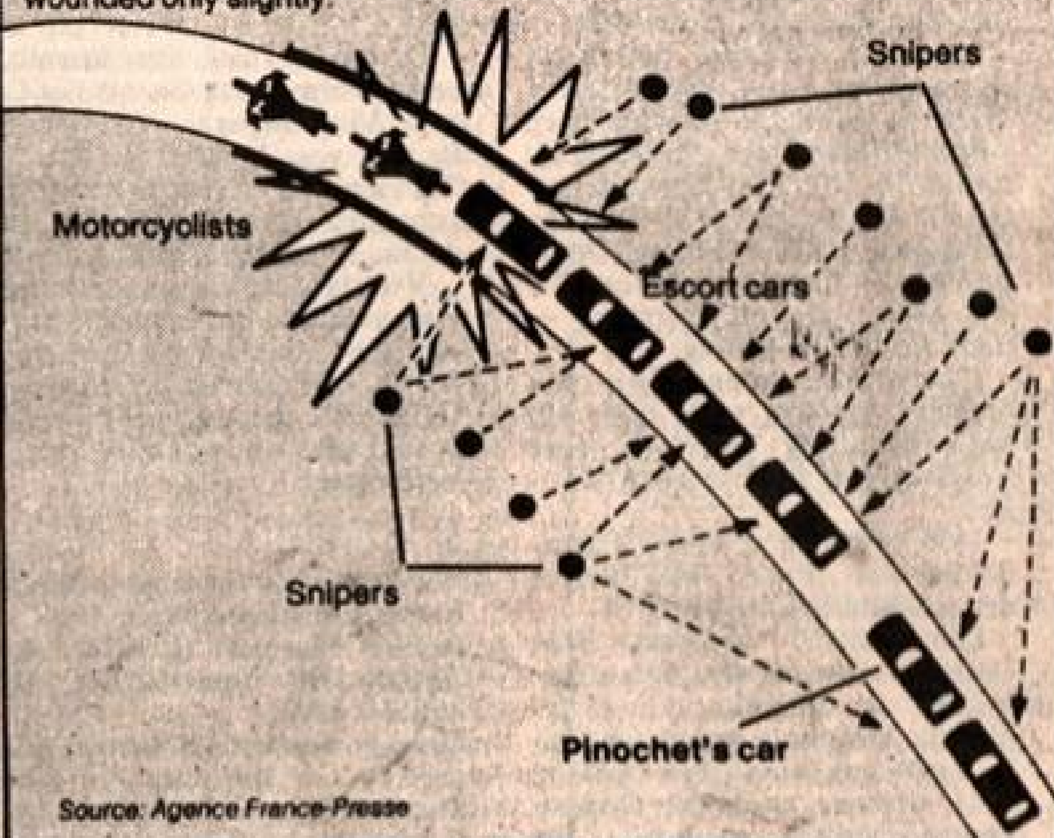
Die Diktatur ist politisch schwach und isoliert; auf militärischer Ebene hat sie ihre Stärke, weshalb es sinnlos sei, sie gerade hier anzugreifen.

Fortsetzung nächste Seite

The Attack on Pinochet
According to the Chilean Government, rebels attacked Gen.
Augusto Pinochet's motorcade Sunday night as he returned to

The Attack on Pinochet

According to the Chilean Government, rebels attacked Gen. Augusto Pinochet's motorcade Sunday night as he returned to Santiago from his vacation home in Melocotón. The general was wounded only slightly.





Beispiel für eine Diktatoren-Falle. Eigentlich war alles ordnungsgemäß bestellt, der Konvoi stand, Pinochet saß zitternd in seinem Benz. Doch es fehlte das i-Tüpfelchen: die Panzerfaust für besondere gesellschaftliche Anlässe. („Snipers'' (engl.) = Scharfschützen)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Durchführung solcher bewaffneter Aktionen erfordere ein hohes Maß an Abgeschirmtheit, an geschlossenen illegalen Strukturen, die immer die Gefahr der Verselbständigung und zugleich das Risiko der Infiltration in sich bergen würden. Die zahlreichen Opfer, die hier gebracht wurden, sprächen für sich.

Der Aufwand, der für solche bewaffnete Aktionen notwendig sei, absorbiere Mittel und personelle Kräfte, die in der gegebenen Situation dringend für die Entwicklung und Organisierung der Massenbewegung gebraucht würden.

Die Politik der Zuspitzung und Destabilisierung, die mit den bewaffneten Aktionen betrieben wird, setze überwiegend auf die fortgeschrittensten und radikalisiertesten Teile der Massenbewegung. Es komme aber im Moment darauf an, Konzepte für die schwankenderen Teile des Volkes, auch für die kleinbürgerlichen und Mittelschichten zu finden, ihre sozialen und politischen Forderungen aufzugreifen und programmatisch zu verarbeiten.

Ganz grundlegend wird auch die Frage gestellt, ob in Chile mit seiner demokratisch-parlamentarischen Tradition überhaupt Bedingungen für einen langfristigen Volkskrieg gegeben sind.

Zwar wird nicht in Abrede gestellt, daß der Kampf und die Macht und für den Sozialismus letztlich auch militärisch entschieden wird, aber man fragt sich, ob dies im Moment vordringlich ist und ob die bislang praktizierten Formen adäquat sind.

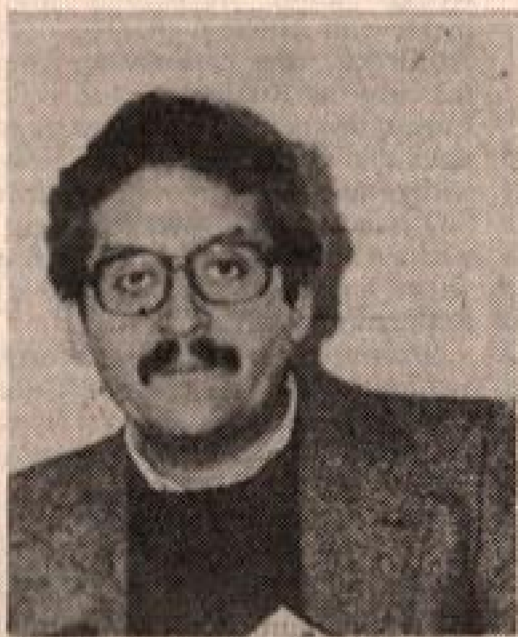
Die Gegenargumente betonen die Entschlossenheit Pinochets, an der Macht zu bleiben und die Kungelei der Bourgeoisie, um zu begründen, daß die Destabilisierung des Systems auf allen Ebenen gerade aktuell notwendig sei.

Es wird ferner hervorgehoben, daß die Bourgeoisie nie durch Verhandlungen, sondern immer nur durch Fakten unter Druck gesetzt werden kann, d.h. daß die Entfaltung und Radikalisierung der Protestbewegung ebenso wie die Intensivierung der militärischen Aktionen geboten seien.

In einer Situation, in der vom Imperialismus und der Bourgeoisie mit allen Kräften an einer bürgerlich-konservativen Lösung gearbeitet wird, sei natürlich die erste Aufgbe, die Interessen des Volkes, der Armen so wirkungsvoll wie möglich und einflußreich wie möglich zur Geltung zu bringen. Dies erfordere

Fortsetzung auf Seite 27 Spalte 1

Führendes Mitglied des MIR ermordet



Unmittelbar nach dem gescheiterten Attentat gegen Pinochet wurde eine Reihe von prominenten Oppositionellen verhaftet, sechs Regimegegner wurden ermordet.

Einer von ihnen war José Carrasco Tapia, ein oppositioneller Journalist, der auch in Europa bekannt war, weil schon in den 70er Jahren internationale Kampagnen für ihn und Gladys Diaz durchgeführt

war, weil schon in den 70er Jahren internationale Kampagnen für ihn und Gladys Diaz durchgeführt

wurden.

José Carrasco war Journalist in der linken Zeitschrift „Punto Final", die in Chile herausgegeben wurde und vor allem während der Allenderegierung beträchtliches Ansehen in ganz Lateinamerika hatte. Carrasco war im MIR organisiert und Mitglied des ZK. Nach dem Putsch wurde er Ende '74 in Concepcion verhaftet und grausam gefoltert. Er verbrachte mehr als zwei Jahre in verschiedenen Konzentrationslagern und Gefängnissen der Diktatur. Eine internationale Kampagne zur Freilassung gefangener und gefolterter Journalisten — insbesondere für Gladys Diaz und José Carrasco — hatte Ende 1976 Erfolg.

Gladys Diaz konnte (wie sich manche vielleicht noch erinnern) nach Hamburg ausreisen, José Carrasco ging ins Exil nach Mexiko.

Dort arbeitete er in der Exilredaktion von „Punto Final" und in der Auslandsleitung des MIR.

Überraschend erschien José Carrasco auf einer der „Erlaubnis-Listen" der Diktatur, d.h. er erhielt die Erlaubnis, legal nach Chile zurückzukehren. Seit Anfang 1984 arbeitete er in der Oppositionszeitschrift „Analisis", die jetzt nach dem Attentatsversuch, wie schon viele Male zuvor, wieder verboten ist und deren Herausgeber, Juan Pablo Cardenas, ebenfalls zum wiederholten Male, gerade mehrere Wochen im Gefängnis verbracht hat.

Völlig unbehelligt von der Diktatur war Carrascos Rückkehr nach Chile nicht. Am 23. August 1984 wurden neun sogenannte Terroristen bei sogenannten bewaffneten Zusammenstößen von Sicherheitskräften der Diktatur getötet. Tatsächlich wurden sie — illegal in Chile arbeitende Mitglieder des MIR und einige der KP — auf offener Straße oder in ihren Wohnungen ermordet, viele andere wurden verhaftet. Die Diktatur führte in diesem Zusammenhang eine große Propagandakampagne gegen den „internationalen Kommunismus" durch und beschuldigte José Carrasco, Drahtzieher und Verantwortlicher für die Untergrundarbeit der ermordeten und verhafteten MIR-Mitglieder gewesen zu sein. Anträge auf persönlichen Schutz bei den Gerichten und vor allem zahlreiche Solidaritätserklärungen für José Carrasco verhinderten damals eine Verhaftung und Anklageerhebung. Carrasco setzte seine Arbeit als Journalist und Mitglied der legalen Opposition fort, er wurde Anfang '85 zum Vorsitzenden der Journalistenvereinigung Santiagos gewählt.

Wenige Stunden nach dem Attentat wurde José Carrasco von nicht identifizierten Zivilisten aus seiner Wohnung heraus „verhaftet", seitdem war er „verschwunden". Zwei Tage später wurde er in Santiago erschossen aufgefunden.

Der Beerdigungszug, an dem viele Menschen teilnehmen wollten

den.

Der Beerdigungszug, an dem viele Menschen teilnehmen wollten

und der vom Sitz der Journalistenvereinigung zum Friedhof führen sollte, wurde von der Polizei mit Tränengas und Knüppeln aufgelöst.

Die Ermordung José Carrascos unterstreicht, mit welchem persönlichen Risiko und Einsatz auch die legalen Rückkehrer in Chile arbeiten.

Der zweite, nach dem Attentatsversuch ermordete Genosse ist Gaston Visaurrazaga. Er war der Bruder von Ignacio V., der im Rahmen der „Terroristenjagd" vom 23. August '84 verhaftet wurde und seitdem im Gefängnis sitzt.

Verschiedene Journalisten und Herausgeber von Oppositionszeitschriften haben mssive Drohungen erhalten. Ihr Leben ist ebenso in Gefahr wie das vieler anderer Oppositioneller und vor allem das der Verhafteten.

Wir fordern insbesondere die sofortige Freilassung von:
Raffael Marrotto (Priester, über 70 Jahre alt, Sprecher der MDP und des MIR)
German Correa (führendes Mitglied der Sozialistischen Partei und derzeitiger Vorsitzender der MDP)
Patricio Hales (führendes Mitglied der KP und der MDP)
Ricardo Lagos (Vorsitzender einer Fraktion der Sozialistischen Partei und Sprecher der Demokratischen Allianz)
Freiheit für alle verhafteten Oppositionellen!

Wir bitten um Spenden auf das Konto für Chile-Rückkehrer:
E. Hafner
Postscheckamt Hamburg
Konto 570980-209

Nordirland im Sommer 1986

Eine Reisebeschreibung ein Jahr nach dem britisch-irischen Abkommen

Der folgende Bericht über Nordirland im Sommer 1986 ist ein Auszug aus dem im kommenden Oktober erscheinenden Buch von Dietrich Schulze-Marmeling *„Republikanismus und Sozialismus in Nordirland"*. Wir veröffentlichen den Epilog in Auszügen.
Red.

Ardoyne liegt im Norden Belfasts, eine katholische/nationalistische Enklave, eingerahmt von feindlich gesonnenen protestantischen/loyalistischen Wohnbezirken. Die Architekten der Sicherheit und Kontrolle haben mehrere Meter hohe Mauern und Wellblechzäune errrichten lassen, die Ardoyne von seinem protestantischen/loyalistischen Umland trennen. Symbole der Hilflosigkeit und einer Politik, die letztendlich nicht ernsthaft erwägt, mit dem Sektierertum aufzuräumen.

Über 60% der Bewohner Ardoynes sind arbeitslos, 30% der Familien leben in überfüllten Wohnungen, 35% aller Wohnungen mangelt es an dem, wass gemeinhin als „Basisausstattung" betrachtet wird.

Seit Ausbruch des jüngeren Nordirlandkonflikts sind es immer wieder diese katholischen/nationalistischen Enklaven im Norden Belfasts, von der republikanischen Hochburg im Westen Belfasts abgeschnitten durch die loyalistischen Hochburgen Shankill und Woodvale, die sich im besonderen Maße mit mörderischen Attacken der Gegenseite konfrontiert sehen.

Es ist bereits nach 18 Uhr, als ich am 8. August Ardoyne betrete. Das Belfaster Stadtzentrum und die in die Viertel führenden größeren Straßen sind bereits leergefegt. Die Stunden zwischen Arbeits- und Geschäftsschluß sowie dem Einbruch der Dunkelheit sind von einer unheimlichen Stille geprägt, unterbrochen nur vom Knattern des ständig über West-Belfast kreisenden Armeehubschraubers und den ab und an vorbeifahrenden Patrouillen der „Sicherheitskräfte". Vor wenigen Tagen wurde in diesen Stunden ein UDR-Soldat von der IRA getötet; und ein im protestantischen Teil West-Belfasts arbeitender Katholik entkam nur knapp dem Mordanschlag eines loyalistischen Todesschwadrons. Noch jedesmal wenn ich in Belfast weilte, habe ich diese Stunden gehaßt und versucht, ihnen

Todesschwadrons. Noch jedesmal wenn ich in Belfast weilte, habe ich diese Stunden gehaßt und versucht, ihnen

zu entkommen. Noch jedesmal fuhr mir der Schreck durch die Glieder, wenn ich mich allein auf der Shankill- oder Falls Road wähnte, allein mit den „Sicherheitskräften" und ihren lauernden aber unsichtbaren Kontrahenten.

Morgen Nacht wird es wieder soweit sein: „Bonfire" ist angesagt. Vor vier Wochen hatten die Loyalisten ihren Tag, als sie die nun mittlerweile fast 300 Jahre zurückliegende Schlacht am Boyne zelebrierten, jenes militärische Gemetzel, das die protestantische und britische Vorherrschaft in der bis dahin rebellischsten Provinz Irlands zementierte. Doch das kommende Wochenende wird den Nationalisten und Republikanern gehören, die für den Abzug der britischen Okkupanten, die Zerstörung des nordirischen Apartheidsstaates und die Etablierung einer säkularen, vereinigten sozialistischen Republik eintreten.

„Bonfire", das sind bisweilen gigantische Scheiterhaufen, auf denen der „Union Jack" und die nordirische Fahne verbrannt werden. In Erinnerung an die Einführung der Internierung vor 15 Jahren, jener barbarischen wie hilflosen Praxis, über deren Reaktivierung im Zusammenhang mit dem britisch-irischen Abkommen nun wieder nachgedacht wird. Die nationalistische Minderheit hat weder vergessen noch verziehen, wie am Morgen des 9. August 1971 Türen eingetreten —, Väter und Söhne aus ihren Betten gezerrt und ihren Familien entrissen —, über 300 Menschen in Möbel- und auf Lastwagen in KZ-ähnliche Lager verfrachtet wurden.

In allen nationalistischen Vierteln Belfasts wird heute brennbares Material für die „bonfire" zusammengetragen. So auch in Ardoyne. Es dauert keine Minute, bis mich eine Horde von 20 bis 30 Halbwüchsigen als „Eindringling" ausgemacht hat und einen bedrohlich anmutenden Kreis um mich bildet. Trotzige Gesichter, die schon so früh erwachsen wirken, blicken mich forschend an. Ob ich ein „Branch"-Mann (politische Geheimpolizei) sei? Was ich hier suche und zu photographieren gedenke? „Keine Photos." „Das ist ein Ausländer", schreien andere dazwischen. „Bist du von der NORAID' (US-Hilfsorganisation der IRA, die sich zur gleichen Zeit mit einer Delegation in Belfast aufhielt)?" „Nein". „Er ist ein Deutscher!". „Ja, genau". „Welcher Teil von Deutschland?" „Westdeutschland". „Was willst du hier?" „Woher kommst du jetzt?". Der Dialog ist dem Charakter nach eher ein Verhör. „Ich kenne Alex Maskey." „Alex Maskey von der SDLP?". Blöde Fangfrage. „Nein, natürlich nicht, er ist von Sinn Féin und Abgeordneter des Stadtrates". „Wo arbeitet Alex Maskey?" „In Andersonstown, Connolly House." „Der scheint Alex tatsächlich zu kennen". „Hast du das Haus dort drüben schon fotographiert?". Ein Jugendlicher zeigt auf ein kleines Haus, dessen Dachstuhl durch einen Brand offensichtlich stark beschädigt wurde. „Nein, warum?" „Das ist das Sinn Féin-Beratungszentrum von Ardoyne. Bis vor wenigen Tagen wehte auf dem Dach des Hauses die irische Fahne. Aber dann haben Loyalisten das Haus und die Fahne angezündet", werde ich aufgeklärt.

Eine halbe Stunde später befinde ich mich wieder auf dem Rückweg in Richtung Stadtzentrum. Die Straße entlang, die geradewegs auf das loyalistische Woodvale zuführt. Links und rechts über 200 m nur Mauern, kein Fluchtweg. Mit jedem Schritt werden die in britischen Farben bemalten Betonklötze, die die Zufahrt ins Viertel blockieren, größer. Was tun, wenn nun eine loyalistische Mordgang einfach in diese Straße hineinfeuert, was in den letzten Wochen wiederholt geschehen ist? Ich komme aus Ardoyne, und jeder Ardoyner ist ein „legitimes Ziel" der „Ulster Freedom Fighters" und der „Protestant Action Force", jener berüchtigten Todesschwadrone, die im Rahmen der „Ulster Defence Association" und der „Ulster Volunteer Force" operieren.

Gerade atme ich auf, die Crumlin Road unbehelligt erreicht zu haben, da lungern im Eingang eines Geschäfts einige protestantische Jugendliche. „Scheiß Fremde" und „der kommt aus Ardoyne" höre ich sie noch mur-

nige protestantische Jugendliche. „Scheiß Fremde" und „der kommt aus Ardoyne" höre ich sie noch mur-

meln. Sie verlassen ihren Standort und folgen. Doch nach der nächsten Seitenstraße sind sie schon wieder verschwunden. Stattdessen kommt eine Patrouille der RUC die Crumlin Road hochgefahren, ohne allerdings ein registrierbares Interesse an meiner Erscheinung zu zeigen.

Dies ist nun mein fünfter Aufenthalt in Belfast, jener Stadt, die wie kein anderer Fleck in Nordirland den Konflikt und seine Vielschichtigkeit symbolisiert. Aber niemals zuvor war die Atmosphäre derart gespannt. 2 Jahre zuvor nahm mensch in den protestantischen/loyalistischen Vierteln keine Notiz von uns. Und in den katholischen/nationalistischen Bezirken wurden wir freudig begrüßt, unaufgefordert zu den „Sehenswürdigkeiten" (Wandgemälde, Gedenktafeln) geführt, zum Photographieren ermuntert. Doch 1986 ist alles anders. Die Situation ist durch Mißtrauen und Aggressivität gekennzeichnet. Das britisch-irische Abkommen hat nicht zum Abbau der Spannungen beigetragen, sondern die innergesellschaftliche Polarisierung noch verschärft. Sektiererischer Mord ist wieder an der Tagesordnung, ergänzt die Auseinandersetzung zwischen der IRA und den „Sicherheitskräften".

Wenn die Nacht zum Tage wird ...

Als wir den „Social Club" in Andersonstown gegen Miternacht verlassen, ist der West-Belfaster Bezirk von Armee und Polizei besetzt. Ein gespenstisches Bild: Panzerwagen sind aufgefahren. Hinter jeder Ecke stehen Soldaten und Polizisten, das Gewehr im Anschlag.

Als wir wenig später an das entgegengesetzte Ende der Falls Road gelangen, ist die nächtliche „Party" bereits voll im Gange. In einer Nebenstraße der Falls Road blockiert ein brennender LKW die Weiterfahrt. Zwischen Divis und dem Dunville Park haben republikanische Jugendliche ein gigantisches Feuer errichtet, daß auch in diese Richtung die Weiterfahrt verunmöglicht. Über den Sinn und Zwecke des Unternehmens hatte mensch uns noch am Nachmittag aufgeklärt. „Damit die Brits nicht durchkommen". „Damit wir die Brits besser mit ‚petrol bombs' eindecken können." Zweihundert Meter weiter wird eine RUC- und UDR-Patrouille mit leeren Fässern, Flaschen und Steinen traktiert. In Ballymurphy und bei den Unity Flats geht auf die „Sicherheitskräfte" ein Hagel von „petrol bombs" nieder. Armee und Polizei antworten mit „plastic bullets". Über 150 werden in dieser Nacht verschossen.

Auf der Falls Road ziehen Horden von Jugendlichen — bewaffnet mit irischen Fahnen — von Feuer zu Feuer. „Here we go ‚here we go, here we go ...". Ohne Zweifel: Diese Nacht gehört der republikanischen Jugend Belfasts. Für den Sonntag ist hingegen eine disziplinierte Demonstration angesagt.

Die Entfremdung bleibt

Die Entfremdung bleibt

Der Sonntag, der Tag der Anti-Internierungsdemonstration, macht dann überdeutlich, wie wenig sich am Verhältnis zwischen der Minderheit und den „Sicherheitskräften" seit „Hillsborough" geändert hat. Nach den Vorstellungen besonders Dublins und der SDLP sollte „Hillsborough" zum Abbau der Entfremdung der Minderheit gegenüber den „Sicherheitskräften" — vor allem den Domestiken: RUC (Polizei) und UDR (militärische Hilfstruppe, der britischen Armee unterstellt) — beitragen. Es gilt, die RUC auch in den Augen der nordirischen Katholiken/Nationalisten als legitimierte Polizeikraft erscheinen zu lassen. Die Aufhebung der Entfremdung gegenüber dem offiziellen Gewaltapparat Nordirlands wird als Grundvoraussetzung für ein Arrangement der

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

aber gerade die Verbreiterung der radikalen Kampfformen und darüber hinaus das unbedingte Festhalten am strategischen Ziel, das die Vorbereitung der militärischen Ebene einschließt.

Unfähigkeit und Versagen der Linken?

In den hierzulande laufenden Diskussionen der Dritte-Welt-Bewegung über Internationalismus und die Erfahrungen der Befreiungsbewegungen ist es teilweise beliebt, das „Versagen“ der traditionellen linken Parteien — auch und speziell in Chile — mit einem Federstrich abzuhaken. Gemeint ist damit meistens die Unfähigkeit, Fehler und Fehleinschätzungen aufzuarbeiten, neue Konjunkturen zu erfassen, die „Avantgardetümelei“ aufzugeben, ein ernsthaft demokratisches Verhältnis zu den Massenbewegungen und innerhalb der Parteien zu entwickeln etc.

Wir meinen, daß diese Art von Kritiken zu vordergründig ist und die Kritiker es sich zu einfach machen. Der (sehr kurze) Rückblick auf die politische Tradition von KP und MIR zeigt ansatzweise, welche Lernprozesse und Entwicklungen stattgefunden haben — diese wurden großenteils bewirkt durch allgemeine politische Entwicklungen in Lateinamerika, aber auch durch den Abbau von Sektierertum und die wachsende Bereitschaft zur Auseinandersetzung. In diesem Sinne sehen wir auch die augenblicklichen Diskussionen in der chilenischen Linken — bei allen Defiziten und Schwächen — als notwendigen und hoffentlich fruchtbaren Prozeß.

Die Fragen, die dort zu lösen sind, sind ja nicht das Problem der chilenischen Linken allein. In Nicaragua kämpft die Revolution, die immerhin die Macht schon erobert hat, ums Überleben; in Uruguay suchen die verschiedenen linken Strömungen nach Wegen, um zwischen Putschgefahr und konservativer Demokratie die Interessen des Volkes zur Geltung zu bringen; auf den Philippinen reicht das Spektrum von der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes über den Dialog mit der Regierung bis zur Gründung radikal demokratischer Parteien, um auf die gegebene bürgerliche und US-freundliche Regierung zu reagieren. Letztlich gehen die Fragen, die gelöst werden müssen, die Linke überall an. Wir finden es deshalb wünschenswert, die verkürzten und hämisch-angehauchten Verurteilungen über „Scheitern und Versagen“ der Linken beiseite zu lassen und tatsächlich offen und im linken Sinne pluralistisch zur Diskussion beizutragen.

Nehmt bitte die Konto-Nummer für Chile-Spenden zur Kenntnis (siehe Kasten)!

Lateinamerika-Kommission

Lateinamerika-Kommission



Eine der ersten Ankündigungen einer geheimen Schwadron von November 1983 (oberes Photo).
»Wenn der CNI nicht befugt ist, subversive Kriminelle zu verhaften, müssen sie getötet werden — Schwadron BOA«. Der Satz bezog sich auf eine Gerichtsentscheidung, derzufolge der chilenische Geheimdienst CNI keine Verhaftungen vornehmen durfte. 1984 wurden die Gesetze dahingehend geändert, daß auch der CNI ermächtigt wurde, Personen festzunehmen.

Bei der Ankündigung der »Antikommunistischen Aktion« (unteres Photo) handelt es sich um eine Kampfansage an den Kommunismus.

Fortsetzung von vorheriger Seite

... Nordirland im Sommer

Minderheit mit dem Status Quo erachtet. Eine Minderheit, die sich mit den bestehenden Verhältnissen einrichtet, die den Traum von der Wiedervereinigung suspendiert und keinerlei Ansprüche mehr artikuliert, würde die Gefahr eines Überschwappens des Konfliktes auf den „Süden“ und einer gesamtirischen revolutionären Dynamik mindern.

Aber wie soll der Zustand der Entfremdung beendet werden, in Anbetracht der offensichtlichen Unreformierbarkeit von RUC und UDR? Ohne Auflösung der bestehenden „Sicherheitskräfte“ und der Zerschlagung des Loyalismus wird sich diesbezüglich überhaupt nichts ändern. RUC und UDR sind von 17 Jahren Krieg mit einer Guerilla, die nicht isoliert operierte, sondern als Fisch im Wasser der katholischen/nationalistischen Minderheit schwamm, sowie einer loyalistischen Identität geprägt. Das Gleiche gilt für die Armee, an der die 17 Jahre Krieg, die an die 500 Soldaten bislang das Leben gekostet haben, ebenfalls nicht spurlos vorbeigegangen sind. Das Verhältnis der Truppen gegenüber der Minderheit ist von einem starken und tief sitzenden anti-irischen Rassismus gekennzeichnet. An ein „normalisiertes“ Verhältnis ist überhaupt nicht zu denken.

Eine Stunde vor Beginn der Demonstration ziehen RUC, UDR und britische Armee massiv auf der Falls Road auf, durchkämmen und besetzen alle Nebenstraßen. Britische und UDR-Soldaten stoßen — welch makabrer Scherz — vorbeilaufenden „Kids“ den Gewehrlauf in die Seite. Von Panzerwagen herunter zielen Soldaten unablässig auf einzelne Gruppen in der Menge.

Die Demonstration ist — obgleich ein traditioneller Aufmarsch — verboten. Welch ein Kontrast zu dem Umgang von Nordirlandministerium und RUC mit einem traditionellen Marsch der Loyalisten drei Tage zuvor. Den Loyalisten wurde gewährt, durch das mehrheitlich katholische/nationalistische Keady zu marschieren, obgleich der provokative Charakter des Unternehmens unübersehbar war. Die Loyalisten tarieren durch Provokationen aus, wie weit sie vor dem Hintergrund von „Hillsborough““ gehen können. Gezielt manövrieren sie das Nordirlandministerium und die RUC in Situationen, in denen diese Farbe bekennen müssen. Auf daß die Loyalisten nicht weiter provozieren, läßt man sie marschieren. Die Rechnung hierfür haben die Katholiken/Nationalisten zu zahlen, deren Wohnviertel von der RUC belagert und vom loyalistischen Mob verwüstet werden. Das Umgehen der RUC mit Demonstrationen der beiden communities läßt sich wie folgt beschreiben: Loyalistische Aufmärsche werden hinsichtlich der von den Initiatoren intendierten Route umgelegt, republikanische Aufmärsche hingegen

communities läßt sich wie folgt beschreiben: Loyalistische Aufmärsche werden hinsichtlich der von den Initiatoren intendierten Route umgelegt, republikanische Aufmärsche hingegen

verboten.

Das Problem ist nur, daß die Loyalisten ihre Demonstrationen nicht so einfach umverlegen lassen und Republikaner sich von einer sektiererischen RUC nichts verbieten lassen. So auch an diesem Sonntag in West Belfast. Es dürften über 10.000 sein, die sich zum Abmarsch versammelt haben. Weitere hunderte von Menschen säumen die Straße, um der vorbeiziehenden republikanischen Parade ihren Beifall zu zollen. Belfaster Sinn Fein-Politiker hatten der RUC zu verstehen gegeben, daß die Demonstrationen auf jeden Fall stattfinden würde. Und wenn mensch über Nebenstraßen nach Andersonstown, dem etwa 3 km entfernten Demonstrationsziel, gelangen würde.

Was würde eigentlich geschehen, wenn die „Sicherheitskräfte“ auf eine Präsenz im republikanischen West Belfast verzichten würden? Wahrscheinlich überhaupt nichts. Die Nichtanwesenheit von Polizei und Armee wäre die beste Garantie für friedliche Demonstrationen, da es an Angriffszielen mangeln würde. Die massive und agressive Präsenz der verhaßten „Sicherheitskräfte“ provoziert hingegen den militanten Widerspruch. Es gäbe keinen Sinn, würden West Belfasts Nationalisten und Republikaner ihren Frust am eigenen Eigentum austoben; bzw. könnte dies den „Sicherheitskräften“ egal sein, schneidet sich doch damit das widerspenstige West Belfast ins eigene Fleisch. Und Loyalisten sind im republikanischen West Belfast nicht zu sehen, abgesehen von denen in Polizei- und Armeeuniform. Doch die Staatsmacht besteht darauf, auch in West Belfast, wo die staatliche Autorität sich nur noch über Polizei und Armee vermitteln läßt, ihre Existenz unter Beweis zu stellen.



Jugendliche in Ardoyne / Nordirland

Die entschlossene wie disziplinierte Demonstration vom 10. August dokumentiert eindrucksvoll, daß das republikanische Belfast sich nicht unterkriegen läßt. Gerry Adams, der populäre Sinn Fein-Präsident und Abgeordnete des britischen Unterhauses für West Belfast: *„Sie versuchten, uns 1969 zu besiegen. Aber wir blieben stark und wurden nicht besiegt. Sie versuchten uns 1971 zu internieren. Doch wir blieben stark und bereiteten ihnen eine Niederlage. Sie versuchten uns 1976 zu kriminalisieren. Aber wir blieben stark und kriminalisierten sie selbst. Sie versuchten uns in Hillsborough zu verprellen. Wir blieben stark und wurden nicht verprellt. Sie versuchen uns heute hier einzuschüchtern, aber wir bleiben stark und sind nicht eingeschüchtert. Bleibt stark, Brüder und Schwestern, und wir werden das Ende fremder Herrschaft über unser Land erleben. Eure Stärke und das scharfe Schwert der IRA sind eine Garantie dafür.“*

Würde das Wahlalter um 10 Jahre herunter gesetzt werden, würde Sinn Fein die moderaten konstitutionell-nationalistische SDLP mühelos überflügeln. Mit der heranwachsenden jungen Generation, die nie etwas anderes kennengelernt hat als das Milieu des Krieges mit den unerwünschten Okkupanten, werden die Probleme der Briten nicht leichter, sondern eher noch schwieriger werden. Gemeinsam mit der IRA trägt sie schon heute die Hauptlast des Kampfes gegen die britische Armee und die domestiken „Sicherheitskräfte“. Die nationalistische Jugend Nordirlands läßt keine Zweifel darüber aufkommen, was ihrer Ansicht nach das Beste für Irland und seine Zukunft ist: „Provos for Ireland!“

Zwei Tage nach der Belfaster Demonstration macht sie in Derry deut-

Jugend Nordirlands läßt keine Zweifel darüber aufkommen, was ihrer Ansicht nach das Beste für Irland und seine Zukunft ist: „Provos for Ireland!“
Zwei Tage nach der Belfaster Demonstration macht sie in Derry deut-

lich, daß sie sich nicht scheut, die reaktionäre Herausforderung des Loyalismus anzunehmen. Das Kalkül der Loyalisten, durch Einschüchterung und Terror die katholische/nationalistische Minderheit zur Akzeptanz eines Zweite-Klasse-Status zu bewegen, geht bei dieser Generation nicht auf. Am 12. August veranstalten die Loyalisten im mehrheitlich katholischen/nationalistischen Derry ihren traditionellen „Apprentice-boys“-Marsch. Obgleich überdeutlich ist, daß dieser Marsch provokativen Charakters ist und in Angriffen auf die Katholiken/Nationalisten von Derry münden wird. Einmal mehr wird eine loyalistische Demonstration teilweise umverlegt, nicht jedoch untersagt, wie dies noch am Sonntag bei der republikanischen Anti-Internierungsparade der Fall gewesen war. Wie schon in den Jahren zuvor, nehmen die „Sicherheitskräfte“ den Aufmarsch der 20.000 Loyalisten zum Vorwand, die nationalistischen Wohnviertel zu besetzen. 5.000 Soldaten und Polizisten sind zusammengezogen worden und belagern die katholischen/nationalistischen Distrikte Bogside, Creggan uind Brandywell seit den frühen Morgenstunden. Über 1.000 republikanische Jugendliche werden sich Stunden später mit ihnen eine erbitterte Schlacht liefern. Die „Sicherheitskräfte“ sind nicht zum Schutz der katholischen/nationalistischen Mehrheit Derrys angetreten, sondern um das unbehinderte Stattfinden der „Apprentive-boys“-Parade zu gewährleisten. Aber nicht nur die „Sicherheitskräfte“, auch die Loyalisten bekommen die Wut und Frustration der Jugendlichen zu spüren. Und in Globnascale, einer katholischen/nationalistischen Enklave in der loyalistischen Waterside-Gegend, eröffnet die IRA das Feuer auf die britische Armee.

Die radikalen Republikaner sind heute noch die Minderheit innerhalb der Minderheit. Aber es waren derer immer schon zu viele, als daß man sie einfach übergehen konnte. Die Entwicklung nach „Hillsborough“ hat diese eigentlich evidente wie bekannte Erkenntnis einmal mehr bestätigt. Vielleicht hat die SDLP im Januar, wenige Wochen nach Unterzeichnung des Abkommens, das beste Ergebnis ihrer Geschichte errungen. Eine Wiederholung dieses Wahlergebnisses erscheint aktuell eher als völlig unwahrscheinlich. Der radikale Republikanismus war auch bei den Januar-Wahlen zu stark als daß man seinen Niedergang hätte konstatieren können. Aber seither hat er sich nicht nur weiter radikalisiert, ohne dabei an Boden zu verlieren, es ist ihm gar gelungen, an Reputation und Unterstützung zuzulegen. Die Nachwahlen vor einigen Monaten im „County“ Fermanagh, die Demonstrationen aus Anlaß des Jahrestages der Einführung der Internierung, der militante Widerstand gegen die loyalistische Agression, dies mag als Indiz hierfür genügen.

„No milk today...“

Nicht nur Einschüchterung der anderen „Community“, sondern auch Provokation der IRA ist ein Ziel der sektiererischen Mordkampagne der Loyalisten. Doch obgleich mit jeder mörderischen Attacke der Loyalisten der Ruf nach Vergeltung lauter erschallt und der diesbezügliche Druck auf die IRA zunimmt, hat sich die IRA bislang auf die Logik des sektiererischen „tit for tat“ nicht eingelassen, sondern stattdessen ihre militärische Kampagne in

nach Vergeltung lauter erschallt und der diesbezügliche Druck auf die IRA zunimmt, hat sich die IRA bislang auf die Logik des sektiererischen „tit for tat“ nicht eingelassen, sondern stattdessen ihre militärische Kampagne in

geradezu stoischer Manier auf die „Sicherheitskräfte“ konzentriert. Es ist schon bewundernswert, welche Disziplin die IRA in den Monaten seit dem Abkommen an den Tag legte.

Die Führer der republikanischen Bewegung gaben sich gar zunächst skeptisch, als die Bewohner einiger katholischer Viertel, die im besonderen Ausmaß vom Sektierertum der Loyalisten betroffen sind, selbst Initiative ergriffen und Wachposten aufstellten. Sicherlich nicht nur, weil sie befürchteten, daß dadurch die Rolle der IRA reaktiviert werden könnte. Einige Sinn Fein-Politiker gaben zu bedenken, daß hierdurch die sektiererische Atmosphäre zusätzlich angeheizt werden könnte.

Die IRA selbst beschränkt sich gegenüber den loyalistischen Todesschwadronen auf defensive Operationen, während die Offensive gegen die „crown forces“ — gegen die britische Armee, RUC und UDR — spürbar verschärft wurde. Dabei kommt ihr entgegen, daß zunehmend die Erkenntnis an Boden gewinnt, daß es wohl letztlich doch nur das scharfe Schwert der IRA ist, das London zur Konzessionsbereitschaft drängt. Und daß London, Dublin und die SDLP eine Entwicklung in Gang gesetzt haben, vor deren negativen Folgen nur die IRA Schutz bietet.

Mit einer spektakulären Raketenattacke auf eine Polizeistation in Newry hatte die IRA im Februar 1985 eine militärische Kampagne gegen Armee- und Polizeibaracken eröffnet. Eine ganze Reihe von „Sicherheitseinrichtungen“ sind mittlerweile zersört, andere zwar wieder aufgebaut, doch oftmals nur unvollkommen bis provisorisch. Pläne zur Errichtung weiterer Armee- und Polizeistationen — insbesondere in den Grenzgebieten — sind weitgehend ins Stocken geraten. Komplettiert werden die IRA-Attacken durch unmißverständliche Drohungen gegen Firmen, die am Wiederauf- oder Neubau von Armee- und Polizeistationen beteiligt sind, oder aber als Lieferanten (Lebensmittel, Brennstoffe) für die „Sicherheitskräfte“ fungieren. Nachdem die IRA in solchen Fällen, wo die Aufforderungen zum Rückzug aus dem Geschäft mit den „Sicherheitskräften“ nicht befolgt wurde, Taten folgen ließ, zeitigte die Kampagne höchste Effektivität. Im Juli/August vergeht kaum ein Tag, an dem die Medien nicht melden können, welche Firmen aus den Vereinbarungen mit den „Sicherheitskräften“ ausgestiegen sind. Der Wortlauf ist fast immer derselbe: „Die Firma xy erklärt nach einer neuerlichen Aufforderung der IRA („the second warning is the final“), daß sie vom Auftrag des Baus einer RUC-Station in soundso Abstand nimmt (...) Die Firma xyz wird die Armee und Polizei in soundso nicht länger mit Brennstoffen versorgen. (...) Die Firma uvw möchte betonen, daß sie weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart die 'Sicherheitskräfte' mit Lebensmitteln belieferte bzw. beliefert. (...) Die Firma abc möchte nicht mit der Firma def aus soundso verwechselt werden ...etc.“ Anfang August kann die Sinn Fein-Zeitung „Anphoblacht/Republican News“ bereits schreiben: „No milk today...“ Die „Sicherheitskräfte“ befinden sich in einer isolierten Situation, sind auf Hilfe von „außen“ — d.h. von der britischen Insel angewiesen.

Innerhalb von 2 Tagen nach Veröffentlichung eines IRA Statements melden sich über 50 Firmen bei den „Provos“, um zu bekunden, daß sie sich aus dem Geschäft mit den „Sicherheitskräften“ zurückzögen. Die Folgen der Kampagne gehen über die Isolierung von RUC, UDR und britischer Armee heraus. Die „Sicherheitskräfte“ müssen nun ihre stark gesicherten Kasernen verlassen, um sich mit Lebensmitteln zu versorgen, die ihnen bis dahin bis in die Kantine geliefert wurden. Doch dazu bedarf es zusätzlicher Jeeps, bzw. Patrouillen, die die Besorgungen sichern. Dies bleibt wiederum nicht ohne Auswirkungen auf die Routine-Patrouillen der „Sicherheitskräfte“ in den nationalistischen Vierteln, was wiederum den Spielraum der IRA für militärische Operationen erweitert.

Nordirlandministerium, Dublin und die SDLP reagieren aufgeschreckt, bemühen sich darum, der militärischen Kampagne der IRA eine eigene Propagandakampagne entgegenzustellen. Die Probleme Londons sind evident: Zum einen entspricht es nicht gerade dem Bild von einer „normalisierten“ Gesellschaft, wenn Polizei und Armee nicht mehr mit Baumaterial, Brennstoffen und Lebensmitteln versorgt werden, sondern selbst — und unter dem Aufwand enormer Sicherheitsmaßnahmen — dafür zu sorgen haben, daß Brot und Milch auf dem Tisch stehen, Brennstoffe für Heizungen wie Panzerwagen vorhanden sind, vom Feind angerichtete Zerstörungen wieder behoben werden. Zum anderen

maßnahmen — dafür zu sorgen haben, daß Brot und Milch auf dem Tisch stehen, Brennstoffe für Heizungen wie Panzerwagen vorhanden sind, vom Feind angerichtete Zerstörungen wieder behoben werden. Zum anderen

sieht sich London überhaupt nicht dazu in der Lage, Armee- und Polizeistationen im gleichen Tempo wieder aufzubauen, wie sie von der IRA zerstört werden. Ganz zu schweigen von den zahlreichen neuen „Sicherheitseinrichtungen“, deren Planung nicht zuletzt als ein Resultat von „Hillsborough“ zu werten ist.

Dietrich Schulze-Marmeling

Dietrich Schulze-Marmeling: **Republikanismus und Sozialismus in Nordirland.** Politische Theorie und Praxis in der nordirischen Krise, Frankfurt 1986.
Inhalt:
— Westeuropäische Linke und Irland-Solidarität;
— „Loyalismus“ versus „Republikanismus“ — die protestantische Arbeiterklasse in der nordirischen Krise;
— Provisional IRA — Vom Aufstieg und der Transformation einer Bewegung;
— Krieg ohne Ende? Aktuelle Entwicklungstendenzen des Nordirland-Konflikts;
— Epilog: Nordirland im Sommer 1986;
desweiteren: ausgewählte Bibliographie, Zeitungen/Zeitschriften zum Nordirlandkonflikt.
Das Buch hat ca. 152 Seiten und kostet DM 15,80.
Bestelladresse: ISP-Verlag, Postfach 111 017, 6000 Frankfurt / M 1.

Beiträge zur Polemik: „Hurra — wir denken noch!" (AK 273)

Draußen ein Kampf und drinnen die Hoffnung?

Der Zitatbogen war weit gespannt: wenn Lenin im gleichen Atemzug wie Klaus Hartung zum Kronzeugen für die historische Richtigkeit der eigenen aktuellen Position herbeizitiert wird, kann es eigentlich nur um das Eine gehen. Ausgerechnet im Zusammenhang mit der Diskussion um die Polizeistaatstage in Kleve und Hamburg feiert die Parlamentarismusdiskussion fröhliche Urständ: „Hurra, wir denken noch" freuten sich im letzten AK jb und hc, um dann heftig gegen die „politisch bestimmte Militanz" als zumeist „symbolischen Ausdruck" einer, wenn überhaupt dann falschen Analyse der politischen Situation Anno Tschernobyli in der BRD zu polemisieren. Und, leider, leider, wer könnte widersprechen, wenn die beiden darauf hinweisen, daß der Beschluß, auf dem Weg nach Brokdorf notfalls die Polizeisperren zu durchbrechen, unrealistisch war. Und die ätzende Kritik an der Politik der „letzten", dafür aber besonders tollen „heutigen Chance" — gut gegeben! Selbstverständlich können und sollen „apokalyptische Eile, Panik, allgemeine Appelle" nicht politische Perspektiven sein — vor allem nicht für uns, die radikale Linke. Nur — was haben uns die leninfesten und hartungbewanderten Autoren als Alternative zum gegeißelten Aktionismus anzubieten?

Noch 'ne Partei!

Am besten ich zitiere: „*Die Chance für die Herausbildung eines neuen Blocks und eines neuen organisatorischen Zentrums ist potentiell vorhanden, weil sich die bürgerliche Nachkriegsdemokratie in einer anhaltenden Legitimationskrise befindet.*"

Eine Krise haben jb und hc auch bei den Grünen ausgemacht. Fest steht für sie nur: *Der* Reformismus und *der* Par-

Eine Krise haben jb und hc auch bei den Grünen ausgemacht. Fest steht für sie nur: *Der* Reformismus und *der* Par-lamentarismus sind nicht nur noch lange nicht zu Ende, beides bietet ihnen zufolge auch noch Entwicklungsmöglichkeiten. Vorausgesetzt, es entsteht „möglichst schnell und möglichst stark eine sozialistische Organisation". Dann, dann ... Aber bis es dahin kommt, werden wohl, so scheint mir, noch manche Polizeisperren durchbrochen und manche Schlacht, wo auch immer, mit der Staatsmacht geschlagen worden sein.

Kleve und der Hamburger Kessel haben meines Erachtens nämlich keineswegs eine „Legitimationskrise des bürgerlichen Nachkriegsstaates" offenbart. Im Gegenteil: der bürgerliche Staat kann sich derzeit ohne *nachhaltige* Imageeinbußen leisten, mehrere dutzend Autos von seinen ausführenden Organen zerkloppen zu lassen, hunderte von Menschen einen Tag lang festzuhalten und trotz eines GAUs alles andere zu tun, als aus der Atomenergie auszusteigen. Die Konsequenz seiner Bürger ist keineswegs, daß sie deswegen samt und sonders eine Anti-Atom-Partei, wie sie die Grünen trotz aller koalitionsbereiten Töne noch sind, oder gar eine noch konsequentere, linkere Partei wählen oder herbeiwünschen. Die konservativ-liberale Koalition hat — glaubt man den Meinungsumfragen — heute die Macht sicherer in der Hand als vor dem Juni. Wählerstimmen scheinen derzeit leichter als mit Forderungen nach einem Ausstieg aus der Atomenergie mit der Forderung „Asylantenstopp!" zu gewinnen. Und der Hamburger Innensenator ist nicht über den Hamburger Kessel, sondern über Mord und Selbstmord von Werner Pinzner gestolpert — hat dabei die relativ liberale Justizsenatorin mit sich gerissen und als Nachfolger den rechten Knochen Pawelczyk bekommen. Legitimationskrise? Im stagnierenden grünen Wählerpotential drückt sie sich nicht aus. Die Wahlbeteiligung insgesamt ist auch nicht bemerkenswert gesunken. Die wenigen hundert mehr Mitglieder, die in den letzten Monaten ihren Weg in neue, alte und weniger dogmatische K-Gruppen gefunden haben, machen den bürgerlichen Staat auch nicht gerade klapperig. Und man schweige mir bitte von „Stimmungen" in der Jugend, bei den Alten, bei den Frauen, den Enttäuschten. Alles Lüge! Es ist ja tatsächlich so, daß die „alte Anti-AKW-Bewegung" sich wieder mal aufgemacht hat, in Brokdorf massenhaft zu protestieren und am allzudicken, immer aufwendiger gesicherten geschützten Zaun zu rütteln.

Der Zulauf neuer Aktiver fiel gering aus, so gering wie die Zunahme an Wählerstimmen für die Grünen am darauffolgenden Wahltag in Niedersachsen. Daß der minimale Stimmenzuwachs aber nicht mit den militanten Auseinandersetzungen in Kleve oder Wackersdorf zu tun hat, hat hr. im AK 272 überzeugend belegt: zu keinem Zeitpunkt hat auch nur ein einziges Meinungsumfrageinstitut den Grünen mehr als 8 Prozent der Wählerstimmen versprochen. Und zu keinem Zeitpunkt, das zu erinnern scheint auch sinnvoll, war der Anteil der Bundesbürger, die sich einen unbedingten Sofort-Ausstieg aus der Atomenergie wünschen, größer als der, der sich mit der bescheidenen SPD-Variante zufriedenstellen ließ: sicherheitsüberprüfen, Mehrheiten gewinnen und dann, dann ... Sicher haben sich die größten politischen Protestbewegungen dort entzündet, wo die „herrschende Politik den Status quo in Frage zu stellen schien" (obwohl das auf die Volkszählung nur in Grenzen gilt, volkszählen war schließlich Usus) — die politischen Protestbewegungen konnten aber samt und sonders in recht kurzer Zeit auch recht gut befriedet werden, und der politische Status quo wurde verändert. Slbst zu Zeiten, als die Grünen noch linke Hoffnungsträger waren, bestand zu keinem Zeitpunkt die reale Gefahr, daß sie zum Zentrum eines neuen, die Opposition tatsächlich in Machtnähe bringenden Blocks würden. Die Massen scheinen seit geraumer Zeit ohne historische Ziele recht gut auszukommen. Sie wirken zufrieden — auch mit etwas weniger Arbeit (aber immer noch mehr als andere Länder), mit etwas weniger Geld (aber immer noch mehr als ...), mit etwas mehr Polizei (aber immer noch weniger als in Frankreich). Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht — und bewegt wird sich derzeit weniger, sparsamer als vor Jahren noch.

zeit weniger, sparsamer als vor Jahren noch.

Geblieben ist von all den Häuserkampf-, Friedens-, Anti-AKW- und sonstigen Bewegungen ein in Maßen größer werdender, radikaler Kern und — eine sich zunehmend reformistischer gebärdende grüne Partei. Setzt mensch jetzt, wie hc und jb das tun, die Hoffnung auf ein neues parlamentarisches Zentrum, muß man sich zuallererst die Frage stellen, warum das alte „neue parlamentarische Zentrum" der Bewegten, die Grünen, diesen Zweck nicht mehr erfüllen kann.

Richtiger und falscher Reformismus?

Die Grünen, behaupten hc und jb, wissen nicht weiter. Deswegen sei der Prozeß, das klassische Parteienspektrum aufzubrechen, an seine Grenzen gestoßen. Außerdem seien keine relevanten Veränderungen der Kräfteverhältnisse innerhalb der SPD zu erwarten, weshalb die Realo-Orientierung auf die SPD eine „Unterordnung unter den Rau-Flügel" zur Folge haben werde. Die Thesen klingen überzeugend. Irritiert wird man allerdings ein paar dutzend Zeilen später: da begründen die gleichen Autoren nämlich die unveränderte Notwendigkeit parlamentarischer, reformerischer Arbeit damit, daß „jeder strategische Ansatz, der auf reale politische Veränderungen abzielt .. gar nicht anders kann, als auf die vorhandenen Parteien einzuwirken". Das hätten Jo Müller und Otto Schily zusammen nicht schöner formulieren können. Deswegen, ich weiß, ist der Satz natürlich noch lange nicht falsch — es wird nur unklar, worin der Unterschied zwischen den sich fälschlicherweise auf die SPD orientierenden Realos und der auf die SPD einwirkenden, noch zu gründenden sozialistischen Organisation bestehen soll. Oder anders herum: Wer eine neue, sozialistische Organisation gründen will, wird nicht umhin können zu erklären, warum die Grünen gescheitert sind und wie sich dieses Scheitern manifestiert. Wie kommt es, daß den zahlreichen linken Sozialisten, die es in die Grünen gezogen hat, kein Erfolg beschieden gewesen ist bei ihrem Versuch, eine radikale Partei zu formen, und warum soll ausgerechnet heute, wo die Grünen noch recht gut über der 5-Prozent-Hürde liegen, eine sozialistische Partei mehr Chance haben als weiland die DS? Wo sind die Leute, die gerne Radikaleres hätten, als es die Grünen derzeit bieten? Und wieso können wir einerseits eingestehen, daß unsere Kräfte zwar nicht ausreichen, das linke Potential innerhalb der Grünen zur dominierenden Kraft zu machen, und andererseits behaupten, daß wir eine völlig neue Organisation in das vermeintliche Vakuum plazieren können?

Illusionen in die SPD und in das grüne Parteitheater kann man zwar, aus rein grammatikalischen Gründen, kaum ausgrenzen, sie sollten aber auf jeden Fall nicht sein. Genauso hoffnungslos aber scheinen mir neue Illusionen: eine für das parlamentarische Leben gewichtige sozialistische Organisation wird sich in den nächsten Jahren nicht herausbilden — weil es keine Voraussetzung für sie gibt.

Die parlamentarische Opposition bleibt auf absehbare Zeit, wenn überhaupt, Sache der Grünen: nicht weil wir so dumm sind, ihnen dieses wichtige Feld zu überlassen, sondern weil uns und anderen radikalen Linken keine 5 Prozent der Stimmberechtigten die Chance geben werden, als fünfte Partei in den Bundestag oder einen Landtag einzuziehen. Schade vielleicht, aber wahr. Der Reformismus, mit dem wir uns also heute auseinanderzusetzen haben, bleibt der „falsche", auf die SPD hin orientierte. Den „richtigen" Reformismus KBscher Prägung, so es ihn gibt, werden wir kaum ausprobieren können. Damit stellt sich auch die Frage nach dem Verhältnis von innerparlamentarischer zu außerparlamentarischer Opposition anders — wenn auch nicht völlig anders als bei hc und jb. Auf eine sozialistische, strategisch weit und in die richtige Richtung blickende Parlamentspartei kann nicht gesetzt werden.

Zurück zu Kleve

Die Herrschenden wollten in Kleve dem militanten Protest eine möglichst dauerhafte Niederlage bereiten — das

Die Herrschenden wollten in Kleve dem militanten Protest eine möglichst dauerhafte Niederlage bereiten — das

ist ihnen gelungen. Weder am Tag darauf noch in den folgenden Tagen in Westberlin kam es zu dem, was erwartet worden ist, was angekündigt worden war: zu massenhaftem Glasbruch und ein bißchen mehr. Der Schreck vom Lande saß auch in der Stadt noch beinahe allen Beteiligten in den Knochen. In den Blättern der Autonomen wurde aus der „militärischen" Schlappe vor allem die Konsequenz gezogen, daß Großdemos keine geeignete Arena für Auseinandersetzungen mit der Polizei darstellen. Daß der Beschluß, die Polizeisperren zu durchbrechen, unrealistisch war, hat wohl den meisten eingeleuchtet. Daß eine friedliche Demo allerdings weniger Frust gebracht hätte, wurde auch allgemein bezweifelt. In den Köpfen ist nicht nur der Kalkarschock präsent, mensch erinnert sich auch noch gut an die Bonner Friedensdemos: die Cola zu zwei Mark, von wandelnden Sannyasins verkauft und sonst ... heiße Luft und Sonnenschein. Daraus den Schluß zu ziehen, Demos wären heute grundsätzlich keine adäquate Protestform mehr, ist dennoch kaum jemandem eingefallen.

Der kurzfristige Nicht-Erfolg wird wohl bei keiner außerparlamentarischen Aktion ausgeschlossen werden können. AKWs werden weder durch Bauplatzbesetzungen noch durch namentliche Abstimmungen verhindert. Der Preis, der materielle und der politische, für sie kann aber hoch getrieben werden. Und dafür bedarf es eines zweigleisigen Fahrens. Abstimmungen alleine bringen eben wirklich nichts — sie kosten die Betreiber nicht einmal. Die Frage, was strategisch wertvoller ist — Demo oder Parlamentsaktion — scheint mir kaum sinnvoller als die nach Henne oder Ei. Die Diskussion am konkreten Objekt, aus der konkreten Situation heraus, ist erforderlich — und da hilft kein Verweis auf die demnächst anstehende Gründung einer neuen sozialistischen Organisation. Abgesehen davon, daß die Militanz autonomer Gruppen keineswegs so ausschließlich auf sich selbst orientiert ist, wie hc und jb das in ihrem Beitrag unterstellen. Außer Kleve gibt es auch noch Wackersdorf — und daß dort, trotz SPD dominierter BIs, die Militanz eben auch von einem nennenswerten Anteil der Einheimischen mitgetragen wird, mußten sogar die bürgerlichen Medien entsetzt vermelden. Genauso hat es immer wieder Demonstrationen gegeben, bei denen auch die, die hc und jb mangels sozialistischer Disziplin ausgrenzen möchten, die Steine im Pflaster gelassen haben ...

Unkalkulierbar werden

Daß es der Polizei in Kleve gelungen ist, den Hamburger Konvoi derartig einzumachen, hat mehrere Ursachen. Eine war sicherlich die Berechenbarkeit des Verhaltens der Konvoiteilnehmer. Daß die Polizei unser Vorgehen recht genau kalkulieren kann, wir aber oft genug von der Polizei völlig überrascht werden, ist ein „militärisches" Problem — aber nicht nur. Der Überraschungseffekt als Mittel der Politik ist der Linken ebenso wie den „ganz anderen" Parlamentariern der Grünen weitgehend verlorengegangen: das erleichtert nicht nur polizeiliche, es erlaubt auch viel leichter publizistische und politische Attacken. So gesehen ist hcs und jbs Kritik an den ritualisierten Formen und dem symbolischen Charakter auch vieler militanter Konzepte zwar gerechtfertigt — die Alternative kann aber unmöglich die meistens nicht weniger symbolische und Ritualen verfallene parlamentarische Politik sein.

Dem Spielball-Dasein entkommt man nicht nur,wenn man die Mehrheiten hinter sich weiß, sondern wenn es einem gelingt, die Initiative in der Hand zu haben. Das kann durch militante Aktionen geschehen (beispielsweise die Auseinandersetzungen zu Pfingsten in Wackersdorf, Strommastknacken, oder — weiter zurückliegend — die erste Periode der Hausbesetzungen, die ersten Hüttendörfer ...), aber auch durch friedliches Parlamentariertum (Boehringer-Schließung in Hamburg, Flick-Untersuchungsausschuß). Wichtig, gerade mit Blick auf den Überraschungsfaktor ist, daß auf beiden Ebenen die Initiative ergriffen wird. Insofern scheint es vordringlich, die letzten Reste des Zusammenspiels von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition zu erhalten und die Gräben nicht weiter aufzureißen — oder sich gar selbst durch Ausgrenzung sowohl reformistischer, grüner als auch militanter autonomer Gruppen völlig ins sozialistische Abseits zu begeben (KPD, GIM, MLPD und BWK wären wahrlich ein trauriger Ersatz!).

Und ein Verzicht auf militante Aktionen vor Ort und in Zusammenhang mit Großdemos scheint mir kaum sinnvoller: Aufmerksamkeit schaffen, die Entschlossenheit eines Protests dokumentieren und eine Stimmung zu vermitteln gelingt durch eine überraschende Revolte oft, durch Flugblattverteilen oder Einbringen kleiner und großer Anfragen fast nie. Der politische Kampf braucht bei aller Strategie den subjektiven, oft militanten Faktor — das sollte eine der Lehren aus dem Niedergang der K-Gruppen sein, die nicht so schnell vergessen werden darf. Das ist kein Plädoyer für einen Verzicht auf die intellektuelle Diskussion, auch keines für spontaneistische Beliebigkeit. Es muß nur festgestellt werden, daß die scheinbar objektiven Erkenntnisse, die angeblich zwangsläufigen Entwicklungen oft genug in die Irre, auf keinen Fall zum Erfolg geführt haben. Es ist heute nicht objektiv vorhersehbar, welche politische Strategie „der Linken" den „maximalen Spielraum und Erfolg" bringen wird. Und daß die — wie auch immer begründete — Ausgrenzung eines wichtigen Teils des politischen radikalen Spektrums, der Autonomen, uns auf dem Weg dorthin weiterbringen wird, scheint mir sogar sehr zweifelhaft.

Fassanbass

„Dürftig, fragwürdig, abgehoben"

Bei eurer Auseinandersetzung mit den radikalen Kritikern der Distanzierer habt ihr es euch unserer Meinung nach etwas zu leicht gemacht. Ihr schreibt, ihr wolltet euch „*mit den im AK publizierten Orientierungen auseinandersetzen*". Die Zitate, die ihr dann bringt, werden jedoch an keiner Stelle irgendwie belegt, geschweige denn einer politischen Richtung zugeordnet. So entsteht für den unbefangenen Leser der Eindruck, zwischen autonomen und KB-Positionen gebe es keinen Unterschied. Diese undifferenzierte Herangehensweise erleichtert euch vielleicht die Auseinandersetzung, weil ihr euch an Extrempositionen abarbeiten könnt. Für eine politische Auseinandersetzung innerhalb des KB taugt dieses Verfahren jedoch herzlich wenig.

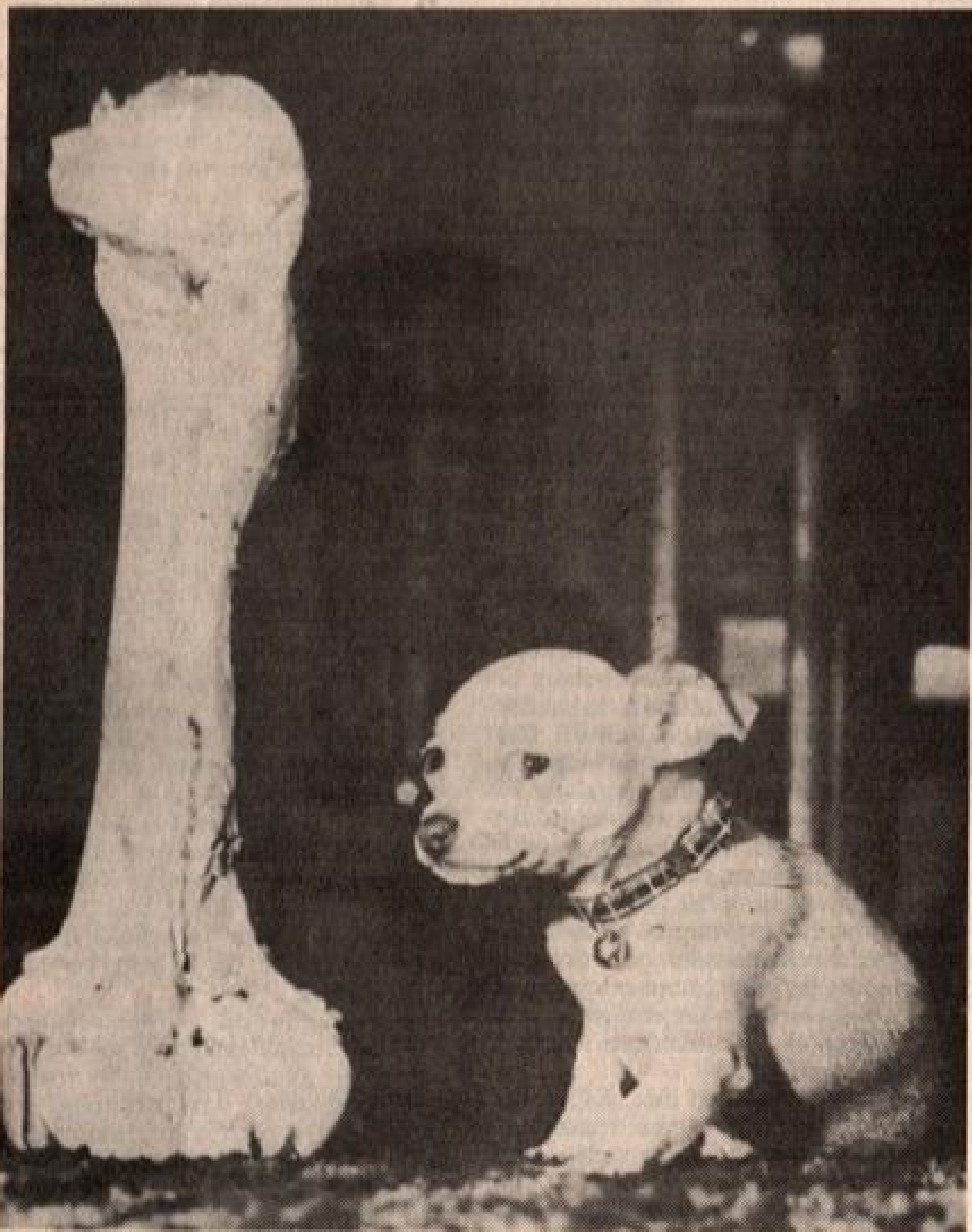
Zum Inhalt Eurer Kritik: Ihr behauptet, wir wollten „*die dringend notwendige politische Diskussion schon wieder und noch einmal um die sogenannte Gewaltfrage polarisieren* ...", wir würden auf „*Scharmützel mit der Polizei orientier(en)*". Hinter dieser Taktik stehe eine Strategie, die den Polizeiapparat „*auf offenem Feld besiegen wolle*". Schließlich fragt ihr demagogisch „*Eskalation bis zum Bürgerkrieg*"? Was soll das? Die derzeitige KB-Politik könnt ihr damit nicht meinen. Wenn wir uns dafür einsetzen, daß die Anti-AKW-Bewegung eine Organisiertheit bekommt, die es ihr ermöglicht, sich gegen Bullenübegriffe zu schützen sowie Demonstrationen vor den Objekten durchzuführen, hat das mit „Eskalation bis zum Bürgerkrieg" erst einmal wenig zu tun.

Ihr behauptet außerdem, unsere Orientierung führe weg von der Frage „*wie man möglichst viele Menschen in die politische Kampagne hineinzieht, wie man ... Mehrheiten im Volk erzielt* ...". Unserer Meinung nach krankt eure ganze Argumentation daran, daß ihr versucht politische Inhalte/Militanz/Massenbewegung gegeneinander auszuspielen. Am 7.Juni hat unserer Meinung nach nicht „die Militanz" eine Niederlage erlitten, sondern eine noch unorganisierte Anti-AKW-Bewegung, die mit einem Polizeiapparat konfrontiert war, der mit einer für uns nicht vorhersehbaren Härte und Beweglichkeit vorging. Für uns ist das kein Anlaß, mit der Militanz insgesamt abzurechnen, denn unbestreitbar hat Militanz in der Geschichte der BRD auch zur Verbreiterung von Massenbewegungen beigetragen (angefangen von der Anti-Springer-Kampagne Ende der 60er Jahre bis hin zur Anti-AKW-Bewegung Mitte der 70er Jahre). Da der Staat dazulernt und neue Konzepte zur Integration bzw. Zerschlagung von Militanz entwickelte, liegt es jetzt an uns, ob wir ebenfalls dazulernen oder ob wir uns einschüchtern lassen und uns angsterfüllt zurückziehen.

Es geht uns dabei nicht nur um das Hochhalten von alten Prinzipien. Die von den bürgerlichen Politikern nach Tschernobyl konstatierte zunehmende Akzeptanz von Gewalt als Mittel in der politischen Auseinandersetzung zeigt doch, daß zumindest in bestimmten gesellschaftlichen Situationen, hervorgerufen durch die herrschende Gewalt, Stimmungen entstehen, an die wir anknüpfen können. Auch gibt es aus der Vergangenheit eine ganze Reihe positiver Beispiele, wo eine militante Unnachgiebigkeit Erfolge brachte, ohne daß die Geschlossenheit einer Aktion dadurch in Frage gestellt war (Verhinderung des AKW Wyhl, erfolgreiches Abräumen der Bullensperren in Grohnde 1977, Durchführung von verbotenen Großdemonstrationen in Brokdorf 1977 und '81). Daß es solche positiven Beispiele in den letzten Jahren weniger gab, liegt ja nicht nur an dem immer brutaleren Auftreten des Staatsapparates, sondern auch daran, daß bewährte Strukturen zerfallen und Illusionen über die Reformierbarkeit des Staates wieder zugenommen haben.

Das, was ihr nun konkret für die Zukunft vorschlagt, ist äußerst dürftig und zudem noch sehr fragwürdig. Ihr schreibt, es sei nicht sinnvoll, vorher zu verkünden, mensch wolle Polizeisperren nacken und sich nicht filzen lassen. Dadurch würden „*die herrschenden Politiker eher unter Zugzwang gesetzt*". Hier seid ihr unserer Meinung nach der Logik des bürgerlichen Staates auf den Leim gekrochen. („Wenn ihr nur friedlich bleibt, halten wir uns auch zurück.") Der Polizeiapparat hat doch am 7.6. nicht so zugeschlagen, weil Teile der Demonstranten Material mitführten und erklärt hatten, sie wollten Sperren knacken. Unserer Meinung nach hat gerade das Vorgehen am AKW Brokdorf gezeigt, daß es dem Staatsapparat vor allem um die Einschüchterung n o c h „friedlicher" Massen ging. Die Akzeptanz von Ge-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

walt sollte förmlich aus den Köpfen herausgeprügelt werden. Das, was bei euch unterm Strich übrigbleibt, ist eine Demo, die sich von vornherein allen Spielregeln des Staatsapparates unterwirft. Diese Anpassung würde unserer Meinung nach jedoch auch zu Lasten unserer Glaubwürdigkeit gehen und der Forderung nach sofortiger Stillegung aller AKWs den Druck nehmen, der gerade jetzt, angesichts grüner und sozialdemokratischer Übergangsmodelle besonders nötig ist.

Wenn wir euch richtig verstanden haben, dann sollte der KB statt an Militanz festzuhalten, in Zukunft mehr das „Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung" in seine Überlegungen miteinbeziehen. Die Bevölkerung der BRD habe u.a. aus der Erfahrung der Weimarer Republik heraus, besondere Angst vor der Erschütterung des „inneren Friedens", schreibt ihr. Zugegeben, die Deutschen sind, was Aufstände angeht, nicht gerade vom Erfolg beschieden. Doch was folgt daraus für die praktische Politik heute? Die politischen Zielvorstellungen tiefer hängen? Sollen wir uns in Zukunft in unserer Strategie und Taktik hauptsächlich an einem die Zustände bewahrenden „Sicherheitsbedürfnis" orientieren? Wie solch eine Orientierung heute praktisch aussehen würde, machen uns derzeit die grünen Realpolitiker vor, für die der rückständige Teil der Bevölkerung immer öfter als Argument herhalten muß, warum man nicht so radikal sein könne, wie man eigentlich wolle (siehe die Argumentation von Grünen gegen einen NATO-Austritt). Unserer Meinung nach wäre es eh besser, den „Sicherheitsbegriff" als Argument in unserer politischen Debatte wieder zu streichen, denn er erzeugt, da er reaktionär besetzt ist, mehr Verwirrung als euch vielleicht lieb ist.

Für überinterpretiert halten wir eure Vermutung, daß *„der Opportunismus der Massen auf Demonstrationen"* mit der Erkenntnis zusammenhänge, *„daß ein Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft durchaus nicht automatisch eine bessere Gesellschaft hervorbringt"*. Das ist vielleicht das, was einige Linke im Kopf haben, wenn sie auf einer Demo sind. Unserer Meinung nach ist das Bewußtsein der meisten Demonstranten heutzutage jedoch eher davon geprägt, wie mensch eine weitere Verschlechterung in einem konkreten Fall aufhalten kann. Daß es ein ausgereiftes utopisches Gesellschaftsmodell heute weder bei den Grünen noch in der radikalen Linken gibt, hat nicht verhindern können, daß sich die demokratische Bewegung in den letzten 10 Jahren erheblich verbreitert hat. Das eine hängt also offensichtlich nicht unbedingt mit dem anderen zusammen.

Das, was ihr schließlich als neue Strategie vorschlagt, scheint uns etwas abgehoben von der Realität. Ihr meint, die Bedingungen für eine sozialistische Organisation, angesiedelt zwischen Grünen und Autonomen, lägen in der Luft. Dabei geht ihr von zwei Denkansätzen aus. Zum einen behauptet ihr, ohne das näher zu belegen, der KB wäre immer *„bei der Ablehnung des „Realo"-Kurses stehengeblieben"* und hätte nie ein positives Modell linker Parlamentsarbeit entwickelt. Es würde den Rahmen eines Leserbriefes sprengen, dies hier im Einzelnen zu wiederlegen. Vielleicht solltet ihr euch einfach noch einmal die Berichterstattung im AK diesbezüglich reinziehen oder euch bei Genossen/innen des KB informieren, die in der Parlamentsarbeit tätig waren oder noch sind. Sicherlich hatte der KB nie ein geschlossenes Konzept, wie er sich linke Parlamentsarbeit vorstellt. Doch auch wenn es ein solches Konzept gegeben hätte, hätte das an der politisch desolaten Situation bei den Grünen auch nicht viel verändert. Der Spielraum für eine systemoppositionelle Politik bei den Grünen ist besonders in den letzten zwei Jahren immer enger geworden und tendiert z.Zt. gegen Null. Diese Entwicklung, die mit der Veränderung der politischen Inhalte bei den Grünen zusammenhängt (Verparlamentarisierung, Annäherung an die Sozialdemokratie), läßt sich wohl kaum durch bessere Strukturen und eine bessere Programmatik aufhalten, wie ihr es in eurer Polemik durchklingen laßt. Anstatt vor einer nur außerparlamentarischen oder sogar antiparlamentarischen Politik zu warnen (da rennt ihr beim KB auf der allgemeinen Ebene ja offene Türen ein), solltet ihr euch bemühen konkrete Beispiele nennen, wo eurer Meinung nach Chancen linker Parlamentsarbeit vertan oder noch brach liegen.

Auch den zweiten Denkansatz, mit dem ihr die eurer Meinung nach guten Chancen für die Bildung einer neuen sozialistischen Organisation begründet, können wir nicht nachvollziehen. Ihr sprecht von einer anhaltenden Legitimationskrise der bürgerlichen Nachkriegspolitik. Volkszählung, „Nachrüstung" und § 116 sind eurer Meinung nach Beispiele für eine Politik des Staates, die den bisher im Innern existierenden Status quo in Frage stellt, und einen sich relativ harmonisch entwickelnden Kapitalismus ablöst. Die Legitimationskrise der bürgerlichen Politik seht ihr noch dadurch verstärkt, daß diese heute kein Zukunftsmodell mehr anzubieten hat wie es beispielsweise die SPD Ende der 60er noch konnte. Die Infragestellung des Status quo, von der ihr sprecht, hat jedoch unserer Meinung nach nicht dazu geführt, daß die bürgerlichen Parteien an Attraktivität verloren haben. Trotzdem an verschiedenen Punkten breite demokratische Bewegungen entstanden, haben die bürgerlichen Parteien es immer wieder geschafft, diese Bewegungen leerlaufen zu lassen, bzw. sie zu integrieren. Der Reformismus der SPD steht, obwohl er vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise heute weniger verspricht als früher, in vollster Blüte. Die Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien kein funktionierendes Zukunftsmodell anbieten können, führt unserer Meinung nach nicht zu einem Legitimationsverlust. Zur Legitimation bürgerlicher Politik reicht heute offensichtlich der Verweis darauf, daß es „uns" immer noch viel besser geht als den Menschen in den meisten anderen Ländern.

KB-Symphatisantengruppe, Hamburg

Wir denken noch — nicht weit genug

Es ist erfreulich, daß sich in der „revolutionären Linken" eine gewissen Tendenz zum Realismus durchsetzt, ein Realismus allerdings, der aus der ***Schwäche*** kommt. Weil die gesellschaftliche Entwicklung durch sie auch nicht ansatzweise bestimmt wird und dies auf absehbare Zeit, wächst die Einsicht, Ziele und Mittel zu überdenken, und auch die Frage er ***Vereinigung*** wird wieder diskutiert.

Dazu gehört allerdings die Zerstörung von Illusionen: Die SPD ist einmal mehr nicht zu revolutionieren gewesen, die Hoffnungsträger Nr. 1, die Grünen, sind am Ende so affirmativ wie die Masse ihrer Mitglieder, vor allem aber: Ob man mit Pflastersteinen und Metallsäge vorgeht oder demonstriert und diskutiert, selbst wenn man Bomben zündet, die andere Seite disloziert ihre Pershings, baut ihre Startbahnen, macht SDI, AKW, WAA und was immer ***sie*** will! Allenfalls kann man die Kosten dafür etwas in die Höhe treiben und dafür müssen viele wiederum einen unerträglich hohen Preis bezahlen.

Es ist das Verdienst von jb/hc in ihrem Beitrag im AK 273 auf die ***Ursache*** dieser Schwäche hingewiesen zu haben: *„Die entscheidende Schwäche, die wir haben, ist unser Nicht-Verankertsein im Volk,* ***obwohl*** dieses mehrheitlich gegen AKWs ist." Wie relativ diese Ablehnung der AKWs ist, sagen jb/hc gleich anschließend: *„Die absolute Mehrheit des Volkes hat vor ernsthaften Erschütterungen des ‚inneren Friedens' tausend mal mehr Angst als vor allen AKWs zusammen."* Richtig, und man muß hinzufügen, daß dies nicht etwa nur an mangelnder Information liegt, sondern daran, daß für sie täglich ganz andere Probleme auf der Tagesordnung stehen als Strahlen, die man nicht spürt. Es sind die Nöte und Ängste ihrer unmittelbaren Reproduktion samt einigem Blödsinn, den sie ohne Not kultivieren. Erst kommt die, dann eine ganze Weile gar nichts, ***dann*** AKWs, Frieden etc., also alle die Fragen, die sie zur Bewältigung an Polit-Profis ***delegiert*** haben und für die sie sich deshalb erst einmal gar nicht zuständig wähnen.

Und nur deshalb kann eine Partei, die ihnen Arbeitsplätzchen ***mit*** Kernkraft, ***mit*** Rüstung etc. verspricht, sich berechtigte Hoffnungen auf einen neuerlichen Wahlsieg machen. Im übrigen sind die Kohls die tatsächlichen Rahmensteller für die alles entscheidenden Fragen, die verwalten den Laden, sie haben die ***Macht***. Die ***Ohn***mächtigen halten sich deshalb an diese Herrschaften bzw. an eine entsprechend ***realistische***, d.h. ***machtfähige Alternative***, wenn sie die Hoffnung in die gegenwärtige Regierungsvariante verloren haben. Das sind unerfreuliche Fakten!

"Legitimationskrise"? Bei wem?

Erstaunlich sind deshalb die Aussagen von jb/hc, die „bürgerliche Politik" stecke in einer *„Legitimationskrise, die (jedenfalls bislang) weder von der SPD noch von der CDU / FDP aufgefangen werden kann."* Tatsächlich hat die „Linke" doch nicht zuletzt ihre Probleme, weil diese Parteien eben ***nicht***, vielmehr die „Linke" in einer „Legitimationskrise" steckt.

Hier interpretieren jb/hc ***ihre***Position in die des „Volkes" hinein. Das tun sie auch, wenn sie vorwerfen (!?): *„Von keiner der großen Parteien in der BRD geht eine politische Initiative aus, die die Massen für neue historische Ziele aktivieren könnte."* ***Wollen*** das die Massen überhaupt? Mitnichten! Sie haben ja nicht die Probleme von jb/hc und denken über den Tag hinaus, weshalb bei ihnen auch angesichts bürgerlicher Politik keine „Langeweile" aufkommt. So interessant finden sie „die Politik" doch von vornherein nicht.

Bisher jedenfalls äußert sich die „Legitimationskrise" der bürgerlichen Parteien in breitester ***Zustimmung***. Die „Massen" wählen doch ohne Zwang immerfort und mit überwältigender Mehrheit diese Parteien undwerden es — Tschernobyl hin und her — wieder tun. Und mal ganz ehrlich: An wen sollten sie sich denn in ihrer massenhaften Partikularität mit einer realistischen Aussicht auf die Lösung ihrer Kernfragen wenden? Eben!

Im übrigen steht die Alternative mit Aussicht auf Macht wieder proper bereit; sogar noch für jene „Massen", die jb/hc qua Gewöhnung offenbar allein im Auge haben, die rot-grün-alternativen „Massen": Es ist die SPD! *„Heute hat die SPD nichts anzubieten"*, meinen jb/hc. Von wegen: Weg mit den Pershings! Weg mit SDI! Ausstieg aus der Kernenergie! Keine schnellen Brüter und keine WAA! Und dazu noch Arbeitsplätzchen! Nichts anzubieten?

Mal abgesehen davon, daß Wahlversprechen wenig mit ihrer Realisierung zu tun haben müssen, dazwischen liegt ja nicht nur eine Wahl, sondern auch ein staatsfrommes Gewissen, das sich ganz frei von dem der Wähler weiß, abgesehen von der durchaus planmäßigen Einseiferei durch dieSPD, sind das nicht Forderungen, die die außerparlamentarischen Bewegungen allesamt und schwerpunktmäßig auf ihre Fahnen geschrieben haben? Die SPD hat so ziemlich ***alles*** zu bieten, was ein moderner XY-bewegter sich wünscht. Und sie kann damit tatsächlich die Macht erlangen, hätte also wirklich die Möglichkeit, etwas von dem einzulösen, was die Grünen z.B. nur fordern können. Und weil sich dieser Kampf der „Bewegungen" wesentlich auf die ***Oberfläche***, der kapitalistischen Gesellschaft bezieht — daraus zieht er nicht zuletzt seine Massenhaftigkeit —, ist er auch ***massenhaft zu vereinnahmen***.

Aber es ist nicht einmal sicher, daß die Sozialdemokraten, selbst mit grüner Hilfe, an die Macht kommen. Es stimmt nämlich auch nicht, was jb/hc in ihrer abschließenden Frage I formulieren: *„Warum ist die CDU/CSU/FDP mit ihrem Konzept einer reaktionären Wende gescheitert?"* Das dem nicht so ist, erhellt ja schon aus dem zweiten Teil der Frage: *„Welche innen- und außenpolitischen Ziele verfolgt konkret der herrschende Block?"* Ist der gescheitert, wenn er der „Linken" dieses Problem machen kann?

Im Gegenteil, die „Wende" hat geradezu atemberaubend gut geklappt, bis hinein in die letzte Redaktionsstube, in die Klassenzimmer und alternativen Projekte, von den Massenmedien ganz zu schweigen. Es ist ein schwarz-rot-goldenes Klima geschaffen worden (z.B. auch die durchgehende Sprachregelung BRD = Deutschland!), in dem aber auch alle Ratten wieder aus den Löchern kriechen und sich rasant vermehren. Nationalismus und Rassismus haben Konjunktur, Faschisten schlagen Ausländer tot, unterschreiben Drohbriefe mit vollem Namen. Die „deutsche Frage" ist offen wie ein Scheunentor, und „Schlesien bleibt unser" ... Und auch ein Rau ist ohne Kohl nicht denkbar. Selbst bei manchen sog. „Alternativen",die sich auch „links" vorkommen können, gilt es als chic, auf dem Markt erfolgreich zu sein. Guckt Euch die Zufriedenheit der Cohn-Benditen oder den Marketing-Rausch der TAZ an, von den übrigen Yuppi-Illustrierten, die immer noch als „alternativ" oder „kritisch" gelten, weil sie gegenüber etablierten Freizeitillustrierten zu spät gekommen sind, ganz zu schweigen.

Nein, im Gegenteil, das Phänomen ist, wie leicht und wie schnell alles das, was zumindest einmal als „klimatisch links" galt, bis hin zu einer entsprechenden Infrastruktur (Presse, Buchläden etc.) abgeräumt worden ist, bzw. sich selbst liquidiert hat. Wo ist denn der AK z.B. noch zu haben, oder die Zeitungen anderer wichtiger Gruppen der „revolutionären Linken"? In einer Großstadt wie Kassel jedenfalls nicht.

Daß die „Realos gescheitert" sind, muß gleichfalls mindestens mit einem Fragezeichen versehen werden. Es hängt schon sehr von der Definition „grüner Prozeß" ab, ob der nun zu einem Ende kommt, wie jb/hc meinen, oder ob der sich nicht vielmehr in der Affirmation der Sozialdemokratie erfüllt, wo ja nicht wenige Mitglieder auch herkommen.

„Gescheitert ist nicht mehr (...) als eine Form unernster Politik, die ziellos in den Tag hineinwurschtelt, keine politischen Strukturen und keine längerfristigen Planungen ermöglicht und deren Programmatik sich als ein eklektisches Sammelsurium alternativer Wunschträume darstellt." Gescheitert sind die Grünen an dem, was jb/hc ihnen als Ziele unterstellen. Für die Mehrheit der Grünen gibt es nämlich schon immer einen Zusammenhang. Es ist ihnen so selbstverständlich, daß er gar keiner Reflektion mehr bedarf. Das sind die ***vorgegebenen*** Strukturen der Willensäußerung und die ***vorgegebenen*** Bedingungen von Produktion und Reproduktion der Gesellschaft. Und die nehmen sie so ernst, daß sie zu ***deren besserem Funktionieren*** immerfort Vorschläge machen. Sie haben ja gar nichts gegen den Kapitalismus und seinen bürgerlich demokratischen Überbau, wenn er ***sie beteiligt***.

Was jb/hc als ein *„eklektisches Sammelsurium alternativer Wunschträume"* erscheint, das ist für Leute, die gar keine prinzipielle Kritik am Kapitalismus haben, der jeweilige Versuch, ***in diesem System*** besser oder auch nur ***anders*** leben zu können, manchmal auch nur eine Nische erlaubt zu bekommen.

Der „Realo", ***weil*** er es ***ist***, braucht gar keine grundsätzlich neuen „Strukturen", sie sind für ihn gegeben, wenn ***er/sie beteiligt*** ist. Und seine Beteiligung selbst bestätigt ihm, daß die bestehende Gesellschaft so schlecht nicht ist, jedenfalls tausend Mal besser als alle anderen, vor allem die im „Osten". (Man höre nur einmal genau zu, was die Schilys und Fischers so erzählen und wie glücklich die sind.) Mit ihrer ***Integration***, auf die sie sogar stolz sein können und zu der ihr Rechts- und Bürgeridealismus immer schon paßt, und der damit erfolgenden ***Diskussion*** ihrer ***Verbesserungsvorschläge erfüllt*** sich das Anliegen dieser Fraktion. Mehr hat sie nie gewollt, der Rest ist ***Taktik***.

Der Vorwurf, den jb/hc erheben, gilt aber sehr wohl für jene Grünen, die sie wohl auch vor allem im Auge haben, jene „Linken" nämlich, die die „Realos" verändern oder instrumentalisieren wollen und nun selbst instrumentalisiert werden, gewiß auch für diverse „fundamentalistische" Position. In der Tat:

Die Integration von Wünschen ist keine Ableitung eines politischen Programms aus der wissenschaftlichen Kritik der kapitalistischen Gesellschaft! Das ist aber auch nicht das Ziel einer bürgerlichen Partei!

Programmatische Schwäche der „revolutionären Linken"

Programmatische Schwäche der „revolutionären Linken"

jb/hc ahnen schon, wer für ein solches Programm zuständig wäre, wenn sie das auch beim KB vermissen: *„Unsere Position war jedoch damals (!?) nicht eindeutig, denn einerseits haben wir diesen politischen Prozeß begrüßt und andererseits immer auf einer autonomen Organisierung der kommunistischen Linken außerhalb der Grünen Partei bestanden, ohne die konkreten Perspektiven und Ziele einer solchen Organisation anzugeben."* Dann bleibt einem natürlich nur eine ***defensive*** Position. Man kann gegen die Integration anderer argumentieren, aber nicht selbst angeben, wohin die Post eigentlich genau abgehen soll.

Daß sich jb/hc in ihrem Beitrag gegen die „Straßenkämpfer" wenden müssen, hat die ***gleichen*** rsachen. Verfügt man über kein ausgewiesenes Programm der „System***überwindung***", dann ist auch keine Aktion ein wirklich ausgewiesener Bestandteil davon. Der Grund der Aktion konstituiert sich dann oberflächlich aus der bekämpften Sauerei selbst, und die Dialektik des Eskalation kann dazu führen, daß am Ende die Aktion selbst die nächste begründet: Aktionismus!

Mehr noch: Bar einer entsprechender Perspektive ***müssen*** Aktionen gemacht werden, um daran die ***Notwendigkeit*** der eigenen Organisation zu belegen. Dabei können die Dimensionen offenbar verloren gehen, auch eine realistische Einschätzung des Kräfteverhältnisses, wie von jb/hc beklagt. Damit einher geht Entmutigung.

jb/hc erkennen, daß auch eine noch so große Summe von Aktionen und eine Verschärfung der Auseinandersetzung keine neue Gesellschaft konstituiert, aber die Bewegungen spaltet. Das hat mit den Distanzierungen schon begonnen, wobei der Tenor deutlich zeigt, auf welcher Seite die Distanzierer stehen, wenn's hart auf hart geht.

Fortsetzung auf Seite 34

Beiträge aus der „Beilage der revolutionären Sozialisten" zur Diskussion um die These von der Faschisierung von Staat und Gesellschaft

Wie könnte es anders sein: Die Bandbreite der vertretenen Positionen entspricht an Zahl der an der Herausgabe der Beilage beteiligten Gruppen. Namentliche Kennzeichnung der Artikel deutet daraufhin, daß — nicht anders als im KB — auch in den an der Beilage beteiligten Gruppen in der Regel Positionen nicht wie nach alter ML-Manier „vereinheitlicht" sind. Ausdrückliche Differenzen innerhalb der jeweils eigenen Gruppe werden allerdings nur in den KB-Beiträgen benannt. Auch die z.T. diametralen Positionen der Gruppen zueinander stehen eher beziehungslos nebeneinander, als daß man sich wirklich miteinander auseinandersetzt.

Ein Austragen der differenten Positionen, die von der Gleichsetzung von Imperialismus und Faschismus durch die „proletarische Aktion" bis zu H. Karuscheits Charakterisierung der heutigen BRD als normale bürgerliche Demokratie reichen, müßte denn auch den Beilagen-Frieden nachhaltig sprengen. Insofern macht diese Nummer der Beilage eigentlich nur deutlich, über welche Fragen diskutiert werden *müßte*, wenn die Auseinandersetzung tatsächlich entwickelt *würde*. Das wollen wir uns ansehen.

„Ausgerechnet der KB ..."

Zur Kritik der Faschisierungsthese in der Beilage der revolutionären Sozialisten

„Bürgerliche Demokratie, Reaktion und Faschismus" hieß das Arbeitsthema, um das die Auseinandersetzung in der neuesten Beilage der „revolutionären Sozialisten" organisiert werden sollte. Zur Teilnahme eingeladen war auch der KB.

Herausgekommen ist nun eine Sammlung von Aufsätzen, die sich in ihrer Mehrzahl an der im AK vorgetragenen Kritik der Faschisierungsthese reiben: Ausgerechnet der KB, dessen Schwerpunkt doch in all den Jahren gerade der Kampf gegen die Faschisierung gewesen sei, müsse zur Revision der These anregen! Ob der KB den repressiven Charakter des Kapitalismus leugnen, vielleicht gar Lenins Imperialismusanalyse kippen wolle?

Wir geben eine Übersicht über die Debatte. Darüberhinaus dokumentieren wir zwei der drei von KB-Autoren eigens für die Beilage verfaßten Beiträge: Eine Zusammenfassung der bisherigen Kritik der Faschisierungsthese, sowie deren ausdrückliche Verteidigung. Aus den Beilagentexten bringen wir einen Beitrag von Heiner Karuscheit/NHT. Auf den Abdruck eines KB-Beitrags, der sich mit den „Volksfront"-Vorstellungen zum Revanchismus, insonderheit denen des BWK, auseinandersetzt, mußten wir aus Platzgründen in diesem AK leider verzichten. (Siehe dazu auch AK 267 und AK 270)

F.

„Imperialismus ist Faschismus"

„Vom Bundeskanzler bis zum rechtsradikalen Skinhead auf der Straße und zum gescheitelten Stiefelfaschisten in schwarzer Montur sehen wir uns heute einer reaktionären und faschistischen Mobilisierung gegenüber, deren Programm in einem Satz formuliert ist: „Ausländer raus!". Mit dieser Feststellung leitet die „Proletarische Aktion" (PA) ihren Beitrag ein, in dem sie sich im übrigen ausdrücklich auf Positionen „der RZ" bezieht.

Ausländer müßten in der BRD heute unter Bedingungen arbeiten, auf die das Nazi-Konzept der „Vernichtung durch Arbeit" zutreffe. Das Programm der Regierung und ihrer „braunen Stiefelknechte", wie es z.B. vom Daimler-Benz-Chef Prinz formuliert worden sei (Engagement, Bescheidenheit, Fleiß, Leistung, Betonung der Gemeinsamkeit, weltwirtschaftlicher Eroberungswille) sei im Klartext, d.h. von der PA übersetzt, ein *„genuin faschistisches Programm"* der Leistungs- und Volksgemeinschaft.

Angesichts einer vor sich gehenden gigantischen Umschichtung der Weltbevölkerung habe sich die Situation der kapitalistischen Metropolen geändert. Die Bourgeoisie verfolge heute eine Strategie, die nur noch eines im Sinne habe: Die brutale und skupellose Profitmaximierung. Mit dem Terror gegen den ausländischen Teil der Arbeiterklasse solle die ganze Klasse sturmreif geschossen werden. *„Kapitalismus pur", „nackter Faschismus"* nennt die PA das, *„ohne den ‚sozialen Schnickschnack', den sich die Arbeiterbewegung im Lauf eines Jahrhunderts erkämpft hat."*

Gegen die *„Generaloffensive"* der Bourgeoisie müsse „**eine** Front" gebildet werden. Die Zeit der Abschottung, Distanzierung und Eigenbrötlerei sei längst vorbei.

Mit einer Definition ihres Faschismusbegriffs, mit konkreter Bestimmung der gegebenen Kräfteverhältnisse, mit einem Vergleich von Wunsch und Wirklichkeit bzgl. der Pläne bürgerlicher Strategen hält sich die PA nicht auf. Ebensowenig mit einer Auseinandersetzung von Kritiken, die selbst im Beilagenkreis zu diesem Faschismusverständnis schon formuliert worden sind.

Das erinnert fatal an die Sprechblasen der RAF, auch wenn in der Darstellung der PA offenbar tunlichst die bekannten dogmatischen Peinlichkeiten der neueren RAF vom faschistisch-imperialistischen Gesamtsystem und dergl. vermieden werden.

„Der Faschismus entspringt der Lohnsklaverei."

Nicht minder prinzipialistisch, wenn auch scheinbar aus der entgegengesetzten Ecke, entwickelt sich das Faschismusbild des BWK: *„Faschismus"*, beginnt ein Artikel, unterschrieben von ana, sul und hr. recht behäbig, *„ist ohne Kapitalismus nicht zu verstehen. Der Faschismus der Bourgeoisie entspringt aus dem kapitalistischen Produktionsverhältnis der Lohnsklaverei."* „Kapitalismus führt zum Faschismus" sei eine alte Parole der antifaschistischen Bewegung — aber diese Gesetzmäßigkeit werde wohl heute vom KB bestritten?

„Der KB" habe einen Zustand relativen Klassenfriedens für die heutige BRD konstatiert. Ob das heißen solle, daß die gesetzmäßige Tendenz des Kapitalismus zum Faschismus ausgerechnet von einer CDU/CSU/FDP-Regierung außer Kraft gesetzt worden sei?! Jedenfalls werde in der AK-Serie zur Faschisierungsthese nicht der Ansatz einer Gesetzmäßigkeit zwischen kapitalistischer Ökonomie und faschistischer Politik untersucht.

Dabei sei doch unübersehbar: Seit Jahren würden die Ausbeutungsbedingungen in der BRD so verschärft, daß viele Hunderttausende von ihrem Lohn nicht mehr leben könnten, die ausländischen Arbeiter bereits ganz entrechtet seien usw. Man brauche doch nur einschlägige Bücher zu lesen, um diese Zustände, wenn man sie schon nicht erleiden müsse, zur Kenntnis zu nehmen. *„Wie kann dann der ‚Arbeiterkampf' diese barbarischen Zustände als ‚relativen Klassenfrieden' bezeichnen!"* Wie könne man überhaupt übersehen, *„daß die westdeutschen Imperialisten dabei sind, die Zustände in der Fabrik auf weitere Bereiche der Gesellschaft auszudehnen und faschistische Ideologie dafür einzusetzen!"*

Zum Beweis zitieren die Autoren Statistiken zur Monopolkonzentration in der BRD seit '45. Das Kapital sichere sich die entscheidende Einflußnahme auf die Staatsgeschäfte und bereite sich darauf vor, die Konkurrenzschlacht mit kriegerischen Mitteln auszutragen.

In einem Parallelbeitrag untermauern die BWK-Autoren baf und chc diese Behauptung mit einer zwei Seiten füllenden Darstellung der Verwaltungsreform in Baden-Württhemberg, des sog. Späth-Modells, das ein Musterbeispiel für die Übertragung monopolistischer Konzernführungsstrukturen auf die Staatsorganisation der BRD sei. Die Autoren charakterisieren das Modell als *„Ersetzung von Restelementen bürgerlichen Parlamentarismus durch faschistische Organisationsformen und Maßnahmen."* Von der Linken Faschismusdiskussion würde diese Entwicklung übersehen.

Der KB speziell müsse sich fragen lassen, ob die Verabschiedung der Faschisierungsthese auch die Verabschiedung von Lenins Imperialismuskritik als zu *„allgemein"* bedeute. Und wo denn die im AK konstatierte Konfliktvermeidungsstrategie zu beobachten sei! — In der zunehmenden Ausbeutung in den Fabriken jedenfalls nicht!

Konfliktvermeidung werde bestenfalls gegenüber dem Kleinbürgertum und den besser Gestellten der Mittelschichten betrieben, um sie zu *„Bütteln und letztlich Henkersknechten der Kapitalisten degradieren zu können. Statt angesichts dieser sog. ‚Konfliktvermeidungsstrategie' der Kapitalisten die Aufgaben im Kampf gegen die Faschisierung zu bestreiten, sollte eigentlich gerade dem KB, der sich fast ausschließlich mit diesen Bündnisschichten beschäftigt, aufgegangen sein, daß diese Politik der Kapitalistenklasse besondere Aufgaben im antifaschistischen Kampf stellt. Die Differenzierung der Lohnabhängigen macht jede Hoffnung auf erfolgversprechende spontane Aufstände — auf die der KB so gesetzt hat — zunichte und macht Bündnispolitik gegenüber der werktätigen Intelligenz notwendig und auch möglich und zwar gerade gegen die zunehmende Faschisierung."*

Da wären wir also wieder beim ökonomistischen Credo: Kapitalismus führt zwangsläufig zum Faschismus, und zwar als ökonomische Gesetzmäßigkeit der Monopolisierung. Armer Lenin! Gegen dieselbe „Ableitung" aus Lenins Imperialismus-Beschreibung stritt der KB schon 1972 mit den BWKlern, als noch der KBW ihre Heimat war. Nur, damals folgte für sie aus derselben Grundannahme die Behauptung, eine faschistische Gefahr sei so lange nicht gegeben, wie die Bourgeoisie dazu nicht unmittelbar durch die Wirtschaftsentwicklung gezwungen werde. So wandeln sich die Zeiten! Heute folgt daraus die Faschisierung als Dauerzustand des bürgerlichen Staats. Diese „Einschätzung" ist so konkret wie der Wetterbericht, der wechselhaftes Wetter vorhersagt.

Nicht Fisch, nicht Fasch

Ganz elegant versucht die „KPD" die Hürden zu nehmen: Zwar sei die „Wende" nicht eingetreten. Daß die beabsichtigte Konfliktstrategie nicht griff, habe aber weniger an der Unfähigkeit der Koalition als vielmehr am mobilisierten Widerstand gelegen, vor allem der Gewerkschaften. Dies mache zugleich deutlich, worin die „qualitative Wende" bestanden habe, nämlich: „Gelänge den Konservativen das Brechen des gewerkschaftlichen Widerstandes, so wären in größerem Umfang Tür und Tor geöffnet für die schon heute angekündigten Pläne der Reaktion, weitere demokratische Rechte zu beschneiden, eine reaktionäre Formierung zu betreiben." — Wenn hätte, dann könnte!

Es scheint, man ist in der „KPD" ein wenig verwirrt. Halb möchte man die bisherigen Vorstellungen korrigieren, halb traut man sich nicht. Viele der kritischen Überlegungen der Arbeiterkampf—Serie träfen auch auf Positionen der „KPD" zu. So die Erwartung kommender Kämpfe. So die Vorstellung *„als handle es sich bei der Faschisierung um ein systematisches, sozusagen vorbeugendes Handeln der Herrschenden, so als würde ein Planungsstab der Bourgeoisie ein Konzept erarbeiten und beim Staatsapparat in Auftrag geben."*

Selbst das Dimitroff-Bild wird entstaubt: Richtig habe er daraufhingewiesen, daß man sich den Machtantritt des Faschismus nicht als glatten Übergang, sondern als Kampf der Bourgeois-Fraktionen vorstellen müsse, daß der Faschismus eine Reihe von Vorbereitungsetappen durchlaufen müsse usw. Mit der Reduzierung der Faschisierung auf einen technokratischen Prozess habe man aber genau das getan, was Dimitroff als glatte und simple Vorstellung dieses Prozesses bezeichne.

Leider werde im AK gerade dies alte technokratische Verständnis nicht revidiert, sondern mit der Definition der heutigen BRD-Situation als „präventiver Sicherheitsstaat", wo vorbeugend Instrumentarien für eine faschistische Diktatur geschaffen worden seien, fortgeschrieben.

Kann den Genossen der KPD derart allgemein und in bezug auf die Vergangenheit die Kritik der Faschisierungsthese nicht scharf genug sein, so machen sie jedoch auf dem Absatz kehrt, wo es um die aktuelle Beurteilung der sog. Wende-Koalition und der aktuellen Entwicklung geht. Da wird flugs wieder zu Bekanntem Zuflucht genommen: *„Wenn es um die Frage der Faschisierung geht, üben wir revolutionären Linken uns leicht in Dramatisierungen, nur wenn der KB die heutige Bonner Regierung als ‚Regierung der Mitte' bezeichnet, die im wesentlichen sich in der Kontinuität der Schmidt-Regierung befindet, dann erscheint uns das als gefährliche Verniedlichung der verschiedenen konservativen Vorstöße der letzten Jahre."*

Tatsächlich, meinen die „KPD"-Genossen, finde z.Zt. eine reaktionäre Formierung statt. Sie erscheine ihnen als *„Weichenstellung, die die Gefahr des Faschismus erhöht."* Zwar müsse das nicht im Faschismus enden, aber wir befänden uns in der BRD doch in einer Entwicklung , in der *„eine Politik der Konfrontation für das Monopolkapital zunehmend zum Hauptmittel bei der Durchsetzung (seiner) Ziele wird und wir insofern von einer Faschisierung in der BRD sprechen sollten."*

Da ist sie also wieder, die gute alte Faschismuserwartung! Auferstanden von den Toten und unberührt von jeder Kritik. Ein Wunder wahrer ML-Offenbarung — nur für Eingeweihte verständlich, versteht sich.

Ein ähnliches Wunder offerieren übrigens die „Anarchistische Arbeiterunion" und „Antifaschistische Union" aus München. Entschlossen weisen sie die Behauptung „mancher Leute" zurück, das imperialistische System sei faschistisch. *„Sollte man nicht,"* fragen sie, *„stattdessen etwas differenzierter behaupten, das imperialistische System sei faschistoid, eben zwar auf dem Weg zum Faschismus, auf den der Kapitalismus in Krisenzeiten zurückgreifen kann, aber eben noch nicht im Endstadium des Faschismus?"*

Hier wird das Raster der Scheinkritik am deutlichsten sichtbar. Nicht eine Korrektur für falsch erkannter Einschätzungen wird vorgenommen, sondern Begriffe werden ausgetauscht: faschistoid statt faschistisch. Die Einschätzung selbst bleibt ein Glaubensartikel.

Eine Steigerung dieser Haltung scheint kaum noch möglich. Die "Volksfront" schafft es. Sie beschwert sich nicht einmal mehr mit dem scheinkritischen Ansatz. Sie setzt von vornherein auf eine gebetsmühlenartige Widerholung der seit Jahren bekannten Antifa-Dogmen: Faschisierung nach Dimitroff durch die reaktionärsten usw. Kreise des Finanzkapitals, Schaffung von neuer Volksgemeinschaft durch CDU/CSU mittels Rassismus, Notwendigkeit der Volksfront usw.

„Diese politisch, ideologische Entwicklung hin auf Volksgemeinschaft und Rassismus hat unserer Auffassung nach längst den Boden ‚klassischer' bürgerlicher Demokratie verlassen," postulieren die Volksfrontler. Was ihrer Meinung nach „klassische" bürgerliche Demokratie, also im Vergleich dazu auch der Charakter der heutigen BRD-Demokratie ist, sagen sie allerdings nicht. Damit ersparen sie sich eine Überprüfung ihrer Behauptung.

Nichtsdestotrotz: Wer sich der „Volksfront" nicht anschließt, hat den Ernst der Lage und „unsere Aufgaben" nicht erkannt und muß sich den Vorwurf der Spaltung machen lassen. — Heiliger Karl! Welche Schlichtheit!

„Einheit der Arbeiterklasse."

Kommen wir zu den Beiträgen, die sich der Überprüfung der bisherigen Vorstellungen zur Faschisierung zu stellen versuchen.

Da ist die Position der GIM: *„Soll der Begriff der ‚Faschisierung' die Möglichkeit eines ‚schleichenden' Übergangs zum Faschismus bezeichnen, so überbetont er das Element der Kontinuität zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur,"* schreibt Manuel Kellner. Auch in einer Demokratie gehöre Unterdrückung zum Alltag. Die Unterschätzung des „Bruchs" vom Alltag der bürgerlichen Demokratie zum Faschismus könne „politisch völlig entwaffnen."

Unter Berufung auf Thalheimer definiert Kellner Faschismus als *„Ausschluß der Bourgeoisie aus der unmittelbaren politischen Machtausübung, gerade als letztes Mittel, um ihre Herrschaft als Klasse zu erhalten."* Die faschistische Diktatur sei *„nicht einfach die terroristische Diktatur der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals oder wie gewöhnlich versimpelnde Definitionen lauten."* Das Besondere am Faschismus sei, daß er sich auf eine Massenbewegung stütze, eine *„Bewegung konterrevolutionärer Verzweiflung, in der sich alle Irrationalismen und selbstzerstörerischen Tendenzen des Kapitalismus in seiner Krise zuspitzen und bündeln."* Diese Bewegung sei der Rammbock, um die Arbeiterbewegung zu zerstören.

Bedingung für das Wirken der faschistischen Sozialdemagogie sei das Fehlen einer glaubwürdigen Perspektive als Alternative zur kapitalistischen Barbarei. Die einzige Alternative gegen den Faschismus sei die *„Einheit der Arbeiterklasse."*

Unter dieser Definition kommt Kellner für die heutige Lage zu dem Schluß: *„Offensichtlich stellt sich die Frage in der BRD heute nicht in der Zuspitzung: faschistische Diktatur oder Machteroberung durch die Arbeiterklasse. Noch stellen die Neonazis keine Massenbewegung, keine unmittelbare Bedrohung für die Existenz der Arbeiterklasse dar."*

Eine solche Einschätzung der Lage muß im Beilagen-Kreis konfliktträchtig sein. Leider wird der schöne Konflikt sogleich wieder weggebuttert, wenn Kellner fortfährt: *„Nichts wäre aber falscher, als die wirkliche Gefahr zu unterschätzen,"* und dann die beilagenübliche Aufzählung reaktionärer Erscheinungen von der Verharmlosung des Neonazismus, über Terror gegen die Ausländer bis zur Krise und „reaktionären Wendepolitik" abspult. Insbesondere könne die Arbeiterklasse heute keinen glaubwürdigen Weg aus der Krise weisen. *„Die bürokratische Sklerose und die Systemintegriertheit der SPD und der Gewerkschaftsführung ist es, die Krise der Arbeiterklasse ist es, die die faschistische Gefahr heraufbeschwören kann."*

Folgerichtig ist Antifaschismus für die GIM mehr als moralische Empörung über Nazi-Untaten. Der Kampf für eine möglichst breite Einheit gegen rechts und gegen die Nazi-Banden sei *„Funktion des sozialistischen Kampfes für die Selbstbefreiung der Arbeiterklasse."*

Fortsetzung nächste Seite

Aus der bisherigen KB-Debatte:
1. Die Strategie des Staates gegen die Friedensbewegung, (Autor F.) in AK 246, 247 und 250;
2. Was ist los mit der Faschisierung? (Autor F.) in AK 256,257, 258 und 259;
3. Faschisierung oder „präventiver Sicherheitsstaat"?, (Autor Rudolf) in AK 263;
4. Es gibt keine Teilfaschisierung! (Autor jb) in AK 264;
5. Notiz über etwas, das es nicht gibt? (Autor Rudolf) in AK 266;
6. Um was diskutieren wir? (Autor jb) in AK 267;
7) Gewaltherrschaft, bürgerliche Demokratie, Marx-Interpretation, (Autor Rudolf) in AK 269.

Die AKs können bei Bedarf bezogen werden über:
Hamburger Satz- und Verlagscooperative
Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20

Wer sich die vollständigen Texte der Beilagen-Debatte beschaffen will, bestellt über:
Vertrieb der Gemeinsamen Beilage co GNN
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

* Im AK sind die aus der Beilage abgedruckten KB-Texte in ungekürzter Fassung wiedergegeben. Für die Beilage hatten aus Platzgründen Kürzungen vorgenommen werden müssen.

Über ein Dimitrov-Zitat

Angesichts verbreiteter Geschichtslosigkeit scheint es nicht überflüssig zu sein, an die Vorgeschichte dieser Debatte zu erinnern. Bekannt dürfte sein, daß sich die neu entstandenen kommunistischen Gruppen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre heftig um die Faschismus- oder Faschisierungsfrage stritten. Warum dieser Streit, dessen formale Vehemenz sicher nicht durchgehend mit dem inhaltlichen Gewicht der damals ausgetauschten Argumente zu erklären ist? Einfach weil die jungen K-Gruppen generell so streitsüchtig waren? Weil die Beantwortung dieser Frage für die Einschätzung der zu erwartenden gesellschaftlichen Entwicklung so wichtig war? Weil eine von der außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre begonnene Debatte in marxistischen Begriffen weitergeführt werden mußte (warum: ,,mußte...''?)? Und wenn es so war: Warum hatte die APO diese Debatte begonnen?

Es gab sehr wohl einen triftigen Grund dafür, der bis heute keineswegs vom Gang der Geschichte relativiert worden ist, weil nun mal tatsächlich nichts Reaktionäres fällt, wenn es nicht gestoßen wird. Alle Versuche oder Ansätze zu linker Politik in der BRD hatten und haben sich mit dem postfaschistischen Charakter dieses Systems, dieses Staates und dieser Gesellschaft auseinanderzusetzen. Als die SDS-Studenten ihre ersten Aktionen gegen rechte Hochschullehrer starteten, entdeckten sie unter den Talaren nicht nur mittelalterlichen Muff von tausend Jahren, sondern vor allem — denn das war die hauptsächliche Bedeutung dieser Parole — den Muff des ,,tausendjährigen Reichs''. Nur leichtes Kratzen an der ,,freiheitlich-demokratischen'' Oberfläche förderte das gleiche Phänomen nicht nur an den Hochschulen, nicht nur in Ausbildung und Lehre, sondern in der Justiz, bei Polizei und Militär und natürlich in Wirtschaft und Politik zutage.

Eine der ersten verallgemeinerten politischen Erkenntnisse der Revolte von 1967/68 — und weil diese Revolte den kommunistischen Neugründungen von Anfang der siebziger Jahre unmittelbar vorausging, kann man auch sagen: Eine unserer ersten politischen Erkenntnisse — lautete somit: In Westdeutschland gab es nach Kriegsende keinen wirklichen Bruch mit dem Faschismus. NS-Kader, NS-Mitläufer, NS-Gesetze, NS-Strukturen und NS-Ideologie wurden in die BRD-Gesellschaft, vor allem aber in den ,,freiheitlich-demokratischen'' Staatsapparat integriert. Dies war der erste unmittelbar zwingende Anlaß für eine Faschismus-Debatte. Es ist auch völlig klar, daß von den bewußteren Linken als nächstes die Frage gestellt wurde: Wenn die BRD Personen und Strukturen vom Nationalsozialismus übernommen und mit einer demokratischen Fassade versehen hatte, sind dann auch die Ursachen für Faschismus ,,übernommen'' worden, auch wenn von staatswegen noch so viel die Rede davon war, man habe sich die denkbar demokratischste Verfassung gegeben und was gewesen sei, könne sich niemals wiederholen?

Ein Teil der APO bejahte diese Frage mit der Feststellung ,,Kapitalismus führt zum Faschismus''. Damit wurde der offiziellen Geschichtsschreibung — ,,Hitler und eine kleine Gruppe von Wahnsinnigen waren schuld'' bzw. ,,Die Extremisten von rechts und links haben die Weimarer Republik zerstört'' — gekontert. Zweitens war diese Erkenntnis über die Ursachen des Faschismus ein zentrales Motiv für die damaligen Linken, eine antikapitalistische Perspektive zu suchen und sich folglich mit dem Kommunismus als Alternative zu beschäftigen. Es ist also nicht so gewesen, daß die K-Gruppen irgendwann und irgendwie den Antifaschismus entdeckt hätten so wie sie irgendwann die Angestelltenproblematik, die Bauernfrage oder die kommunale Verwaltung als politisch relevant erachteten. Sondern umgekehrt haben viele Linke gerade über den Antifaschismus ihren Weg in kommunistische Organisationen gefunden, wie so oft in diesem Jahrhundert geschehen. Wenn drittens richtig war, daß der Faschismus nicht ausgeschlossen werden kön-

viele Linke gerade über den Antifaschismus ihren Weg in kommunistische Organisationen gefunden, wie so oft in diesem Jahrhundert geschehen. Wenn drittens richtig war, daß der Faschismus nicht ausgeschlossen werden kön-

ne, solange der Kapitalismus herrscht, galt es zu prüfen, wie akut diese Gefahr in der BRD ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende sein würde. Das war der Ansatz, die Debatte um Faschismus auszudehnen auf die Untersuchung einer möglichen Faschisierung, d.h. sie nicht nur mit Blick auf die jüngere Vergangenheit zu führen, sondern auch mit der imperialistischen Nachkriegspolitik in Zusammenhang zu bringen.

Gemessen an den nicht wenigen Irrtümern und Sackgassen, in die sich die radikale Linke bekanntermaßen verrannte, behalten die oben vereinfacht skizzierten Überlegungen eine überzeugende Logik. Ganz gleich, wie wir die Frage einer Faschisierung heute beantworten werden — dieses Kapitel der eigenen Geschichte braucht jedenfalls nicht versteckt zu werden. Freilich werden die Fehler der damaligen Debatte, über die im folgenden die Rede sein wird, dadurch nicht bagatellisiert.

Für alle, die sich nach den APO-Erfahrungen mit dem Kommunismus zu identifizieren begannen, war es natürlich eine Frage allerersten Ranges, die Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 zu analysieren. Unstrittig war, daß diese Katastrophe durch die Spaltung der Arbeiterbewegung verursacht wurde und daß die Führung der Sozialdemokratie dafür verantwortlich zu machen sei. Die wacheren Teilnehmer der damaligen Debatte sahen aber ein, daß die SPD zwar die hauptsächliche, nicht aber die alleine Verantwortung für die Spaltung zu tragen hatte; bei der KPD erkannten sie die Sozialfaschismustheorie als schwerwiegenden Fehler, mit dem man sich, anders als die DKP es zu tun pflegt, offen und scharf auseinandersetzen müsse. (Eine andere Strömung unter den K-Gruppen griff die DKP vor allem deshalb an, weil sie die Tradition der KPD verraten habe; diese Strömung identifizierte sich umso mehr mit der III. Internationale, deren Politik zu kritisieren für sie einer trotzkistischen Abweichung gleichkam). Schließlich hatte Thälmann noch kurz vor der NS-Machtergreifung die ,,Warnung'' ausgesprochen, man solle vor ein paar nationalsozialistischen Bäumen nicht den sozialfaschistischen Wald vergessen. Wollte man nicht in revisionistischer Manier die Geschichte umschreiben, indem man solche Äußerungen einfach verschweigt, dann war es nicht möglich, den antifaschistischen Kampf unter ungebrochener Berufung auf die alte KPD zu führen.



Auf der Suche nach etwas Besserem als Thälmann fanden wir Dimitrov und seine Rede auf dem VII. Weltkongreß. Zwar kam der Kurswechsel der Komintern für Deutschland um Jahre zu spät, auch spricht manches dafür, daß mit diesem Kongreß Weichen für die spätere rechtsopportunistische Entwicklung der alten kommunistischen Parteien nach dem Krieg gestellt wurden. Doch scheint unser heutiges Bedürfnis nach einer Ehrenrettung der Komintern so groß zu sein, daß Dimitrovs Ausführungen zum Faschismus bei allen kommunistischen Organisationen einschließlich der DKP gleichermaßen hohen Rang genießen. Dieser Wunsch, wenigstens etwas anderes als die schlimme Sozialfaschismustheorie aus der kommunistischen Geschichte in die Gegenwart hinüberzuretten, war und ist offenbar so stark, daß man kaum je prüfte, inwieweit die bekannten ,,klassischen'' Zitate vom VII. Weltkongreß vielleicht noch Züge eben jener Sozialfaschismustheorie tragen. Alles Mögliche ist an diesen Zitaten in der Zwischenzeit erörtert worden — nur nicht das.

Denn Dimitrov hatte den Faschis- vielleicht noch Züge eben jener Sozialfaschismustheorie tragen. Alles Mögliche ist an diesen Zitaten in der Zwischenzeit erörtert worden — nur nicht das.

Denn Dimitrov hatte den Faschismus als offenste und terroristischste Diktatur der reaktionärsten Elemente des Kapitals definiert und damit alle Varianten vom Hauptfeind Sozialdemokratie beerdigt. Die Erleichterung darüber scheint noch heute so beträchtlich zu sein, daß man hinnimmt, was er weiter ausführt, daß die Machtergreifung des Faschismus nämlich nicht nur die Schwäche des Proletariats anzeige, sondern auch die Schwäche der Bourgeoisie, die ,,vor der Revolution Angst hat und nicht mehr imstande ist, ihre Diktatur über die Massen mit den alten Methoden der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus aufrechtzuerhalten.''

An dieser Stelle macht ein Teil der heute über Faschisierung diskutierenden Genossen einen Sprung und fragt: Hat die BRD-Bourgeoisie heute vielleicht Angst vor der Revolution? Ist der Imperialismus schwach? Nein! Also gibt es keine faschistische Gefahr. Bevor wir aber mitspringen, sollten wir noch eine Weile bei Dimitrov verweilen.

Wie gesagt: Man ist erstmal geneigt, das o.a. Zitat dem Stil der damaligen Verlautbarungen zuzuschreiben — andere Zeiten, andere Rhetorik — oder es als Agitation zu begreifen, mit der man sich damals Mut zusprechen wollte, weil auch die andere Seite ihre Schwächen habe. Aber diese Aussage Dimitrovs ist wirklich falsch und unhaltbar. Sie vergleicht die reale Schwäche des Verlierers mit einer rein hypothetischen ,,Schwäche'' des Siegers von 1933. Dabei ist die Konstruktion, mit der auch dem Sieger eine Schwäche angedichtet wird, eine rein sophistische (Sophismus bezeichnet die scheinbar logische Ableitung unsinniger Sachverhalte): ,,Der Sieger konnte ja gar nicht anders als siegen. Ein gezwungenermaßen errungener Sieg kann aber kein Ausdruck von Überlegenheit sein.''

Wenn Faschismus Zerschlagung der Arbeiterbewegung bedeutet, so ist die Etablierung des Faschismus gleichbedeutend mit dem Sieg der Bourgeoisie. Solange wir aber ernsthaft über das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Klassen diskutieren und nicht einfach mit Vokabeln um uns schmeißen, ist der Sieg ein Zeichen von Stärke. Das gleiche gilt für die Frage der Faschisierung. Eine den Faschismus vorbereitende oder fördernde Bourgeoisie zittert nicht wie Espenlaub vor der Revolution, sondern sie will der Arbeiterbewegung den Garaus machen. Das heißt noch nicht, daß sie diesen Plan verwirklichen kann. Aber es ist auch kein Zeichen von Schwäche.

Ganz im Gegensatz zur allgemeinen Aufnahme und Verarbeitung von Dimitrov ist er in dieser Frage gar nicht weit von Thälmann entfernt. Denn die Sozialfaschismustheorie ging ebenfalls davon aus, daß das ,,normale'' bürgerlich-demokratische System die Herrschaft der Bourgeoisie am besten sichere und folglich von ,,Stärke'' zeuge, während der Faschismus als Versuch der Lösung einer letztlich unlösbaren Krise den absehbaren Zusammenbruch des Imperialismus ankündige. Daher erklären sich auch die zeitweise in der KPD gehegten, aus heutiger Sicht katastrophalen Illusionen, Hitler werde es, falls er an die Macht komme, nicht länger als drei, vier Jahre machen und dann sei die Stunde des Massenaufstands gekommen. Warum aber funktioniert der Parlamentarismus so gut? Natürlich weil die SPD die Arbeiterbewegung kontrolliert. — So kam man von einem Fehler zum nächsten. Wichtig ist, sich darüber klarzuwerden, daß der ,,Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie'' zwar der krasseste und sicht-

barste Fehler der III. Internationale wegung kontrolliert. — So kam man von einem Fehler zum nächsten. Wichtig ist, sich darüber klarzuwerden, daß der ,,Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie'' zwar der krasseste und sicht-

barste Fehler der III. Internationale war, daß dieser Fehler aber überhaupt erst aus einer unter Stalin simplifizierten und verfälschten Theorie folgte, die den Imperialismus partout immer schwächer werden sah — und zwar um so schwächer, je reaktionärer er um sich schlug.

Solches wird man nämlich bei Lenin nicht finden. Wenn Lenin verschiedene Taktiken der Bourgeoisie analysierte, ging er nicht von Kategorien der Stärke oder Schwäche des Imperialismus aus, die für die Anwendung einer jeweiligen Taktik typisch wären. Sondern er behauptete Zweckmäßigkeitserwägungen der Herrschenden (natürlich in Abhängigkeit von der jeweiligen gesellschaftlichen Situation), die sie zu solchem Handeln veranlassen würden.

Worin lag nun wirklich der Fehler der III. Internationale? Heute hört man, insbesondere in der Faschisierungsdebatte, häufig das Argument, der Fehler lag in einer Krisentheorie, die vom Zusammenbruch des Imperialismus ausgegangen sei. Dieses Argument ist beides: richtig und falsch. Deshalb ist es unscharf und man muß genau hinschauen, wie und in welchem Zusammenhang es vorgebracht wird. Die m.M. falsche Version lautet meist so: Erstens deute heute nichts auf einen Zusammenbruch des Imperialismus hin. Der Imperialismus zeige sich vielmehr in einer früher nicht für möglich gehaltenen Stabilität. Denn zweitens sei eine umfassende ökonomische und gesellschaftliche Krise, die ihn erschüttern könnte, nicht in Sicht. Wir werden es also drittens auf lange Sicht weiter mit dem für einen starken und stabilen Imperialismus typischen bürgerlichen Parlamentarismus zu tun haben. Daraus folge viertens, daß eine faschistische Gefahr vielleicht nicht völlig ausgeschlossen werden kann, aber jedenfalls nicht akut ist.

Merkwürdigerweise landet diese Kritik an der III. Internationale bei ganz ähnlichen Schlußfolgerungen wie jene. Stärke und Stabilität des Imperialismus werden umstandslos mit bürgerlichem Parlamentarismus und mit einer bestimmenden Rolle der Sozialdemokratie gleichgesetzt. Ebenso unkritisch wird eine Krisenentwicklung (die man freilich nicht für gegeben hält) als Schwächung des Imperialismus angesehen, die ihn veranlassen könnte, auf faschistische Methoden zurückzugreifen.

Dieses, die verschiedensten Faschismus-Debatten dominierende Denksystem läßt sich in Wirklichkeit nicht mit den Erfahrungen der Arbeiterbewegung in Einklang bringen. Zwar ist es richtig, daß dem Faschismus tiefe gesellschaftliche Erschütterungen vorangehen. Falsch ist dagegen, daß der Faschismus selbst von ,,Schwäche'' oder ,,Instabilität'' der Herrschenden zeugen würde. Das Gegenteil war in Deutschland der Fall (aber nicht nur dort). Deshalb bedeuten auch die gesellschaftlichen Erschütterungen, die ihm vorangehen, keineswegs, daß sich die Arbeiterbewegung im Aufschwung, die Bourgeoisie dagegen in der Defensive oder gar mit dem Rücken an der Wand befände.

Erinnern wir uns, um diesen grundlegender Denkfehler zu veranschaulichen, an den geradezu klassischen Irrtum, dem der KBW anläßlich des Pinochet-Putsches in Chile erlag. Allein die Tatsache, daß die Herrschenden das Militär aufmarschieren ließen, war für den KBW damals ein derartiges Zeichen von ,,Schwäche'', daß er allen Ernstes annahm, die chilenischen Massen würden dem Spuk binnen Wochenfrist ein Ende bereiten.

Nicht jede Krise, nicht jede gesellschaftliche Erschütterung führt zur Schwächung der Herrschenden oder zur Stärkung der revolutionären Kräfte. Daß es einen solchen Automatismus nicht gibt, beweisen ja schon die wenigen Erfahrungen, die wir selbst in anderthalb Jahrzehnten sammeln konnten. Weil es aber anscheinend nicht in den linken Kopf hingeht, daß der BRD-Imperialismus aus den letzten beiden Krisen gestärkt hervorgegangen ist, ziehen nun manche Genossen den Kurzschluß, die Krisenhaftigkeit sei heute gar kein wesenhaftes Merkmal des Imperialismus mehr. Da haben wir also vor zehn Jahren in dieser Beziehung allesamt Zeter und Mordio geschrien — die Transparente, mit denen dagegen protestiert wurde, daß die Krise auf den Rücken der Arbeiterklasse abgewälzt wird, sind wohl noch in guter Erinnerung. Heute, angesicht der dreifachen Arbeitslosenzahlen, in die bekanntlich Jugendliche, Frauen und Ausländer kaum eingehen, angesichts der Tatsache einer nicht mal von den Schönrednern der Herrschenden zu leugnenden neuen Armut, reden wir von Stabilität..., was uns aber nicht daran hindert, gemeinsam mit den Ökopaxen vor der Apokalypse als finaler Superkrise zu warnen. Ist das durchdacht?

Es muß endlich mit der unsinnigen von Stabilität..., was uns aber nicht daran hindert, gemeinsam mit den Ökopaxen vor der Apokalypse als finaler Superkrise zu warnen. Ist das durchdacht?

Es muß endlich mit der unsinnigen und, wie ich zu zeigen versucht habe, von der III. Internationalen übernommenen Vorstellung Schluß gemacht werden, wonach der Faschismus quasi die letzten Zuckungen des Imperialismus anzeige und es folglich keine faschistische Gefahr geben könne, solange diese letzten Zuckungen nicht in Sicht sind. Die meisten Teilnehmer dieser Debatte werden darin übereinstimmen, daß sich die BRD ein Unterdrückungsinstrumentarium geschaffen hat, mit dem eine Arbeiterbewegung und Opposition von ganz anderer als der gegenwärtigen Qualität und Quantität niedergehalten werden könnten. Es wird wohl auch keine allzu großen Differenzen darüber geben, daß die gegenwärtige Regierung (noch) weniger Hemmungen als die Sozialliberalen haben dürfte, von diesem Instrumentarium gegebenenfalls auch Gebrauch zu machen.

Es kommt drittens hinzu, daß die Herrschenden vielleicht nicht jeden Anlaß, aber doch eine Vielzahl von Anlässen benutzen, um in bemerkenswert kurzen Zeitabständen immer wieder reaktionäre bis rechtsradikale Massenstimmungen anzuheizen: die Bitburg-Kampagne, die Revanchismus-Kampagne, die Terrorismus/Ghaddafi-Hysterie, der — Maradona sei dank — gestoppte nationale Fußballrausch, die Asylantenhetze. Damit soll nicht gesagt werden, daß es in den siebziger Jahren nichts Vergleichbares gegeben hätte: Aber die damaligen Mobilisierungen, etwa gegen die Ostverträge, fanden aus einer Minderheitsposition heraus statt. Für den reaktionären Wahn und seine Ausbreitung ist es aber entscheidend, daß er sich als stark und überlegen empfindet, daß er das Gefühl hat, Oberwasser zu bekommen und die Mehrheit hinter sich zu haben (übrigens ein weiterer Grund, weshalb die Assoziation ,,Faschismus-Schwäche'' so irreführend ist und darauf hinausläuft, den Faschismus nicht ernst zu nehmen). Kein Mensch wird ernsthaft behaupten, daß diese reaktionären Mobilisierungen ,,gezwungenermaßen'' stattfinden, um sie gegen ein erstarkendes Proletariat auszuspielen. Sind sie aber vielleicht weniger gefährlich, weil es keinen Widerstand der Arbeiterbewegung gegen sie gibt? Das Umgekehrte ist doch der Fall!

Schließlich werden wir auch darin einig sein, daß der Imperialismus Kriegs-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Aber auch der hieran fällige Clinch mit dem antifaschistischen Aktionismus der Mehrheit der Beilagen-Gruppen fällt einer opportunistischen Versicherung der GIM zum Opfer, damit sei nichts gegen die antifaschistische Aktion gesagt. Im Gegenteil, auf Aktion und gemeinsame möglichst breite Mobilisierung komme es ja gerade an. Der leitende Gedanke sei dabei die Propagierung der Selbstverteidigung der Massen.

Was als scheinbar scharfe Kritik begann, verliert sich bei genauem Hinsehen schließlich in Allgemeinem, das vor zehn Jahren genausogut gesagt werden konnte wie heute.

Einen echten Versuch für eine kontroverse Debatte macht dagegen ein Beitrag von drei Autoren der FAU/R. Ebenfalls unter Berufung auf Thalheimer entwickeln sie in ,,12 Thesen zur aktuellen Lage'' eine Kritik der Faschisierungserwartung.

Ihre Schlußfolgerung kann im Beilagenkreis nur als Kampfansage verstanden werden: ,,*Das heißt also, daß die derzeitige stabile politische Lage in diesem unserem imperialistischen System, Frontabschnitt BRD, für die Bourgeoisie eine grundlegende Änderung der Herrschaftsform auf das Niveau einer Sandkastenspielerei herabsinken läßt. Es sind Gedanken für den Fall der Fälle. Die Annahme eines tendenziellen Übergangs zum Faschismus ist damit eher einer traumhaften Vorstellung von bürgerlicher Demokratie geschuldet als einer richtigen Einschätzung der politischen Realität.*'' Eine Beweisführung fehlt allerdings auch in diesem Beitrag.

Bliebe schließlich als kritischer Beitrag aus dem Beilagenkreis noch der von H. Karuscheit/NHT zu erwähnen, der hart mit den bisherigen Vorstellungen zur Faschisierung in den Ring geht. Der Artikel ist auf den folgenden Seiten nachzulesen.

So skurril die Beiträge dieser Beilagen-Ausgabe in ihrem festgefahrenen Dogmatismus z.T. auch erscheinen, sie sind doch exemplarisch für die Behandlung des Themas in weiten Teilen der heutigen Linken. Das Offenbarwerden dieser Tatsache könnte dazu beitragen, diesen Zustand zu überwinden. Das wird allerdings nur gelingen, wenn erstens mehr mit Fakten, statt mit Postulaten gearbeitet, wenn zweitens tatsächlich argumentativ aufeinander eingegangen würde. Das gilt cum grano salis auch außerhalb des Beilagenkreises, sicher auch für den KB.

Die These von der „Faschisierung von Staat und Gesellschaft" und ihre Kritik im KB

Einleitung:

Seit dem März 1985 wird im KB erneut über die These von der „schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft" diskutiert, mit der der KB Anfang der 70er Jahre seine Grundeinschätzung der Situation in der BRD dargelegt hatte. Während sich noch auf dem 2. Kongreß des KB 1981 die Kritik an dieser These nicht durchsetzen konnte, wurde 1985 der Kritik im AK kaum widersprochen. Dennoch ist die Debatte im KB nicht abgeschlossen, denn bislang gab es nur individuelle Stellungnahmen zu dieser Frage und keine gemeinsame Beschlußfassung. So können wir hier nur unsere persönliche Ansicht darstellen, aber nicht die Position *des* KB.

In mehreren Artikeln im Arbeiterkampf (AK) wurde 1985 von uns der Versuch unternommen, die Entwicklung der Faschisierungsthese nachzuzeichnen und ihre Hauptausage mit der gesellschaftlichen Entwicklung zu konfrontieren (vergl. Literaturverweise). Wir können an dieser Stelle aus Platzgründen die Argumente nicht en detail wiederholen, sondern müssen uns auf das Wesentliche beschränken. Interessierten Genoss(inn)en kann das Material jedoch zur Verfügung gestellt werden.



Das alte Krisenmodell

Die Faschisierungsthese des KB entstand aus der kommunistischen Diskussion um die Einschätzung der Lage in der BRD anfangs der 70er Jahre. Wie fast alle anderen Gruppen auch, gingen wir als KB davon aus, daß es sich bei er damaligen ökonomischen und politischen Krise der herrschenden kapitalistischen Länder um den Beginn eines sich relativ rasch verschärfende Krisenzyklus' handele. Einerseits schienen die Erfolge der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und die Wirtschaftsprobleme der „führenden Industrienationen" für die These einer Zuspitzung der internationalen wie auch der „innerimperialischen" Gegensätze zu sprechen, andererseits vermittelten die konkreten Arbeiterkämpfe (Mai '68 in Frankreich, wilde Streiks in der BRD '69 etc. pp.) das Bild zunehmender Klassenkonflikte. Während der Großteil der neukommunistischen Gruppen in der BRD von dem baldigen Ausbruch der proletarischen Revolution träumte, insistierte der KB darauf, daß die Entwicklung von der Stärke der Bourgeoisie geprägt werde. Zwar teilte der KB die Annahme einer raschen Krisenverschärfung ebenso wie die Annahme, daß es in diesem Prozeß zu einer Zuspitzung der Klassenkonflikte kommen werde, er behauptete mit der Faschisierungsthese jedoch, daß sich die Bourgeoisie als Klasse bewußt und präventiv auf diese Situation verbereite und sich bereits das Instrumentarium einer faschistischen Diktatur schaffe. Dabei wurde die Bourgeoisie als einheitlich und bewußt handelnde Klasse begriffen (über diese These wurde u.a. mit dem KBW hart gestritten), die zum dritten Mal die Weltherrschaft und zu diesem Zweck die Führungsrolle in der EG anstrebe. 1972 erklärte der KB (trotz seines Wahlaufrufes für die SPD), daß auch unter einer SPD-Regierung die Faschisierung weitergehen werde, d.h. die Faschisierung wurde von uns nicht nur einem bestimmten Teil der Bourgeoisie, sondern allen bürgerlichen Parteien als politischer Hauptinhalt unterstellt. Unbeabsichtigt und unter der Hand entstand das Bild einer omnipotenten Bourgeoisie, die aus nicht genannten Schaltzentralen heraus die Parteien taktisch geschickt einsetzt.

Die erwartete Faschisierung führte einerseits zu der Konzeption eines konspirativen Organisatinsaufbaus und andererseits zur Grundorientierung, antifaschistische Bündnisse aufzubauen. Grundlagenmäßig berief sich der KB auf den ML und die Mao Tse-tung-Ideen (1. Statut) und formulierte seine Thessen entsprechend in Begriffen des ML. Die Faschisierungsthese konnte sich jedoch auf Traditionen stützen, die älter waren als die ML-Phase der Neuen Linken. Bereits in der APO wurde mit These vom „autoritären Staat" den hiesigen Verhältnissen der bürgerlich-demokratischen Charakter
wurde mit These vom „autoritären Staat" den hiesigen Verhältnissen der bürgerlich-demokratischen Charakter
abgesprochen und Dutschke hatte 1968 das „bestehende System der Institutionen" als einen „neuen Faschismus" bezeichnet. Die Faschisierungsthese entstand als nicht ex nihilo, sondern aus der APO-Tradition. Durch den Bezug auf den ML entstanden jedoch neue Begründungszusammenhänge und die Faschisierungsthese wurde von uns nicht allein mit der aktuellen Situation, sondern mit allgemeineren Einschätzungen begründet, die dem ML entsprangen, insbesondere mit der Imperialismustheorie Lenins.

Dabei wurde einerseits davon ausgegangen, daß es zu Klassenkonflikten kommen werde, die sich direkt als Auseinandersetzung von Arbeiterklasse und Bourgeoisie darstellen, und andererseits von einem nationalen Verlauf der Kämpfe, d.h. auch von uns wurde damals nicht untersucht, in welchem Verhältnis eigentlich die „europäische Integration" und die nationalen Krisen stehen. Von uns wurde bislang nicht untersucht, in welchem Umfang die marxistisch-leninistischen Begriffe konstitutiv in die Ausarbeitung der Faschisierungsthese eingegangen waren. Wir wollen jedoch darauf verweisen, daß die Faschisierungsthese nicht einfach ein ziemlich sekundärer Teil unserer politischen Orientierung gewesen ist, sondern ihr *Kernstück*. Wenn wir heute über die Faschisierungsthese diskutieren, dann diskutieren wir über unsere frühere Grundorientierung, über die Scheidelinie, die uns von anderen Organisationen trennte.

Der rationale Kern der Faschisierungsthese

In unseren Augen lag der Hauptfehler der Faschisierungsthese darin, daß sie die vorgefundenen Krisenelemente verabsolutierte und gradlinig in die Zukunft verlängerte. Nichtsdestotrotz waren diese Krisenelemente jedoch real vorhanden. Nicht allein auf internationaler Ebene war eine gewisse Zuspitzung der Widersprüche zu konstatieren, sondern auch in der BRD selbst, was sich in der Herausbildung der Neuen Linken und der scharfen Konfrontation um die Außenpolitik der SPD niederschlug. Der Versuch der Revanchisten, die damals die CDU/CSU voll im Griff zu haben schienen, die „Aussöhnung mit dem Osten" zu stoppen und eine reaktionäre Mobilisierung auf revanchistischer Grundlage zu schaffen, scheiterte allerdings vollständig. Dennoch war es *damals* noch nicht sichtbar, welche Orientierung sich in der BRD durchsetzen würde. Ähnliches gilt beispielsweise für die Notstandsgesetze. Diese waren durchaus Ausdruck einer Krisenerwartung auch auf Seiten der herrschenden Parteien und stellten von ihrer Option her den Versuch dar, sich in Instrumentarium für repressive Krisenlösungen zu schaffen und diese institutionell abzusichern. Die Faschisierungsthese war also nicht einfach ein „Denkfehler", sondern ein (überzogener) Reflex auf reale Vorgänge. Von ihrem Gehalt her war die Faschisierungsthese realistischer als die Revolutionsphantasien der ML-Parteien, die das letzte Gefecht für angebrochen hielten (Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution. Der Imperialismus ist ein Papiertiger. Die Massen wollen nach links. Etc. pp. Erinnert Ihr euch?). Der rationale Kern der damaligen Faschisierungsthese des KB lag in der empirisch fundierten Behauptung, daß in der BRD ein präventiver Sicherheitsapparat aufgebaut werde,_ der strukturell
fundierten Behauptung, daß in der BRD ein präventiver Sicherheitsapparat aufgebaut werde, der strukturell
für terroristische Krisenlösungen nutzbar sei. Wir halten das für unbestreitbar. Wahr ist auch, daß das Personal dieser Apparate größtenteils ein faschistoides Bewußtsein hat. Wahr ist weiterhin, daß anläßlich militanter Massendemonstrationen dieser Apparat erprobt wurde und uns, d.h. der Linken, wiederholt zeigte, wozu er fähig ist, wenn...

An der RAF wurde demonstriert, daß dieser Apparat auch vor gezieltem staatlichen Mord nicht zurückschreckt. Der Fehler lag also nicht darin, diese Wahrheiten immer wieder und möglichst laut auszusprechen und vor zu warnen, was dieser Apparat anrichten *könnte, wenn* sich die Auseinandersetzungen zuspitzen sollten. Der Fehler lag vielmehr darin, einerseits die aktuelle Krise gradlinig zu verlängern und andererseits darin, in dem forcierten Ausbau des Sicherheitsapperates etwas Besonderes, etwas auf den Faschismus hintreibendes zu sehen. In der BRD war es so, daß aufgrund der Erfahrungen mit dem Faschismus Einschränkungen bestanden, die es in anderen Staaten nicht gab, und daß nun in der BRD nachvollzogen wurde, was in anderen kapitalistischen Staaten Praxis war oder ebenfalls angestrebt wurde. Der Fehler lag darin, in dem Abbau der BRD spezifischen Beschränkungen eine Faschisierung und nicht einen Prozeß des Nachholens eines in den Kernländern der EG vor sich gehenden Prozesses zu sehen.

Mit der Faschisierungsthese und der damit verbundenen Bündnispolitik wurde dabei unbeabsichtigt ein ziemlich idyllisches Bild von der bürgerlichen Demokratie gemalt, weil unausgeprochen unterstellt wurde, daß der ablaufenden Ausbau der Repressionsorgane mit der bürgerlichen Demokratie unvereinbar sei (sonst könnte man den Prozeß ja nicht als Faschisierung, also tendenzielle Auflösung der Republik bezeichnen). D.h. in der Konsequenz, daß die bürgerlichen Rechte gegen den Kapitalismus als Kritik eingeklagt wurden. Dies drückt sich auch in den Parolen aus (etwa: „Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte"). Selbstverständlich müssen wir jedes Stückchen politischer Freiheit mit Händen und Füßen verteidigen, aber die *Beschränkung* auf die Verteidigung und Erhaltung der bürgerlichen Freiheiten führt dazu, daß einerseits die Illusionen in die kapitalistische Demokratie nicht systematisch widerlegt werden, und führt zweites dazu, daß nicht genau untersucht wird, welche gesellschaftlichen Triebkräfte konkret hinter der staatlichen Entwicklung stehen, welcher gesellschaftliche Prozeß sich in dem Ausbau der repressiven und reproduktiven Staatsfunktionen ausdrückt. Die sog. neuen sozialen Bewegungen in der BRD thematisieren heute nicht allein die Verteidigung der bürgerlichen Rechte, sondern haben die Frage aufgeworfen, in welchen Formen sich reale Selbstverwaltung und reale Basisdemokratie vollziehen kann. Das heißt: die heutigen Forderungen der linken Opposition gegen trotz aller reformistischer Ansichten bereits über den Rahmen der klassischen bürgerlichen Freiheiten hinaus und deshalb kann sich sozialistische Politik nicht auf die Verteidigung bereits vorhandener Freiräume beschränken. Wir können diese Behauptung hier nur als These hinstellen. Wir behaupten also, daß die Debatte um die Faschisierungsthese hinauslaufen muß auf eine Debatte um den Charakter und die unterliegenden gesellschaftlichen Kräfte der konkreten Republik namens BRD und auf die Frage, wie wir uns zu dieser konkret politisch verhalten.

Vor welcher Situation stehen wir?

Es wäre Schönfärberei zu behauten, wir hätten bereits den Ersatz für die alte Grundorientierung gefunden. Ehrlich gesagt sind nicht einmal die Kritiker der Faschisierungsthese bei uns sich über die Konsequenzen einig. Die Frage, was denn nun aus der Kritik der Faschisierungsthese folge, ist identisch mit der Frage, wie heute in der BRD radikal-sozialistische Politik gemacht werden kann. Wir wollen Euch nicht verschweigen, daß wir den Stein der Weisen trotz intensiver Suche noch immer nicht gefunden haben und in der Frage der politischen Konsequenzen
Weisen trotz intensiver Suche noch immer nicht gefunden haben und in der Frage der politischen Konsequenzen
bislang nur auf die hoffenlich ausbrechenden Diskussion verweisen können. In dieser Lage wissen wir uns mit der ganzen Linken einig. Wir wollen im folgenden die heutige Situation skizzieren, so wie wir sie sehen, und dabei versuchen, die Kernprobleme zu benennen, die sich aus dem Zusammenbruch der alten Grundorientierung ergeben.

Rückblickend betrachtet hat sich in den letzten 15 Jahren nicht eine tendenzielle Auflösung der republikanischen Verfaßtheit in den EG-Ländern abgespielt, sondern 1. die Beseitigung der letzten Diktaturen (Griechenland, Portugal, Spanien) und 2. ein gebrochener Prozeß der ökonomischen und politischen Integration im Rahmen der EG, der die nationalstaatliche Verfaßtheit der kapitalistischen Staaten in Europa aufzuheben beginnt. Ökonomisch ist die EG das Hauptaktionsfeld des BRD-Kapitals (dies gilt für den Waren- *und* Kapitalim- und export). Statt der erwarteten Intensivierung revanchistischer Bestrebungen hat die BRD sich in erster Linie um eine Ausweitung und Konsolidierung der EG bemüht. Soweit dies ersichtlich ist, stehen die Orientierung auf EG-Integration und revanchistische Ambitionen in einem generellen Widerspruch, weil die anderen EG-Staaten nicht das mindeste Interesse an einem „wiedervereinigten" Deutschland haben noch haben können, das sich als kontinentale Hegemonialmacht etabliert. Die Interessen des BRD-Kapitals sind mit der EG bereits in einem Ausmaß verzahnt, daß ein kurzfristiger Orientierungswechsel so gut wie ausgeschlossen ist. Die auch von uns früher der BRD unterstellte „besondere Aggressivität" ist ihrer Außenpolitik nicht nachweisbar (womit die faktische Einschränkung nationaler Souveränität ökonomisch unterlegener Staaten nicht bestritten werden soll). Im Mittelpunkt der BRD-Außenpolitik steht nach wie vor die „friedliche", d.h. stumme ökonomische Expansion. Statt nationalstaatlichen Annexionsversuche gegen Osten findet heute ein Prozeß der Herstellung eines EG-weiten Wirtschaftsraumes („einheitlicher Binnenmarkt") statt, der sich kraft freiwilliger Integration peripherer Staaten erweitert. Dieser Konzeption, die von der sozialliberalen Regierung begonnen und durchgesetzt wurde, hat sich mittlerweile auch die CDU/CSU verschrieben, sie stellt den außenpolitischen Konsens der bürgerlichen Parteien dar. In diesem Rahmen hat in den letzten 15 Jahren in der BRD sich ein Staat herausgebildet, dessen politische Grundlinie in der Konfliktvermeidung (Prävention) liegt. Ungeachtet der z.T. äußerst brutalen Polizeirepression gegen relativ isolierte Minderheiten basiert dieser Staat auf dem sog. „Sozialen Frieden", der der Arbeitklasse eine gewisse materielle Absicherung garantiert, die bislang auch von der CDU/CSU nicht grundlegend infrage gestellt wurde, sowie auf einem integrationistischen Konzept gegenüber oppositionellen Massenbewegungen, das in der Grundlinie darauf abzielt, massenhafte Einbrüche in den gesellschaftlichen Konsens (die sog. „Solidarität der Demokraten") zu vermeiden. Dieses Konzept schließt weder brutale Übergriffe gegen militante Minderheiten aus noch gezielte Einschüchterungsversuche gegen oppositionelle Bewegungen (wie jüngst in Brokdorf und Kleve demonstriert), sondern beruht auf dem Wechsel von Intergration und exemplarischer Repression. Grundlegend jedoch besteht seitens der Herrschenden in der BRD kein Konzept der Eskalation und Konfrontation, sondern eines der Integration und Konfliktprävention. Dieses Konzept einer befriedeten Republik korrespondiert erstens mit dem Stand der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und ihres Charakters, d.h. letztenendes der stabilen Hegemonie nichtrevolutionären Kräfte in den entscheidenden Massenbewegungen, sowie zweitens mit einer relativen außenpolitischen und ökonomische Stabilität. Die innenpolitische Stabiliät ist also von bestimmten Bedingungen abhängig, die von den Herrschenden in der BRD nur bedingt beeinflußbar sind. Es kann zum gegebenen Zeitpunkt nicht bestimmt werden, wie lange diese Bedingungen vorherrschend sein werden. *Aktuell und konkret analysierbar* sind jedoch keine generellen Infragestellungen der Stabilität abzusehen: 1. gibt es in der BRD keine relevante politische Kraft, die die vorherrschende Politik des Staates ändern wollte oder könnte; 2. bauen auf internationaler Ebene (noch!) alle Beteiligten auf Konfliktlösung und Arrangements (obwohl sie gleichzeitig die Kriegsmaschinerie vervollkommnen); 3. ist aktuell keine ökonomische Krise von solchen Ausmaßen abzusehen, daß sie notwendigerweise zu einem Zusammenbruch der BRD-Gesellschaft
daß sie notwendigerweise zu einem Zusammenbruch der BRD-Gesellschaft
führen müßte. Und 4. schließlich machen weder die westdeutsche Arbeiterbewegung noch die neuen sozialen Bewegungen hierzulande den Eindruck, als wollten oder könnten sie den revolutionären Sturm auf die Festung beginnen. Alles in allem macht also die Situation den Eindruck einer andauernden Stabiltät.

Es läßt sich, um dies noch einmal zu betonen, *im Moment* nicht bestimmen, ob und wenn wann dieser Prozeß einer neuen Phase existentieller Krisen Platz machen wird.

Während die Situation international und in der BRD also zunächst durch eine relative Stabilität gekennzeichnet ist, gibt es andererseits eine gefährliche Labilität. Denn die Overkill-Potentiale der Nuklearmächte und der Konfrontationskurs der USA schaffen eine Situation, die durchaus in einen neuen Weltkrieg umschlagen *kann*. Aktuell ist es vor allem das umsichtige Agieren der Sowjetunion, das ein unklakulierbares Ausufern der regionalen Konflikte unterbindet. Sollte sich jedoch die US-Strategie fortsetzen, das defensive Agieren der UdSSR für ihren low-intensity-war auszunutzen, könnte dies katastrophale Folgen haben. Der US-Angriff auf Libyen hat dies deutlich gemacht, denn er trug ohne Rücksicht auf die eigenen Verbündeten den low-intensity-war an die Grenzen Europas. Wir sehen in der aggressiven Außenpolitik der USA die Hauptgefahr für den internationalen Frieden und damit auch für jede emanzipatorische Entwicklung, denn ein Nuklearkrieg würde die menschliche Zivilisation ausrotten oder aber zumindest Verhältnisse schaffen, die jede Hoffnung auf eine fortschrittliche Entwicklung unter den Trümmern der Barbarei begraben. Neben dieser Hauptbedrohung, der sich die Menschheit heute ausgesetzt sieht,

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

vorbereitungen trifft. Aber welche Vorstellungen haben wir eigentlich davon, wie die innenpolitischen Verhältnisse in einem wie auch immer gearteten Ernstfall aussehen würden? Glaubt man vielleicht, während die NATO militärische Drohungen ausspricht, könnten wir gewaltfreie Blockaden vor den Pershing-Rampen veranstalten und hätten dort nicht mehr zu befürchten als Gummigeschosse der Polizei (auch das nur in Bayern)? Glaubt man denn, die große Koalition hätte die Notstandsgesetze ohne jeden Sinn beschlossen? Der Zusammenhang zwischen Krieg und Faschismus, früher unter Linken eine schiere Selbstverständlichkeit, scheint völlig verschüttet zu sein — aber nicht, weil neue Erkenntnisse ihn widerlegt hätten, sondern einfach deshalb, weil die Friedensbewegung so unpolitisch geblieben ist und das Unpolitische sogar als Tugend abfeiert.

Jeder einzelne dieser Punkte würde für sich allein schon ausreichen, die Frage einer möglichen Faschisierung sehr genau zu untersuchen und sich nicht mit den eher kargen, immer gleichen Standardargumenten zufrieden zu geben, die in dieser Debatte seit Jahr und Tag ausgetauscht werden. Das wäre dann der Fall, wenn es nicht die gefährliche Selbstberuhigung gäbe, daß wir, die Linken, gar nicht stark genug sind, als daß die Bourgeoisie den Faschismus „nötig" hätte. Man sollte sich deshalb vor Augen halten, was es letztlich bedeutet, wenn die Linke eines Landes, welches den Nationalsozialismus hervorgebracht hat, den Verantwortlichen des millionenfachen Mordens bescheinigt, sie hätten ja nur gezwungenermaßen oder aus Schwäche gehandelt: Es bedeutet einen grandiosen Freispruch. Klingt es nicht ganz ähnlich, wie die Entschuldigungen dieser Verantwortlichen selbst?

de./Redaktion ARBEITERKAMPF

Fortsetzung von vorheriger Seite

zeigen die ökologischen Katastrophen der letzten Jahre, daß völlig unkontrollierbare und von niemandem beeinflußbare Entwicklungen die Situation grundlegend verändern können. Die Katastrophe von Tschernoyl hat dies aktuell verdeutlicht.

Angesichts dieser Bedrohung empfinden zunehmend mehr Menschen den vorherrschenden Zustand als unerträglich. In der „Deutschen Ideologie" erklärten einst Marx und Engels, wir nennen Kommunismus diejenige Bewegung, „die den jetzigen Zustand aufhebt". Diese wirkliche Bewegung, die den jetzigen Zustand aufheben will, gilt es weiterzuentwicken, mit dieser wirklichen Bewegung wollen wir Politik machen.

Fragen und Probleme

Die heutige Situation wirft eine Reihe grundlegender Fragen auf, die nicht allein die Faschisierungsthese betreffen. Mit den aus der Komintern-Zeit übernommenen Begriffen und Theorien ist die heutige Situation nicht angemessen zu erfassen. Es kann weder von einer ökonomischen „Tendenz zu Stagnation und Fäulnis" gesprochen werden noch davon, daß es heute vornehmlich um den Kampf gegen einen drohenden Faschismus ginge. Es scheint uns auch aussichtslos, die wirkliche Bewegung unter Parolen wie der „Gegen Imperialismus, Reaktionen und Krieg" sammeln zu wollen. Im ausbrechenden Krieg die Gewehre umdrehen zu wollen, ist angesichts der Nuklearwaffen kaum eine realistische Option usw. usf. Die Zeiten der Phrasen sind unwiderruflich dahin. Erneut ist an uns der Anspruch gestellt, den bereits die „Deutsche Ideologie" formulierte: „Phrasen vom Bewußtsein hören auf, wirkliches Wissen muß an dieser Stelle treten" (MEW Bd. 3, S.27).

Die heutige Situation ist u.E. auch dadurch gekennzeichnet, daß die neue gesellschaftliche Opposition, die sich zunächst um die Grüne Partei sammelt, nicht mit abgestandenen Formeln abspeisbar ist, was wir durchaus als Fortschritt begreifen. Den von den neuen Bewegungen aufgeworfenen Fragen müssen wir uns stellen, denn sie lassen sich nicht einfach als „kleinbürgerlich", „reformistisch" etc. abqualifizieren, sondern entspringen den realen Erfahrungen und der realen Situation. Daß sich der emanzipatorische Impuls der neuen Opposition aufgund seiner anti-etatistischen Stoßrichtung auch jeden Marxismus-Leninismus stellt, der sein Verhältnis zum Stalinismus nicht offenlegt, ist in sich logisch und politisch richtig.

Das Projekt eines revolutionären Sozialismus ist heute erneut offen und bildet sich aus den konkreten Konflikten heraus, die die herrschende kapitalistische Gesellschaft nicht zu lösen vermag. Dies betrifft nicht allein die Fragen des Friedens und der ökologi-
bildet sich aus den konkreten Konflikten heraus, die die herrschende kapitalistische Gesellschaft nicht zu lösen vermag. Dies betrifft nicht allein die Fragen des Friedens und der ökologi-
schen Sicherheit, sondern dies betrifft allgemeiner die Perspektive einer emanzipatorischen gesellschaftlichen Entwicklung, die die bürgerliche Politik nicht vermitteln kann. In diesem Prozeß verheißt es keinen Erfolg, die Krise des bisherigen Marxismus zu ignorieren und an überlebten Formen des Marxismus festzuhalten, sondern der Marxismus muß sich selbst weiterentwickeln und sich *wissenschaftlich und politisch* an den realen Problemen und in den wirklichen Bewegungen beweisen. Die Kritik an der Faschisierungsthese ist für uns nur ein Teil des Versuchs, überlebte Denkformen abzustreifen, den Dogmatismus zu überwinden und den kritischen Impuls des Marxismus erneut freizusetzen. Wie Marx so treffend sagte, verlangen wir „von der Kritik vor allem, daß sie sich kritisch zu sich selbst verhält" (MEW Erg. Bd.1, S.391). Dieser selbstkritischen Impuls des Marxismus haben wir heute bitter nötig.

jb/F. (KB)

Literaturhinweise:

1. Die Strategie des Staates gegen die Friedensbewegung, (Autor: F.), in AK 246, 247 und 250
2. Was ist los mit der Faschisierung? (F.), in AK 256, 257, 258 und 259
3. Faschisierung oder „präventiver Sicherheitsstaat", (Rudolf), AK 263
4. Es gibt keine Teilfaschisierung!, (jb), AK 264
5. Notiz über etwas, was es nicht gibt?, (Rudolf), AK 266
6. Um was diskutieren wir?, (jb), AK 267
7. Gewaltherrschaft, bürgerliche Demokratie, Marx-Interpretation, (Rudolf), AK 269

Diese AKs können bei Bedarf bezogen werden über:
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4
2000 Hamburg 20

Gegen das Faschisierungsgerede
oder: Der kurze Weg zur reinen Demokratie

Beitrag von Heiner Karuscheit in der „Beilage"

Vorbemerkung: Der vorliegende Artikel entstammt einer längeren Abhandlung über „Kapital — Demokratie — Faschismus" aus der gleichzeitig erscheinenden AzD-Nr.37. Darin wird zunächst der politökonomische Ausgangspunkt der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus für die Bestimmung des Staates entwickelt. Demzufolge schätzte Marx die bürgerliche Demokratie als die Staatsform ein, die letztlich der Bewegung des Kapitals entspricht. „Die Bourgeoisie hat keinen König, die wahre Form ihrer Herrschaft ist die Republik", schrieb er. (1) Der Verlauf der Klassenkämpfe in Frankreich einschließlich der Pariser Kommune ließ ihn zwar vorübergehend den Bonapartismus für die „schließliche Form der bürgerlichen Staatsmacht" halten; in der „Kritik des Gothaer Programms" kurze Zeit später betrachtete er jedoch die demokratische Republik wieder als die letzte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft, in der „der Klassenkampf definitiv auszufechten ist". (2)

Der zweite Teil der Abhandlung befaßt sich sodann mit *Lenins* Einschätzung der *bürgerlichen Demokratie* sowie der Position der *Komintern* zur *Faschisierung*. Aufgrund seiner Monopoltheorie betrachtete Lenin den Kapitalismus in seinem jetzigen höchsten, letzten und Niedergangsstadium politisch als „Reaktion auf der ganzen Linie", als „Negation der Demokratie". Er schrieb: „Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion." (3) Darauf aufbauend hielt die Komintern den Faschismus für die Staatsform, die dem Monopolkapitalismus entspricht. Eine „normale" demokratische Republik würde es nirgends mehr geben; in „der Epoche des Imperialismus und der allgemeinen Krise des Kapitalismus" könne es nur noch „sich faschisierende bürgerliche Demokratien" geben, erklärte Manuilski an der Spitze der KI 1931. (4)

Der abschließende dritte Teil der Abhandlung befaßt sich schließlich mit weiteren, heute aktuellen Auffassungen vom Faschismus und der Faschisierung. Er wird hier in erheblich gekürzter und überarbeiteter Fassung gebracht.

1. Trotzki: Das letzte Spiel des Kapitalismus

Im Ausgangspunkt seiner Faschismuseinschätzung ist Trotzki noch radikaler
1. Trotzki: Das letzte Spiel des Kapitalismus

Im Ausgangspunkt seiner Faschismuseinschätzung ist Trotzki noch radikaler
als die Komintern. In das von ihm für die Gründung der IV. Internationale verfaßte „Übergangsprogramm" von 1938 schreibt er hinein: „Die wirtschaftlichen Voraussetzungen der proletarischen Revolution sind schon seit langem am höchsten Punkt angelangt, der unter dem Kapitalismus erreicht werden kann. Die Produktivkräfte der Menschen stagnieren. (...) Die objektiven Voraussetzungen der proletarischen Revolution sind nicht nur schon ‚reif', sie haben sogar bereits begonnen zu verfaulen." In begleitenden Ausführungen zum Programm erläutert er weiterhin, daß der Kapitalismus im 19. Jahrhundert noch eine aufsteigende Linie gehabt habe. Aber seither sei „der Weltmarkt zu eng für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden." Die bürgerliche Gesellschaft habe „ihre Möglichkeiten erschöpft"; der erste Weltkrieg, aus dem zu engen Weltmarkt hervorgegangen, sei „der Ausdruck ihrer Unfähigkeit für weitere Ausdehnung": Nachdem die Oktoberrevolution dem Imperialismus bereits „einen Todesstoß versetzt" habe, werde jetzt in der ganzen Welt „die eiserne Ferse des Faschismus die letzte Zuflucht des verzweifelten Kapitalismus". Die Bourgeoisie sei gezwungen, „ihr letztes Spiel auf die Karte des Faschismus zu setzen". Bis der VII. KI-Weltkongreß die Volksfrontpolitik des gemeinsamen Kampfes mit der Sozialdemokratie gegen den Faschismus durchsetzte, waren gemäß dem KI-Programm von 1928 Sozialdemokratie und Faschismus als gleichermaßen letzte Rettungsanker des niedergehenden Kapitalismus betrachtet worden. Dieses Schema nun benutzte auch Trotzki, nur nach links verschoben: „Die „Volksfronten" auf der einen, der Faschismus auf der anderen Seite, dies sind die letzten politischen Reserven des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution." (5)

Die politökonomischen Aussagen Trotzkis über die stagnierenden Produktivkräfte, für die — obwohl sie stagnieren! — der Weltmarkt zu eng geworden ist, sind weit von der Marxschen Theorie entfernt. Ähnlich wie die KI nimmt auch Trotzki keine wissenschaftliche Untersuchung der gesellschaftlichen Realität vor, um daraus einen objektiven Begriff des Faschismus zu gewinnen. Er untersucht weder den Stand der Durchsetzung des Kapitalverhältnisses noch die historische Entwicklung des Staatsapparates beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus in den faschistischen Ländern noch die Stellung der verschiedenen Klassen und Schichten dazu. Seine Aussagen zum Faschismus bewegen sich auf der äußersten Oberfläche der gesellschaftlichen Bewegung, auf einer rein politischen Ebene.

Obwohl Trotzki über ein feines politisches Gespür verfügt, ist auf dieser Ebene der Subjektivismus kaum vermeidbar. Er schlägt bei dem Gründer der IV. Internationale sogar in offenen Voluntarismus um. „Ohne sozialistische Revolution, und zwar in der nächsten geschichtlichen Periode", schreibt er im „Übergangsprogramm", „droht die ganze menschliche Kultur in einer Katastrophe unterzugehen. Alles hängt ab vom Proletariat, d.h. in erster Linie von seiner revolutionären Vorhut." Aber der Retter aus Not und Verzweiflung steht schon bereit. Zwar versuchen Sozialdemokraten und Stalinisten alles, um die Arbeiterklasse zu verraten, „aber desto klarer werden ihre verzweifelten Anstrengungen, das Rad der Geschichte aufzuhalten, den Massen demonstrieren, daß die Krise der proletarischen Führung, die zur Krise der menschlichen Kultur geworden ist, nur von der IV. Internationale gelöst werden kann". (5a) An der Spitze der IV. Internationale aber steht — Trotzki selber. Nur von ihm hängt also das Schicksal der ganzen Menschheit ab.

Aus der Situation der 30er Jahre heraus sind Trotzkis Auffassungen, obwohl von Anfang an fehlerhaft, noch nachvollziehbar. Auf der einen Seite schien der Faschismus unaufhaltsam vorzumarschieren und drohte ein künftiger Weltkrieg alles zu verschlingen. Auf der anderen Seite hatte die KI-Führung jahrelang entgegen seinen Ratschlägen die Sozialfaschismustheorie vertreten und ihn aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen. Wenige Jahre zuvor noch mit an der Spitze einer gewaltigen Revolution stehend, war er seither von politischer Wirksamkeit im Sinne der Beeinflussung von gesellschaftlichen Entscheidungen weit entfernt. Vor diesem Hin-
sen. Wenige Jahre zuvor noch mit an der Spitze einer gewaltigen Revolution stehend, war er seither von politischer Wirksamkeit im Sinne der Beeinflussung von gesellschaftlichen Entscheidungen weit entfernt. Vor diesem Hin-
tergrund müssen seine Äußerungen gelesen werden. Nicht verständlich ist allerdings, daß für die heutigen Anhänger der IV. Internationale das Übergangsprogramm von 1938 nach wie vor eine gültige programmatische Grundlage darstellt.

2. Faschismus als „reiner Kapitalismus"

Die als nächstes vorgestellte Auffassung des Faschismus gibt bestimmte, nach wie vor verbreitete Meinungen in besonders krasser Form wieder. Sie entstammt der Faschisierungsdebatte, die vor kurzem in den Reihen des KB stattfand bzw. immer noch stattfindet, und wurde von einem Teilnehmer dieser Debatte, dem Gen. Rudolf aus Frankfurt, formuliert. Der Gen. jb. hat damit eine ausführliche und lesenswerte Auseinandersetzung geführt, auf die zu verweisen ist. (6) Hier sei nur ein Punkt aufgegriffen.

„Faschismus ist Kapitalismus ‚sans phrase'" bzw. „Kapitalismus pur" oder das „logische Endstadium" des Kapitalismus, schreibt Rudolf. Zur Erläuterung dieser Auffassung spricht er vom „Kampf der Volksmassen gegen feudale und andere Herrschaftsverhältnisse" und fährt fort: „Faschismus beinhaltet dann auf allen gesellschaftlichen Teilbereichen die Überwindung aller der durch diesen Kampf der Volksmassen bedingten Grenzen der Verwertung und Akkumulation von Kapital und ist in diesem Sinn ein ‚Spiel ohne Grenzen' des Kapitalismus." (7) Der Gedanke, der sich in diesen Sätzen ausdrückt, ist unschwer zu entdecken: Die durch den Kampf der Volksmassen gegen den Feudalismus entstandene (bürgerliche) Demokratie stelle ein Hindernis für die Bewegung des Kapitals, d.h. für seine Verwertung und Akkumulation, dar.

Wer so etwas behauptet, hat nicht verstanden, daß die Akkumulation des Kapitals völlig „demokratisch" stattfindet, indem das Kapital die Arbeitskraft ihrem Wert gemäß entlohnt — und ausbeutet, weil das Arbeitsvermögen als einzige Ware mehr Wert erzeugen kann als sie selber besitzt. „Freiheit" und „Gleichheit" charakterisieren „das herrschende gesellschaftliche Verhältnis" der Menschen als *Warenbesitzer* zueinander; sie sind zugleich Ausgangspunkt der dem Kapital entspringenden Staatsform. „Gleichheit und Freiheit sind also nicht nur respektiert im Austausch, der auf Tauschwerten beruht, sondern der Austausch von Tauschwerten ist die produktive, reale Basis aller Gleichheit und Freiheit. Als reine Ideen sind sie bloß idealisierte Ausdrücke derselben; als entwickelt in juristischen, politischen, sozialen Beziehungen sind sie nur diese Basis in einer anderen Potenz." (8) Prinzipiell gesehen, steht die demokratische Republik daher nicht nur in keinem Gegensatz zur Verwertung des Kapitals, sondern ist im Gegenteil die politische Form, die dessen eigenen Bewegungsgesetzen entspricht. Auf dieser Ebene ist die Behauptung, daß der Faschismus reiner Kapitalismus sei, reiner Unsinn.

3. Faschismus als Krisenlösung

Eng verwandt den vorangegangenen Theorien bzw. eine ökonomistisch-gewerkschaftliche Variante davon ist die jetzt behandelte Theorie. Sie unterstellt weniger einen linearen Prozeß permanenter Faschisierung, sondern faßt den Faschismus eher als Krisenprodukt auf. Für den normalen Konjunkturverlauf reiche die normale parlamentarische Demokratie aus, in jeder größeren Krise jedoch werde die Gefahr des Faschismus akut. Dessen Triebkraft wird also in der ökonomisch bedingten Notwendigkeit gesehen, die Organisationen und Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Die Nähe dieser Position zu der vorhergehenden Auffassung, wonach der Faschismus die chrankenlose Akkumulation des Kapitals garantieren soll, tritt bereits im Ansatz zutage. Obwohl auch in der heutigen KPD zu Hause, wollen wir sie durch einen anderen Vertreter vorstellen lassen, der sie besser zu formulieren weiß.

Unter Berufung auf Marcuse schreibt Jens Bünnig von der Zeitschrift „REVIER", der Faschismus „reaktualisiert sich in jeder anhaltend
anderen Vertreter vorstellen lassen, der sie besser zu formulieren weiß.
Unter Berufung auf Marcuse schreibt Jens Bünnig von der Zeitschrift „REVIER", der Faschismus „reaktualisiert sich in jeder anhaltend
tiefen Krise des Kapitalismus". Diese Reaktualisierung beschreibt er sodann für die heutige Zeit. Die „konservative Wende", die mit der Kohl-Regierung eingetreten sei, würde den „Kapitalismus pur" propagieren und deshalb gegen sozialstaatliche Errungenschaften vorgehen. Dadurch würden die Massen der Arbeitslosen aus der Gesellschaft ausgegrenzt und die noch Beschäftigten zum Wohlverhalten gezwungen. Insgesamt sei das nur durch den Übergang zu offenen Unterdrückungsmaßnahmen möglich: „Das wirtschaftspolitische Ziel, daß Kapital und Arbeit auch unter den Bedingungen einer verfestigten ... Massenarbeitslosigkeit einschließlich Massenelend partnerschaftlich zusammenarbeiten sollen, kann nur noch repressiv umgesetzt werden." Darum werde zum einen der „Machtstaat" auf Kosten des „Rechtsstaats" ausgebaut (Beispiel: der Bombenanschlag des Verfassungsschutzes auf das Gefängnis in Celle, um einen V-Mann zu stützen), zum andern eine irrationalistische Massenhetze betrieben (Beispiel: Heiner Geißler). Letztendlich ziele das ganze Vorgehen auf die Gewerkschaften: „Ellbogengesellschaft, Machtstaat und Volksverhetzung versammeln sich im strategischen Angriff auf die Gewerkschaften." Und wenn das Ganze einmal akzeptiert und in Gang gesetzt sei, „gibt es auf der schiefen Bahn kein Halten mehr. Auch — und im Kern — so gesehen, ist diese konservative Wende ‚Wegbereiter'. Eben: ‚black out — braun rein'." (9) Obwohl das Wort nicht benutzt wird, beschreibt Bünnig nichts anderes, als was von anderen Autoren wie Rudolf als „Faschisierung" auf den Begriff gebracht wird.

Unterstellen wir einmal — was wir noch keineswegs für ausgemacht halten — die Richtigkeit der von Jens Bünnig vorgenommenen Beschreibung. Was folgt daraus bzw. was ist die Problematik der daraus automatisch abgeleiteten Konsequenz, daß dies dem Faschismus den Weg bereite? Zwei Dinge erscheinen als fragwürdig, zumindest als unausgewiesen:

a) Die bürgerliche Demokratie definierte sich bisher neben der Stellung des Parlaments nach den *politischen* Rechten wie der Unverletzlichkeit der Person, des Eigentums, der Wohnung, nach der Meinungs-, Versammlungs-, Religionsfreiheit etc. Tatsächlich hat es daneben während der letzten Jahrzehnte in einigen Staaten den Ausbau *sozialer* Rechte wie der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung gegeben. Der Begriff, der sich für diese Seite des Gemeinwesens herausgebildet hat, ist der des „Sozialstaats". Wenn nunmehr behauptet wird, mit einem Angriff auf den Sozialstaat würde der Weg zum Faschismus beschritten, wird unausgesprochen unterstellt, daß die sozialen Rechte zum Wesen der bürgerlichen Demokratie gehören.

Historisch hat diese Identität zwischen Republik und Sozialstaat bislang nicht bestanden; Ausdruck davon ist u.a., daß der Sozialstaat in der BRD nicht grundgesetzlich verankert ist. Wenn man der Meinung ist, daß die demokratische Republik heute nur noch als Sozialstaat existieren kann, müßte dafür zunächst der Beweis angetreten werden.

b) Ähnliches betrifft die Stellung der Gewerkschaften. Schon *prinzipiell* erscheint es gewagt, einen Angriff auf die Gewerkschaften mit faschistischer Wegbereitung gleichzusetzen, wie J. Bünnig das tut. Das gibt dem Gedanken Ausdruck, als ob das Vorgehen gegen die Interessensorganisationen der Arbeiterklasse etwas der bürgerlichen Demokratie Wesensfremdes wäre, als ob sie dazu ihre eigenen Grenzen überschreiten und Anleihen aus einer anderen Staatsform — dem Faschismus — aufnehmen müßte. Jede größere Beschneidung gewerkschaftlicher Positionen als Schritt zum Faschismus zu deuten, heißt letztlich, die bürgerliche Demokratie nicht als Staat des Kapitals zu begreifen, d.h. als eine Staatsform, die innerhalb der ihr eigenen Grenzen die Verwertung des Kapitals im Grundsatz sicherzustellen weiß. Darüber hinaus begegnet die These von der faschistischen Wegbereitung aufgrund eines angenommenen strategischen Angriffs gegen die Gewerkschaften weiteren, *konkreten* Bedenken. Während des ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik sowie mit verdoppelter Energie nach dem zweiten Weltkrieg haben die Gewerkschaften eine staatstragende Funktion übernommen. Sie sind heute auf eine Weise mit der Republik verflochten, wie das weder in Italien,
publik sowie mit verdoppelter Energie nach dem zweiten Weltkrieg haben die Gewerkschaften eine staatstragende Funktion übernommen. Sie sind heute auf eine Weise mit der Republik verflochten, wie das weder in Italien,
Frankreich oder Großbritannien der Fall ist, und sind eine der wichtigsten sozialen Stützen dieser Republik. Darum trifft die Einschätzung Bünnigs, daß ein Angriff auf die Gewerkschaften die Demokratie in unserem Lande berührt, in der Tat zu, allerdings in anderer Hinsicht als gedacht. In Anbetracht der gegebenen Einbeziehung der Gewerkschaften in den Staat bedeutet nämlich jede weitergehende Veränderung ihrer Position eine Veränderung der gegebenen Form der Demokratie, eine Veränderung der gegebenen Hegemonieverhältnisse.

Bei der Auseinandersetzung um den §116 AFG spiegelte sich das wider, indem die Gewerkschaftsführung die schwarz-rot-golden untermalte Parole ausgab: „Streikrecht verteidigen — Demokratie sichern". Inwieweit es wirklich „das" Streikrecht war, um das es ihr ging, oder nicht vielmehr eine bestimmte Form des gewerkschaftlich gesteuerten Streiks, soll dahingestellt bleiben. Hier ist vor allem die zweite Hälfte der Parole von Interesse: „Demokratie sichern!" Sie zeigt einerseits die staatserhaltende Zielsetzung der Gewerkschaftsführung. Andererseits kommt darin die Sorge zum Ausdruck, daß die gegebene Form der Demokratie — und d.h. die privilegierte Stellung der Gewerkschaften bzw. des Gewerkschaftsapparats darin — gefährdet werden könnte. Dieser Position gegenüber verhindert die ökonomistisch-gewerkschaftliche Variante der Faschisierungsthese jede sowohl prinzipielle Abgrenzung als auch differenzierte Politik. Sie verleitet im Gegenteil dazu, *die Gewerkschaftsführung von links her auf der Linie einer Abwehr des drohenden Faschismus zu decken.*

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

4. Die Notstandsgesetze: Der legale Faschismus

Eine weitere konkrete Ausprägung der Faschisierungstheorie gründet sich auf die 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze, die als legale Vorbereitung bzw. Durchführung des heutigen Faschismus interpretiert werden. Diese Ausprägung hat u.a. im Programm der 1979 gegründeten Volksfront Gestalt angenommen. In ihren „Grundsätzen" heißt es, daß in der BRD eine „fortschreitende Faschisierung von Staat und Gesellschaft" stattfindet; die Notstandsgesetze würden die „Errichtung einer faschistischen Diktatur ... im Interesse der reaktionärsten und aggressivsten Teile des Finanzkapitals" bedeuten.

Am offensivsten wird diese These heute in den Reihen des BWK vertreten. In einem Artikel führender BWK-Mitglieder wird unter Hinweis auf die Notstandsgesetze festgestellt, „die offen terroristische Diktatur der Finanzbourgeoisie", d.h. der Faschismus, „ist integraler Bestandteil der Verfassung der BRD". Weil die entsprechenden Artikel des Grundgesetzes vorsehen, daß die Regierung im Fall des inneren (Aufstände) oder äußeren Notstandes (Krieg) erweiterte Machtbefugnisse erhält, wird daraus gefolgert: „eigentlich wäre die Frage zu klären, wie weit der BRD-Imperialismus überhaupt noch eine bürgerliche Republik ist und was daraus für den Kampf gegen Reaktion und Faschismus heute folgt." (10) Eine Antwort darauf wird nicht gegeben, ist aber bereits in der Fragestellung enthalten: „Eigentlich" kann die BRD keine bürgerliche Demokratie mehr sein, sondern ist bereits faschistisch oder wenigstens faschistoid, d.h. verdeckt oder halb faschistisch.

Dabei haben die Genossen übersehen, daß im Gegensatz zu einer *faschistischen* Diktatur die Notstandsgesetze die zentrale Stellung des Parlaments so weit wie möglich sicherstellen, um eine Entfesselung der Exekutive gerade zu *verhindern* (wird in den AzD näher ausgeführt). Eine Verselbständigung der nackten Staatsgewalt, der Exekutive, könnte in der BRD nur gegen die eindeutige Regelung der Notstandsartikel, d.h. durch *Bruch* der Verfassung erfolgen. Inwieweit dagegen die Notstandsgesetze *aus sich heraus* eine faschistische Diktatur ins Leben rufen sollen, müßte schon näher erläutert werden.

Die Vorstellungen, die hinter der angeführten Interpretation der Notstandsgesetze stehen, werden in dem Artikel der BWK-Mitglieder offen ausgeplaudert. „Mit dieser Konzeption" der Notstandsgesetze, so schreiben sie nämlich, „hat die BRD von vornherein und bewußt den Weg klassischer bürgerlicher Demokratie verlassen." (11) Welche „klassische" bürgerliche Demokratie ist damit eigentlich gemeint? Nehmen wir doch einmal die nach der Pariser Februarrevolution von 1848 ins Leben getretene II. Republik in Frankreich und hören dazu einen unverdächtigen Zeugen, den Genossen Marx, über die noch im selben Jahr verabschiedete Verfassung (Konstitution) dieser Republik: „Der unvermeidliche Generalstab der Freiheiten von 1848, persönliche Freiheit, Preß-, Rede-, Assoziations-, Versammlungs-, Lehr- und Religionsfreiheit usw., erhielt eine konstitutionelle Uniform, die sie unverwundbar machte. Jede dieser Freiheiten wird nämlich als das *unbedingte* Recht des französischen Citoyen proklamiert, aber mit der beständigen Randglosse, daß sie schrankenlos sei, soweit sie nicht durch die ‚*gleichen Rechte anderer und die öffentliche Sicherheit*' beschränkt werde, oder durch ‚Gesetze', die eben diese Harmonie der individuellen Freiheiten untereinander und mit der öffentlichen Sicherheit vermitteln sollen. (...) Und später sind diese organischen Gesetze ... ins Leben gerufen und alle jene Freiheiten so reguliert worden, daß die Bourgeoisie in deren Genuß an den gleichen Rechten der anderen Klassen keinen Anstoß findet. Wo sie ‚den andern' diese Freiheiten ganz untersagt oder ihren Genuß unter Bedingungen erlaubt, die ebenso viele Polizeistricke sind, geschah dies immer nur im Interesse der ‚*öffentlichen Sicherheit*', d.h. der Sicherheit der Bourgeoisie, wie die Konstitution vorschreibt." (12)

Ist den Genoss(inn)en die II. Republik, die im Dezember 1851 durch den Staatsstreich Louis Bonapartes gestürzt wurde, vielleicht nicht „klassisch" genug? Dann mögen sie uns doch zeigen, *welche „klassische" bürgerliche Republik die Sicherheit der Bourgeoisie jemals nicht nach innen und außen hin konstitutionell abgesichert hätte?* Bis dahin vermögen wir aus ihren Ausführungen nur etwas anderes zu entnehmen: nämlich daß die von ihnen erwähnte „klassische" bürgerliche Demokratie offenkundig gar keine *bürgerliche* Demokratie, d.h. gar keine Klassenherrschaft darstellt, sondern eine klassenneutrale, „reine" Demokratie. Während die von ihnen *vorgestellte* Republik nicht die Sicherheit der Bourgeoisie gewährleisten darf, soll die *reale* Republik der BRD faschistisch sein — bzw. auf dem Weg dorthin, weil sie genau dies tut.

Von dieser gleichermaßen klassen- wie geschichtslosen Idealvorstellung ausgehend, erscheinen jede reaktionäre Maßnahme und jedes unliebsame Gesetz als etwas, das mit dem Wesen der bürgerlichen Demokratie nichts zu tun hat, als etwas, das im Gegensatz dazu steht, als etwas, das nicht dieser Demokratie, sondern einer anderen Staatsform — dem Faschismus — angehört und zugeordnet werden muß. Es erscheint als Produkt der Faschisierung, und demgegenüber tritt die „eigentliche" bürgerliche Demokratie als Hort der wahren Freiheit in Erscheinung. Wer diese Positionen vertritt, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, Anhänger der „reinen Demokratie" zu sein, denn damit sind wir bei einer solchen von Klassengegensätzen und Klassenherrschaft unbefleckten Demokratie. Das besonders links und revolutionär wirkende Prinzip, die reaktionären Maßnahmen jedweder Regierung als Faschisierung anzuprangern, kann sich auf diese Weise unversehens als eine Kritik entpuppen, die den Standpunkt eines sehr wenig linken und sehr wenig revolutionären Demokratismus enthüllt. Wer sie führt, mag vielleicht ein kämpferischer, antifaschistischer Demokrat sein — als Marxist erscheint er nicht.

Heiner Karuscheit (KG/NHT)

Anmerkungen:
1. MEW 7, S. 40
2. MEW 19, S. 29
3. LW 23, S.34
4. D.S. Manuilski, Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI, Hamburg 1931, S. 41
5. alle Zitate aus: L. Trotzki, Das Übergangsprogramm der 4. Internationale 1938 bis 1940. Schriften zum Programm; Essen o.J. (1973?) S. 5, 7, 45, 68
5a. ebenda, S. 5f, 7
6. vgl. den Bericht von F. (KB) über den Verlauf der Faschisierungsdebatte in AzD 34, S. 83. Die wichtigsten Artikel der neuerlichen Debatte sind abgedruckt in: AzD 35, S. 77-81
7. zitiert nach AzD 35, S. 81
8. Marx, Grundrisse der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S.156
9. alle Zitate aus: J. Bönnig, Wegbereiter. Ein Nachtrag zu „black out — braun rein", in Revier, Juni 1986, S. 62-64. Vgl. hierzu die Diskussion, die in den AzD 35, S. 81 dokumentiert ist.
10. baf, chc, dir, Mak, „Innere Sicherheit": Auf dem Weg zum permanenten normierten Ausnahmezustand", in: Beilage 1/1986, S. 8
11. ebenda S. 7
12. MEW 8, S. 126f

Fortsetzung von Seite 29

Wir denken noch — nicht weit genug

Der Ansatz von jb/hc müßte, konsequent zu Ende gedacht, noch einen Schritt weiter gehen: Selbst wenn es gelungen wäre, durch direkte Aktionen die Pershings zu beseitigen, die Startbahn West zu verhindern, die AKWs abzuschalten etc. etc., wären dann die *Ursachen* beseitigt, auf denen die kapitalistische und imperialistische Hydra immer neue Köpfe hervortreibt? Auch wenn die bekämpften Objekte Irrsinnsdimensionen haben und die Überlebensfragen für ganze Regionen oder gar die Erde selbst stellen, sie sind *Symptome*, die Oberfläche des eigentlichen Problems. Selbst wenn es also gelänge, eine Gefahrenquelle auszuschalten, wäre eine neue, womöglich größere, nicht verhindert. Angesichts von neuen chemischen Waffen und SDI, was sind da noch Pershings? Angesichts von Schnellen Brütern und WAA, was ist da noch Brokdorf? Und gegen so viele Nicaraguas und Libyens wird man gar nicht demonstrieren können, wie USA und Verbündete schaffen und zu schaffen beabsichtigen. Mit der kapitalistischen Nutzung der Gentechnologie ziehen schon die nächsten Monster und zwar gleich im doppelten Sinne auf. Der Kapitalismus hat in seinem Umgang mit Mensch und Natur ein Niveau erreicht, von dem aus überhaupt nur noch „Überlebensfragen" gestellt werden.

Eine politische Gegenbewegung, die sich auf alle oder auch nur einzelne dieser Sauereien stürzt, verkennt nicht nur ihre Stärke, jedenfalls beim absehbaren Kräftestand, und verschleißt sich, sie stellt damit u.U. nicht einmal ernsthaft die Systemfrage!

Damit scheint klar zu sein: Nur im *Kontext* der Organisierung einer klar bestimmten Strategie der Überwindung des *Systems* selbst, haben solche Aktionen mehr Sinn, als nur Empörung zu dokumentieren. Sie dienen als *Demonstration* eines weitergehenden Willens in verschiedenen Formen und resultieren erst einmal in der Stärkung einer zu schaffenden Organisation, die die Macht ergreifen will, um die *ganze* Gesellschaft zu den ausgewiesenen Zielen hinzuführen, also gänzlich neu zu „ordnen".

Aktionen zur *Beseitigung* der attackierten Phänomene können nur dann durchgeführt werden, wenn die begründete Aussicht auf den *Erfolg* gegeben ist und auch dies nicht ohne politische Einordnung als untergeordneten Punkt der Gesamtstrategie. Nach Lage der Dinge, das sehen jb/hc sicher richtig, kann das gegenwärtig für *kein* Großprojekt gelten. Und wenn die SPD möglicherweise den „Einstieg in den Ausstieg" beginnt, dann sollte man dies nicht umstandslos dem Widerstand zugute halten. Es gibt schließlich noch ökonomische Gründe, die Atomenergie zumindest zu relativieren ...

Die primäre Anstrengung der „revolutionären Linken" muß sich deshalb auf eine Frage konzentrieren, mit der man sich bezeichnenderweise heutzutage eher lächerlich macht, weil man gar nicht mehr an den entscheidenden Erfolg glaubt, ohne den nichtsdestotrotz *nichts* geht. Die Frage — jb/hc stellen sie implizit — lautet: Wie erreicht die „revolutionäre Linke" die Massen, und da sie dann immer noch aus guten Gründen massenhaft Feinde haben wird: Wie erreicht sie die *Macht*?

Es wird höchste Zeit, daß diejenigen, die Argumenten zugänglich sind und sich nicht betriebsegoistisch in ihre Sekte verliebt oder verkrallt haben, diese *maximale* Zielstellung offen diskutieren, auf *dieser* Basis sich relativieren und die Einheit anstreben. Am Stand der Beantwortung, also Organisierung *dieser* Frage hat die „revolutionäre Linke" auch ihre *Defizite* zu bestimmen!

Auch jb/hc sehen sich (für den KB?) vor die Frage gestellt, „*wie wir möglichst schnell und möglichst stark eine sozialistische Organisation schaffen, die in den gesellschaftlichen Diskussionen mitmischt und eine Alternative zu dem kapitalistischen Sanierungskurs der SPD und zur politisch-programmatischen Ratlosigkeit der Grünen bildet.*" Und sie sehen, offenbar mit Blick auf den zu erwartenden Spaltungsprozeß der Grünen nach der Bundestagswahl: „*Eine solche Organisation liegt von den Bedingungen her in der Luft. Es ist nur eine Frage der Zeit, ob und von wem die Initiative ergriffen wird. Es ist davon auszugehen, daß sich nach der nächsten Bundestagswahl, egal wie diese ausgeht, eine Situation ergeben wird, die in der ganzen Linken eine neue Grundsatzdiskussion auslöst.*"

Nein Genossen, diese Situation hat, wenn ihr das nur wollt, bereits im letzten AK begonnen und mit gewissen Abstrichen schon zuvor im „Beilagenkreis". Ihr müßt sie nur ernsthaft *wollen*, d.h. vorantreiben. Der Beitrag von jb/hc nährt aber Zweifel, ob der KB, respektive der AK, diese Initiative selbst ergreifen will. Es scheint so zu sein, als sähe man sich eher in der Rolle des *interessierten Beobachters*.

Ein „Vakuum" — für den Gegner?

„*Realistisch betrachtet wird man es mit keiner noch so richtigen Politik erreichen, daß binnen weniger Jahre eine radikale Partei die Mehrheit in der Bevölkerung und den Parlamenten erreicht. Es ist also so, daß jeder strategische Ansatz, der auf reale politische Veränderungen abzielt und diese nicht in eine unbestimmbare revolutionäre Zukunft verlagert, gar nicht anders kann, als auf die vorhandenen Parteien einzuwirken.*" So richtig die erste Einschätzung ist, so problematisch sind die strategischen Konsequenzen, die daraus gezogen werden und zu einer falschen Primärfragestellung führen. Die erste Frage, die die „revolutionäre Linke" zu stellen und zu beantworten hat, lautet nicht „*Welche ... Ziele verfolgt konkret der herrschende Block?*", sondern: Was wollen *wir*?! Die Frage von jb/hc, die im übrigen schon ziemlich beantwortet ist, ist Ausdruck einer — scheinbar den Kräfteverhältnissen gemäßen — nicht nur bescheidenen, sondern bereits *defensiven* Position, deren Ziel es ist, die Ziele *anderer* kritisch zu begleiten. Sie sehen die „Linke" gar nicht als eine Gruppierung, die *selbst* Ziele vorgibt und für ihre Realisierung kämpft und *damit*, nämlich als *eigenes Zentrum*, den anderen Parteien Sorgen bereitet, indem sie sich nicht etwa an diese, sondern ihre *Wähler*, d.h. das „Volk" wendet, sondern *anerkennen* die *bürgerlichen* Parteien als Zentrum, auf die man sich dann gewissermaßen *kompensatorisch* bezieht, um das Schlimmste zu verhindern, oder SPD oder Grünen ein paar Leute abspenstig zu machen, die aber gerade deswegen nicht kommen, *weil* die „revolutionäre Linke" kein erfolgversprechendes Programm mit entsprechender Organisation hat.

Mit dieser Strategie *reproduziert* man natürlich immer nur den Ausgangspunkt. So, wie man in die Sache rein geht, kommt man auch raus, eben als ständiger kritischer Begleiter, bestenfalls Störenfried, einer Politik, deren Weichen der *Gegner* stellt.

Diese Position nehmen jb/hc offenbar auch gegenüber der „revolutionären Linken" bzw. deren vermeintlichem Umfeld ein. Für das „politische Vakuum", das dann eben *andere* einnehmen, also vom eigenen Standpunkt aus mit *falscher* Politik einnehmen, sorgt man *selbst*. Nur so kann man wohl auch die Frage verstehen „*Wer füllt das Vakuum?*" Diese Frage zeigt *Distanz* zum *Angehen* der andererseits als notwendig erachteten Aufgabe. jb/hc, die so eher ihr Interesse an der *Recherche* von Bewegungen zu dokumentieren scheinen, kennen den Mangel nämlich ziemlich genau: Die „*radikale Linke (besitzt) weder ein intellektuelles, noch ein politisch-organisatorisches Zentrum*"; eine Einsicht, zu der sich andere Organisationen nicht leicht aufraffen werden.

Welche Fragen sind zu beantworten?

An der von jb/hc beklagten Situation wird sich allerdings auch so schnell nichts ändern, wenn man sich schwerpunkmäßig — sekundär können manche interessant sein — auf jene Fragestellungen einläßt, die sie am Ende ihres Beitrags als Diskussionsvorschlag aufwerfen, abgesehen vom fünften Komplex, der der *erste* zu sein hat.

Denn alle sonstigen Fragestellungen perpetuieren den Fehler, ganz besonders praktisch bzw. realistisch sein zu wollen, indem man nach *anderen*, nicht revolutionären, dafür aber *erfolgreichen* — erfolgreich in Sachen *Macht* — Organisationen blinzelt, sie in gute und böse Tendenzen scheidet und die guten dann gewissermaßen als After- und Korrekturorganisation begleitet. Die Frage ist dann insofern konsequent: ‚Wie geht es mit *denen* weiter?' Unter der Hand oder ganz offen macht man damit die Entwicklung des *eigenen* Anliegens von *deren* Entwicklung abhängig, die man zu beeinflussen sucht.

Genau diese Politik kann aber das nicht, oder jedenfalls nicht offensiv, was jb/hc andererseits fordern und zwar womöglich auch noch von den favorisierten Parteien SPD und Grüne, nämlich „neue historische Ziele" zu setzen. Selbst wenn die das wollten, wären *sie* die Makler revolutionärer linker Politik? Das glauben die Verfasser wohl selbst nicht. Was sie aber offenbar glauben, ist daß die Lösung ihres zentralen Problems vorrangig durch den Zusammenschluß gefrusteter linker Sozialdemokraten und gescheiterter Rot-Grüner zu erfolgen hat. Allerdings, kann für solche Leute die avisierte *Nachtrabpolitik*, die gar keine ausgewiesenen *eigenen* Ziele kennt, attraktiv sein? Nicht zuletzt deshalb sind die doch in Scharen abgehauen! Und schließlich: Was ist denn die *Bilanz* dieser Strategie? Die Einsicht in das Scheitern einiger linker Illusionen kann sich diese Politik nicht ohne weiteres zu Gute halten, und das konstituiert — jb/hc wissen das — noch lange kein besseres Konzept.

Auch wenn die Angst davor, sich ganz klar programmatisch zu exponieren, aufgrund unsäglicher Bemühungen diverser Organisationen nicht ganz unverständlich ist und implizit immer auch eine Abgrenzung, dieser Weg muß beschritten werden.

Meine These, die ich in zwei weiteren Abschnitten erhärten und mit Lösungsvorschlägen versehen will, lautet also:

Das *primäre* Problem der „radikalen Linken" ist nicht ihre vergleichsweise kleine Zahl an Exponenten. das ist vielmehr selbst schon wieder eine *Folge*; das Problem ist, daß es keine der existierenden oder entsprechend eingegangenen Organisationen geschafft, bisweilen nicht einmal gewollt hat, aus der Kritik des Kapitalismus/Imperialismus der breiten Bevölkerung *verstehbare* Ziele in *nachvollziehbarer* Form zu präsentieren und einen attraktiven Rahmen zu schaffen, Teile an sich zu binden und zur Mitgliedschaft zu bringen. Dabei hätte die Bevölkerung wahrlich gute Gründe, sich zu neuen Ufern zu bewegen. Und ist es etwa nicht so, daß vieles von dem, was die „revolutionäre Linke" anzubieten hätte, geradezu auf der Hand liegt, jedenfalls durchaus näher als die Angebote der herrschenden Parteien für große Teile der Arbeiterklasse in Sachen Reproduktion?

Dieser Mißerfolg ist die eigentliche Ursache der Schwäche! *Deshalb* die Frustration, *deshalb* Resignation, *deshalb* Suche nach anderen Adressaten, Spaltungen und der Kampf auf *Neben*schauplätzen! Der kapitalistische Umgang mit der *Natur* kam da gerade recht, um seine Instrumentalisierung und Ausbeutung der Menschen, die *Klassenfrage* vor allem, zu vergessen oder hintanzustellen. Als Frage der *Mehrheit* und der *Macht* kehrt sie spätestens zurück, speziell mit der Eigentumsfrage, die auch zu stellen ist, wenn man die Reproduktion der Natur im Auge hat.

Die m.M.n. korrekten Fragen müssen nach allem *maximal* ausgelegt sein:

Wie ändern wir das Faktum der nahezu völligen Bedeutungslosigkeit der revolutionären Linken speziell in der Arbeiterklasse? Damit zusammenhängend: Was wollen diese „Massen" aufgrund ihrer Lage? Was wollen vor allem wir? Und dann ganz zentral: Wie *vermitteln* wir das zueinander?

Am Ende muß also ein konkretes Konzept der *Agitation* nach Form und Inhalt stehen mit einer entsprechenden Logistik; vor allem aber ein konkurrenzfähiges *Massenblatt* samt Infrastruktur.

Um die Lösung *dieser* Fragen, zu denen wir dann abgeleitet noch organisatorische kommen, muß gestritten werden mit einem klaren Bewußtsein davon, was es angesichts der stehenden Gegenfront bedeutet, wenn das gelingt, vor allem aber auch, was es bedeutet, wenn das scheitert.

In *dieser* Auseinandersetzung muß die „radikale Linke" arbeitend zusammenfinden. In der Beantwortung *dieser* Fragen konstituiert sie sich! Dazu sind zunächst einmal gar nicht so sehr viele Genossen erfordert. Man braucht jedenfalls nicht auf mögliche Spaltungen am Rande von SPD und Grünen zu warten. Das wird sich schon finden, wenn dieser Ansatz auch nur in zunächst bescheidenem Umfang klappt. Mit anderen Worten: Man muß auf die angedeutete Weise versuchen in die Dialektik des Erfolges einzusteigen.

k., Kassel



„Bei uns geht es demokratisch zu"

„Mehr Verständnis für die GIM"

Betr.: Berichterstattung über den Vereinigungsprozeß GIM/KPD

Betrifft: Berichterstattung über den Vereinigungsprozeß GIM/KPD

Werte Genossinnen und Genossen,

Es ist müßig, nachzuweisen, daß die Berichterstattung über den Vereinigungsprozeß von GIM und KPD im Arbeiterkampf ohne ein Quentchen Wohlwollen erfolgt. Auch für den Artikel in AK 273 vom 25. August trifft dies zu. Hierzu gehören auch schlichte Falschmeldungen:

— „.... klagt Noch Parteichef Koch". H.D. Koch ist aber nicht mehr Vorsitzender der KPD — die KPD hat überhaupt das Amt des Parteivorsitzenden abgeschafft.

— „An diesem Punkt (Gemeinsamkeiten mit den Realos, MK) ergäbe sich dann auch wieder ein Konsens zwischen beiden Teilen der GIM, denn beide verlangen vn den Grünen die Wahl eines SPD-Kanzlers ohne Bedingungen." Auf die „Fraktion" mag dies in etwa zutreffen. Die derzeitige Mehrheit in der GIM „verlangt" gar nicht von den Grünen — sie sieht ihre Hauptaufgabe nicht in der Beratung anderer Kräfte. Sicher wäre, und das hat unser Gen. Thiess Gleiss in seinem Artikel zu den Grünen in „Was tun" geschrieben, eine klare Haltung der Grünen: Rau zum Kanzler wählen, um eine Kohl-Regierung zu verhindern, gleichzeitig radikale Ablehnung jeder prokapitalistischen oder massenfeindlichen Maßnahme, die geschickteste Politik. Nur ist die Grüne Partei keine revolutionäre Partei. Eine solche könnte mit dieser Art von Politik die Einheit in der Mobilisierung für konkrete Ziele mit den sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeitern herstellen und über entsprechende Lernprozesse den Loslösungsprozeß von dem sozialdemokratischen Einfluß fördern. Für die Anwendung einer solchen Taktik sind die Grünen aber viel zu parlamentarisiert.

— „Tatsachenverfälschend" sei die Darstellung über die Trennung von der Fraktion in meinem Artikel und die „GIM-Zentrale" rechne damit, das Problem werde sich durch die Fusion von alleine lösen. Ich habe in „Was tun" geschrieben „Zwei oder drei Dutzend ... werden uns verlassen, was wir bedauern." Diese „Tatsachenverfälschung" ist inzwischen eingetreten: auf unserer ZK-Sitzung am 23. August erfolgte die Trennung. Sie war unvermeidlich — nicht wegen der politischen Meinungsverschiedenheiten, sondern weil die Fraktion nicht mehr bereit war, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren und für ihre Auffassungen in der GIM bzw. vereinigten Organisation einzutreten.

— „Es bliebe noch das Problem der Zugehörigkeit zur trotzkistischen Internationale, die das GIM-ZK der Minderheit wohl nicht einfach verbieten kann." In der Vierten Internationale geht es demokratisch zu. Das GIM-ZK wird den internationalen Leitungsorganen vorschlagen, die Fraktion nicht als Sektion anzuerkennen. Die Fraktion kann dort, wie auf dem folgenden Weltkongreß ihren Standpunkt vertre-

nen vorschlagen, die Fraktion nicht als Sektion anzuerkennen. Die Fraktion kann dort, wie auf dem folgenden Weltkongreß ihren Standpunkt vertre-

ten bzw. appellieren, falls unser Vorschlag im Vereinigten Sekretariat und danach im Internationalen Exekutivkomitee angenommen wird. Wir sind dagegen, daß die Fraktion von der Vierten Internationale anerkannt wird. Dies hieße zu belohnen, wenn Gen. Mehrheitsentscheidungen nicht akzeptieren und es nicht auch mal in der Minderheit auschalten können, was für jede sozialistische Organisation zerstörerisch ist. Es hieße auch, nicht zu akzeptieren, daß die bundesdeutsche Sektion GIM sich für ihre Auflösung zugunsten der Vereinigung mit der KPD und des Projekts der Überzeugung der ganzen vereinigten Organisation vom Anschluß an die Vierte Internationale entschieden hat. Dabei betonen wir: Der Aufbau der Vierten Internationale heißt für uns Aufbau einer revolutionären, sozialistischen internationalen Organisation. Derzeitiger Name und Form sind keine Fetische. Wie national, so auch international kann eine revolutionäre Organisation nur über Einigungsprozesse verschiedener revolutionäret, sozialistischer Strömungen entstehen. So ist der „Anschluß" an die Vierte Internationale, den wir wollen, nicht die einzige denkbare Variante — wie diejenigen glauben, die uns für gewitzte Betonköpfe halten. Auch in anderen Ländern — wie etwa in Mexiko — laufen Einigungsprozesse von Sektionen der Internationale mit anderen linken Organisationen, die aus anderen Traditionen kommen, z.B. maoistisch, castristisch oder revolutionär-nationalistisch.

— „Außer Wahlempfehlungen für die SPD und Eigenkandidatur hatte es für die GIM bisher keine Alternativen gegeben." Auch hier irrt der AK. Leider nützt es wenig, anderen immer nur Vorhaltungen zu machen, wenn man selbst ratlos ist. In der GIM gibt es eine Minderheit, die einen Wahlaufruf für die Grünen vorschlägt. Die Mehrheit steht inzwischen solchen Wahlaufrufen sehr kritisch gegenüber. Welche Formen dies in Zukunft auch annehmen darf: Der Kampf muß in jedem Fall für eine sozialistische Kandidatur geführt werden, die diesen Namen verdient. Das ist etwas anderes, als einfach nur „Eigenkandidatur". Die Tatsache, daß eine sozialistische Kandidatur, die diesen Namen wenigstens als erster Ansatz verdient, wohl nicht zustandekommt, ist nicht nur eine Niederlage für die GIM, sondern für die sozialistische Linke insgesamt. Wir sollten alle gemeinsam endlich dafür sorgen, daß diese beunruhigende Lücke im politischen Spektrum der zur Wahl stehenden Formationen in Zukunft ausgefüllt wird.

— „Unglaublich ist daher die Dreistigkeit, mit der die ZKs von GIM und KPD auf dem Vereinigungsparteitag im Oktober die neue Organisation doch noch zur Aufstellung von ‚sozialistisch begründeten Direktkandidaten (Erststimmen)' verpflichten wollen." Wieso? Die beiden ZKs haben sich dafür ausgesprochen, weil sie mehrheitlich der Meinung sind, solche Direktkandidaturen könnten eine gute Erfahrung sein und ein Ansatzpunkt für uns, uns mehr und offensiver in die politische Auseinandersetzung einzuschalten. Ob die Organisation da mitzieht, ist eine andere Frage — bei uns geht es demokratisch zu, sie wird entscheiden, wie es ihr paßt. Tatsache ist, daß wir durch die Vereinigung, die eine starke Innenwendung mit sich brachte, sehr spät dran sind. Kein Grund zur Häme. Im Wahlsystem der BRD können Direktkandidaturen übrigens von niemandem als „sektiererisch" bewertet

spät dran sind. Kein Grund zur Häme. Im Wahlsystem der BRD können Direktkandidaturen übrigens von niemandem als „sektiererisch" bewertet

werden, denn sie berühren nicht die entscheidende Zweitstimme. Da aber sowieso nur sozialistische Lösungen der wachsenden existentiellen Probleme „Herr" werden können, ist es lediglich ein Zeichen der Schwäche der Linken, wenn keine richtige sozialistische Kandidatur zustandekommt.

— „einerseits albern, andererseits inkonsequent" sei die Position der ZKs von GIM und KPD zu den Wahlen. Der „negative" Aufruf: Kampf gegen die Wende-Regierung und Stimmen gegen die Wende-Parteien seien unsinnig. Der politische Sinn erschließt sich aber jeder und jedem, die oder der mit Kolleginnen und Kollegen zu tun hat, die aktive Gewerkschafter/innen sind und politische Lösungen im Interesse der Besitzlosen und Lohnabhängigen wollen, ohne mit reformistischen Vorstellungen gebrochen zu haben. Sie wählen SPD — und machen auch grün — ohne jede positive Hoffnung, dies könne etwas Grundlegendes ändern, dies könne die Logik der Wende brechen. Lediglich negative, abwehrende Funktion hat eine solche Wahl — geprägt auch dadurch, daß bislang keine glaubwürdige Alternative links von SPD und Grünen in Sicht ist. Wir betontn demgegenüber die Vordringlichkeit von Vertrauen in die eigene Kraft, von Mobilisierung und Kampf gegen die bürgerliche Krisenbewältigung zu unseren Lasten. Nur die Kombination einer wahlpolitischen Niederlage der Wende-Parteien mit einem Klima der Mobilisierung und des Einmischens in Politik von unten, kann Voraussetzungen schaffen, die Logik der Wende-Politik zu durchbrechen. Daher knüpft unsere Aussage zu den Wahlen am bestehenden Bewußtsein unserer wichtigsten Zielgruppe — die aktiven Kolleginnen und Kollegen in Betrieben und Gewerkschaften, sowie in den Massenbewegungen — an und versucht, einen bescheidenen Beitrag zu leisten zur Entwicklung sozialistischen Klassenbewußtseins.

Abschließend möchte ich mir die Frage stellen, warum Ihr vom AK so unfreundlich über den Vereinigungsprozeß berichtet, warum Ihr Euch nicht um Recherche bemüht, obwohl wir Euch — auch öffentlich in „Was tun" — angeboten haben, jederzeit Rede und Antwort zu stehen. Ihr würdigt nicht den weiten Weg, den die KPD von ihrem früheren Sektierertum zu ihren heutigen Positionen für sozialistische Demokratie, für den Aufbau einer klassenkämpferischen Strömung — nicht RGO! — in den Gewerkschaften und für Einigungsprozesse revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten zurückgelegt hat. Ihr würdigt nicht ihr Bemühen, heute an den bestehenden wirklichen Problemen und Fragestellungen der Kolleginnen und Kollegen anzuknüpfen. Ihr würdigt nicht das Bemühen der GIM, auf andere zuzugehen und wirkliche Einigungsprozesse zu organisieren, auch unter Aufgabe so wichtiger Dinge wie die Existenz als Sektion der Vierten Internationale. Warum?

Selbstkritisch will ich gerne zugestehen, daß die Vereinigung von GIM und KPD sehr „bilateral" gelaufen ist, daß anderen linke Organisationen sich „ausgeklinkt" fühlen mußten. Ich glaube, daß ist der Hauptgrund, warum Ihr uns heute nicht „grün" seid. Deshalb will ich Euch eins zu bedenken geben:

Eine mehr oder weniger unverbindliche Diskussion unter dem Motto „Klärung aller Streitfragen" unter einer Handvoll linker Organisationen ist etwas ganz anderes als ein Vereinigungsprozeß. Jede Organisation sieht nur darauf, ihre eigenen Identität gegen die anderen zu verteidigen und ist immer wieder erleichtert, wenn sie ihrem Umfeld erklären kann, warum die Einheit nun also doch nicht geht. Wenn eine Vereinigung aber wirklich angestrebt wird, so bemühen sich die Beteiligten, die Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und auf ihrer Basis die Notwendigkeit einer gemeinsamen Organisierung zu begründen. Meinungsverschiedenheiten werden notwendigerweise bestehen bleiben. Was aber spricht dagegen, sie im Rahmen einer gemeinsamen Organisation auszutragen? Auch in bestehenden Organisationen — es sei denn, sie sind politisch steril — gibt es Meinungsverschiedenheiten.

GIM und KPD haben sich also nicht von anderen linken Organisationen abgekapselt, um irgendwelche dunklen diplomatischen Manöver fahren zu können. Sie haben sich aber auf ihre Vereinigung als reellen, ersten, bescheidenen, kleinen, aber eben greifbaren Schritt zur Überwindung der Zersplitterung der Linken konzentriert. Demgemäß haben sie sich davor geschützt, ihren konkreten Vereinigungsprozeß in eine allgemeine, ziellose Theoriedebatte unter Linken chaotisieren zu lassen, aus der kein konkreter Fortschritt erfolgen kann.

Gerade weil GIM und KPD von ihrer Denktradition her aus so unterschiedlichen Ecken kommen, mag ihre Vereinigung letztlich ein Anstoß für andere Strömungen werden, auch ihre Zersplitterung zu überwinden und mit uns gemeinsam den begonnenen Einigungsprozeß anzukurbeln. Wären GIM und KPD aber auf halbem Wege stehen geblieben, um vielleicht nach fünf Jahren intensiver Debatte zusammen mit einem halben Dutzend anderer linker Organisationen festzustellen: außer Spesen nix gewesen, wäre der Anstoß mit Sicherheit gleich Null gewesen und Demoralisierung die einzige Folge.

Es ist auch allzu sensationslüstern, wenn Ihr immer wieder betont: „ehemals stalinistische KPD — trotzkistische GIM", „Hochzeit Trotzki — Stalin" etc. Die maoistischen Organisationen, die sich nicht zuletzt unter dem Eindruck der Kulturrevolution in China gebildet haben, hatten von den chinesischen Maoisten deren rituellen Stalin-Kult übernommen (hinter dem sich ja ein — wenn auch pragmatischer — teilweiser Bruch mit dem Stalinismus im engeren Sinne, mit der Kreml-„Strömung", ihren Ratschlägen und ihrem Einfluß verbarg). So rabiat die westdeutschen Maoisten teilweisen ihren „Stalinismus" vortrugen, so sehr war er aber auch aufgesetzt, eben Teil des Imports der Mao-Zedong-Ideen. Und der „Trotzkismus" — ist es wirklich Eure Erfahrung mit uns, daß wir uns als „Zeugen Trotzkis" aufführen? Wenn wir daran gemessen werden, uns um eine authentische marxistische, sozialistische, revolutionäre Politik zu bemühen, die Lehren aus den Erfahrungen der Klassenkämpfe der letzten 200 Jahre halbwegs fruchtbar zu verarbeiten, so langt uns das vollkommen. Luxemburg, Lenin, Trotzki haben dazu u.E. einen wesentlichen Beitrag geleistet. Die Vierte Internationale ist heute ein wichtiger Ansatz für den Aufbau einer internationalen revolutionären Organisation. Über alles das können wir diskutieren. Aber die pure Etikettenkleberei — „die Trotzkisten" — scheint mir aus der Tradition zu kommen, die alles, was halbwegs kritisch oder gar revolutionär ist, als „trotzkistisch und damit konterrevolutionär" zu diffamieren suchte. Überlegt Euch mal, ob es ein Zufall ist, wenn ein solcher Begriff zum rituellen Schimpfwort Nr. 1 wird. Ihre selbst seid schon als „trotzkistisch" abgetan worden. Kümmern wir uns in Zukunft doch lieber mehr um die Inhalte.

Genossinnen und Genossen, ich bitte Euch wirklich — um der gemeinsamen Sache aller revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten Willen — um eine ernsthafte Berichterstattung mit kritischem Wohlwollen, ohne Feindseligkeit. Warum nicht ein Interview im AK nach der Vereinigung?

Solidarische Grüße,
Manuel Kellner (PB der GIM)

Will sich der KB bestehenden Diskussions-

Will sich der KB bestehenden Diskussionszusammenhängen der Revolutionäre entziehen?

Betr.: AK 273, Artikel zur Vereinigung GIM/KPD

Betrifft: AK 273,
Artikel zur Vereinigung KPD/GIM

Tief blicken läßt der Vorwurf, der BWK hätte sich sprunghaft und ohne theoretische Klärung zu einem Sympathisantenzirkel des „real existierenden Sozialismus" entwickelt. Das wirft die Frage auf, und manche Artikel in der letzten Zeit deuten dies an, ob sich der KB entgegen langjähriger Praxis als Antipathiezirkel in Sachen „real existierender Sozialismus" begreift oder bestrebt ist, sich in einen solchen zu verwandeln. Und wenn, wozu soll das gut sein? Vermutlich, und auf Vermutungen sind wir angewiesen, da der KB statt sachlicher Debatte die Rubrik „Westdeutsche Line" pflegt, sind wir zur Zeit Betrachter eines besonders sensiblen Prozesses praktischer Bündnispolitik, der sich auf die Grünen bezieht. Spätestens „seit Tschernobyl" nämlich kann man in dieser Richtung nur bündeln, wenn man seine Kritik am „realen Sozialismus" verschärft.

Mindestens sechs Broschüren, die unsere Auffassung begründen, daß in den „real sozialistischen" Ländern die Intelligenz herrschende Klasse ist, liegen in der Lindenallee 4 vor. Aber mit einer Kritik der Trennung von Hand- und Kopfarbeit wird man natürlich in besonders sensiblen Bündnisbereichen ersteinmal nichts. In der „Gemeinsamen Beilage" vom 7. März 1986 hatten wir angefragt: „Was hat denn das Urnenschleppen für die Grünen, das der KB 1983 als Gipfel sozialistischer Einsicht pries, eigentlich für die Entwicklung sozialistischer Positionen gebracht? Darüber müßte der KB sich Rechenschaft geben." Die Antwort steht aus.

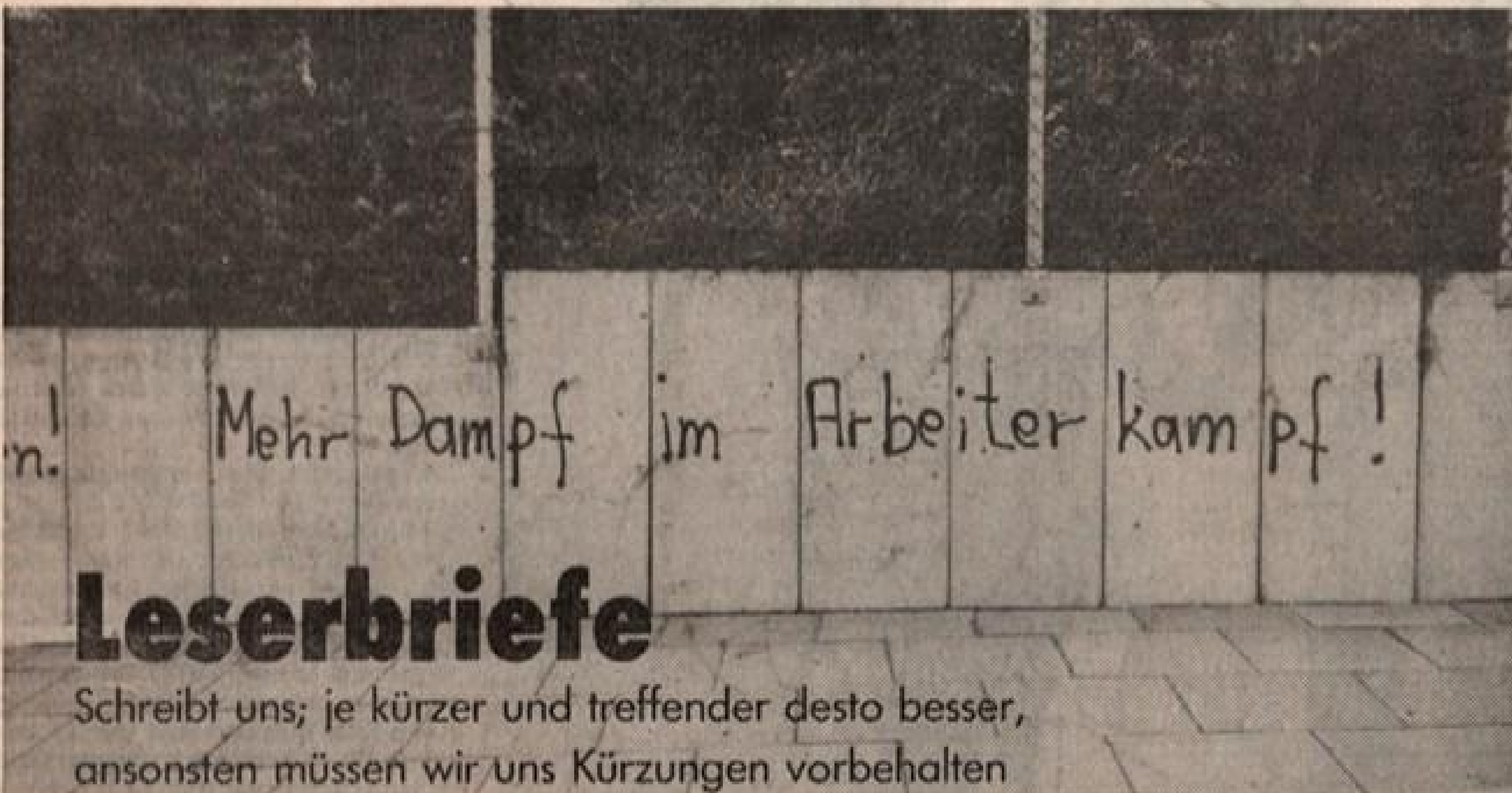
Ein ähnlicher Vorgang wie in Sachen „realer Sozialismus" ist in Sachen v. Weizsäcker, der bis in linke Kreise hinein einen ungerechtfertigt guten Ruf hat, zu verzeichnen. Auf seinem Seminar im Mai 1985 befand der KB die v. Weizsäcker-Rede vom 8. Mai 1985 für moderat. Wir nicht. Da der Streit auf dem Seminar nicht zu Ende gebracht werden konnte, haben wir unsere Auffassung in einem längeren Artikel in „Politische Berichte" vom 29.6.1985 begründet. Auch der Fortsetzung dieser Diskussion ist der KB bis heute aus dem Weg gegangen und hat statt dessen Feinfühligkeit an den Tag gelegt; wer sollte nicht belästigt werden? Trotzdem die ebenso nichtssagende wie diffamierende Äußerung, der BWK habe ein „grobschlächtiges Verständnis vom Kampf gegen Faschismus und Reaktion".

Dabei ist uns nicht so wichtig, ob der „Arbeiterkampf" oder Kt. gut oder schlecht auf uns zu sprechen sind. Interessanter ist schon, zu welchen Ufern der KB strebt. Uns ist diese Frage ein Anliegen, wenn wir sehen, daß sich der KB z.B. der Fusion von GIM und KPD statt programmatisch nur noch in der Form einer konservierten Schülerzote („Ehe") zu nähern vermag, wo von Beischlaf nicht die Rede und von Kindern nichts zu sehen ist.

Seine theoretische Enthaltsamkeit in Sachen Fusion GIM/KPD trifft sich mit dem Zitieren einer (nicht gekennzeichneten) Passage aus den Lokalberichten Hamburg vom 28.4.1986, mit der der BWK sein langes Schweigen in dieser Angelegenheit endlich gebrochen haben soll. Das ist wiederum insofern bezeichnend, als Kt. sicherlich nicht behaupten will, er habe nicht mitbekommen, daß wir die programmatische Auseinandersetzung in den PB vom 10. August 1985 (zum KPD-Programmentwurf) öffentlich aufnommen haben. Wenn sich der KB aus ja stattfindenden Diskussionsprozessen unter der revolutionären Linken ausklinken will zugunsten von was auch immer, was schade wäre, steht das im Widerspruch zu seinem jahrelangen Selbstverständnis, und das wird dadurch nicht besser, daß er sein Desinteresse an theoretischer Auseinandersetzung anderen als Fehlverhalten anzuhängen versucht. — In Sachen „Block-Projekt" revolutionäre Sozialisten ist so richtig „locker" eigentlich nur der Verbund mit dem KB, u.a. weil dieser gar unregelmäßig in der regelmäßig vierteljährlich erscheinenden „Gemeinsamen Beilage" publiziert; aber — besser locker als gar nicht.

„Arbeitertümelei"; also, Kt.: Bekanntlich beteiligen sich die Mitglieder des realen KB, die ja leider auch arbeiten müssen, durchaus an den realen Kämpfen der realen Arbeiterbewegung, nur daß sich der KB beharrlich weigert, diesen Fakt theoretisch zu bearbeiten. Und dann in Sachen 35-Stunden-Woche von links an KPD und GIM rummachen, die Position des BWK konsequent verschweigen (hr. im Spätsommer/Herbst 1984) und ihn hernach mit Arbeitertümelei anwanzen. Ein Furz dies. — Sagt doch einfach mal, was Ihr wollt.

(wal.) BWK



Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Haß und Liebe

Betr.: Gewaltdebatte (AK 273)

Wenn das nicht alles so traurig wäre, dann könnte ich nur noch brüllen vor Lachen. Die ganze Debatte zur Gewalt oder Gewaltfreiheit hatten wir doch schon einmal, und zwar zu Zeiten der Studentenrevolte. Und danach ging es auch noch einmal um die Gewaltfrage, nämlich ob gegen Sachen oder auch gegen Menschen. Der Zusammenhang war die RAF.

Nun kommt das alles noch einmal, und diesmal auch gleich mit der Entsolidarisierungs- und Isolationsanweisung. Vom wem auch immer. Vergessen wird dabei, daß die Gewaltfreiprediger Interessen haben, die etwas mit der Beteiligung am Machtkuchen zu tun haben. Wer in die Ringe der Parlamente steigt, der tut das nicht aus purer Selbstlosigkeit und Opferbereitschaft für diejenigen, die sie angeblich vertreten. (...)

Ich bin der Meinung, daß hier auch noch die Ursache mit der Auswirkung verwechselt wird. Aber nicht nur das, sondern die Vorwände von Staatsseite gewaltig vorzugehen werden als falsche politische Strategie der „Linken" verbraten. Als ob jemals in der Menschheitsgeschichte ein einziger Staat als Begründung für seine Maßnahmen und seine repressiven Strategien revolutionäre Proteste und Militanz benötigt hätte.

Ob die Hexenverbrennungen oder der Faschismus, immer standen ökonomische und Machtinteressen dahinter, und ob heute friedlich demonstriert wird oder aber militante Aktionen eine Rolle spielen, ist zweitrangig für den Staat. Sein Interesse ist die Etablierung des Atom-Überwachungsstaats, und da ist jedes Mittel recht. (...)

Die linken Intellektuellen können und wollen es sich leisten, ihre Gefühle zu vergeistigen, ich tue das nicht so gern. Denn das Ergebnis sind meistens Magengeschwüre, Krebs oder andere Widrigkeiten. Wut und Haß suchen ihr Ziel, sie wollen gelebt sein wie Liebe und Zärtlichkeit und Freude. Das ist in diesem Land aber alles unmöglich unter dem Kredo der Friedlichkeit!

Viele werden von revolutionärer Geduld reden, die mensch haben müsse, und von der richtigen oder falschen Strategie. Ich weiß nur eins mit hundertprozentiger Sicherheit, daß mit Friede, Freude, Eierkuchen und Blumen verteilen sich in diesem Land nichts in Richtung Sozialismus verändern wird.

Auf dem Programm der GAL, der Grünen und der AL Berlin steht schon lange nicht mehr die Abschaffung des Kapitalismus, all diese Leute haben den Privatbesitz ganz gern und ihr privilegiertes Sein genießen sie auch ganz schön. Begriffe wie: Klassenbewußtsein, Produktionsprozeß und Revolution sind zu Fremdwörtern verkommen.

Diese Parteien sind die Parteien der neuen Mittelklasse, die spießbürgerlicher als die Bürger sind. Revolution hieße auch, deren Privilegien abzuschaffen.

D.K., Westberlin

Gewalt und Vergangenheit

Betr.: „Nochmals zur PKK" (AK 274)

(...) zur selbst eingestandenen tiefen Enttäuschung der GAL, daß sich noch nicht alle vorschnell und uninformiert distanzieren wollten oder konnten (denn wie soll man sich von etwas distanzieren, was man gar nicht kennt?), gibt es inzwischen einige Gruppen und Einzelpersonen, die sich um ein näheres Verständnis der Situation in Kurdistan, der PKK und ihrer Politik bemühen.

Vielleicht wußte der Arbeiterkampf nichts davon oder wollte es nicht wissen, weil es nicht ganz ins Freund-Feind-Schema gepaßt hätte, daß es nicht nur „Antiimperialistische Gruppen" mit dem ihnen von euch unterstellten „paranoiden Weltbild" sind, die sich selbständig um eine Aufhellung des Problems bemühen, sondern eine zunehmende Zahl von Gruppen unterschiedlichster Couleur bis hinein ins GAL-Spektrum. Dieses Bemühen wird in eurem Artikel als „falschverstandene Solidarität" bezeichnet. Demnach ist es falsch verstandene Solidarität, wenn man sich nicht an einer Isolierungskampagne beteiligt, einer Kampagne, wie ich sie in meiner bisherigen politischen ARBEIT NOCH NICHT ERLEBT HABE

Ihr findet es „albern" und „zynisch", wenn von einer Hetzkampagne gegen die PKK gesprochen wird; aber gerade die völlig aus dem Rahmen fallenden, nicht mehr zu übersehenden Aufrufe gegen die PKK haben ja Teile der Linken wachgerüttelt und mißtrauisch gemacht, uns dazu veranlaßt, uns näher mit dem Problem PKK zu beschäftigen.

Warum löste gerade der Mord an Kürcat solche Reaktionen aus? Warum bezeichneten Linke Leute als Mörder, ohne Beweise zu haben? Warum glaubten sie Polizeipropaganda mehr als eini-

lenden, nicht mehr zu übersehenden Aufrufe gegen die PKK haben ja Teile der Linken wachgerüttelt und mißtrauisch gemacht, uns dazu veranlaßt, uns näher mit dem Problem PKK zu beschäftigen.
Warum löste gerade der Mord an Kürcat solche Reaktionen aus? Warum bezeichneten Linke Leute als Mörder, ohne Beweise zu haben? Warum glaubten sie Polizeipropaganda mehr als eini-

gen warnenden Stimmen aus der Linken? Warum wurden Informationen über die PKK in einer allseits bekannten Zeitung mit Schreibverbot unterdrückt?

Daß viele Linke aber den Berichten von TAZ, GAL, Kulturladen und auch dem Arbeiterkampf nicht vorbehaltlos Glauben schenken wollten, lag an der Art und Weise der Berichterstattung. Ein Ringen, um Licht in einen Mord zu bringen, war nicht zu erkennen. Im Gegenteil. Stattdessen wurde eilig zur Isolierung einer Partei, der PKK, aufgerufen, die eine Befreiungsbewegung verkörpert. Zunächst wurde ja sogar dieses bestritten. Man erhielt den Eindruck, es handele sich bei der PKK um einige verrückte, in Kurdistan marodierende Horden. Aber nach den in letzter Zeit immer öffentlicher werdenden Militäraktionen des türkischen Heeres gegen den Befreiungskampf der PKK, ließ sich diese Version nicht mehr so leicht aufrechterhalten. (...)

Was läßt Teile der Linken so aufschreien gegen eine Bewegung, daß man schon fast selbst als Schwein gilt, wenn man sich um Hintergrundinformationen und solidarische Kritik bemüht, wenn man Stellung nimmt gegen eine tatsächliche (und nicht vermeintliche) Isolierungskampagne bisher ungekannter Größe? Wieviel Selbstgerechtigkeit und Arroganz verbirgt sich hinter solchen Reaktionen! Oder ist es die Angst, durch die PKK mit Teilen seiner eigenen Vergangenheit konfrontiert zu werden, als man noch kompromißlos für Revolution, Klassenkampf, Marx, Engels, Lenin, Mao und einige auch für Stalin eintrat, während man heute (denn man hat ja aus den Verbohrtheiten der Vergangenheit gelernt) lieber in den seichteren Gewässern des Ökologismus und Parlamentarismus dümpelt ? (...)

Das Problem PKK ist nicht allein ein Problem der PKK, sondern ein Problem der westdeutschen Linken. Und darin liegt der Grund in der Härte der Auseinandersetzung unter uns. Es wird tieferes berührt. Das wäre dann allerdings allein unser Problem. Das schlimmste ist jedoch, daß auf dem Rücken einer anderen Bewegung Politik gemacht wird und dabei in Kauf genommen wird, daß man dazu beiträgt, sie reif für die Schlachtbank zu machen.

In der Hoffnung, daß die realexistierende Front aufbricht —

Annette, Hamburg

Filmbesprechung: La muerte de Mikel

Ein neuer baskischer Film ist jetzt in der BRD zu sehen. Er „... *führt die Frage von kollektiver und individueller Moral von ETA-Mitgliedern aus,*" so wurde „Mikels Tod" auf einem Film-Festival angekündigt. Dabei spielt er weder im Untergrund, noch laufen sonst irgendwelche spektakulären Aktionen. Der Film handelt von dem, was wir auch sind, von der Person eines aktiven Linken. Dies einerseits, andererseits ist die Lage in Euskadi, wo der Film spielt, ganz anders als hier. Hierzulande würde eine linke Partei, die sich nicht von den Aktionsformen der ETA distanziert, keine 16% bei Wahlen kriegen. „Herri Batasuna" ist mit 16% zweitstärkste Partei im Baskenland.

In „La Muerte de Mikel" wird das Baskenland von innen heraus gesehen: der alltägliche Kampf, alltägliche Repression.

Aber es ist auch ein Film über Liebe, über Liebe zwischen Männern, über Homosexualität.

Mikel lebt als Apotheker in einem kleinen baskischen Fischerstädtchen, ist verheiratet, wird von den Leuten akzeptiert, macht bei der „Herri Batasuna"-Gruppe im Ort mit. Da rein haut der Normbruch. Aus einem Lokal in Bilbao geht er mit zu einem Mann. Er merkt, daß er schwul ist. Nach anfänglichem Versteckspiel bekennt er sich offen zu seinem Schwulsein. Im „Dorf" läuft für ihn plötzlich die Uhr andersrum, er bekommt die Normierung zu püren. Nicht nur, daß er in seiner katholischen Familie, mit der Mutter, Ärger bekommt, auch sonst.

Seine Genossen streichen ihn von der Kandidatenliste für den Gemeinderat. Sie schaffen's nicht, sich dem bürgerlichen Moralmorast entgegenzustellen. Mikel macht viel alleine, sammelt Pilze.

Unvermutet die Verhaftung. Wie so vielen wird ihm Unterstützung der ETA vorgeworden, er wird von der Guardia Civil gefoltert. Stirbt er daran?

Der Regisseur meinte, er hätte bewußt verschiedene Möglichkeiten offengelassen:

Kann sein, daß Mikel bei der Folter gestorben ist (kommt im Baskenland real vor), kann aber auch sein, daß er sich mit selbstgesammelten Pilzen vergiftet hat. Zu beidem gibt's die Bilder im Film.

Was hat ihn umgebracht, die Polizei oder die Hetero-Moral?

Wer könnte eins von beidem sicher ausschließen?

Bei einer Diskussion auf der „Berlinale 84" sah der Regisseur sich mit heftigster Kritik aus dem Publikum konfrontiert. Etliche strenggläubige Antiimpis waren gekommen, um etwas über bewaffneten Kampf zu sehen und ordneten den Film sogleich in der Schublade „counter" ein, weil er angesichts der gerade besonders harten Lage eine so nebensächliche Frage als Thema hätte ...

Der Filmmacher und auch die anwesenden Schauspieler waren darob doch etwas erstaunt, wie mensch den Film für unpolitisch halten könne.

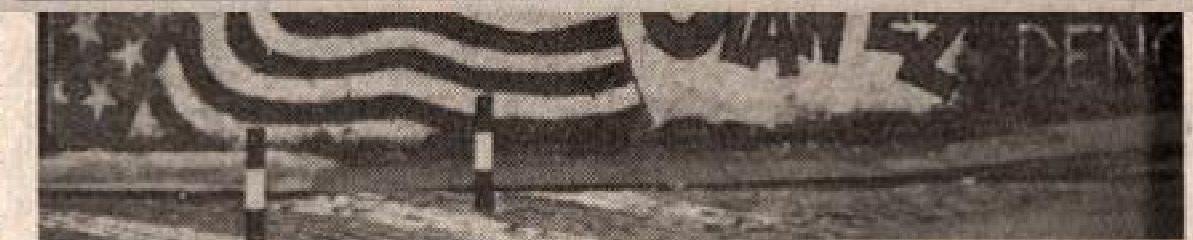
Im Baskenland und auch in Spanien sei der Film wichtig, gerade auch bei Leuten von „Herri Batasuna" hätte der Film eine gute Resonanz gehabt.

Ab Oktober läuft er in Programmkinos.

mor.



Wandmalerei in dem Ort, wo der Film spielt



Wandmalerei in dem Ort, wo der Film spielt

Gelungene Presseverrisse
Hermann L. Gremliza: „Wie Hannelore Kohl die Russen bezauberte"
Die Kolumnen Hermann L. Gremlizas, des „Konkret"-Herausgebers sind ein Genuß: politisch klar, sprachlich genau und gekonnt im Umgang mit am- antisowjetischen Lüge und rät ihm, er solle, wenn es stimme, daß Lügen kurze Beine haben, „Wege mit Rollsplitt meiden. Er könnte sich den Sack auf-

Gelungene Presseverrisse

Hermann L. Gremliza: „Wie Hannelore Kohl die Russen bezauberte"

Die Kolumnen Hermann L. Gremlizas, des „Konkret"-Herausgebers sind ein Genuß: politisch klar, sprachlich genau und gekonnt im Umgang mit ambivalenten Metaphern. Manchen fällt es schwer, den Autor mit seiner profilierten politischen Position in ihr Raster einzuordnen. Er ist Mitglied der SPD, ohne als Anhänger des Godesberger Programms auch nur dem Opportunismus der SPD-Linken verpflichtet zu sein; er ruft zur Wahl der Grünen auf, ohne deren Ideologie zu teilen; er ist Marxist, ohne die Politik einer der marxistischen Organisationen in der BRD zu vertreten. Einfältige Polemiker stempeln ihn gelegentlich als „DKP-nahe" ab.

Unter dem Titel „Wie Hannelore Kohl die Russen bezauberte" hat Gremliza jetzt eine bearbeitete Auswahl seiner in den vergangenen sechs Jahren in „Konkret" veröffentlichten Verrisse bürgerlicher Publizistik zu einem Buch zusammengefaßt — kleine Studien „zur Grammatik des Imperialismus", wie er es selbst formuliert. Von der „FAZ" über die Springer-Presse, den „Spiegel" und den sozialdemokratischen „Vorwärts" bis zur „taz" reicht die Palette der Blätter, in denen Gremliza Beispiele inhaltlicher und sprachlicher Verkommenheit aufspießt. Besonders angetan hat es ihm traditionell der für seine schrägen Metaphern bekannte „Zeit"-Chefredakteur Theo Sommer und der mittlerweile als Korrespondent nach Paris strafversetzte Feuilletonschef der „Zeit", F.J. Raddatz, den Tucholsky-Kenner Gremliza als untalentierten Erbschleicher des großen Satirikers entlarvt. Der Autor versteht es die von ihm kritisierten Texte zugleich mit wissenschaftlicher Schärfe zu durchdringen und sich ihnen scheinbar naiv zu nähern.

Vor erfrischender Deftigkeit in der Polemik schreckt Hermann L. Gremliza nicht zurück. So überführt er den FAZ-Herausgeber und Kremlastrologen Johann Georg Reißmüller einer antisowjetischen Lüge und rät ihm, er solle, wenn es stimme, daß Lügen kurze Beine haben, „Wege mit Rollsplitt meiden. Er könnte sich den Sack aufscheuern."

Auch Plagiatoren nimmt der „Konkret"-Kolumnist ins Visier. Er zeigt, mit welcher Einfallslosigkeit Scharen von Publizisten den Einführungssatz von Marx und Engels aus dem Kommunistischen Manifest parphrasieren und das schöne Bild der Klassiker von dem Gespenst, das umgeht in Europa, zum Kritzelblatt für Klein-Geister machen.

Machmal geraten Gremlizas Attacken auf Dünnsinniges in den großen Redaktionen von Frankfurt bis Hamburg zum Stechen unter ehemaligen Lateinschülern. Für Leser, die einen Teil ihrer Schulzeit in Lateinstunden verschwendet haben, ist das durchaus von nostalgischer Unterhaltsamkeit. Diese Späße stehen jedoch gelegentlich dem Anspruch entgegen, den Hermann Gremliza Anfang 1982 in einem Fernsehinterview formulierte: „Man muß nicht Abitur haben, um Konkret zu lesen."

Gleichwohl kann ihm übertriebene Ehrfurcht vor eben diesem Gymnasium nicht angelastet werden, wie dieser hübsche Passus aus seiner ersten Sammlung „Was Gabriele Henkel alles mit der Hand macht" zeigt: „Wer nichts wird, dachte sich der Franz Wirth, kann immer noch Londoner Korrespondent der WELT werden: ‚Der ums überleben ringende Krisen-Laokoon James Callaghon befindet sich seit Monaten mit immer verweifelteren Kompromissen auf der Suche nach der verlorenen Zeit.' Ups, sagte das Gymnasium, da bin ich wieder."

Gerd Eggeling

Hermann L. Gremliza: Wie Hannelore Kohl die Russen bezauberte, Konkret Literatur Verlag, 160 Seite, DM 24,-

Pro-imperialistischer Nachkläffer AK

(...) AK zeigt nur eins, in welcher Funktion und aus welcher Motivation heraus auch immer: die Tatsache, daß PKK die einzige Partei Kurdistans ist, die den bewaffneten Kampf um die Vertreibung der türkischen Besatzer und ihrer NATO-Kumpane aus Kurdistan und die Errichtung des kurdischen Arbeiter- und Bauernstaates ist.

AK zeigt, daß die Partei offenbar schöne Erfolge erzielt, denn warum sonst die NATO-Angriffe auf die kurdischen Menschen, mit F-15 und Napalm und allem, was sie aufzubieten haben. AK zeigt, daß die Partei offenbar auch einen starken und ständig sich vermehrenden Rückhalt und Zustrom im und aus dem werktätigen Volke hat, denn warum sonst muß die westeuropäische Presse mit allen Mitteln, und sei es mit den Mitteln der pro-imperialistischen Nachkläffer vom Schlage AK und taz, gegen PKK und den kurdischen nationalen Befreiungskampf mobilisiert werden — mit den allerschäbigsten Lügen und Verdrehungen.

AK zeigt nur, daß die Partei zu dem wurde und das bleiben wird, was sie nun eigentlich nach Lesart vieler Feinde nicht hatte werden sollen — ein leuchtender Stern am Himmel der Befreiung Kurdistans!

Serxwebûn — Hoch lebe PKK, ruhmreiche Partei der werktätigen Massen Kurdistans!

Nieder mit dem Faschismus, egal unter welcher Maske er einhergeschlichen kommt !!!

L.N., Hannover

So sehen es die Massen

Eine deftige Beschwerde wegen ihrer Berichterstattung über den „Ausstieg" der SPD aus der Atomenergie erhielt der „schwafelnde ‚Chefkolumnist' " der „taz", Hartung: „ (...) Während der ‚Arbeiterkampf', der in einer Nummer pro Monat mehr solide Artikel als die taz in 26 Ausgaben bringt, in einem allerdings entlarvenden Artikel von einer Prognos-Studie berichtet, die bei einem Sofortausstieg Strompreissenkungen wegen des Nichtfertigbaus von Kernkraftjahrgängen errechnet und die Funktion der Hauff-Kommission deutlich macht (...), schwafelt Hartung und dementiert sich auch noch selber. (...)" (taz, 4.9.86)

Fortsetzung von Seite 38

Nachhilfeunterricht f. d. Vors. d. SPD in zeitgenöss. engl.sprach. Dichtung

Hat der Dichter nicht genau genug definiert, welches die Letzten, aber auch welches die Ersten sind? So höret denn Bob Dylan und Klassenkampf, Bob Dylan und das Lied der Spaltung mit freundlichen Grüßen und einem Feudel an Peter Glotz, auf daß er sich einmal nützlich mache und das versöhnlerische Politpippi seines Herrn Kandidaten entferne, schon aus Gründen der Ästhetik.

Wo soll man den Schnellkurs anfangen für Leute mit einem solchen Aasgeiermagen, daß sie den Säuen noch die Perlen wegschlingen. Bei dem schwarzen Jungen, der in Mississippi/Südafrika erschlagen wird, und auch der Asylsuchende ist, der sich in einer bundesdeutschen Zelle aufhängt (14). Vielleicht machen wir dann mit John Brown (15) weiter, wie er aus dem Krieg zurückkommt, weil ja das Bekenntnis zu Bundeswehr und NATO so wichtig ist. Sicher nichts kann ein SPD-Mann anfangen mit einem Jungen, der Asche und Diamanten nicht voneinander unterscheiden kann. ,,*Cain't ya hear me crying?*'' (16) Nö, hört er nicht. Hollis Brown (17) sollten wir nicht vergessen, mit den hungrigen Kindern, der von seinem letzten Dollar sieben Kugeln für sich und seine Familie kauft. Ein bißchen schamrot kann man als Sozialdemokrat, aber auch als Grüner ruhig beim ,,*North Country Blues*'' (18) werden, weil es doch stark an den englischen Bergarbeiterstreik erinnert, also Sachen, von denen man sich abgenabelt hat, weil nicht mehr zeitgemäß. Der einsame Tod der alten Küchenmagd (19)..., sowas kommt vor, auch daß ihr Arbeitgeber und Mörder Bewährung kriegt, vielleicht von sozialdemokratischen Richtern, vielleicht weil er Spender ist. Beim Stichwort Klassenjustiz denken wir an sieben Flüche (20) für den verlogenen Richter, weil es für einen guten Sozialdemokraten nichts Schlimmeres gibt als die Beleidigung von Recht und Gesetz. Naja, und der tote Penner (21) auf der Straße bereitet wohl auch keinem Funktionär Schwierigkeiten beim Einschlafen, wenn er nicht gerade des Nachts über die Leiche gestolpert ist. Jedenfalls wird er ihm nicht das Totenlied singen, denn wie sähe das aus, in was für einen Geruch käme man da.

Aber was soll's, ich bin kein Dylan-Spezi, Amendt soll weitermachen. Nur der Mann auf der Straße (22) sollte den Sozialdemokraten noch in den Ohren klingen, weil es doch überaus genau beobachtet ist, wie der Polizist den Toten erst zum Aufstehen auffordert, dann mit dem Knüppel anstößt und dann den Leichenwagen bestellt. Das hat viel mit der Blutspur zu tun, der von Rosa Luxemburg bis Günter Sare. Jedenfalls mit einer Staatsmacht, die auch eine sozialdemokratische ist. Vorwärts und schnell vergessen, denn Gott ist ja wieder auf unserer Seite (23).

,,*Because something is happening here/But you don't know what it*

auch eine sozialdemokratische ist. Vorwärts und schnell vergessen, denn Gott ist ja wieder auf unserer Seite (23).
,,*Because something is happening here/But you don't know what it*

ist/Do you, Mister Jones?'' (24) Herr Brandt versteht nicht, worum es geht. Er hat tausend Telefone, aber keins klingelt. Millionen Augen gucken ihn an, aber er merkt es nicht. So muß man ihm eben alles dreimal erklären. Es waren seine Wähler, sind es sogar noch: Die Küchenmagd, der Hobo, der Asylsuchende (spielt keine Rolle, daß er das Kreuz nicht machen darf), das Flittchen, der Spieler, der Arbeitslose — halt die, die keinen Namen haben, denen Bob Dylan dafür ein Liedchen gemacht hat. Seine schönsten übrigens, egal wohin sein langsamer Zug (25) dann und wann davondampft. Diese Augen sind sehr geduldig. Es ist nicht so, daß sie weiß vor Wut wären, und gerade diese Geduld ist es ja, die unsereins so ungeduldig, so fassungslos macht. Aber um nichts in der Welt möchte man tauschen mit dem, den diese geduldigen Augen anstarren. ,,*Jim, Jim, where is our party?*'' (26) Die Partei, die für die Gleichheit aller Menschen eintreten wollte? Eine Frage, die sich heute schon wieder an die nächsten richtet, die Grünen.

Thema bitte, ,,*The Times...*''! Nichts ist simpler, als die Zukunft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus Dylans Hand zu lesen. ,,*Your old road is/Rapidly again*'' (27). Unter old road darf hier — nein: muß — selbstverständlich die Geschichte einer hundertjährigen Lüge verstanden werden. Es bleibt der SPD überlassen, dies für das Geheimnis des politischen Erfolgs zu halten und alles, was so anliegt, NATO, Rüstung, Dritte Welt, Atomenergie nach dem alten Rezept zu verwursten. Doch der Prophet sagt nicht nur, daß diese Methode spätestens scheitert, wenn *die* anderen Zeiten anbrechen. Er glaubt, daß sie *schnell* scheitert und egal, ob er recht hat — es trifft den Punkt zu Beginn des laufenden Wahlkampfs besser als jedes Meinungsforschungsinstitut. Trotzdem sollte man der SPD Gerechtigkeit widerfahren lassen und zugeben, daß sie den Dank der Massen verdient. Denn sie entlastet die Massen. Sie nimmt ihnen genau jenes Stück Arbeit ab, das man aufwenden muß, um sich selbst zu betrügen. Die SPD ist einfach bequem; man läßt sich lieber durch Profis betrügen, als es selbst zu machen.

Wie kam Brandt zu Dylan? Spätlifecrisis? Ausgeschlossen. Man muß sich das ganz anders vorstellen, auch wenn es jetzt herb wird, aber wer sich gröblich in unsere Intimsphäre hineinwuchtet, darf sich nicht wundern, wenn ihm gleiches widerfährt. Schuld ist natürlich Brigitte. Was passiert, wenn sich eine neue Beziehung ergibt? Das übliche: Frau bringt Katzen mit, Teller, die sie schön findet, Bücher (Literatur), alte Möbel (wacklig), möglichst auch noch Blumen, halt lauter Dinge mit fragwürdigem Gebrauchswert und Platten (schwermütig). Mann hat ein Auto (funktioniert), genau gesagt: früher ein Auto, heute ein Motorrad (funktioniert auch), einen Eisschrank (funktioniert), ein IKEA-Regal (wackelt nicht), auch Bücher (Sachbücher), auch Platten (laut). Das ist ja das Nützliche an so einer Beziehung, daß die eine etwas mitbringt, was der andere noch nicht hat. Die Schnittmenge ergibt sich dann regelmäßig bei den Platten, genauer bei den Dylan-Scheiben, denn da stellt sich natürlich jedesmal raus, daß er die Platten, die ihr noch fehlen, leider auch nicht hat,

menge ergibt sich dann regelmäßig bei den Platten, genauer bei den Dylan-Scheiben, denn da stellt sich natürlich jedesmal raus, daß er die Platten, die ihr noch fehlen, leider auch nicht hat,

sondern genau die gleichen. Schade, schade, aber macht auch nix, da haben wir sie eben doppelt.

Dieser ganz normale Vorgang des Zueinanderfindens zweier Menschen ist beim führenden Paar der deutschen Sozialdemokratie aus unmittelbar ein-



sichtigen Gründen unterschiedlicher Sozialisation vollkommen anders gelaufen, d.h. Brigitte brachte die Platten allein ein und Willybrandt hat vermutlich nicht mal eine väterlich interessierte Frage gestellt, wer denn der verträumt dreinblickende Jüngling auf den Covers sei. Also ein hundsmiserabler Start für eine Ehe, und es kann kaum verwundern, daß das Unheil seinen Lauf nehmen mußte: ,,Schatz, kannst du mal den Plattenspieler leiser stellen, ich muß noch arbeiten''. Keine Reaktion. ,,Bitte Brigitte, ich stehe unter Termindruck, bei so einem Lärm...'' — ,,Lärm nennst du das!'' — ,,Ich habe die Lautstärke gemeint''. — ,,Du hast aber *Lärm* gesagt'' usw. rumms, Tür knallt ins Schloß, man spricht nicht mehr miteinander. Bis hierhin ist das Ganze als gewöhnlicher, kreativer Generationen- und Geschlechterkonflikt zu betrachten, an dem es eigentlich nichts herumzunörgeln gibt.

Nun aber die Versöhnung (statt Spaltung!): Es trieft vor Schleim. Brigitte spielt ihm ihr Bobbylein vor; und jetzt noch ,,*Sarah*'' und ,,*Just like a woman*'' und das hier muß er unbedingt gehört haben: ,,*The Times ...*'' Wie er das findet? Gut, ja, gut. Was heißt gut, toll ist das, ganz toll!! Ja, toll, *dufte* (ein Wort aus seiner Zeit als Berliner Regierender).

Brrrrrrr!! Schüttel-Fröstel-Graus! Will sagen: Man muß Willybrandt gar

heißt gut, toll ist das, ganz toll!! Ja, toll, *dufte* (ein Wort aus seiner Zeit als Berliner Regierender).
Brrrrrrr!! Schüttel-Fröstel-Graus! Will sagen: Man muß Willybrandt gar

nicht prinzipiell Dylanunfähigkeit bescheinigen, so wie man Strauß beispielsweise Friedensunfähigkeit bescheinigt. Er hat eben nur von Anfang an ein taktisches, also heuchlerisches Verhältnis dazu gehabt und dieses Verhältnis so verinnerlicht, daß ihm ein Dylan-Zitat von den Lippen geht wie ein Satz aus dem Godesberger Programm, und er sieht nicht das schwarze Blut von den Zweigen tropfen noch die Gewehre und Schwerter in den Händen von Kindern (28). Er sieht nicht den Dichter, wie er in der Gosse stirbt und nicht einmal uns, wie wir Staub auf unsere Häupter streuen und die Hände zum Himmel erheben, auf daß er dem grausamen Programm eine Sendestörung bereite: Elmar Gunsch dirigiert die Bundeswehr Big Band, unser Hörer, Herr Brandt aus Bad Godesberg hat sich gewünscht ,,The T-T-Teims...''

Da sie nicht einmal die Quotierung unterstützt hat, ist auch klar, daß Brigitte ohne mildernde Umstände vom Bannstrahl unseres Zorns getroffen und unwiderruflich aus der Fangemeinde exkommuniziert wird. Anstatt mit einem knappen ,,*If You Gotta Go, Go Now*'' (29) den Kulturkampf einer Klärung zuzuführen, hat sie die Heuchelei mitgespielt und -inszeniert. Daran zeigt sich halt, daß sie keine ,,*Sad-Eyed-Lady of the Lowlands*'' ist (30), sondern Miss Lonely, die die besten Schulen besucht, aber nicht gelernt hat, daß man sich nicht auf Kosten anderer Leute amüsieren soll (31). Bleib bei deiner Siamkatze!

Da Brigitte nun zur Salzsäule erstarrt ist (32), derweil die Tränen nach innen fließen, wo sie in die Magenwände ein hübsches kleines Geschwürchen hineinfressen, wenden wir uns zum Zweck eines dramatischen Finales wieder dem Vors. d. Soz.dem. P. Dtschl.s zu. ,,*You got a lotta nerve/To say you are my friend*'' (33), zürnte der Dichter in weiser Voraussicht. Nichts dagegen, daß der große Boß auf Fliegenjagd geht (34). Trotzdem krieg ich einen Schreikrampf. Es grenzt an Politpädophilie, wenn Brandt versucht, von Dylan Besitz zu ergreifen. Immerhin zählt ein Oskar Lafontaine, dessen musikalische (und politische) Sozialisation bei Donovan (35) — also vor dem qualitativen Sprung — stehengeblieben ist, bereits zu den Kindeskindern. Freilich, freilich: Keine Angst vor alten Männern. Wenn Willybrandt einen Joint mit uns rauchen will, liegt eine Naturgrass-Mischung für ihn bereit. Jederzeit sozusagen. Aber daß er partout am selben Lolli mit der Bewegung lutschen will ..., wie unappetitlich. Wenn der Vors. d. Soz.dem. P. Dtschl.s sagt, die Zeiten ändern sich, ist es der beste Beweis dafür, daß sich aber auch gar nichts ändert. Daß es noch dauert. Darum soll er aufhören, ständig zu fragen, wie spät es ist. Ich habe keine Uhr bei mir (36). Was aber vorliegt, ist die nach wie vor unerreichte Antwort des Sängers auf das Raspeln von Süßholz. Da können wir gern Auskunft geben, für alle, die sich sozialdemokratischer Zudringlichkeiten erwehren müssen:

When you know as well as me
You'd rather see me paralyzed
Why don't you just come out once
And scream it. (37)

When you know as well as me
You'd rather see me paralyzed
Why don't you just come out once
And scream it. (37)

Vielleicht sollten wir doch ein einziges Mal, ganz kurz, miteinander tauschen. Dann müßte ich einen Moment lang mit deinem miesen Gesicht herumlaufen, damit du endlich mal erfährst, wie beschissen du bist (38).

PS. Bei sowas ist man immer unschlüssig, ob man wirklich die Leser damit belästigen soll. An der positiven Entscheidung sind diesmal weder Willybrandt noch Brigitte schuld, sondern den Ausschlag gab eigentlich Rainer Werner F., der mir — unter Zeugen! — ein Zeichen setzte, das es wert ist, erwähnt zu werden. Es war am Theaterplatz/Frankfurt, 10.9. ungefähr 23 Uhr. Eine bestimmt 40 cm (inklusive Schwanz) lange Ratte, schlank, drahtig, durchtrainiert, raste den Bürgersteig entlang. Pfeilgerade, blitzschnell, zielbewußt. Diese Ratte kam vom Degussa/Degesch-Gebäude, also von der Firma, die ,,Schädlingsbekämpfungsmittel'' herstellt und im Nationalsozialismus Zyklon B produzierte. Sie rannte zum Frankfurter Schauspiel. Weil Herkunft und Ziel so eindeutig waren, habe ich sie Rainer Werner getauft und muß zur Vermeidung von Mißverständnissen betonen, daß ich nichts gegen diese Tierart habe. Die Ratte hat ja zunächst mal nur mit äußerster Intelligenz und Präzision an einer Frankfurter Straßenkreuzung einen Verbindungsstrich von ca. 50 m Länge zwischen zwei Häusern gezogen, eine Linie, die so gerade, so kurz und von der Lokalität her so einleuchtend ist, daß sie lieber niemand gezogen hat, zumal der Degussa heute die Hanauer Atomfirmen gehören. ,,The Times They Are A-Changin''' ...(39)

de.

Anmerkungen

Seitenangaben beziehen sich auf „Bob Dylan. Texte und Zeichnungen", dt. Übers. von Carl Weissner, Zweitausendeins, Frankfurt, 1975

1. „I Shall Be Free": „*Na, der Redner da macht mich unheimlich an,/Ich soll ihn wählen für ein öffentliches Amt./Da vor der Kirche predigt er nun,/Erzählt mir, er wolle für jeden was tun./(Er ißt Brezeln,/Er ißt Pizza,/Er ißt Kutteln,/Er ißt Bullshit!)*"; S. 134f
2. „Get Your Rocks Off!"; S.758
3. lateinische Redewendung nach Homer; „Was auch immer es sei, ich fürchte die Griechen, auch wenn sie Geschenke bringen" (der Seher Laokoon beim Anblick des trojanischen Pferdes)
4. Dylan; S. 114
5. „The Times They Are A-Changin'": „*Denn wer Zeit schinden will/Wird sehr darunter leiden*"; S.236f
6. Ebenso: „*Steht nicht an der Tür herum/Verstopft nicht den Flur*"
7. Ebenso: „*Der Erste von heute/Wird einmal der Letzte sein*"
8. Ebenso: „*Die Linie ist gezogen/Der Fluch ist gesprochen*"
9. S. 106
10. „Blowin' in the Wind"; S. 98
11. siehe 9: „*And I'll stand o'er your grave/Til I'm sure that you're dead*"; S. 108
12. „Forever Young"; LP „Bob Dylan at Budokan"
13. siehe 5: „*Denn der Verlierer von heute/Wird der Gewinner von morgen sein*"
14. „The Death of Emmett Till"; S. 52
15. „John Brown"; S. 200f, z.B.: „*I'm a-tryin' to kill somebody or die tryin'./But the thing*

kan"
13. siehe 5: „*Denn der Verlierer von heute/Wird der Gewinner von morgen sein*"
14. „The Death of Emmett Till"; S. 52
15. „John Brown"; S. 200f, z.B.: „*I'm a-tryin' to kill somebody or die tryin'./But the thing*

that scared me most was when my enemy came close/And I saw that his face looked just like mine." (*Ich versuch einen zu killen, oder er killt mich./Aber das schrecklichste war, als ich ihn aus der Nähe sah/Und erkannte: er sieht genauso aus wie ich*)
16. „Poor Boy Blues"; S. 40f
17. „Ballad of Hollis Brown", S. 240
18. S. 254
19. „The Lonesome Death of Hattie Carroll"; S. 270
20. „Seven Curses"; S. 206
21. „Only a Hobo"; S. 334
22. „Man on the Street"; S. 46
23. „With God on Our Side": „*When the Second World War/Came to an end/We forgave the Germans/And we were friends/Though they murdered six million/In the ovens they fried/The Germans now too/Have God on their side.*" (*Als der Zweite Weltkrieg/Zu Ende war/Vergaben wir den Deutschen/Und wurden Freunde sogar/Obwohl sie sechs Millionen/In den Öfen verheizten/Haben jetzt auch die Deutschen/Gott auf ihrer Seite.*)
24. „Ballad of a Thin Man": „*Denn irgendwas tut sich hier/Doch du weißt nicht, was es soll/Nicht wahr, Mister Jones?!*"; S. 574
25. „Slow Train Coming"; LP; Dylans Jesus-Wende
26. „11 Outlined Epitaphs"; S. 278f
27. siehe 5: „*Mit eurem alten Weg/Könnt ihr nur scheitern*"
28. siehe 4
29. S. 466
30. S. 668
31. „Like a Rolling Stone"; S. 560
32. Bibel; Lots Weib beim Blick zurück auf Sodom u. Gomorrha
33. Dylan, „Positively 4th Street": „*Du hast vielleicht Nerven/Dich als mein Freund aufzuspielen*"; S. 602
34. „Tombstone Blues": „*The Commander-in-Chief answers him while chasing a fly/Saying, »Death to all those who would wimper and cry«*" (*Der große Boß macht gerade Jagd auf Fliegen/Er sagt »Tod all denen, die einen Schreikrampf kriegen«*); S. 564f
35. *Pazifistische Hitparade der sechziger Jahre, z.B. „Universal Soldier"*
36. siehe 29: „*It's just that I ain't got no watch/An' you keep askin' me what time it is.*"
37. siehe 33: „*Denn du weißt so gut wie ich/Dir wärs lieber, wenn mich der Schlag trifft/Warum bist du nicht so ehrlich und/Sagst mirs ins Gesicht*"
38. siehe 33
39. Aber nicht von allein.





Nachhilfeunterricht f. d. Vors. d. SPD in zeitgenöss. engl.sprach. Dichtung



Now, the man on the stand he wants my vote
He's a-runnin' for office on the ballot note.
He's out there preachin' in front of the steeple,
Tellin' me he loves all kinds-a people.
(He's eatin' bagels
He's eatin' pizza
He's eatin' chitlins
He's eatin' bullshit!)

Er frißt Bullenscheiße (1). Und spielt Bob Dylan auf seinem Walkman. Ehrlich, Mann: Kotz dich aus! Aber nicht bei uns (2).

Opa Willy erteilt Enkel Oskar eine Lektion: ICH bin der Jüngste auf dem Platz. Papa Volker erlöst uns von der Atomenergie. Onkel Erhard hat zwanzig Jahre auf diesen Tag gewartet, und sogar der elder statesman spielt mit. Mama SPD hat der jammervollen Linken wieder mal ein Heulen und Zähneklappern bereitet: Die ökologische Marktlücke ist geschlossen, was wird nun aus den armen Grünen?

Man wird verstehen, daß unsereinem darob keine grauen Haare wachsen. Die Grünen als die auf das Überleben (im Staatsdienst) spezialisierte Partei werden sicher einen Weg finden. Quäl dich, Hartung! Grüble, Fischer, euch wird schon was einfallen. Für die nicht am Wahlkampf teilnehmende Linke reduziert sich das Problem des richtigen Umgangs mit dem Papier von Volker Hauff auf ein Rasterproblem. D.h. daß man beim morgentlichen Leeren des Briefkastens ein Auge dafür haben muß, was sofort in den Eimer wandert, um die Energie zu sparen, die vergeudet wird, wenn man es die Treppe hochträgt, um es erst dann wegzumüllen.

Aber können wir schweigen zu einem brutalen Vergewaltigungsakt? Können wir dulden, daß vor unseren Augen heilige Gefühle in den Schlamm gezogen, die Geschichte auf das Unverschämteste revidiert wird? Daß man mit schmutzigen Händen im alternativen Liedgut herumfingert?

Willy Brandt lautet der Name des Schänders. Es hat ihn an die Loreley verschlagen und anstatt daselbst Goethe zu zitieren oder sich von Juso-Funktionärinnen ans Rheinufer ziehen zu lassen (was Brigitte verhinderte), hat er den Mund zu voll genommen und der unverderbten Jugend falsche Tränen ins Knopfloch getrieben. *„The Times They Are A-Changing"*, rief er den wehrlosen, wunderkerzen- wie bildungsnotstandsgeschädigten Kälbern zu, und nun ist es passiert. Nichts ist wie vorher. Nie wieder werden wir den Klassiker so hören können, wie wir ihn bisher gehört haben. Nicht einmal das letzte Stück Schmalz kann man noch sein eigen nennen. Das ist keine Enteignung mehr, das ist nackter Raub.

So sprach der Bauch in all seinem Kummer. Nachdem das Leid aber in den Kopf vorgedrungen, schlagen die Fans zurück und zwar zunächst mit dem Ur-Dylan hiesiger Überlieferung, welcher das homerische Gelächter erfand und als alter Grieche im besten Latein zu sagen pflegte *„Quidquid id est, timeo Danaos et dona ferentes"* (3), was nachgereimt ungefähr heißt, Hyäne bleibt Hyäne, schluchzt sie auch wie die Sirene. Willybrandt, alter Fälscher und Revisionist! Willst aus einem Feuerwasser ein Milch-shake mixen? Hast dich wieder auf das Zitatenlexikon gestützt, anstatt den Dichter zu studieren oder etwa gar so ein Hombach-Mustermännchen zum Redenschreiben engagiert? So da doch geschrieben steht, *„A Hard Rain's A-Gonna Fall"* (4), ein schlimmer Fallout wird kommen, und nichts wird denen kein Atombunker nutzen, denen ihre Ausstiegspläne zu nichts anderem dienten, als Zeit zu schinden: *„For he that gets hurt/Will be he who has stalled"* (5). Jaja, das muß man nur buchstabieren können, leiden werdet ihr, bis kein einziges Haar mehr auf euren Politikerglatzen wächst, und auch die Zeile davor, gell, die Zeile davor, bezugnehmend auf senators and congressmen, die ist besonders klar und die wollen wir dem Publikum auch zugnehmend auf senators and congressmen, die ist besonders klar und die wollen wir dem Publikum auch nicht vorenthalten: *„Don't stand in the doorway/Don't block up the hall"* (6). Was man je nach Geschmack und Situation übersetzen kann, von Knigge („Entschuldigen Sie, aber Sie stehen auf meinen Hühneraugen") bis Diogenes („Geh' mir aus der Sonne"), mehr traditionell („Die Börsengänger schiebt beiseite") oder mehr zeitgemäß („Verpißt euch, keiner vermißt euch").

Es kommen andere Zeiten. Das haben die Zeiten so an sich. Es kommen sogar *die* anderen Zeiten. Für uns ist es doch nur eine Frage: Wann kommen sie? Für Brandts Schnuppernase sind es zwei Fragen: Erstens wann? Zweitens, wie werden sie aussehen? Das kommt davon, wenn man nicht lesen kann, die Zeichen an der Wand sowieso nicht, aber es hapert ja schon bei einem simplen Textbuch. Nicht einmal elementare Bibelkenntnisse sind vorhanden. *„And the first one now/Will later be last"* (7). Nicht daß wir Willybrandt dieses Schicksal wünschen würden — nein, keine Vernichtungsphantasien unsererseits. Das verbietet die sprichwörtliche Milde wie auch altenfreundliche Einstellung des Revolutionärs. Aber ein bißchen Angst könnte man an seiner Stelle schon bekommen. Denn immerhin: *„The line it is drawn/The curse it is cast"* (8). Wehe dem, der von Entspannung gesprochen hat, aber wenn es zum Schwur kommt, stellt sich heraus, daß er zu den *„Masters of War"* (9) gehört! Dann hilft nämlich kein romantischer Verweis mehr auf den Wind, der allein die Antwort weiß (10), sondern dem werden wir bis an sein dunkles Grab folgen und als letzte die Beerdigung verlassen, um wirklich ganz sicher zu sein, daß er tot ist (11). Für immer tot und nicht für immer jung (12).

So werden die anderen Zeiten aussehen: *„For the loser now/Will be later to win"* (13). Nicht klar genug für einen Sozialdemokraten? Meint er, sich in das Heer der Erniedrigten und Beleidigten hineinschleichen zu können, nur weil er die letzte Wahl verloren hat?

Fortsetzung auf Seite 37

Inhalt

Die PLO vor verschlossenen Türen ....S. 22
Afrika
Das Volk verliert die Ohnmacht